



DEUTSCHES  
HISTORISCHES  
MUSEUM

# 1945

NIEDERLAGE. BEFREIUNG. NEUANFANG.

ZWÖLF LÄNDER EUROPAS  
NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

# Europa 1945-1949

- von der Sowjetunion annektiert
- Polen zugesprochen
- Saarland

Besatzungszonen in Deutschland und Österreich

- F = Frankreich
- GB = Großbritannien
- SU = Sowjetunion
- USA = Vereinigte Staaten

0 100 200 300 km

Atlantischer Ozean



Am 8. Mai 1945 endete mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht der Zweite Weltkrieg in Europa. Sechs Jahre Krieg hatten Millionen von Opfern gefordert und ein bis dahin ungekanntes Ausmaß an Zerstörung gebracht. Krieg, Besatzungsregime und Massenverbrechen, Flucht, Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen prägten Länder und Menschen nachhaltig. Die Auswirkungen auf politischer, gesellschaftlicher und individueller Ebene sind noch immer präsent. Das Europa von heute ist nicht zu verstehen ohne Kenntnis der Ereignisse der Kriegszeit sowie jener Phase, die auf das Ende von Krieg und nationalsozialistischem Terror folgte.

Der Katalog zu der anlässlich des 70. Jahrestags der deutschen Kapitulation vom Deutschen Historischen Museum präsentierten Ausstellung thematisiert die Situation bei Kriegsende sowie in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Polen, Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Luxemburg, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und der Sowjetunion.

Kernfragen sind dabei: Wie ließen NS-Regime, Besatzung und Kriegsgeschehen die Länder zurück? In welchem Zustand befanden sich Gesellschaft und politisches System am Ende des Krieges, welche Umwälzungen brachte die Nachkriegszeit? Wie bewältigten die Menschen diese Lebenssituation angesichts der erlittenen Traumata, der Verluste und Zerstörungen? Wie gingen sie mit Täterschaft und vermeintlicher oder tatsächlicher Kollaboration um?



**DEUTSCHES  
HISTORISCHES  
MUSEUM**

# 1945

**NIEDERLAGE. BEFREIUNG. NEUANFANG.**

**ZWÖLF LÄNDER EUROPAS  
NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG**

**HERAUSGEGEBEN VOM  
DEUTSCHEN HISTORISCHEN MUSEUM**

# Inhalt

## Vorwort

Alexander Koch . . . . . 6

## Einleitung

Maja Peers und Babette Quinkert . . . . . 8

# 1

## Deutschland

Babette Quinkert

Von der Kapitulation zur Teilung . . . . . 14

# 2

## Österreich

Oliver Rathkolb

„Geteilte“ Erfahrungen und Opferdoktrin . . . . . 32

# 3

## Tschechoslowakei

Jaromír Balcar

Zwischen NS-Besatzungsherrschaft und kommunistischer Diktatur . . . . . 46

# 4

## Polen

Marcin Zaremba

Trümmer und Trauma . . . . . 60

# 5

## Großbritannien

Cordula Lissner

Siegermacht im Wandel . . . . . 78

# 6

## Dänemark

Clemens Maier-Wolthausen

Gut vorbereitet in den Frieden . . . . . 94

<b>7</b>	<b>Norwegen</b> Robert Zimmermann Aufbruch zu Stabilität und Wachstum . . . . .	110
----------	---	-----

<b>8</b>	<b>Luxemburg</b> Loretta Walz Befreiung und Rückkehr des Krieges . . . . .	126
----------	--	-----

<b>9</b>	<b>Niederlande</b> Nina Burkhardt Zwischen Euphorie und Ernüchterung . . . . .	142
----------	--	-----

<b>10</b>	<b>Belgien</b> Christoph Brüll Bewegte Nachkriegszeit mit schwierigem Erbe . . . . .	158
-----------	--	-----

<b>11</b>	<b>Frankreich</b> Verena Paetow Nach Kollaboration und Résistance . . . . .	174
-----------	---	-----

<b>12</b>	<b>Sowjetunion</b> Jörg Ganzenmüller Aufbruch und Stagnation in einem zerstörten Land . . . . .	192
-----------	---	-----

## Anhang

Abkürzungen und ausgewählte Literatur . . . . .	212
Autoren . . . . .	216
Objekte . . . . .	218
Leihgeber und Dank . . . . .	240
Bildnachweis . . . . .	245
Impressum . . . . .	247

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

„Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt. Gerade daran mahnt uns das Ende des Zweiten Weltkrieges.“

*Auszüge aus der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 anlässlich der Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa*

# Vorwort

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa – ein Krieg, dem weltweit 60 Millionen Menschen zum Opfer fielen, der ein ungekanntes Ausmaß an Zerstörung brachte und der bis heute sichtbare Narben in unserem Gedächtnis hinterließ. Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa wurde in den Ländern, über die Deutschland den Krieg brachte, als Befreiung von nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und als Sieg über dieses Deutschland gefeiert. In Deutschland selbst wurde der 8. Mai 1945 hingegen vielfach als Niederlage oder Zusammenbruch wahrgenommen.

Zu den Kernaufgaben historischer Museen gehört es, an das Vergangene zu erinnern, es für die Öffentlichkeit aufzubereiten und in geeigneter Form zu vermitteln. Das Deutsche Historische Museum erfüllt seit seiner Gründung den Auftrag, deutsche Geschichte in all ihren Facetten und in internationalen Zusammenhängen darzustellen. Darüber hinaus leistet das Museum Beiträge zur Erinnerungskultur und regt zur Auseinandersetzung mit der Geschichte an. Historische und kulturgeschichtliche Ausstellungen, die von Einrichtungen wie dem Deutschen Historischen Museum zum Zwecke ihrer Bildungs- und Vermittlungsarbeit realisiert werden, sind vor diesem Hintergrund als spezielle Medienformate anzusehen. Bei solchen Unternehmungen Geschehnisse, Inhalte und Kontexte mit unterschiedlichen Perspektiven zu konfrontieren, damit Multiperspek-

tivität zu ermöglichen und teils kontroverse, ja widersprüchliche Lesarten zuzulassen, gehört zum Handwerkszeug historischer Museen, die ihre Kür in zum Denken, Nachdenken und Diskutieren anregenden Ausstellungspräsentationen finden.

Zu den Themen deutscher Geschichte, die nicht allein in Deutschland, sondern weit darüber hinaus bis heute besonders engagiert diskutiert werden, zählen die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs, die unmittelbaren Nachkriegsjahre, die Jahrzehnte der deutsch-deutschen Teilung zwischen 1949 und 1989/90 sowie die deutsche Einheit. Das Deutsche Historische Museum hat solchen zeitgeschichtlichen Fragen bereits zahlreiche Ausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen gewidmet. Sie sind als reicher und bleibender Niederschlag dieses Engagements zu werten. Die anlässlich des 70. Jahrestags des Kriegsendes entstandene Ausstellung „1945 – Niederlage. Befreiung. Neuanfang. Zwölf Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg“ fügt sich somit in eine Reihe eindrucksvoller Ausstellungen ein, die immer auch den historischen Blick weit über die deutsche Perspektive hinaus darstellten und in internationale Kontexte rückten, wie etwa die 2004 eröffnete Schau „Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen“ oder die im darauffolgenden Jahr realisierte Ausstellung „1945 – Der Krieg und seine Folgen. Kriegsende und Erinnerungspolitik in Deutschland“.

Je mehr man sich bei historischen Ausstellungsthemen der Gegenwart nähert, desto kontroverser werden meist öffentlichkeitswirksame Darstellungen der Geschichte in unserer Gesellschaft – eingedenk des persönlich Erlebten – diskutiert. Für die Ausstellungsmacher in Geschichtsmuseen wird ihre Arbeit damit anspruchsvoller und spannungsreicher. Bald werden die Jahre des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit jedoch mehr und mehr vom kommunikativen Gedächtnis in das kulturelle Gedächtnis unserer Gesellschaft übergehen und manche Akzentverschiebung des Gedenkens, des Erinnerens und auch des öffentlichen Interesses nach sich ziehen.

Für die Konzeption und die Realisierung der international angelegten Ausstellung sowie der gleichnamigen Begleitpublikation gebührt vielen Personen, Einrichtungen und Firmen mein aufrichtiger Dank. Im Impressum dieser Veröffentlichung sind alle Beteiligten einzeln aufgeführt, doch möchte ich einige namentlich nennen und ihnen meinen aufrichtigen Dank übermitteln. An erster Stelle danke ich den beiden Kuratorinnen der Ausstellung, Maja Peers und Dr. Babette Quinkert. Beide haben in unnachahmlicher Weise und mit der erforderlichen Beharrlichkeit das auf eine Idee von Frau Peers (auch Projektleitung) zurückgehende Vorhaben entwickelt und umgesetzt. Wissenschaftliche Unterstützung erfuhren beide durch Verena Buser, Iris Hax, Michael Sulies und Katja Widmann sowie durch die jeweiligen Rechercheure der Länderkapitel.

Die Ausstellungsleitung lag in bewährter Weise in den Händen von Ulrike Kretzschmar, die zugleich für den reibungslosen Einsatz ihres Mitarbeiterteams (Ausstellungsaufbau/Werkstätten unter Leitung von Nicholas Kaloplastos; konservatorische Betreuung/Restaurierungswerkstätten unter Leitung von Martina Homolka) verantwortlich zeichnete.

Edith Michelsen danke ich für die umsichtige Betreuung und Organisation des Leihverkehrs, Wolf-Dieter Pelikan für Medientechnik, Schnitt Film und

Ton, Wolfgang Röhrig und seinen Mitarbeitern für den IT-Bereich, Sebastian Ahlers und Indra Desnica für Fotoarbeiten, Ramona Selchow für das Controlling, Sonja Trautmann und der Agentur ARTE-FAKT Kulturkonzepte mit Ursula Rüter und Stefan Hirtz für die Pressearbeit, Andrea Fußstetter, Ilka Linz, Nicola Schnell und Susan Vaupel für die Öffentlichkeitsarbeit, Acelya Bakir, Stefanie Borgmann und Hanna Nogossek für das wissenschaftliche Begleitprogramm, dem Team des Fachbereichs Bildung und Vermittlung unter Leitung von Brigitte Vogel-Janotta und Stefan Bresky für das museumspädagogische Angebot sowie Dr. Wanda Löwe für das Lektorat und Elke Kupschinsky für die Bildredaktion. Für die Ausstellungsgestaltung sei Dr. Christian Dirks (BergZwo) und Stefan Schöbinger (form-id) gedankt.

Dem Kuratorium der Stiftung Deutsches Historisches Museum unter Vorsitz von Ministerialdirektor Dr. Günter Winands bei der Beauftragung für Kultur und Medien der Bundesregierung (BKM) ist ebenso zu danken wie dem Wissenschaftlichen Beirat unserer Stiftung unter Vorsitz von Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Möller, die als Gremien beide dem Vorhaben von Beginn an großes Interesse entgegenbrachten und ungeteilte Unterstützung zusicherten. Wesentliche Unterstützung und konstruktiv-kritische Begleitung erfuhr das Projekt durch einen eigens für die Ausstellung konstituierten Fachbeirat.

Ohne die Unterstützung vieler leihgebender Museen, Archive und Bibliotheken und privater Leihgeber sowie der Autorinnen und Autoren der Begleitpublikation hätte das ambitionierte Ausstellungsvorhaben nicht realisiert werden können; allen gebührt dafür großer Dank.

Alexander Koch  
Präsident der Stiftung  
Deutsches Historisches Museum



Maja Peers und Babette Quinkert

# **Einleitung**

Als am 8. Mai 1945 die deutsche Wehrmacht gegenüber den alliierten Streitkräften bedingungslos kapituliert, endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Der Krieg, den das nationalsozialistische Deutschland am 1. September 1939 mit dem Angriff gegen Polen ausgelöst hatte, hinterließ einen in weiten Teilen verheerten Kontinent. Sechs Jahre Krieg hatten Millionen von Opfern gefordert.

Das nationalsozialistische Deutschland hatte bis 1942 weite Teile Europas unter seine Herrschaft gebracht. In den eroberten Ländern installierten die deutschen Machthaber Besatzungsregime, die in ihrer Form und Härte von Land zu Land deutlich variierten. Dies hing zum einen davon ab, welche Geltung ein Land und seine Bevölkerung im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung hatte. Zum anderen war die deutsche Besatzungspolitik durch pragmatische Aspekte geprägt, ausgehend davon, welche strategische Bedeutung ein Land hatte und inwieweit seine Wirtschaftskraft der Erlangung der deutschen Zielsetzungen dienlich sein konnte. Hitlers Absicht war es, in Europa eine Vormachtstellung zu erlangen und den deutschen Machtbereich bis weit in den Osten Europas auszudehnen, um „Lebensraum“ für das deutsche Volk zu gewinnen. Das NS-Regime führte mit bedingungsloser Härte einen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, der insbesondere die Zivilbevölkerung der eroberten Gebiete traf.

Mit dem Kriegseintritt der USA auf Seiten der Alliierten gegen Deutschland und seine Verbündeten wurde der bislang überwiegend auf Europa begrenzte Konflikt im Winter 1941/42 zum Weltkrieg, zeitweilig waren über 60 Staaten involviert. Angesichts der Übermacht der Alliierten und seiner unzureichenden Ressourcen konnte das NS-Regime ab diesem Zeitpunkt die Niederlage kaum noch abwenden. Die Wehrmacht wurde seit der Jahreswende 1942/43 an der Ostfront durch die Rote Armee erfolgreich zurückgedrängt. Ab Sommer 1943 drangen die Westalliierten in Italien nach Norden vor, im Juni 1944 landeten ihre Truppen in der Normandie. Immer mehr Gebiete konnten durch die vorrückenden alliierten Armeen befreit und die jahrelange deutsche Besatzungsherrschaft sukzessive beendet werden. Die Frontlinien bewegten sich von Westen, Süden und Osten immer weiter auf das Reichsgebiet zu. Die Führung in Berlin setzte den Krieg dessen ungeachtet unter Mobilisierung aller Ressourcen fort, Hunderttausende Menschen kamen in der letzten Phase des Krieges noch ums Leben.

## **Das Kriegsende**

Im Herbst 1944 erreichte die Rote Armee die östliche Grenze des Deutschen Reiches, im Februar und März 1945 eroberten Streitkräfte der westlichen Alliierten die linksrheinischen Gebiete Deutschlands.

Am 25. April trafen sich erstmals amerikanische und sowjetische Einheiten bei Strehla an der Elbe. Nachdem Hitler am 30. April Selbstmord begangen hatte, kapitulierte am 2. Mai die zuvor schwer umkämpfte Reichshauptstadt Berlin.

Am 4. Mai erfolgte im nahe Lüneburg gelegenen Hauptquartier des Oberbefehlshabers des britischen Kontingents der Alliierten Expeditionsstreitkräfte die Kapitulation aller deutschen Truppen in Nordwestdeutschland, den Niederlanden und Dänemark. Die bedingungslose Kapitulation der gesamten Wehrmacht unterzeichnete Generaloberst Jodl am 7. Mai 1945 im Hauptquartier der westalliierten Truppen im französischen Reims. Man verständigte sich jedoch darauf, die Kapitulation in einem zweiten Akt durch höherrangige deutsche Militärs ratifizieren zu lassen. Um die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen sicherzustellen, gaben der amerikanische Präsident Truman und der britische Premierminister Churchill die Kapitulation am 8. Mai bekannt. Am selben Tag empfing der sowjetische Marschall Żukov die Delegationen der Westalliierten und Vertreter des deutschen Oberkommandos der Wehrmacht in seinem Hauptquartier in Berlin-Karlshorst. In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai unterzeichneten Generalfeldmarschall Keitel, Generaladmiral von Friedeburg und Generaloberst Stumpff für Heer, Marine und Luftwaffe kurz nach Mitternacht die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Damit endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Im asiatisch-pazifischen Raum dauerten die Kämpfe noch fast vier Monate an. Nach den Atombombenabwürfen der US-Luftwaffe auf Hiroshima und Nagasaki kapitulierte auch Japan am 2. September 1945.

## Kriegsfolgen

Der Zweite Weltkrieg forderte weltweit insgesamt 60 Millionen Opfer, in Europa zählte man etwa 45 bis 50 Millionen Kriegstote. Unter ihnen waren auch

unzählige Zivilisten. Bei alliierten Bombardierungen starben in Deutschland etwa 380000 bis 400000 Menschen. Auch in vielen anderen europäischen Städten starben Menschen infolge des Luftkriegs. Allein in Großbritannien kosteten die deutschen Luftangriffe etwa 60000 Zivilisten das Leben.

Millionen von Menschen verloren außerhalb von direkten Kampfhandlungen ihr Leben, sie wurden Opfer der verbrecherischen NS-Gewaltspolitik. Innerhalb ihres Machtbereichs ermordeten die Nationalsozialisten insgesamt etwa sechs Millionen Juden und 100000 Sinti und Roma. Drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene starben in deutschem Gewahrsam. Besonders hohe Verluste erlitt die Zivilbevölkerung in Polen und in der Sowjetunion sowie in Südosteuropa. Mehr als eine Million Menschen, vor allem in den sowjetischen Großstädten, kam infolge der deutschen Hungerpolitik um. Die deutsche Partisanenbekämpfung in der Sowjetunion, in Jugoslawien und in Griechenland kostete etwa eine Million Menschen das Leben. Von den knapp 13,5 Millionen im Deutschen Reich eingesetzten Zwangsarbeitern starben 500000. In Heil- und Pflegeanstalten wurden 200000 Menschen ermordet oder dem Hungertod überlassen. 97 Prozent dieser insgesamt etwa 13 Millionen Opfer kamen nicht aus Deutschland.

Kein kriegerischer Konflikt hatte jemals zuvor höhere Opferzahlen gefordert. Doch auch die materiellen Verluste waren immens. Zwar gab es Regionen, die den Krieg unbeschadet überstanden hatten. Weite Teile Europas waren jedoch von Luftangriffen betroffen oder zum Frontgebiet geworden. Die deutsche Kriegführung hatte vor allem im Osten eine enorm zerstörerische Dimension. So machten Wehrmachtseinheiten und SS-Verbände beim brutalen Vorgehen in der Sowjetunion weit über tausend Städte und Zehntausende Dörfer dem Erdboden gleich. In Polen wurden weite Teile des Landes verwüstet, die Hauptstadt lag in Schutt und Asche. Die

westeuropäischen Länder, insbesondere Frankreich, hatten besonders seit der Landung der alliierten Truppen schwere Kämpfe und Zerstörungen erlebt. Als Antwort auf die verbrecherische Kriegführung des NS-Regimes bombardierten die Alliierten zahlreiche deutsche Städte, Industriegebiete und Häfen. Bei Kriegsende war etwa ein Fünftel aller Wohneinheiten in Deutschland zerstört oder stark beschädigt, die Infrastruktur schwer getroffen. Großstädte wie Hamburg, Köln oder Berlin glichen einer Trümmerwüste.

## Neuanfang

In vielen Regionen Europas herrschte nach dem Ende der Kampfhandlungen zunächst Chaos. In den zerstörten Gebieten gab es besonders große Schwierigkeiten, das Überleben zu sichern und das Notwendigste zu beschaffen. Hier mangelte es an Nahrungsmitteln ebenso wie an sauberem Trinkwasser, an medizinischer Versorgung und an Wohnraum. Es gab Seuchen und Hungersnöte, vielerorts mussten noch die Toten der letzten Kriegsphase bestattet werden.

Der Krieg hatte Millionen Menschen auf die Straße geworfen. Über die Hälfte der deutschen Bevölkerung aus den östlichen Reichsgebieten floh in der letzten Kriegsphase vor der Roten Armee nach Westen. Flucht, Vertreibung und Umsiedlung betrafen etwa zwölf Millionen Deutsche, schätzungsweise zwei Millionen kamen dabei ums Leben. Von den im Sommer 1945 auf der Potsdamer Konferenz von den Alliierten festgelegten Grenzverschiebungen in Mittel- und Osteuropa waren aber nicht nur Deutsche betroffen, sondern auch Polen, Tschechen, Slowaken, Ukrainer, Weißrussen, Litauer und Ungarn. Millionen Menschen mussten ihre angestammten Wohnorte für immer verlassen und sich an einem fremden Ort unter oft widrigen Bedingungen eine neue Existenz aufbauen.

Etwa acht bis zehn Millionen Menschen, die während des Krieges vom NS-Regime zur Zwangsarbeit verschleppt oder in Lagern inhaftiert worden waren, versuchten in der Nachkriegszeit nach Hause zu gelangen. Der größte Teil dieser sogenannten Displaced Persons kehrte in den ersten Nachkriegsmonaten zurück. Viele, unter ihnen die Überlebenden des NS-Massenmords an den Juden, konnten oder wollten jedoch aufgrund der veränderten Situation in ihren Herkunftsländern nicht zurückkehren. Sie versuchten, in andere Länder zu emigrieren.

Viele Menschen in den vom Krieg betroffenen Ländern mussten ihr Leben neu ordnen. Neben den physischen Folgen des Krieges waren die im Krieg erlittenen Traumata zu bewältigen. Familien hatten Angehörige zu betrauern, Kriegsteilnehmer kehrten mit körperlichen und seelischen Schädigungen zurück. Etliche Familien waren zerrissen; der Krieg hatte zahllose Waisen zurückgelassen.

Auch Politik und Gesellschaft standen vor einem Neuanfang. Kein Land konnte im Mai 1945 nahtlos an das politische und gesellschaftliche Leben der Vorkriegszeit anknüpfen. Die politische Arbeit war während des Krieges meist nur im Untergrund oder im Exil möglich gewesen. Die Jahre der Besatzung hatten die Gesellschaften oft gespalten. In jedem Land hatte es Widerstandsbewegungen, aber auch vielfältige Formen der Zusammenarbeit mit den Deutschen gegeben. Die Motive für die militärische, politische oder wirtschaftliche Kollaboration waren vielfältig. Sie reichten von der Arbeit für deutsche Einrichtungen aus pragmatischen Gründen, etwa um in Zeiten des Krieges das Auskommen der Familie zu sichern, bis hin zur ideologischen Übereinstimmung mit den Zielen der Nationalsozialisten und der Beteiligung an NS-Verbrechen.

Der Widerstand wurde vielfach identitätsstiftend für die Gesellschaften der Nachkriegszeit, Kollaboration wurde geächtet und geahndet. In unterschiedlicher Weise gingen Landsleute nach der Befreiung

mit vermeintlichen oder tatsächlichen Kollaborateuren um, anfangs entluden sich Hass und das Bedürfnis nach Rache auch in gewaltsamen Übergriffen und Akten von Lynchjustiz. In allen ehemals besetzten Ländern gab es eine juristische Ahndung der Kollaboration.

Die Bestrafung der Verantwortlichen für Krieg und NS-Verbrechen war eines der Kriegsziele der Alliierten. Der Hauptkriegsverbrecher-Prozess in Nürnberg 1945/46 war nur einer von einer großen Zahl weiterer Prozesse. Er blieb allerdings der einzige, der von den vier Alliierten gemeinsam geführt wurde. In Deutschland und Österreich hatten sich die Alliierten zudem eine umfassende Entnazifizierung von Politik und Gesellschaft zum Ziel gesetzt.

## Von der Anti-Hitler-Koalition zur Ost-West-Konfrontation

Die alliierten Mächte Großbritannien, USA und Sowjetunion verhandelten noch während des Krieges gemeinsam über eine neue Nachkriegsordnung. Auf den Konferenzen in Teheran im November 1943, in Jalta auf der Krim im Februar 1945 und in Potsdam im Sommer 1945 legten die „großen Drei“ die Grundzüge ihrer Deutschland- und Europapolitik fest.

Die unterschiedlichen Interessen der Siegermächte, zu denen ab 1945 auch Frankreich zählte, Missverständnisse und ein wachsendes Misstrauen führten in der Folge jedoch dazu, dass die grundlegenden Gegensätze immer stärker hervortraten. Innerhalb weniger Jahre entstand eine zweigeteilte Weltordnung, in der sich die Sowjetunion und die USA mit ihren jeweiligen Verbündeten unversöhnlich gegenüberstanden. Deutschland wurde ein wichtiger Schauplatz dieses Kalten Krieges, 1949 entstanden mit der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zwei deutsche Staaten.

Der Kalte Krieg, der in den folgenden Jahrzehnten die Weltpolitik massiv beeinflusste, endete erst mit dem Zerfall der Sowjetunion. 1990 wurde mit dem sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs eine endgültige Regelung des Friedens unterzeichnet. Zugleich machte dieser Vertrag den Weg für die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten frei.

## Die Ausstellung

Anlässlich der 70. Wiederkehr des Kriegsendes in Europa fokussiert die Ausstellung „1945 – Niederlage. Befreiung. Neuanfang. Zwölf Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg“ die unmittelbare Nachkriegszeit in Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Polen, Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Luxemburg, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und der Sowjetunion. Damit nimmt die Ausstellung einerseits die von deutscher Besatzungsherrschaft betroffenen Nachbarländer in den Blick, andererseits mit Großbritannien und der Sowjetunion die europäischen Siegermächte. Norwegen ergänzt die Länderauswahl als ein weiteres Beispiel für die Bemühungen einer Nachkriegsgesellschaft, die während des Krieges entstandenen Gegensätze zwischen dem Widerstand und der Kollaboration einer nationalsozialistisch geprägten Partei mit den Besatzern zu überwinden.

Die jeweiligen Bemühungen in diesen Ländern, den Weg vom Krieg in den Frieden zu finden, waren geprägt durch die Ereignisse der Kriegszeit. Doch auch die historischen, gesellschaftlichen und politischen Besonderheiten sowie außenpolitische Faktoren bestimmten die Nachkriegsjahre eines jeden Landes. Kernfragen sind: Wie ließen NS-Regime, Besatzung bzw. Kriegsgeschehen die Länder zurück? In welchem Zustand befanden sich Gesellschaft und politisches System am Ende des Krieges, welche Umwälzungen brachte die Nachkriegszeit?

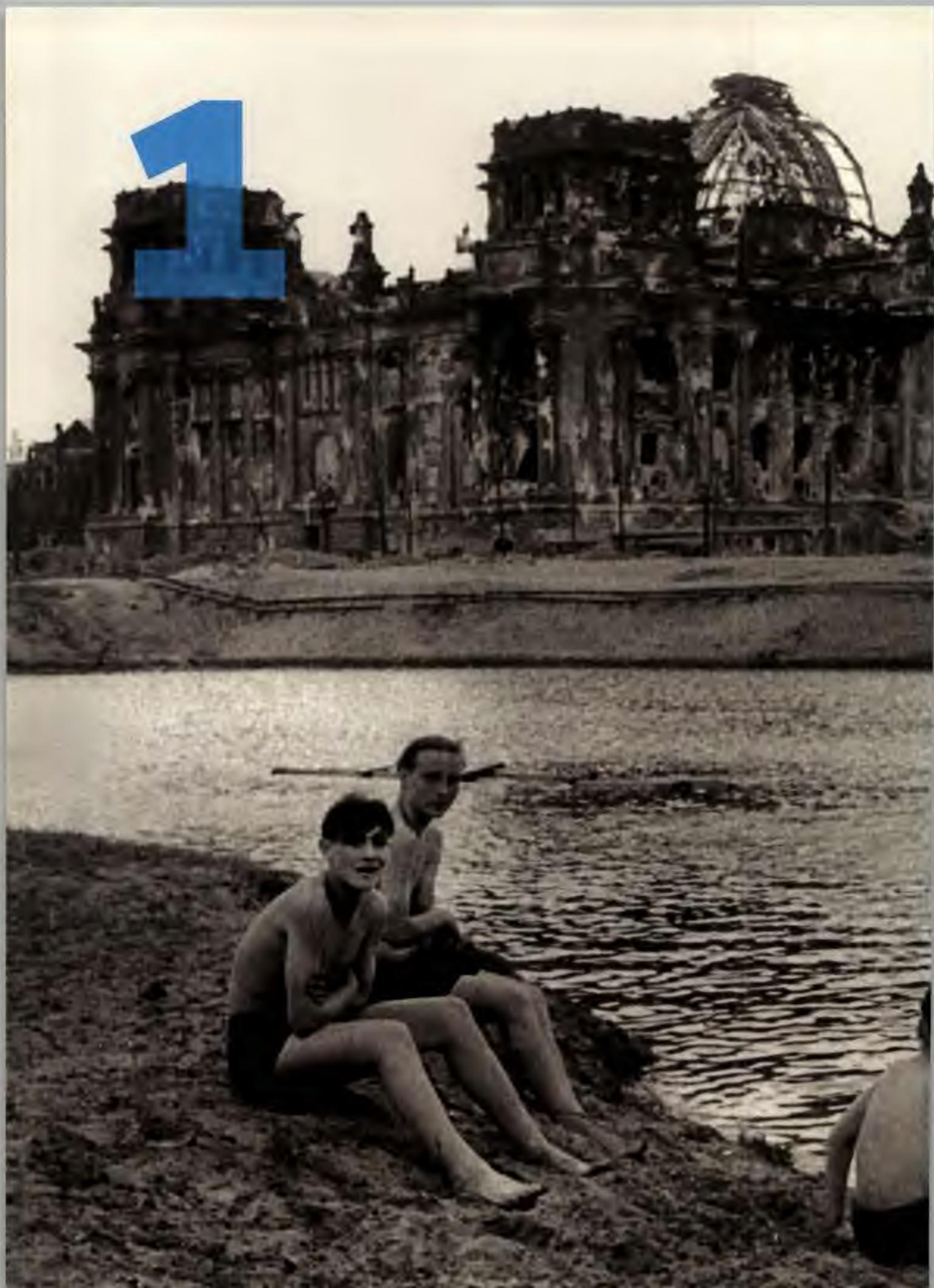
Die einzelnen Länderkapitel werden bewusst nebeneinander dargestellt, ohne dass die Ausstellung Erlebtes und Erlittenes gegeneinander abzuwägen oder zu relativieren versucht.

Die Erzählung setzt ein zum Zeitpunkt des Kriegsendes respektive der Befreiung eines Landes. Sie umreißt die erste Phase der Nachkriegszeit bis hin zu einer ersten gesellschaftlichen und politischen Konsolidierung. Die Ausstellung konzentriert sich auf diesen Zeitraum, um die wichtigsten Charakteristika der einzelnen Länder in dieser Phase aufzuzeigen.

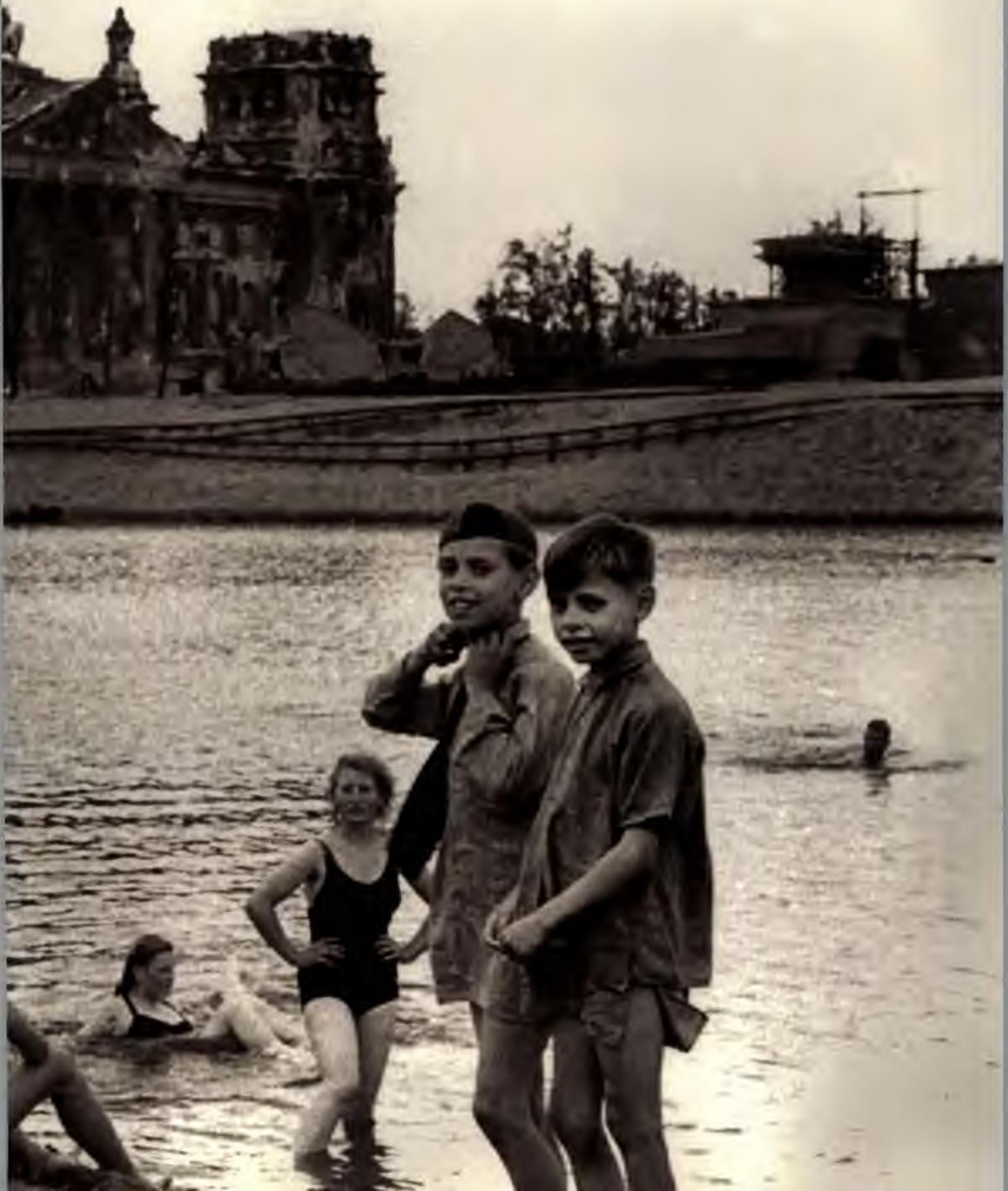
Das Kriegsende und die darauf folgende Zeit wurden von den Menschen sehr unterschiedlich wahrgenommen. Freude, Jubel und Erleichterung standen neben Trauer, Niedergeschlagenheit, Zukunftsangst oder Verzweiflung. Mithilfe von 36 exemplarisch ausgewählten Biografien wird die Vielschichtigkeit individuellen Erlebens dieser Periode gezeigt. Neben den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen gewährt die Ausstellung Einblicke in das Leben der Menschen, die diese Umbruchszeit erlebten. Die Begriffe „Niederlage“, „Befreiung“ und „Neuanfang“ umreißen dabei schlaglichtartig, wie unterschiedlich diese Phase zwischen Kriegsende und Rückkehr zu einem Friedensalltag wahrgenommen werden konnte.



1



# Deutschland



# 1

Babette Quinkert

## **Deutschland – Von der Kapitulation zur Teilung**

Die alliierten Streitkräfte erreichten die Grenzen des Deutschen Reiches im Herbst 1944, doch der Krieg sollte noch Monate andauern und weitere Hunderttausende Tote kosten. Als die Wehrmacht am 8. Mai 1945 bedingungslos kapitulierte, lagen weite Teile Deutschlands in Trümmern. Millionen von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern begrüßten die alliierten Truppen als Befreier. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung reagierte jedoch zurückhaltend. Deutschland verlor seine staatliche Souveränität und wurde in vier alliierte Besatzungszonen aufgeteilt. Die unterschiedlichen Interessen der Siegermächte und der beginnende Kalte Krieg führten innerhalb weniger Jahre zur Gründung zweier deutscher Staaten.



← 1

**Amerikanische Soldaten  
erreichen die linksrheinischen  
Stadtteile von Köln**

Köln, 6. März 1945

Im Herbst 1944 erreichten die alliierten Streitkräfte die Grenzen des Deutschen Reiches und eroberten das Land vom Westen und Osten her. Bis zuletzt leisteten Wehrmacht-, SS- und Volkssturmverbände hartnäckigen Widerstand, und die Alliierten setzten ihre Bombenangriffe auf deutsche Städte fort. So kamen in den letzten Monaten des Krieges noch Hunderttausende von Menschen bei Kampfhandlungen ums Leben. Am 25. April 1945 trafen amerikanische und sowjetische Truppen an der Elbe bei Strehla erstmals aufeinander, am 2. Mai, zwei Tage, nachdem sich Adolf Hitler das Leben genommen hatte, kapitulierte die Hauptstadt Berlin. Die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht erfolgte am 7. und 8. Mai 1945.

Der Zweite Weltkrieg forderte unter der deutschen Bevölkerung über 6,3 Millionen Tote. Fast 5,2 Millionen Soldaten und knapp 1,2 Millionen Zivilisten kamen infolge der Kriegshandlungen ums Leben. Hinzu kommen die deutschen Todesopfer nationalsozialistischer Verbrechen: fast 190 000 Patienten in Heil- und Pflegeanstalten, etwa 165 000 Juden, etwa 20 000 Sinti und Roma sowie Zehntausende von Menschen, die als politische Gegner oder als religiös bzw. sozial Missliebige in den Haftstätten und Lagern ermordet wurden. Die meisten der insgesamt etwa 13 Millionen Opfer von NS-Verbrechen kamen allerdings aus Mittel- und Osteuropa.

## Kriegsfolgen und Nachkriegsalltag

Das Vorrücken der alliierten Armeen versetzte viele Deutsche in Panik, zahlreiche Nationalsozialisten

nahmen sich das Leben. In den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches setzte im Winter 1944/45 eine Massenflucht ein. Die Rote Armee war besonders gefürchtet, da die jahrelange antisowjetische Hasspropaganda des NS-Regimes und die Gerüchte bzw. das Wissen über die deutschen Verbrechen in der Sowjetunion die Angst vor Rache schürten. Das Vorgehen der sowjetischen Truppen schien die Befürchtungen zu bestätigen. Tatsächlich sahen sich viele Rotarmisten angesichts der Verwüstung des eigenen Landes durch die deutschen Besatzer im Recht, Eigentum von Deutschen zu plündern und zu zerstören. Vielerorts kam es zu Übergriffen, Gewalttaten und Vergewaltigungen. Allein für Berlin kann von etwa 100 000 betroffenen Frauen und Mädchen ausgegangen werden, die Zahlen für Ostpreußen, Pommern und Schlesien liegen weit höher. Diese Übergriffe blieben im Gedächtnis der deutschen Bevölkerung noch lange präsent und belasteten das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht. Grundsätzlich aber verhielt sich diese in Deutschland von Grund auf anders als zuvor die deutschen Besatzungstruppen in der Sowjetunion.

Bei ihrem Vormarsch auf deutschem Boden befreiten die alliierten Streitkräfte acht bis zehn Millionen ausländische Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Diese empfingen die Alliierten mit großer Erleichterung. In den letzten vier Kriegsmonaten waren allein in den Konzentrationslagern und auf Todesmärschen noch etwa 300 000 Menschen umgekommen, fast die Hälfte der 700 000 meist ausländischen KZ-Häftlinge. Viele, die überlebt hatten, waren zutiefst erschöpft und kämpften mit den gesundheitlichen und psychischen Folgen von Haft



und Misshandlungen. Die Sterberaten in den befreiten Lagern waren weiterhin immens hoch, Zehntausende starben noch nach ihrer Befreiung. Die Alliierten versorgten die als „Displaced Persons“ (DP) bezeichneten Menschen und begannen unverzüglich mit ihrer Repatriierung. Die meisten der aus Westeuropa stammenden Zivilisten und Soldaten verließen Deutschland innerhalb weniger Monate. Auch mehr als fünf Millionen sowjetische Staatsangehörige – vor allem ehemalige Kriegsgefangene und ins Deutsche Reich verschleppte Zwangsarbeiter – kehrten in die Sowjetunion zurück. Unter ihnen befanden sich auch Personen, die gegen ihren Willen repatriert wurden, da die westlichen Alliierten der Sowjetunion die Rückführung aller Sowjetbürger zugesichert hatten. Viele DPs aus Mittel- und Osteuropa wollten oder konnten jedoch nicht in ihre Herkunftsregionen zurückkehren. Da die Sowjetunion und Polen einen Bevölkerungsaustausch für die vor dem Krieg ostpolnischen und nunmehr sowjetischen Gebiete vereinbart hatten, konnten viele Polen nicht dorthin zurückkehren. Zehntausende warteten deshalb auf eine Ausreise in Länder außerhalb Europas. Im März 1949 lebten in den westlichen Besatzungszonen immer noch über 410000 Menschen in DP-Lagern oder geschlossenen Siedlungen.

Unter den Befreiten waren auch mehr als 60000 jüdische DPs. Sie waren durch die Verfolgungen meist schwer traumatisiert, hatten Familienange-

hörige und oft ihr gesamtes soziales und kulturelles Umfeld verloren. Die Gesamtzahl der jüdischen DPs stieg nach dem Krieg stark an, da bis Ende 1946 aus Osteuropa, vor allem aus Polen, noch weitere etwa 100000 Juden nach Deutschland kamen. Angesichts der Zerstörung ihrer Lebenswelten im Zuge des deutschen Massenmords an der jüdischen Bevölkerung, aber auch angesichts des Antisemitismus in ihren Herkunftsländern sahen viele dort keine Zukunftsperspektive mehr. Die jüdischen Überlebenden warteten in den DP-Lagern in Deutschland oft monatelang, manchmal auch jahrelang auf die Möglichkeit, nach Palästina bzw. Israel, in die USA oder in andere Länder auszureisen.

Auch unter der deutschen Bevölkerung begrüßte eine Minderheit die Alliierten als Befreier. Für Gefangene in den Konzentrationslagern und anderen Haftstätten oder für jüdische Deutsche, die in Verstecken überlebt hatten, bedeutete der alliierte Sieg das Ende von Verfolgung, Leid und Angst. Die Mehrheit betrachtete das Kriegsende allerdings in erster Linie als Niederlage, auch wenn zumindest die städtische Bevölkerung erleichtert war, dass die Bombenangriffe ein Ende hatten.

Die Jahre nach dem Krieg waren für große Teile der deutschen Bevölkerung von Unsicherheit, Mangel und Not geprägt. Die Menschen wussten oftmals nicht, ob ihre Angehörigen oder Freunde überlebt hatten, wie es ihnen ging und wo sie sich aufhielten.

← 2

### Häftlinge des KZ Dachau begrüßen amerikanische Truppen

Dachau, 29. April 1945

3 →

### Displaced Persons nach der Befreiung

Berlin, Mai 1945



Post- und Telefonverbindungen funktionierten in der Anfangszeit nur sehr eingeschränkt. Mehr als 30 Millionen Deutsche hielten sich nach dem Krieg nicht an ihrem ursprünglichen Wohnort auf. Allein aus den bombengefährdeten Städten waren im Krieg etwa acht Millionen Menschen evakuiert worden. Zwei Jahre nach Kriegsende gingen die Alliierten immer noch von etwa drei Millionen „Evakuierten“ aus. Elf Millionen Wehrmachtssoldaten befanden sich oder gerieten bei Kriegsende in alliierte Kriegsgefangenschaft. Bis Ende der 1940er Jahre wurde der Großteil von ihnen wieder entlassen, die letzten kehrten jedoch erst 1955 aus der Sowjetunion zurück. Insbesondere Frankreich und die Sowjetunion hatten aufgrund der Kriegszerstörungen enorme Schwierigkeiten, die Gefangenen unterzubringen und zu ernähren. In der Sowjetunion, deren Bevölkerung selbst mit Hungersnöten kämpfte, starb aufgrund von Hunger, Mangel und Kälte sowie wegen der oftmals harten Arbeitsbedingungen etwa eine Million deutscher Kriegsgefangener. Zwölf Millionen Deutsche waren in den letzten Kriegsmonaten vor den heranrückenden Fronten geflohen oder wurden nach dem Krieg vertrieben oder ausgesiedelt. Von diesen hauptsächlich aus Mittel- und Südosteuropa stammenden Deutschen kamen insgesamt etwa zwei Millionen um. Durch den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen stieg die Einwohnerzahl in den alliierten Besatzungszonen stark an. Allein in Mecklenburg-Vorpommern wuchs die Bevölkerung um fast 45 Prozent. Die Zuwanderer stießen oft auf Ablehnung, nicht zuletzt, weil sie als Konkurrenten bei der Versorgung mit Lebensmitteln und Wohnraum wahrgenommen wurden.

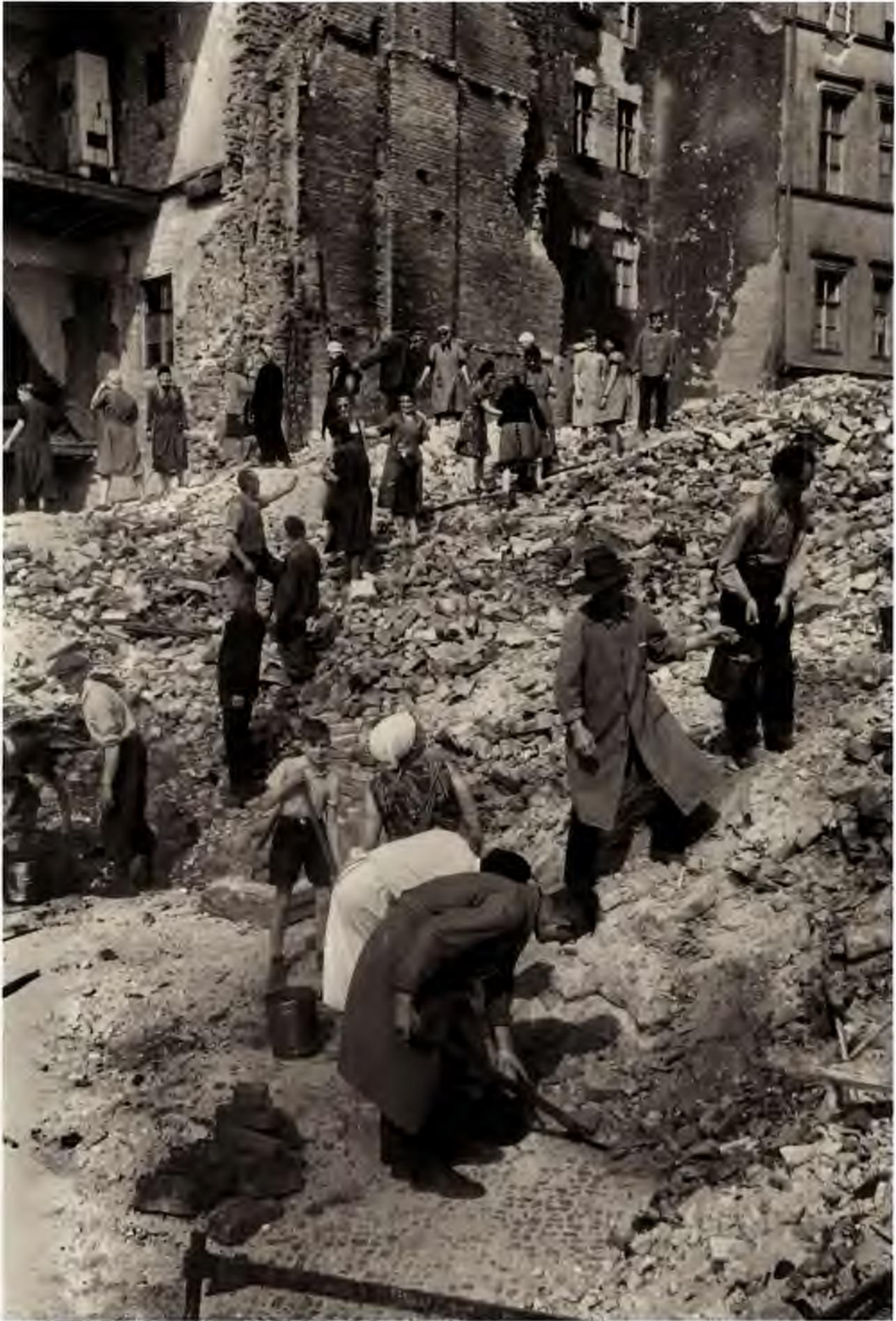
Wenige Wochen nach Kriegsende verschlechterte sich die Ernährungs- und Versorgungslage

vor allem der städtischen Bevölkerung rapide. Dazu trugen auch die umfangreichen Zerstörungen der Infrastruktur bei, die massive Transportprobleme nach sich zogen. Viele Schienenwege, Straßen oder Brücken waren nicht passierbar. Die alliierten Militärbehörden behielten die während des Krieges praktizierte Rationierung der Lebensmittel und anderer knapper Waren zwar bei, in der Regel reichte die Versorgung jedoch nicht aus. Im Winter 1946/47 litt ein Großteil der Menschen Hunger. Der Handel auf dem Schwarzmarkt blühte auf. Mit dem Verfall der Kaufkraft der Reichsmark avancierten Zigaretten zur begehrten Ersatzwährung. Viele Städter fuhren aufs Land, um ihre Besitztümer bei den Bauern gegen Lebensmittel einzutauschen. Die Wohnsituation blieb noch lange Jahre katastrophal. Rund 3,6 Millionen Wohnungen waren zerstört, etwa ein Fünftel des gesamten Wohnraums in Deutschland. Millionen Menschen mussten in Notunterkünften leben, die das Bild der Städte bis in die 1950er Jahre hinein prägten.

Ganze Städte glichen nach dem Krieg Trümmerlandschaften, deren Beseitigung eine der ersten großen Herausforderungen des Wiederaufbaus war. In Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone übernahmen diese Aufgabe vielfach auch Frauen, die als „Trümmerfrauen“ bis heute das kollektive Gedächtnis prägen. In den westlichen Besatzungszonen wurden dagegen vorwiegend Männer eingesetzt und schon bald durch das professionelle Bauhandwerk abgelöst.

## Umbau und Teilung

Im Sommer 1945 kamen die Regierungschefs der drei Großmächte USA, Sowjetunion und Großbritannien in Potsdam ein letztes Mal zusammen, um über die europäische Nachkriegsordnung zu beraten und zu



#### ← 4

##### Trümmerbeseitigung

Berlin, Mai 1945

#### 5 →

##### Die erste Ausgabe der „Berliner Zeitung“ erscheint

Berlin, 21. Mai 1945



klären, wie mit dem besiegten Deutschland zu verfahren sei. Nach dem sogenannten Potsdamer Abkommen von Anfang August sollte Deutschland entmilitarisiert, entnazifiziert und demokratisiert werden. Die Dekartellisierung und die Dezentralisierung von Wirtschaft und Politik sollten die übermäßige Machtkonzentration zerschlagen. Zur Vorbereitung von Friedensverträgen und für die Klärung von offenen Fragen schufen die Alliierten einen Rat der Außenminister, dem Vertreter der fünf Hauptmächte USA, Großbritannien, Sowjetunion, Frankreich und China angehörten. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt, in denen jeweils die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion die oberste Regierungsgewalt übernahmen; die zuvor zum Deutschen Reich gehörenden Gebiete östlich von Oder und Neiße unterstanden polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung. Berlin wurde in vier Sektoren aufgeteilt und erhielt einen Sonderstatus. Fragen, die Deutschland als Ganzes betrafen, entschied der Alliierte Kontrollrat, dem die vier alliierten Oberbefehlshaber angehörten.

Die Frage der zukünftigen Grenzen Deutschlands blieb offen. Über den endgültigen Status der vormals deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße sollte in einem späteren Friedensvertrag entschieden werden. Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde von den Alliierten allerdings befürwortet. Da es in den Monaten zuvor zu „wildem“ Vertreibungen unter oft katastrophalen Bedingungen und mit teilweise brutalen Übergriffen gekommen war, vereinbarte man in Potsdam, dass jede „Überführung“ in „ordnungsgemäßer und humaner Weise“ erfolgen solle.

Die Alliierten stimmten auch darin überein, dass Deutschland als Ersatz für die Kriegsschäden Reparationen leisten sollte. Da sie sich jedoch auf keine konkrete Summe einigen konnten, legten sie fest, dass jede Siegermacht ihre Reparationsansprüche aus ihrer eigenen Besatzungszone befriedigen sollte, unter anderem durch die Demontage von Industrieanlagen und die Entnahme von Gütern. Die Sowjetunion erhielt zusätzliche Wiedergutmachungsleistungen aus den westlichen Zonen. Die Gesamtsumme der Reparationen sollte jedoch so bemessen sein, dass die deutsche Bevölkerung ohne materielle Unterstützung anderer Länder existieren konnte.

Die eher allgemein formulierten Regelungen des Potsdamer Abkommens ermöglichten es jeder Siegermacht, sie entsprechend den eigenen Vorstellungen umzusetzen. Die Entmilitarisierung Deutschlands erfolgte in allen vier Besatzungszonen weitgehend reibungslos. Alle alliierten Militärverwaltungen ließen nichtfaschistische Parteien wieder zu bzw. gestatteten die Neugründung von Parteien. Sie kontrollierten den Aufbau von Massenmedien wie Zeitungen und Rundfunk. Im Schul- und Erziehungswesen, im Umgang mit dem Berufsbeamtentum sowie dem Polizei- und Justizapparat erfolgte der radikalste Umbau in der sowjetischen Besatzungszone, in der ein weitgehender Elitenwechsel durchgesetzt wurde. Die sowjetische Militäradministration führte eine Boden- und eine Industriereform durch, die umfassende Enteignungen, Umverteilungen und Verstaatlichungen zur Folge hatten. Diesen grundlegenden Strukturwandel der Gesellschaft nutzten die Kommunistische Partei und die sowjetischen Behörden dazu, zentrale Machtpositionen mit Kommunisten zu besetzen und sich so einen weitgehenden



← 6

**Internierungslager für Deutsche  
in der früheren Kaserne Iserbrook**

Hamburg, 1945

Einfluss auf die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Ein wichtiger Markstein war hierbei der mit massivem Druck auf die SPD durchgesetzte Zusammenschluss von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946.

Die Reparationspolitik handhabten die Alliierten sehr unterschiedlich. Frankreich und die Sowjetunion waren vor allem daran interessiert, ihre landeseigenen Wirtschaften für die enormen Kriegsverluste zu entschädigen. Sie konzentrierten sich deshalb auf die Entnahme von Rohstoffen, Gütern und Ausrüstungen und begannen unverzüglich mit umfangreichen Demontagen, zum Beispiel von Industrieanlagen. In der sowjetischen Besatzungszone wurden zudem etwa 220 Betriebe in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewandelt, die unter sowjetischer Kontrolle weiterproduzierten. In der amerikanischen und in der britischen Besatzungszone fanden zunächst ebenfalls umfassende Demontagen statt, die jedoch nach und nach reduziert wurden.

Waren sich die Alliierten direkt nach dem Krieg in ihren grundlegenden Zielen für Deutschland noch relativ einig, so verschärften sich die Interessensgegensätze und Spannungen im Laufe der nächsten zwei Jahre zunehmend. Die USA und Großbritannien gingen davon aus, dass eine wirtschaftliche Schwächung Deutschlands die Abschöpfung der eigenen Reparationsansprüche gefährden würde, weil eine notleidende deutsche Bevölkerung jahrelang auf materielle Unterstützung angewiesen sein würde.

Sie schwenkten deshalb um auf eine Politik der wirtschaftlichen Stärkung des Landes im Rahmen des Wiederaufbaus Europas. Dies korrespondierte mit dem im März 1947 öffentlich verkündeten politischen Ziel der amerikanischen Regierung, den kommunistischen Einfluss in Europa einzudämmen (Truman-Doktrin).

Nachdem die Amerikaner und die Briten ihre Besatzungszonen, unter dem Protest der Sowjetunion und Frankreichs, am 1. Januar 1947 zur sogenannten Bi-Zone zusammengelegt hatten, kündigte die USA das European Recovery Program („Marshall-Plan“) an. An diesem Hilfs- und Wiederaufbauprogramm für Europa sollte auch Deutschland teilhaben. Die Sowjetunion lehnte das Programm im Sommer 1947 für sich und die Staaten in ihrem Einflussbereich ab, da die weitreichenden Kontroll- und Mitsprachebedingungen, die die USA an die Teilnahme am Marshall-Plan knüpften, für die sowjetische Regierung nicht akzeptabel waren. Damit war die Spaltung Europas besiegelt – mit weitreichenden Folgen auch für Deutschland.

Auf der ab Februar 1948 in London tagenden Sechsmächtekonferenz, bei der die drei westlichen Besatzungsmächte sowie die Beneluxstaaten vertreten waren, wurden die einzelnen Schritte einer westdeutschen Staatsgründung ausgehandelt. Am 7. Juni 1948 erging die Aufforderung an die drei westlichen Militärgouverneure in Deutschland, die Ministerpräsidenten der Länder zu ermächtigen, eine verfassunggebende Versammlung für einen westdeutschen Staat einzuberufen. Aus Protest verließ der sowjetische Militärgouverneur den Alliierten Kontrollrat, der danach nicht mehr zusammentrat. Am 20. Juni 1948 führten die Westalliierten eine Währungsreform durch, vier Tage später folgte die sowjetische Militärverwaltung mit einer eigenen Reform. Die Konflikte um die Umsetzung dieser Reformen in Berlin nahm die sowjetische Führung zum Anlass, alle Schienen-, Straßen- und Wasserwege

## 7 →

### Deutsche Zivilisten werden mit Filmaufnahmen aus den Konzentrationslagern Bergen-Belsen und Buchenwald konfrontiert

Burgsteinfurt, 1945

von und nach Westberlin zu blockieren. Die Berlin-Blockade und die amerikanisch-britische Luftbrücke, über die die Bevölkerung in den Westsektoren der Stadt bis zum 12. Mai 1949 mit Lebensmitteln und anderen Gütern versorgt wurde, waren ein erster Höhepunkt des Kalten Krieges.

Die von den Westalliierten seit Mitte 1948 forcierten Vorbereitungen einer westdeutschen Staatsgründung mündeten in die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD), deren Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat. Nur wenige Monate später, am 7. Oktober 1949, wurde die Deutsche Demokratische Republik (DDR) ins Leben gerufen. Beide Staaten unterlagen weiterhin besatzungsrechtlichen Beschränkungen und verfügten nicht über die volle Souveränität. Erst 1990 wurde mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag – einem Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik sowie Frankreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den USA – eine endgültige Friedensregelung unterzeichnet. Diese machte zugleich den Weg für eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten frei.

## Strafverfolgung und Entnazifizierung

Die Alliierten hatten bereits lange vor Kriegsende beschlossen, diejenigen, die das NS-Regime und den Krieg zu verantworten hatten, vor Gericht zu stellen. Die angestrebte Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands setzte aber nicht nur die strafrechtliche Ahndung von NS-Verbrechen voraus, sondern auch eine politische Säuberung. Nach Kriegsende internierten die alliierten Militärverwaltungen Kriegsverbrecher und NS-Funktionäre. In den westlichen Zonen kamen insgesamt 250000 Menschen in Haft, wobei die Behörden etwa 60000 Belastete an Drittstaaten auslieferten (davon etwa



die Hälfte an osteuropäische Staaten, vor allem an Polen). Die sowjetische Militäradministration richtete sogenannte Speziallager ein, in denen bis 1950 insgesamt 122000 Deutsche interniert waren. Sie dienten jedoch nicht ausschließlich dazu, belastete Nationalsozialisten zu isolieren. Die Verhaftungen hatten mitunter auch willkürlichen Charakter oder richteten sich gegen Personen, die dem sozialistischen Umbau von Wirtschaft und Politik kritisch gegenüberstanden. Die Lebensumstände in diesen Lagern waren ungleich schlechter als in denen der Westalliierten: 42000 Menschen starben in den sowjetischen Speziallagern infolge von Vernachlässigung, Unterernährung und Krankheiten.

Die Alliierten strengten eine Vielzahl von Gerichtsverfahren an: In den westlichen Zonen wurden gegen 5200 Personen Strafverfahren eröffnet, 4000 Angeklagte wurden verurteilt, davon 668 zum Tode. In der sowjetischen Besatzungszone wurden von 16 000 vor Gericht gestellten Angehörigen von SS, Gestapo und Polizei 12000 verurteilt, davon 118 zum Tode.

Bereits während des Krieges hatten die Alliierten entschieden, die Führungselite des NS-Regimes vor einem internationalen Gerichtshof im Namen der Vereinten Nationen zur Rechenschaft zu ziehen. Im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher mussten sich zwischen November 1945 und Oktober 1946 insgesamt 24 deutsche Politiker, Militärs und führende Personen aus der Wirtschaft vor dem eigens eingerichteten Internationalen

Militärgerichtshof verantworten. 20 Angeklagte wurden verurteilt, zehn von ihnen zum Tode. Dieser Prozess blieb der einzige, der von den vier alliierten Siegermächten gemeinsam geführt wurde. Zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse fanden unter amerikanischer Verantwortung statt, zahlreiche weitere Verfahren vor alliierten Militär- und Sondergerichten.

Die Entnazifizierung umfasste jedoch nicht nur die Ahndung von Straftaten. Die Alliierten schafften nationalsozialistische Gesetze ab, die eine Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion oder politischer Überzeugung beinhalteten, und verboten alle NS-Organisationen, -Symbole und -Schriften. Im Mai 1945 hatte die NSDAP mehr als neun Millionen Mitglieder, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden gehörten weitere zig Millionen Personen an. Den Nationalsozialisten war es gelungen, weite Teile der deutschen Gesellschaft zu organisieren. Dies stellte die Alliierten vor ungeheure Probleme: Sie hatten sich zum Ziel gesetzt, aktive NSDAP-Mitglieder aus öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern sowie aus verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entlassen und durch politisch zuverlässiges Personal zu ersetzen. Für diese Maßnahmen waren zunächst die vier Besatzungsmächte verantwortlich, später deutsche Stellen, wobei sich das konkrete Vorgehen je nach Besatzungszone unterschied.

Die amerikanischen Militärbehörden handhabten die Entnazifizierung zunächst sehr streng. Alle Erwachsenen mussten einen umfangreichen Fragebogen ausfüllen, der dann von gerichtsmäßig organisierten deutschen Spruch- und Berufungskammern ausgewertet wurde. Bis Ende März 1946 wurden in der amerikanischen Besatzungszone knapp 140000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und über 68000 Beschäftigte aus Handel, Gewerbe und Industrie entlassen. Als die USA die Entnazifizierung im Zuge des sich verschärfenden Kalten Krie-

ges im Frühjahr 1948 einstellten, waren Verfahren gegen schwerer Belastete häufig jedoch noch nicht abgeschlossen. Dies führte dazu, dass viele Schuldige einer Bestrafung entgingen. Die britischen und französischen Militärbehörden betrieben die Entnazifizierung vor allem unter dem Gesichtspunkt einer politischen und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit. In der sowjetischen Besatzungszone erfolgte die Entnazifizierung dagegen zügiger und einschneidender als in den westlichen Besatzungszonen. Bis 1949 wurden rund 520000 Personen aus ihren Stellungen entlassen, wobei die Maßnahmen auch als Mittel dienten, einen sozialistischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen. Sowohl im Westen als auch im Osten wich man im Laufe der Zeit jedoch mehr und mehr von dem ursprünglichen Ziel einer konsequenten politischen Säuberung ab. Dies führte vor allem in der späteren Bundesrepublik dazu, dass ehemalige Nationalsozialisten sogar Spitzenpositionen in Politik, Verwaltung, Justiz und Wirtschaft besetzen konnten.

Die alliierte Strafverfolgung von Kriegs- und NS-Verbrechen sowie die Maßnahmen zur politischen Säuberung stießen bei vielen Deutschen auf Unverständnis und Kritik. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung vermied eine kritische Reflexion der vergangenen zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Die Herausforderung, die menschlichen und materiellen Verluste sowie die alltäglichen Sorgen und Notlagen der ersten Nachkriegsjahre zu bewältigen, trug mit dazu bei, dass es der deutschen Mehrheitsgesellschaft gelang, die Frage nach der eigenen Täter-, Mittäter- oder Zeugenschaft zu verdrängen.

Das Kriegsende in Deutschland bedeutete einen starken gesellschaftlichen Einschnitt. Obwohl es durchaus personelle Kontinuitäten gab, führten die Maßnahmen der Alliierten dazu, dass die nationalsozialistische Weltanschauung langfristig ihre



gesellschaftliche Basis verlor und sich nicht wieder etablieren konnte. Dennoch sollte eine breite öffentliche Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und die Frage nach verschiedenen Formen der Täter- und Mittäterschaft noch Jahrzehnte auf sich warten lassen. Die enormen Belastungen der Nachkriegsjahre, Unsicherheit, Mangel und Not der deutschen Mehrheitsbevölkerung trugen mit dazu bei, dass es lange Zeit kaum Empathie für die verfolgten und ermordeten Opfer der NS-Verbrechen gab. Die politische Entwicklung beeinflusste die Möglichkeiten einer kritischen Reflexion ebenfalls: Die Diskussionen der folgenden Jahrzehnte fanden immer im Kontext des Kalten Krieges statt, sodass viele Fragen und die verschiedenen Opfergruppen erst in den vergangenen Jahren stärker in den Mittelpunkt des Interesses gerückt sind.

---



**Puppengeschirr von Beate Oestreicher**

Deutsches Reich, 1940er Jahre

Die jüdische Familie Oestreicher wurde im November 1943 in Amsterdam verhaftet. Nur die Tochter Helly konnte auf einem Bauernhof versteckt werden. Nach monatelanger Haft in den Lagern Westerbork und Bergen-Belsen wurden Beate und Maria mit den Eltern im April 1945 auf einen Räumungstransport geschickt. Nach fast zweiwöchiger Irrfahrt befreiten sowjetische Truppen den Zug bei Tröbitz, nördlich von Dresden. Die Eltern starben kurz darauf an Fleckfieber. Mit dem Puppengeschirr spielten die beiden Mädchen in Tröbitz. Beate nahm es bei ihrer Rückkehr in die Niederlande Ende Juni 1945 mit und bewahrte es sorgsam.

**Aufruf der Provinz Sachsen an Mitglieder getrennter Familien, ihre Adressen mitzuteilen**

Halle an der Saale, 1946

Mehr als 30 Millionen Deutsche hielten sich nach dem Krieg nicht an ihrem ursprünglichen Wohnort auf. Viele waren bereits während des Krieges evakuiert worden. Andere waren bei Kriegsende geflüchtet oder umgesiedelt worden oder befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Viele Menschen wussten nicht einmal, ob ihre Angehörigen oder Freunde überlebt hatten. Post- und Telefonverbindungen funktionierten zunächst kaum. Mit dem Aufruf versuchten die Behörden in Sachsen, zerrissene Familien wieder zusammenzuführen.







← 11

**Extraausgabe der „Passauer Neuen Presse“  
zu den Urteilen im Nürnberger Prozess**

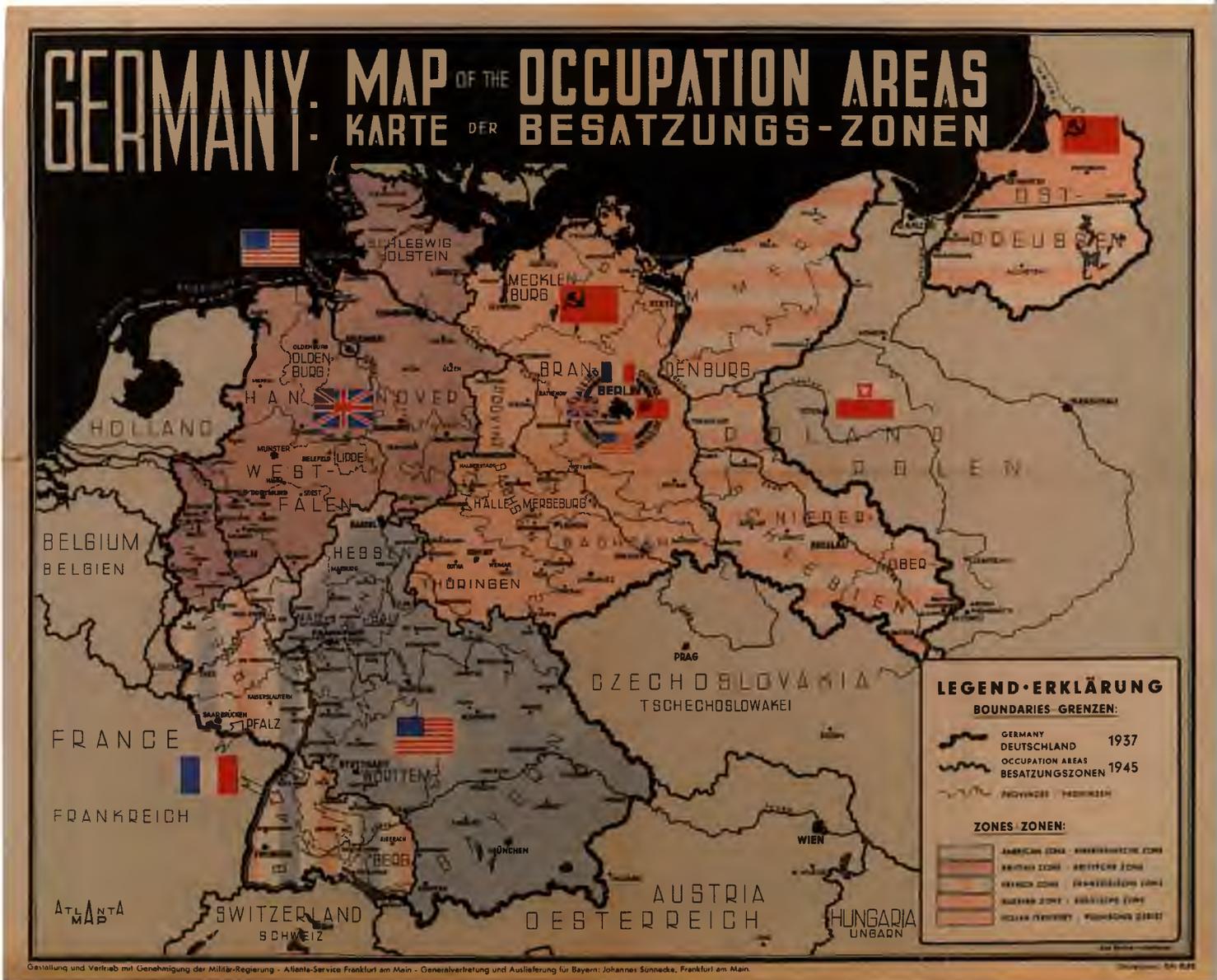
Passau, 1. Oktober 1946

Im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher mussten sich seit November 1945 insgesamt 24 deutsche Politiker, Militärs und führende Personen aus der Wirtschaft vor dem Internationalen Militärgerichtshof verantworten. 20 Angeklagte wurden verurteilt, zehn von ihnen zum Tode. Dieser Prozess blieb der einzige, der von den vier alliierten Siegermächten gemeinsam geführt wurde. Zahlreiche weitere Verfahren fanden vor alliierten Militär- und Sondergerichten oder vor deutschen Gerichten statt.

12 ↑

**Blick auf die Anklagebank beim Nürnberger  
Hauptkriegsverbrecher-Prozess**

Nürnberg, 1946



14 →

**Armbinde „Magistrat Charlottenburg“**

Berlin, Mai 1945

Die Alliierten tauschten einen Teil des Verwaltungspersonals aus. Sie setzten unbelastete Personen ein. Wolfgang Haney wurde zum Leiter des Tiefbauamts Berlin-Charlottenburg ernannt. Er hatte im Krieg untergetauchten Juden und Zwangsarbeitern geholfen. Passierscheine und die Armbinde erlaubten es ihm, sich in Berlin ungehindert zu bewegen.



## ← 13

### **Karte der alliierten Besetzungszonen**

Frankfurt am Main, 1945–1949

Solche Karten hängten die Alliierten öffentlich aus, um die Bevölkerung über die neuen Machtverhältnisse zu informieren. Deutschland wurde im Sommer 1945 in vier Besetzungszonen geteilt, in denen die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion jeweils die oberste Regierungsgewalt übernahmen. Die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße unterstanden polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung. Die in vier Sektoren geteilte Stadt Berlin erhielt einen Sonderstatus. Für Fragen, die Deutschland als Ganzes betrafen, wurde ein Alliiertes Kontrollrat eingerichtet.

## 15 →

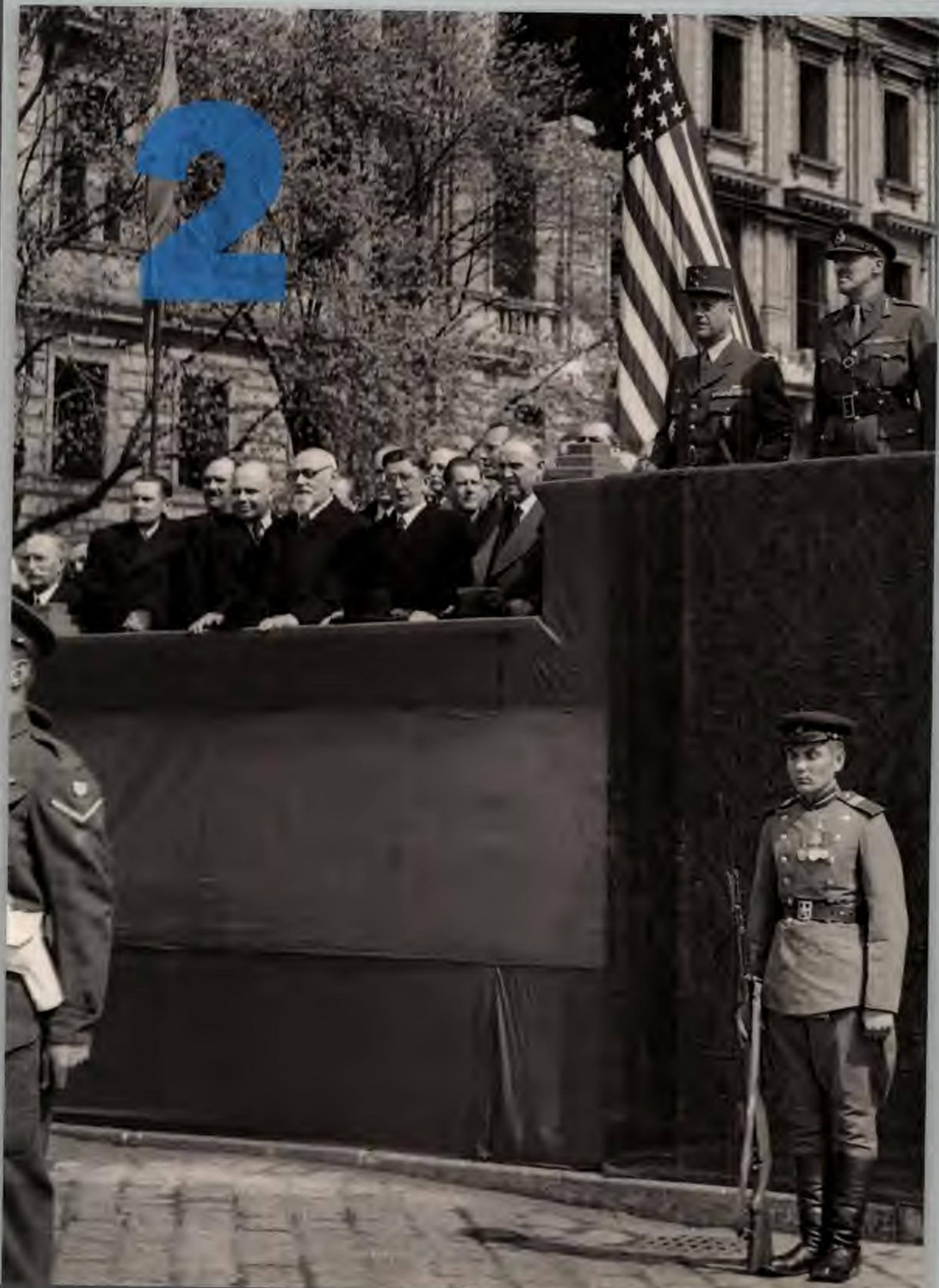
### **Metallwagen zum Transport der neuen Währung**

Bremen, 1940er Jahre

Die Westalliierten schufen in ihren Besetzungszonen einen eigenen Wirtschaftsraum. Seit dem 21. Juni 1948 galt dort die Deutsche Mark. Mit solchen Wagen wurden die neuen Geldscheine innerhalb der Bankhäuser transportiert. Die sowjetische Militärverwaltung reagierte vier Tage später mit einer eigenen Währungsreform. Als Folge der Konfrontation blockierte die Sowjetunion die Zugänge zum Westteil Berlins. Die Westalliierten versorgten ihn von Juni 1948 bis Mai 1949 mithilfe einer Luftbrücke. Dieser Konflikt war der erste Höhepunkt des Kalten Krieges.



2



# Österreich



# 2

Oliver Rathkolb

## **Österreich – „Geteilte“ Erfahrungen und Opferdoktrin**

Wien wurde Mitte April 1945 von der Roten Armee befreit, doch erst am 8. Mai endete auch für Österreich der Krieg. Die Alliierten teilten das Land in vier Besatzungszonen auf. Bereits im April trat eine Provisorische Regierung zusammen, Ende November 1945 wurde ein bundesweit legitimes Parlament gewählt. Oberste Entscheidungsträger blieben jedoch die alliierten Mächte. 1938 dem Deutschen Reich angegliedert, galt das Land nach der Moskauer Deklaration vom November 1943 als erstes Opfer der „Hitlerschen Aggression“. Doch sollte Österreich auch die Verantwortung für die Beteiligung am Krieg tragen. Eine Aufarbeitung der Unterstützung des NS-Regimes und die Ahndung von Kriegsverbrechen wurden überlagert durch das Festhalten an der Opferdoktrin und dem zentralen Ziel des raschen Wiederaufbaus.



← 16

**Treffen der alliierten Generäle  
Dmitri A. Drits'kin (Sowjetunion)  
und Stanley Reinhart (USA)**

Erlauf, 8. Mai 1945

Am 30. Oktober 1943 trafen sich die Außenminister der alliierten Staaten Großbritannien, USA und Sowjetunion. Gemeinsam beschlossen sie die Moskauer Deklaration, die ein wichtiger Ausgangspunkt der österreichischen Nachkriegsgeschichte wurde. Darin erklärten die Alliierten den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 für ungültig und vereinbarten, nach dem Zweiten Weltkrieg den souveränen Staat Österreich wiederherzustellen. Der Passus, der Österreich als das „erste freie Land“ bezeichnete, „das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer“ gefallen sei, hatte langfristige Folgen. Er bot der österreichischen Gesellschaft und Politik nach dem Krieg die Möglichkeit, sich in erster Linie als „Opfer“ zu stilisieren und die eigene Beteiligung am Zweiten Weltkrieg an der Seite Deutschlands auszublenden. Die sogenannte Mitverantwortungsklausel, mit der die Moskauer Deklaration ausdrücklich auf diese Teilnahme hinwies, wurde nach 1945 weitgehend ignoriert.

## Besatzungspolitik in Ost- und Westösterreich

Nach Kriegsende wurde Österreich – wie Deutschland – in vier Besatzungszonen aufgeteilt, Wien in vier Sektoren – aber im Unterschied zu Berlin – mit einer gemeinsamen Verwaltung des 1. Bezirks mit den zentralen Regierungsgebäuden. Die westlichen Regionen unterstanden einer britischen, einer ame-

rikanischen und einer französischen, die östlichen einer sowjetischen Militärverwaltung.

Die österreichische Hauptstadt war am 13. April 1945 nach blutigen Kämpfen von Einheiten der Roten Armee befreit worden. Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten gründeten nur einen Tag nach der Befreiung Wiens die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ). Nahezu zeitgleich schlossen sich einige ehemalige christsoziale Politiker – unter ihnen auch Repräsentanten der Kanzlerdiktaturen unter Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg – zur Österreichischen Volkspartei (ÖVP) zusammen. Gemeinsam mit den Funktionären der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), von denen die meisten aus dem Exil in Moskau zurückgekehrt waren, proklamierten die Parteien am 27. April die II. Republik. Gleichzeitig wurde die Provisorische Regierung unter Staatskanzler Karl Renner gebildet. Eine politische und gesellschaftliche Struktur in einem – letztlich von der sowjetischen Militäradministration vorgegebenen – Drei-Parteien-Schema (KPÖ/ÖVP/SPÖ) wurde auf der Basis der alten verfassungsrechtlichen Grundlage von 1920 (in der Fassung von 1929) etabliert. Diese sollte Stabilität und eine ausgewogene Distanz zu den Supermächten USA und Sowjetunion garantieren.

Die Sowjetunion schuf damit noch vor der Ankunft der Westmächte eine Art „neutrale“ politische Struktur in Österreich. Der Sozialdemokrat Renner, der von 1918 bis 1920 bereits Staatskanzler der I. Republik gewesen war, galt als Stalins persönliche Wahl,

17 →

**Bundespräsident Karl Renner  
mit Vertretern der Alliierten  
(v.l.: Alfred M. Gruenther,  
Ivan Konjev, Renner, Mac Green,  
Émile Béthouart)**

Wien, 19. Dezember 1945



entwickelte aber bald eine geschickte „elastische Schaukelpolitik“, indem er Stalin dankbare und überaus devote Briefe schrieb und gleichzeitig dafür sorgte, dass die Informationen über Übergriffe und Vergewaltigungen, die von Soldaten der Roten Armee begangen wurden, via Stockholm an die internationale Presse und an die US-Geheimdienste gelangten.

Die Westalliierten waren von der einseitigen Proklamation eines österreichischen Staates durch die sowjetische Besatzungsmacht überrascht und irritiert, da diese im Widerspruch zu den ursprünglichen Absprachen stand. Es sollte viele Wochen dauern, bis es österreichischen Politikern gelang, den Verdacht zu entkräften, dass die Provisorische Regierung unter Renner eine prosovjetsche und prokommunistische Pseudoregierung sei. Bis dahin wurde ihr die Anerkennung durch die französischen, britischen und amerikanischen Alliierten verweigert. Diese betrachteten sie anfangs als „Russen-Regierung“ und „Trojanisches Pferd“, das „im Dienste des Weltkommunismus“ stehen würde. Erst am 19. Oktober 1945 wurde die Provisorische Regierung von den Westalliierten auf dem gesamten Bundesgebiet anerkannt. Dem war eine Regierungsumbildung unter Beteiligung von westösterreichischen Politikern im September vorausgegangen.

Rückblickend gibt es für die ersten Monate nach der Befreiung des Landes keinerlei Hinweise darauf, dass die sowjetische Besatzungsverwaltung eine kommunistische Volksrepublik in Österreich

plante oder unterstützte. Bereits seit Dezember 1941 war das zentrale Ziel der Politik Stalins primär die Wiederherstellung des kleinösterreichischen Staates zur Schwächung Nachkriegsdeutschlands.

Britische und amerikanische Besatzungsautoritäten untersagten in ihren Zonen in den ersten Monaten jegliche Form der politischen Aktivität. In Oberösterreich und in Salzburg bedienten sich die US-Forces Austria reiner Beamtenregierungen. In Nordtirol, Teil der französischen Zone, konnte sich die in den letzten Kriegswochen erfolgreiche Widerstandsbewegung mit dem späteren Tiroler Landeshauptmann Karl Gruber als Repräsentanten in der Landesverwaltung etablieren. In Kärnten und in Osttirol folgten die Briten zunächst der amerikanischen Linie einer umfassenden gesellschaftlichen Kontrolle. Rasch wurde jedoch deutlich, dass diese Politik des „Shut-Down“ und eine Zensur aller Medien nicht Demokratie fördernd war. Ab August/September 1945 wurden die Kontrollen zusehends gelockert und politische Parteien wieder zugelassen; erste österreichische Parteizeitungen und unabhängige Presseorgane konnten erscheinen. Auch das Fraternalisierungsverbot für Kontakte zwischen den Besatzungssoldaten und der österreichischen Bevölkerung wurde bereits im Juli gelockert und im September 1945 vollständig aufgehoben.

Die im Unterschied zur starken Kontrolle der amerikanischen und britischen Besatzungsverwaltung eher liberale Politik der sowjetischen Besatzer



← 18

**Der Wiener Hafen unter sowjetischer Verwaltung**

Wien, 1951

in Niederösterreich und im Burgenland wurde im breiten öffentlichen Bewusstsein kaum wahrgenommen. Die Erfahrungen von Plünderungen, Übergriffen und Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten verdrängten die Leistungen der Roten Armee bei der Befreiung Österreichs und der schnell einsetzenden Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sowie ihre wichtige Rolle bei der Etablierung demokratischer Strukturen. Bis heute gehört es nicht zur kollektiven Erinnerung, dass die Bevölkerung Wiens ohne die Lebensmittellieferungen durch die sowjetische Besatzungsverwaltung weitaus größeren Hunger hätte erleiden müssen. Internationale Hilfslieferungen wie jene durch die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) erreichten die österreichische Hauptstadt erst im Januar 1946.

Die Übergriffe durch Angehörige der Roten Armee bestärkten in vielen Fällen eine bereits existierende antibolschewistische und traditionell anti-russische Einstellung und prägten das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht grundlegend. Einerseits tabuisiert, andererseits durch eine Vielzahl von Gerüchten verbreitet, wurden die Übergriffe als gezielte Politik wahrgenommen. Hinzu kam, dass der Polizeiapparat in Wien stark von Anhängern der KPÖ dominiert wurde, die wiederum diese Facette der sowjetischen Besatzung aus ideologischen Gründen ausblendete. Auch auf der Ebene des Kabinettsrates wurde dies in den ersten Nachkriegsmonaten nicht

offen diskutiert. Die von der Sowjetunion verfolgte Reparationspolitik trug wenig zur Entspannung der Lage bei.

## Reparationsfragen und Wirtschaftsaufbau

Die Provisorische Regierung wollte mit allen Mitteln verhindern, dass die zerstörte Volkswirtschaft ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg mit Reparationen belastet und in eine permanente Krise getrieben würde. Die Alliierten hatten sich auf die Wiedererrichtung eines Kleinstaates in den Grenzen von 1918 geeinigt, ohne jedoch klare ökonomische Pläne entwickelt zu haben.

Nach den Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz konnten die Alliierten auch aus Österreich Reparationen beanspruchen, sofern es sich um „Deutsches Eigentum“ aus den Jahren 1938 bis 1945 handelte. In vielen Fällen war es für die sowjetischen Behörden allerdings schwierig, „reichsdeutsche“ Kriegsrüstung und österreichische Industrieanlagen zu unterscheiden. Da die Sowjetunion hinsichtlich ihrer Reparationspolitik keine Rücksicht auf innenpolitische Folgen nahm, ließ sie auch österreichische Fabrikanlagen demontieren oder Eisenbahnzüge beschlagnahmen und in die Sowjetunion abtransportieren – ohne eine rechtliche Legitimation hierfür zu besitzen. Begründet wurde diese Politik mit dem

Hinweis auf die Mitverantwortung Österreichs für den Zweiten Weltkrieg.

Die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus dominierte die ersten Nachkriegsjahre. Im Unterschied zur Situation nach 1918 war die Weltwirtschaft nach 1945 relativ stabil. In der Zwischenkriegszeit hatte eine konstante Weltwirtschaftskrise, die in der großen Depression von 1929 ihren Höhepunkt gefunden hatte, auch in Österreich erhebliche Folgen. Die Infrastruktur war 1945 jedoch sehr viel stärker getroffen: Die baulichen Kriegsschäden beliefen sich auf 4 Milliarden Schilling (heute etwa 90 Milliarden Euro), davon entfielen 2,2 Milliarden auf Wohnbauten, 359 Millionen auf Industrie und Bergbau, 522 Millionen auf Bahnen, Brücken und Straßen. Der Wert der sowjetischen Demontagen in Wien, Niederösterreich und in Teilen der Steiermark wird auf 10 Milliarden Schilling geschätzt.

Die deutsche Kriegsrüstung hatte eine teilweise auf große Industrieanlagen ausgerichtete Infrastruktur sowie eine entsprechend ausgebildete Arbeiterschaft hinterlassen. Zudem war ein beträchtlicher Teil der österreichischen Industrie zentralisiert und „germanisiert“ worden. Überdies konnten sich die beiden großen Parteien auf eine relativ umfassende Verstaatlichung ehemaliger deutscher Betriebe einigen – mitunter, um sowjetische Ansprüche abzuwehren. 1946 wurden sogar die größten Banken – Creditanstalt-Bankverein, Österreichische Länderbank und Österreichisches Credit-Institut sowie die dazugehörigen jeweiligen großen Industriekonzerne – verstaatlicht. Diese Maßnahmen stellten die bedeutendste ökonomische Strukturreform in der Geschichte der Republik dar.

Anfangs war unklar, wem das „Deutsche Eigentum“ aus der Zeit von 1938 bis 1945 gehörte. Besonders die Sowjetunion interpretierte den Begriff „Deutsches Eigentum“ sehr umfassend und subsumierte darunter auch das beschlagnahmte Vermögen, das 1945 unter deutscher Verwaltung stand,

einschließlich der zwischen 1938 und 1945 geraubten Betriebe jüdischer Eigentümer. Allein im Bereich der sowjetischen Besatzungszone in Wien, Niederösterreich und im Burgenland sowie im Mühlviertel fielen 450 Betriebe mit 50000 Arbeitern und Angestellten, rund zehn Prozent der österreichischen Industriekapazität, unter die Kategorie „Deutsches Eigentum“. Die Westalliierten traten ab 1946 die treuhänderische Verwaltung dieser Firmen an die Republik Österreich ab, was unter anderem den Alpine-Montan-Konzern (Stahl, Kohle und Erzbergbau) in Oberösterreich, der Steiermark und Kärnten betraf. Die Sowjetunion hingegen beschlagnahmte im Februar 1946 das „Deutsche Eigentum“ und stellte es unter sowjetische Verwaltung.

Bezüglich der materiellen Entschädigung der Opfer des NS-Regimes für Vermögensverluste verhielt sich die Provisorische Regierung zunächst sehr zurückhaltend, obwohl Renner sich bewusst war, dass der internationale Druck langfristig eine gesetzliche Regelung der Entschädigungs- und „Wiedergutmachungs“-Fragen erforderlich machen würde. Vor allem die Westalliierten traten für die Interessen der Emigranten ein. Zwar wurden zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe restituiert, die überlebenden und mehrheitlich im Ausland lebenden jüdischen Eigentümer stießen jedoch oft auf große rechtliche Probleme. In den juristischen Auseinandersetzungen dominierte vielfach das Bestreben der Justiz und der Finanzbehörden, auf dem Vergleichsweg Entschädigungen anstelle einer Restitution anzubieten.

Bei Kriegsende befanden sich über 1,6 Millionen Displaced Persons und vertriebene Sudeten- und Volksdeutsche auf österreichischem Staatsgebiet. Die katastrophale Nahrungsmittelknappheit des Jahres 1945 führte zu Konflikten und Spannungen zwischen der österreichischen Bevölkerung und den Displaced Persons. Dies waren hauptsächlich ehemalige Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Sudetendeutsche Flüchtlinge wurden nur höchst widerwillig und

**Lager für Displaced Persons**

Rosittenkaserne in Salzburg, um 1953

in geringem Umfang in Österreich aufgenommen. Die Provisorische Regierung unter Renner und der niederösterreichische Landeshauptmann Leopold Figl etwa forderten eine sofortige Grenzsperrung zur Tschechoslowakei durch die sowjetische Besatzungsmacht. Selbst Flüchtlinge aus Südböhmen und Südmähren mit „altösterreichischen“ Wurzeln sollten nicht nach Österreich einreisen können. In den Debatten der Provisorischen Regierung findet sich eine Pauschalverurteilung aller Sudetendeutschen als Nationalsozialisten, wohingegen man gegenüber den „eigenen“ Parteigängern der NSDAP wesentlich mehr Verständnis aufbrachte.

## Entnazifizierung und Opferdoktrin

In der sowjetischen Besatzungszone schufen das Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945 über das Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) („Verbotsgesetz“) und das „Kriegsverbrechergesetz“ vom 26. Juni 1945 die Grundlagen für eine rechtlich-administrative, nicht jedoch für eine politische Auseinandersetzung mit der Basis und dem Funktionärskorps der ehemaligen NSDAP. Die Entnazifizierung implizierte keine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem politischen Verhalten der ehemaligen NSDAP-Mitglieder. Ein entscheidendes Bewertungskriterium war letztlich das Datum des Parteieintritts. Personen, die der NSDAP in der Zeit ihres Verbots zwischen Juni 1933 und 1938 beigetreten waren, wurden als „illegale“ und damit potenziell besonders gefährliche Nationalsozialisten eingestuft und streng bestraft. Überdies mussten sich alle Personen, die zwischen Juni 1933 und April 1945 in einem formalen „Naheverhältnis“ zur NSDAP gestanden hatten – als Mitglied, Parteianwärter, Angehöriger von Wehrverbänden, SS-Mitglied oder -Anwärter – auf ihrem zuständigen Gemeindeamt



registrieren lassen. An diese Registrierung waren abgestufte „Sühnefolgen“ gebunden, zu denen der zeitweilige Entzug der staatsbürgerlichen Rechte, ein temporäres Berufsverbot, die Einweisung in Internierungslager, Vermögensentzug oder eine finanzielle Sühneabgabe zählten. Zudem durften jene, die auf den Verbotslisten registriert waren, nicht an den Nationalratswahlen im November 1945 teilnehmen. 1946 waren insgesamt 536 660 Österreicherinnen und Österreicher als ehemalige NSDAP-Mitglieder registriert.

Bis Anfang 1946 nahmen vor allem die Westalliierten Entlassungen sowie Verhaftungen vor und führten erste Prozesse gegen Kriegsverbrecher. In der sowjetischen Besatzungszone geschah dies nur in wenigen Fällen. Vor allem die Amerikaner und die Briten forcierten den Austausch der Funktionsebenen in Politik, Verwaltung, Justiz, Polizei und im Erziehungswesen, die sowjetische Militärverwaltung überließ diese Aufgabe der Renner-Regierung. Mit dem Beginn des Kalten Krieges traten die Entnazifizierungsbestrebungen in den Zonen der Westalliierten zugunsten einer breiten antikommunistischen Haltung in den Hintergrund, die Verfolgung von NS-Tätern wurde zunehmend den österreichischen Behörden und Parteien überlassen.

Die relative Zurückhaltung der sowjetischen Besatzungsverwaltung bei der Entnazifizierung erklärt sich auch mit ihren staatspolitischen Zielen für Österreich. Die sowjetische Administration war primär



← 20

**Prozess gegen Angehörige des Wachpersonals des KZ Mauthausen**

Dachau, März – Mai 1946

an der Konstruktion eines selbstständigen kleinösterreichischen Staatsverständnisses interessiert, das sich deutlich vom Deutschnationalismus der Zeit vor 1938 und von den diversen Anschluss-Ideen an Deutschland unterscheiden sollte. Paradebeispiele für die wichtige Rolle der Ablösung von allem „Deutschen“ als Staatsdoktrin der II. Republik finden sich in den kulturpolitischen Debatten nach 1945. Der kommunistische Staatssekretär für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung, Ernst Fischer, der im Moskauer Exil gewesen war, vertrat eine Art antipreußische Österreich-Ideologie. Seine Vorstellungen lagen in vielen Fällen nicht weit entfernt vom barocken Österreich-Bild der vorangegangenen Diktatur unter den Kanzlern Dollfuß und Schuschnigg (1933–1938) und begeisterten sogar die bürgerlichen ehemaligen Christlichsozialen. Die Sozialdemokratie hielt sich in dieser Frage dagegen völlig bedeckt und versuchte, den traditionellen großdeutschen Anschluss-Gedanken per Dekret rigoros zu untersagen und damit jede inhaltliche Auseinandersetzung zu vermeiden. Unter Fischer wurde mit Erlass vom 3. September 1945 sogar das Schulfach „Deutsch“ in „Unterrichtssprache“ umbenannt. Die ÖVP wiederum setzte nicht nur auf solche eher lächerlich wirkenden nationalen Gesten, sondern zielte auf eine radikale „Verösterreichung“ im Schulunterricht, meist unter Rückgriff auf das imperiale Erbe vor 1918, versehen mit einem stark katholischen Kolorit.

Diese Versuche einer Identitätskonstruktion wurden auch durch eine politische Linie gefördert,

die die Verantwortung für den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust auf den Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches abschob. Die Mehrheit der Österreicher betrachtete sich als „Opfer“, allenfalls die NSDAP-Mitglieder zwischen 1933 und 1938 wurden als Mittäter wahrgenommen. Das von Konservativen dominierte Außenministerium unterstützte diese Opferdoktrin, trotz gegenteiliger völkerrechtlicher Expertisen, die dies infrage stellten.

Österreich hatte durchaus Opfer zu beklagen. Bis zur Befreiung des Landes im April 1945 muss nach den Schätzungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands von 9500 Opfern von politischer Verfolgung ausgegangen werden: rund 2150 Österreicher wurden verurteilt und hingerichtet, 4300 in Konzentrationslagern ermordet, 3000 Inhaftierte überlebten. Etwa 100000 Menschen wurden auf dem Gebiet des heutigen Österreich von der Gestapo als politisch verdächtig eingestuft und observiert. In diesen Fällen handelte es sich zumeist um Formen individuellen Widerstands, eine Massenbewegung hat sich in Österreich während des Krieges nicht entwickelt. Zu den Opfern von NS-Verbrechen zählen auch mindestens 65000 Juden sowie 11000 bis 12000 Roma und Sinti, rund 90 Prozent der vor dem Krieg in Österreich lebenden Roma und Sinti.

Auch viele Beamte und eine Reihe von Nachkriegspolitikern waren in Konzentrationslagern oder in Gefängnissen inhaftiert gewesen oder hatten zwischen 1938 und 1945 nicht in ihren Berufen arbeiten

dürfen. Dies traf jedoch nicht auf alle zu, und jede Nähe zu den Nationalsozialisten wurde tendenziell verschwiegen, etwa im Falle Renners: Dieser hatte 1938 öffentlich für den „Anschluss“ Österreichs gestimmt und auch den „Anschluss“ des Sudetenlandes mit radikaler völkischer Diktion in einer Propagandaschrift gerechtfertigt.

In Westösterreich wollte die Widerstandsbewegung um Gruber die politische Vergangenheit mancher Mitkämpfer der letzten Jahre nicht mehr thematisieren. Man ignorierte, dass sich ab 1944/45 unter den Widerstandskämpfern häufig auch NS-Straftäter befunden hatten. Die Zugehörigkeit zu einer Widerstandsgruppe schien als eine Art Generalablass für alle vorangegangenen Vergehen zu fungieren.

Charakteristisch für die Opferdoktrin ist, dass in der Deklaration der Provisorischen Regierung vom 27. April 1945 nicht nur jede genaue Benennung der konkreten Opfer – Juden, Roma, Sinti, Homosexuelle oder Zeugen Jehovas – peinlichst vermieden wird. Darüber hinaus wird das Ausmaß der Beteiligung von Österreichern an diesen Verbrechen verschwiegen bzw. die Alleinverantwortung der „Reichsdeutschen“ und der „illegalen Nazis“ aus der Zeit von 1933 bis 1938 betont.

Österreich profitierte 1945 von seiner geopolitischen Lage zwischen den sich herausbildenden Blöcken. Das Land sollte in seiner Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von Deutschland gestärkt werden. Da für Stalin bereits seit Ende 1941 und spätestens mit der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 auch für die internationale Öffentlichkeit die Trennung Österreichs von Deutschland nach Kriegsende feststand, wurde diese Eigenstaatlichkeit mit allen Mitteln gefördert. Die ebenfalls in der Moskauer Deklaration festgehaltene Mitverantwortungsklausel für den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg sollte letztlich nur in den ökonomischen Forderungen der Sowjetunion eine Rolle spielen.

Daher konnte bereits am 25. November 1945 im Zuge der Wahlen zum ersten österreichischen Nationalrat wieder ein bundesweit legitimes Parlament gewählt werden. Trotz einer absoluten Mehrheit der ÖVP wurde die Koalition mit der SPÖ sowie der KPÖ erneuert. Ziel war es, möglichst rasch einen österreichischen Staatsvertrag auszuarbeiten und den Abzug der Alliierten vorzubereiten. Letztlich verzögerten der Kalte Krieg und die Auseinandersetzung um die Deutschlandfrage den Abschluss des Staatsvertrags bis zum 15. Mai 1955. Somit erhielt Österreich seine volle Souveränität erst zehn Jahre nach Kriegsende zurück.





← 21

**Ausstellungsbroschüre**

Wien, 1946

Unmittelbar nach Kriegsende vereinte die österreichischen Parteien ein antifaschistischer Grundkonsens. Dieser manifestierte sich in der Ausstellung „Niemals vergessen!“, die im September 1946 in Wien eröffnet wurde. Sie war von den Parteien auf Anregung der sowjetischen Besatzungsmacht in Auftrag gegeben worden. Die breite Öffentlichkeit sollte über die Verbrechen des NS-Regimes informiert werden. Insgesamt besuchten rund 840 000 Menschen die Ausstellung.

22 →

**Wahlplakat der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ)**

Österreich, 1949

Anlässlich der Parlamentswahlen von 1949 forderte die SPÖ „ein freies unabhängiges, sozialistisches Österreich“. Die vier Alliierten – gezeigt als Elefanten – sind im Land nicht mehr erwünscht. Sie sollen weder in Österreich bleiben noch das Land zerreißen. Der beginnende Kalte Krieg, die Forderung der Sowjetunion nach Reparationszahlungen sowie nach einer „immerwährenden Neutralität“ zögerten die Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit hinaus. Erst im Mai 1955 wurde Österreich mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags unabhängig.





# IRO is closing

# Die IRO schließt

## IRO is closing!

Attention all refugees qualifying for IRO help  
in Austria

You have been informed previously of the probable termination dates of IRO. The IRO General Council has now fixed final termination dates as follows:

31<sup>st</sup> August 1949: Registrations for IRO assistance cease (except for legal and political protection).  
15<sup>th</sup> October 1949: Refugees arriving in Austria after 31<sup>st</sup> August 1949 must register by 15<sup>th</sup> October 1949.

31<sup>st</sup> December 1949: No more admissions to IRO Camps.  
30<sup>th</sup> June 1950: All IRO Camps close.

I urge all IRO refugees to consider the above dates and to make a definite decision now regarding their future.

John S. Wood  
Chief, IRO Austria

## Die IRO schließt!

An alle Flüchtlinge in Österreich,  
die für Hilfe durch die IRO berechtigt sind

Sie sind bereits von den voraussichtlichen Abschlußterminen der IRO benachrichtigt worden. Der Generatrat der IRO hat nunmehr die in Frage kommenden Daten wie folgt festgelegt:

31. August 1949: Endtermin für Registrierungen auf IRO-Hilfe (mit Ausnahme solcher, die bloß rechtlichen und politischen Schutz betreffen).  
15. Oktober 1949: Abschluß der Registrierungen für Flüchtlinge, die nach dem 31. August 1949 in Österreich eintreffen.

31. Dezember 1949: Sperre von Neuaufnahmen für IRO-Lager.  
30. Juni 1950: Endgültige Schließung der IRO-Lager.

Ich empfehle dringend allen IRO-Flüchtlingen, die obigen Daten zur Kenntnis zu nehmen und schon jetzt einen festen Entschluß bezüglich ihrer Zukunft zu fassen!

John S. Wood  
Leiter der IRO in Österreich

## Az IRO megszűnik!

Figyelem! Az összes Ausztriában élő menekültek,  
akiknek IRO-segítségre igényük van, vegyék tudomásul

Őn is értesült valészínűleg már az IRO zárás-határidejéről. Az IRO Főtanácsa a szóban forgó határidőket immár a következőképp határozta meg:

1949. Augusztus 31: Végőd határideje az IRO-segítség iránti regisztrálásnak (kivéve azokat, amelyek csak a jogi-és a politikai védelmet illetik).  
1949. Október 15: Oly menekültek regisztrálásának a lezárása, akik 1949. augusztus 31.-a után érkeznek meg Ausztriába.

1949. December 31: IRO-táborokba való újfelvételeknek zárás határideje.

1950. Június 30: Az IRO-táborok végöd felhagyása. Szergeen ajánlom az összes IRO-menekültnek, hogy a fentebbi határidőket vegyék tudomásul és már most intézkedjenek végérvényesen jövőjüket illetőleg!

John S. Wood  
az ausztriai IRO vezetője

## Likwidacija IRO

Do wiadomości wszystkim przesledionym osobom,  
którzy reflektują na pomoc IRO

W międzyczasie powiadomiono już Was o terminie Likwidacji IRO. Generalny zarząd IRO ustalił też następujące terminy:

31. sierpnia 1949 r.: Ostateczny termin rejestracji odnośnie pomocy IRO (za wyjątkiem tych, do których odnosi się tylko prawna i polityczna pomoc).  
15. października 1949 r.: Zakończenie rejestracji dla uchłanińców, którzy przybyli do Austrii po 31. sierpnia 1949.

31. grudnia 1949 r.: Wstrzymanie nowych przyjęć do taborów IRO.

30. czerwca 1950 r.: Ostateczna likwidacja taborów IRO. Polecam wszystkim IRO uchłanińcom przyjąć do wiadomości wyżejwzroszlane terminy i już teraz zdecydować odnośnie swojej przyszłości.

John S. Wood  
Kierownik IRO w Austrii

## IRO ЛИКВИДУЕТСЯ.

Do всіх заінтересованих біженців в Австрії, котрі  
рефлектують на поміч зі сторони IRO

Вас повідомили вже про речення ліквідації IRO. Генеральна Дирекція IRO усталила уже речення, а мені:

31. серпня 1949 року: Кінцевий речення для реєстрації на поміч зі сторони IRO (за винятком правової і політичної охорони).

15. жовтня 1949 року: Закінчення реєстрації для біженців, котрі прибули до Австрії після 31. серпня 1949 року.

31. грудня 1949 року: Здержива нових приймат до тaborів IRO.

30. червня 1950 року: Остаточна ліквідація тaborів IRO.

Поручаю всім заінтересованим IRO біженцям прийняти до відома в горі ледати речення і вже тепер рішення відносно Вашої будучности.

John S. Wood  
шеф IRO в Австрії

## ИРО ПРЕКРАШАЕТ СВОЮ ДЕЯТЕЛЬНОСТЬ

Во внимание всем заинтересованным лицам в Австрии,  
рассчитывающих на помощь со стороны ИРО

Вас уже уведомлен о предполагаемом сроке прекращения деятельности ИРО. Генеральный Совет ИРО определил теперь следующие и окончательные сроки следующим образом:

31 августа 1949 года: Окончательный срок по регистрации начет помощи со стороны ИРО. (за исключением тех, которые протоматку на юридическую помощь.)

15 октября 1949 года: Завершение регистрации беженцев — перемещенных лиц, прибывших в Австрию после 31 августа 1949 года.

31 декабря 1949 года: Запрещение новых приемов в лагеря ИРО.

30 июня 1950 года: Окончательный срок закрытия лагерей ИРО. Срочно рекомендую всем заинтересованным ИРО беженцам-перемещенным лицам принять к сведению вышеуказанные сроки и уже теперь принять решение насчет Вашей будучности.

John S. Wood  
Начальник ИРО в Австрии

## ИРО СЕ ЗАТВАРА

Свима бегунцима у Австрiji, који траже помоћ ИРО-а

Обавештени сте овиме о предвидјеном термину завршног рада ИРО-а. Главни совет ИРО-а одредио је следеће термине:

31 августа 1949 год.: крајње реченице за упис са ИРО-помоћ (осим оних, који тражу правну или политичку заштиту)

15 октобар 1949 год.: завршене регистрације за бегунца, који отишу после 31 августа 1949 год у Австрију.

31 децембар 1949 год.: престане се примати нових бегунца за ИРО-лагоре

30 јуни 1950 год.: коначно затварају ИРО-лагоре.

Препоручујем свима ИРО-а бегунцима, горње наведено податке узети до знања и сада се већ одлучити за будучност.

Джон С. Вуд  
уравни ИРО-а у Австрији

## IRO Zaključuje

Opozarjamo vse begunce v Avstriji katerim pristojajo  
IRO-pomoč.

O predstojećem terminu zaključka od IRO ste bili že obveščani.

Generalni svet IRO je sedaj tozadovne časa določil kakor sledi:

31. avgust 1949: Zadnji termin za registriranje za IRO-pomoč (izuzeta so samo taka registriranja), katere so tiste pravne ali politične zaščite).

15. oktober 1949: Konec registriranja beguncev, ki so prišli po 31. avgustu 1949 v Avstrijo.

31. december 1949: Konec novih sprejemov v IRO-taboru.

30. junij 1950: Končna zaključitev IRO-taborov.

Vsem IRO-beguncem nujno priporočam, da vzametejo zgoraj navedeno časa (termin) an znanje in da se že sedaj, enkrat za vselej, odločijo za svojo bodočnost!

John S. Wood  
vodja IRO v Avstriji

## IRO se zatvara

Svim bjeguncima u Austriji, koji traže pomoć od IRO

Obavješteni ste ovime o predvidjenom terminu završnog rada IRO.

Glavni savjet IRO odredio je sljedeće termine:

31. augusta 1949 god.: završne račiče za upis na IRO pomoć (osim onih, koji traže pravnu ili političku zaštitu).

15. oktobar 1949 god.: završenje registracije bjegunaca, koji stizu poslije 31. augusta 1949 god. u Austriju.

31. decembra 1949 god.: prestaje primanje novih bjegunaca za IRO lagore.

30. juna 1950 god.: Konačno će biti IRO lagori zatvoreni.

Preporučujem svim bjeguncima, gore navedeno podatke uzeti do znanja i sada se već odlučiti za budućnost.

John S. Wood  
upravnik IRO u Austriji

# SIE REDEN VOM EWIGEN FRIEDEN...



← 24

## Plakat der International Refugees Organisation (IRO) zum Ende ihrer Tätigkeit in Österreich

Österreich, 1949

Die IRO war seit 1947 die Nachfolgeorganisation der UN-Hilfsorganisation UNRRA. Beide Organisationen halfen den alliierten Militäradministrationen bei der Versorgung sowie bei der Repatriierung der Displaced Persons, ihrer Auswanderung in andere Länder oder ihrer Integration in Österreich. Allein bis Ende 1947 hatten rund 900000 Menschen Österreich verlassen. Die IRO gab 1949 die Schließung aller von ihr betriebenen DP-Lager in Österreich bekannt.

25 ↑

## Wahlplakat der Österreichischen Volkspartei (ÖVP)

Österreich, 1949

Vor den Parlamentswahlen 1949 warb die konservative ÖVP offensiv um die Stimmen ehemaliger NS-Anhänger. Das Plakat legt nahe, dass Kommunisten und Sozialisten diese dauerhaft ausgrenzen wollten. Tatsächlich hatte das Parlament bereits 1948 rund 500000 sogenannte Minderbelastete amnestiert. Ehemalige Nationalsozialisten wurden schnell wieder in die Gesellschaft eingebunden. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fand kaum statt.

3



# Tschechoslowakei



# 3

Jaromír Balcar

## **Tschechoslowakei – Zwischen NS-Besatzungs- herrschaft und kommunistischer Diktatur**

Die Tschechoslowakei war das erste Land mit einer nichtdeutschen Bevölkerungsmehrheit, das in den deutschen Machtbereich geriet. Der tschechische Landesteil verblieb als Protektorat Böhmen und Mähren am längsten unter der NS-Gewaltherrschaft. Der slowakische Marionettenstaat hingegen verbündete sich mit dem Deutschen Reich. Nach Kriegsende wurde der gemeinsame Staat von Tschechen und Slowaken erneuert. Mit neuen politischen und sozioökonomischen Strukturen sollte das Land geeint und die Gefahr einer erneuten Auflösung des Staates gebannt werden. Der Versuch, demokratische Strukturen zu retablieren, scheiterte. Trotz langer zivilgesellschaftlicher Traditionen setzte sich in der Tschechoslowakei schließlich der Staatssozialismus durch.



← 26

**Begrüßung der  
Roten Armee in Prag**

Prag, 9. Mai 1945

Als am frühen Morgen des 9. Mai 1945 die ersten sowjetischen Panzer in Prag einrollten und die Niederlage der Wehrmacht besiegelten, bedeutete dies für den größten Teil der tschechoslowakischen Bevölkerung die langersehnte Befreiung von der deutschen Besatzungsherrschaft. Doch der so hoffnungsvoll begonnene Versuch eines demokratischen Neuanfangs endete schon bald in der kommunistischen Einparteiendiktatur, die persönliche Unfreiheit, politische Unterdrückung und ökonomische Stagnation mit sich brachte. Mit der Tschechoslowakei glitt das Land mit den stärksten zivilgesellschaftlichen Wurzeln in Ost- und Südostmitteleuropa in den Staatssozialismus sowjetischer Prägung ab. Das lag nicht so sehr an Eingriffen der Sowjetunion, die natürlich ein großes Interesse daran hatte, diese hoch industrialisierte Region im Herzen Europas in den eigenen Machtbereich zu integrieren; anders als etwa in Polen zog die Rote Armee jedoch bis zum November 1945 wieder aus dem Land ab. Diese Entwicklung folgte auch keinem ausgeklügelten Masterplan der Kommunistischen Partei, die zwar von Anfang an nach der alleinigen Macht strebte, dabei aber flexibel und mit großem taktischem Geschick die Chancen nutzte, die ihr die demokratischen Spielregeln sowie die Schwäche und Uneinigkeit ihrer politischen Gegner boten.

## Krieg und Befreiung

Um die Nachkriegsentwicklung in der Tschechoslowakei zu verstehen, ist ein Blick auf die Besatzungs-

und Kriegszeit unerlässlich. Die Erste Tschechoslowakische Republik wurde nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und war mit einer Bevölkerung, die sich neben Tschechen und Slowaken aus Ungarn, Deutschen, Polen, Ruthenen und Juden zusammensetzte, ein verkleinertes Abbild der multiethnischen Donaumonarchie. Dennoch war sie der einzige der nach dem Ersten Weltkrieg neu gegründeten Staaten zwischen Baltikum und Balkan, in dem es gelang, eine relativ stabile Demokratie zu etablieren. Anders als Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland, das Baltikum oder auch Österreich, wo bald autoritäre Regime an die Stelle der ungefestigten Demokratien traten, fiel die Tschechoslowakei einer Aggression von außen zum Opfer. Schon die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hatte die exportabhängige Republik besonders hart getroffen und ihr ökonomisches Fundament untergraben: Im Zeichen der einsetzenden Massenarbeitslosigkeit schloss sich ein großer Teil der 3,2 Millionen deutschen Bewohner, die rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachten, einer separatistischen und faschistischen Bewegung an, die bald ganz ins Fahrwasser des reichsdeutschen Nationalsozialismus geriet. Mithilfe dieser „Fünften Kolonne“ gelang es Adolf Hitler, den Westmächten im Münchner Abkommen vom September 1938 die Abtretung der mehrheitlich deutsch besiedelten Randgebiete Böhmens und Mährens abzupressen – Vertreter Prags waren nicht an den Verhandlungen beteiligt. Der zweite Schritt der Zerschlagung der



← 27

### Widerstandskämpfer des Prager Aufstands auf einer Barrikade

Prag, Mai 1945

im Zuge des Vormarsches der Roten Armee noch zunahm, bekamen die Deutschen nicht mehr unter Kontrolle. Im „Protektorat“ dagegen gelang es ihnen, teilweise mittels blanken Terrors, die Friedhofsruhe unter der tschechischen Bevölkerung bis fast zum Ende des Krieges aufrechtzuerhalten. Erst als sich Anfang Mai 1945 sowjetische und amerikanische Einheiten der Hauptstadt näherten, schlug der tschechische Widerstand offen los. Nach mehrtägigen blutigen Kämpfen endete der Prager Aufstand auf dem Verhandlungsweg, und die deutschen Truppen zogen ab. Die wenig später in Prag einrückende Rote Armee erreichte eine bereits weitgehend befreite Stadt.

Tschechoslowakei erfolgte Mitte März 1939, als die Wehrmacht in das Landesinnere Böhmens und Mährens einmarschierte, das dem Deutschen Reich als „Protektorat“ einverleibt wurde. Die Besatzungspolitik fiel hier wesentlich milder aus als etwa in Polen oder in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Das lag daran, dass die Deutschen ihre langfristigen „Germanisierungsziele“ während des Krieges zurückstellen mussten, um die böhmischen Länder für die Rüstungsproduktion einzuspannen. Doch schreckten die Besatzer auch hier nicht vor Terrormaßnahmen zurück. In der Slowakei, die 1939 zu einem scheinselfständigen Staat von Hitlers Gnaden aufstieg, errichtete die Slowakische Volkspartei ein klerikal-faschistisches Regime, in dem politisch Andersdenkende ebenso verfolgt wurden wie Juden.

Terror und Unterdrückung, aber auch die zunehmend schlechtere Versorgungslage ließen die Unzufriedenheit anschwellen und steigerten den Hass auf Besatzungsmacht und Marionettenregime. In der Slowakei formierte sich der Widerstand gegen die Regierung von Jozef Tiso im Slowakischen Nationalrat, der Ende August 1944 den Slowakischen Nationalaufstand auslöste. Diese Erhebung dauerte zwei Monate, bevor sie blutig niedergeschlagen wurde. Die Tätigkeit slowakischer Partisanen, die

## Schwieriger Neubeginn

Die Erleichterung und Freude, die Tschechen und Slowaken angesichts der Befreiung ergriff, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Neubeginn schwierig werden würde. Das lag zum einen daran, dass äußerst heterogene politische Kräfte ihn bewältigen mussten. Die politische Landschaft setzte sich aus drei großen Gruppen zusammen: dem Widerstand, der in der Slowakei und in den böhmischen Ländern gegen die deutschen Besatzer gekämpft hatte, der Exilregierung unter Präsident Edvard Beneš in London, die die staatsrechtliche Kontinuität zur Ersten Republik verkörperte, und einer weitgehend aus Kommunisten bestehenden Gruppe, die die Besatzungszeit im Moskauer Exil verbracht hatte. Die meisten der sechs Parteien, die das politische Spektrum bildeten, bestanden aus einer Mischung dieser drei Gruppen, womit Flügelkämpfe vorprogrammiert waren. Die Parteien schlossen sich in der Nationalen Front zusammen, einem Machtkartell, das die volksdemokratische Regierung der Tschechoslowakei trug und deren Entscheidungen vorbereitete. Das Parlament, das bis zu den Wahlen am 26. Mai 1946 aus Abgesandten von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen bestand, spielte gegenüber dieser

28 →

### Verkündung des Kaschauer Programms

Košice (Kaschau), 5. April 1945



mächtigen Exekutive nur eine nachrangige Rolle. Weder konnte hier eine politische Opposition Gegenkonzepte präsentieren, denn alle im Parlament vertretenen Parteien gehörten der Regierung an, noch traf die Legislative die wichtigen Entscheidungen. Regiert wurde das Land zunächst mit Präsidialdekretten, den sogenannten Beneš-Dekretten, die die Regierung bzw. die Nationale Front ausarbeitete. Da die Allparteienkoalition aber in wichtigen Fragen einstimmig entscheiden musste, kam es oft zu Formelkompromissen und Paketlösungen, was klare Richtungsentscheidungen erschwerte.

Auch wogen die Hypothesen der jüngsten Vergangenheit schwer. So etwas wie das Münchner Abkommen von 1938, das die Auflösung des tschechoslowakischen Staates eingeleitet hatte, sollte sich auf keinen Fall wiederholen. Die bürgerlichen Eliten der Zwischenkriegszeit, die den Staat preisgegeben hatten, waren ebenso diskreditiert wie die Westmächte, die das Münchner Abkommen mitunterzeichnet hatten, anstatt ihrer Beistandspflicht nachzukommen. Daher schienen sowohl ein umfassender Elitenwechsel als auch eine Änderung in der außenpolitischen Orientierung des Staates dringend geboten. Diskreditiert war ferner die marktorientierte Wirtschaftsordnung der Zwischenkriegszeit, denn die Weltwirtschaftskrise mit ihren dramatischen sozialen und politischen Verwerfungen steckte den Entscheidungsträgern noch in den Knochen. Daher stand die Wiederherstellung der Ersten Republik nicht zur Debatte, sondern nur die Schaffung völlig neuer politischer und sozioökonomischer Strukturen. Das kam bereits im Kaschauer Programm zum Ausdruck, dem Regierungsprogramm der Nationalen

Front, das im April 1945 in der ostslowakischen Stadt Košice (Kaschau) beschlossen worden war.

## Vertreibung und Retribution

Allerdings gaben in den ersten Wochen und Monaten nach der Befreiung weder politische Programme noch Weisungen der Prager Zentralregierung den Ausschlag, sondern die Initiativen lokaler Akteure. Das galt vor allem für tief greifende Eingriffe in die ethnische Struktur der Bevölkerung, die nach 1945 ganz oben auf der politischen Agenda standen. Zwar hatte sich die Londoner Exilregierung bei den Alliierten bereits vorab die Zustimmung zur Aussiedlung der deutschen Bevölkerung gesichert, deren Modalitäten waren bei Kriegsende aber noch völlig offen. Nun, im Moment des Sieges über das NS-Regime, entlud sich der Hass auf die im Lande verbliebenen Deutschen. Die grauenvollen Bilder der kurz vor Kriegsende nach Westen getriebenen KZ-Häftlinge und das brutale Vorgehen von Wehrmacht und SS in den Rückzugskämpfen verstärkten diesen Hass noch. Hochrangige Politiker gossen in markigen Reden zusätzlich Öl ins Feuer, um auf diese Weise vollendete Tatsachen zu schaffen. Aus all dem resultierten die „wilden Vertreibungen“ des Sommers 1945, in denen die Deutschen zunächst in Arbeitslagern interniert und dann über die Grenze getrieben wurden. Dabei kam es zu Gewaltexzessen, denen insgesamt zwischen 20000 und 30000 Deutsche zum Opfer fielen.

Im August 1945 beschlossen die Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz, dass der Bevölkerungstransfer „in ordnungsgemäßer und humaner

Weise“ erfolgen sollte, was willkürliche Übergriffe eindämmte. Auch wenn die zunächst ebenfalls geplante Aussiedlung der ungarischen Bevölkerung aus der Slowakei am Einspruch der Alliierten scheiterte, zeitigte dieser extreme bevölkerungspolitische Eingriff weitreichende Folgen: Er schuf zahllose Möglichkeiten des Aufstiegs und der Selbstbereicherung in den zuvor mehrheitlich deutsch besiedelten Grenzgebieten, etwa durch die Übernahme von Bauernhöfen, Geschäften oder Handwerksbetrieben. Die Verlagerung von Industriebetrieben aus dem Grenzland in die Slowakei half, das ökonomische Entwicklungsgefälle innerhalb des Landes zu verringern. Da die propagierte Rückwanderung von Tschechen und Slowaken aus dem Ausland jedoch weit hinter den Erwartungen zurückblieb, stellte sich bald ein chronischer Arbeitskräftemangel ein, der sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft vor schwerwiegende Probleme stellte. So gesehen, erwies sich die Vertreibung als Belastung für den Neubeginn.

Die Abrechnung mit den Deutschen und ihren Helfershelfern erstreckte sich auch auf tschechische und slowakische „Kollaborateure“ und „Verräter“, die nun zur Rechenschaft gezogen wurden. Hierbei regierte zunächst Willkür: In den Industriebetrieben – um nur ein Beispiel zu nennen – übernahmen die Betriebsräte die Macht, richteten „Säuberungsausschüsse“ ein und verfuhrten mit denjenigen, die sie der Kollaboration mit den Besatzern bezichtigten, nach eigenem Gutdünken. Dabei wurden vielfach auch private Rechnungen beglichen, und gerade die Betriebsräte nutzen die Gelegenheit, um mit missliebigen Vorgesetzten abzurechnen. Später ging auch die als Retributionspolitik bezeichnete juristische Abrechnung mit der deutschen Besatzungsherrschaft in geordnete Bahnen über: Die Beschuldigten mussten sich vor Außerordentlichen Volksgerichten verantworten, besonders prominente Angeklagte kamen vor das Prager Nationalgericht.

Sowohl in den böhmischen Ländern als auch in der Slowakei, wo eine etwas andere Rechtsgrundlage galt, fiel die juristische Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit im europäischen Vergleich sehr hart aus. Allein in Böhmen und Mähren wurden 723 Todesurteile verhängt, von denen 686 vollstreckt wurden. Damit wurden hier etwa so viele Personen hingerichtet wie in Frankreich, dessen Bevölkerung viermal so groß war. Fraglos erhielten viele der Beschuldigten, die ihre Nachbarn denunziert oder versteckt lebende Juden verraten hatten, ihre gerechte Strafe. Der Preis dafür war allerdings hoch, denn durch willkürliche Denunziationen konnte praktisch jeder in die Mühlen der Retributionspolitik geraten. Dadurch verlängerten sich die Phase der Rechtsunsicherheit und das Klima der Angst weit über das Kriegsende hinaus.

## **Von der Markt- zur Planwirtschaft**

Wie sehr die Nachkriegsentwicklung in der Tschechoslowakei bisweilen von schlichten Zufällen abhing, verdeutlicht nichts besser als der Transformationsprozess der Wirtschaftsordnung. Um weitere Wirtschaftskrisen, die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem inhärent zu sein schienen, zu vermeiden, plädierten alle politisch relevanten Kräfte dafür, den labilen „Markt“ durch einen stabileren „Plan“ zu ersetzen. Wie weit die Planung allerdings gehen, ob und wo sie durch Marktelemente ergänzt werden sollte und wie der Planungsprozess zu organisieren sei, wusste im Sommer und Herbst des Jahres 1945 niemand so recht zu sagen. „Sozialismus“ lautete das Zauberwort, das alle im Munde führten, ohne indes konkrete Vorstellungen davon zu haben, wie dieser Sozialismus eigentlich aussehen sollte. Die Übernahme des sowjetischen Modells meinte man damit jedenfalls nicht, denn selbst kommunistische



← 29

### Aufmarsch der kommunistischen Volksmilizen auf der Karlsbrücke

Prag, 28. Februar 1948

Wirtschaftsexperten hielten dies angesichts der völlig anderen Gegebenheiten in der Tschechoslowakei für unmöglich. Dass sie recht hatten, sollte sich später herausstellen – allerdings erst, nachdem die Tschechoslowakei das sowjetische Modell übernommen hatte.

Eine zentrale Weichenstellung auf dem Weg dorthin markierte die weitgehende Nationalisierung der Industrie im Herbst 1945. Mit einem Federstrich avancierte der Staat zum größten Unternehmer des Landes, der fast zwei Drittel der Industriearbeiter beschäftigte. Diese faktische Verstaatlichung schuf jedoch immense Probleme, weil der Staat auf seine neue Rolle gar nicht vorbereitet war. Der Zusammenschluss von Betrieben zu riesigen Nationalunternehmen, die hohe Verluste einfuhren, vergrößerte den Handlungsdruck. Der in großer Eile ausgearbeitete Zweijahresplan für die Jahre 1947 und 1948 stellte denn auch in erster Linie eine Nothilfe für den krisengeschüttelten nationalisierten Industriesektor dar. Doch bereits 1947 verschob sich das Ziel vom Wiederaufbau zum „Aufbau des Sozialismus“, was umfassendere Planungsinstrumente und -techniken erforderlich zu machen schien, die dann im ersten Fünfjahresplan 1949 bis 1953 zur Anwendung kamen. Die nächste wichtige Etappe auf dem Weg zur Zentralplanwirtschaft bestand darin, den Außenhandel der Tschechoslowakei in Richtung des entstehenden Ostblocks zu orientieren, wofür auch zunehmende Absatzprobleme tschechoslowakischer Produkte auf den Westmärkten sprachen. Die Regierung wollte damit das seit 1943 bestehende politische und mili-

tärische Bündnis der Tschechoslowakei mit der Sowjetunion ökonomisch untermauern. Die Allianz zwischen beiden Ländern war im Dezember 1943 anlässlich einer Reise von Beneš nach Moskau geschlossen worden. Der nun anstehende Kurswechsel in der Außenwirtschaftspolitik forcierte wiederum den Strukturwandel von der Leicht- zur Schwerindustrie. Die Umgestaltung der Staatsfinanzen, die in den frühen 1950er Jahren erfolgte, war der Schlussstein der Systemtransformation; damit wurden weitere gigantische Summen verfügbar gemacht, die dann größtenteils in der unrentabel produzierenden Schwerindustrie versickerten. Wegen der daraus resultierenden wirtschaftlichen Krise nahmen die Reformen, die schließlich in den Prager Frühling von 1968 mündeten, auf dem Gebiet der Wirtschaft ihren Anfang.

## Der Weg in die kommunistische Einparteienherrschaft

Parallel zur Transformation der Wirtschaftsordnung tobte ein politischer Machtkampf, in dem sich die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KSC) schließlich gegen ihre vormaligen Partner in der Nationalen Front durchsetzen konnte. Allerdings ist das weitverbreitete Bild vom „Coup de Prague“ des Februar 1948 unzutreffend: Die Kommunisten putschten sich nicht an die Macht. Vielmehr erlebte die Tschechoslowakei auch im Bereich der Politik einen allmählichen Übergang, der gekennzeichnet

war durch stetige Positionsgewinne der KSC einerseits und eine zunehmende Erosion ihrer Kontrahenten andererseits. Der „siegreiche Februar“ war letztlich nicht mehr als eine Art amtliche Bescheinigung des Triumphs der Kommunisten, der sich auf fünf Faktoren zurückführen lässt:

Erstens besaß die KSC, die bei weitem mitgliederstärkste Partei der Tschechoslowakei nach 1945, eine straff geführte Organisation, die bis in den letzten Winkel des Landes reichte. Damit war sie allen anderen Parteien weit überlegen, zumal die opferbereiten Genossen an der Basis die wiederholten taktisch motivierten Kurswechsel der Parteiführung ohne großes Murren mittrugen.

Zweitens ging die Partei aus den Parlamentswahlen vom Mai 1946 mit 37,9 Prozent der Stimmen als klarer Sieger hervor. Sie etablierte sich damit als stärkste politische Kraft, die nun mit Parteichef Klement Gottwald den neuen Ministerpräsidenten stellte. In dem Wahlergebnis kam der allgemeine Linksruck zum Ausdruck, den Weltwirtschaftskrise, Besatzung und Krieg bewirkt hatten, aber auch das enorme Prestige, über das die Sowjetunion als Befreierin des Landes verfügte. Das kommunistische Programm entsprach den Erwartungen weiter Teile der Gesellschaft, die auf eine sozial gerechtere Ordnung hofften. Da ihre Positionen in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stießen, kam die KSC gemeinsam mit der Sozialdemokratie, die sich weitgehend in ihrem Schlepptau befand, bereits 1946 auf über die Hälfte der Parlamentssitze.

Drittens gelang es der Partei, strategisch wichtige Positionen in Regierung und Staatsverwaltung zu besetzen. Bereits unmittelbar nach der Befreiung errang sie – nicht zuletzt dank ihrer gezielten Kaderpolitik – ein klares Übergewicht in den Nationalausschüssen auf Orts- und Kreisebene, der neu geschaffenen Lokal- und Regionalverwaltung. Zudem besetzte die KSC zentrale Ministerien in Prag: Als besonders wichtig erwies sich neben dem

Innenministerium, das die Kontrolle über die Sicherheitsorgane hatte, das Landwirtschaftsministerium. Damit gewannen die Kommunisten den dominierenden Einfluss auf die Verteilung des in den Grenzgebieten von Deutschen und Ungarn konfiszierten Grundbesitzes. Die Partei nutzte diese Position dazu, um nun auch in ländlichen Regionen Mitglieder und Anhänger zu rekrutieren, wobei sie gerade unter den Landlosen auf große Zustimmung stieß. Ihre Kollektivierungspläne stellte die Partei dabei einstweilen zurück, wie sie überhaupt die Bevölkerung über ihre längerfristigen Pläne und deren Folgen im Unklaren ließ. So gestand die Parteiführung erst im Herbst 1948 öffentlich ein, dass auch die Werktätigen für den „Aufbau des Sozialismus“ Opfer bringen müssten – und zwar beim privaten Verbrauch, der zugunsten der Produktion von Investitionsgütern gedrosselt werden musste.

Viertens besaß die Partei mächtige Verbündete. An deren Spitze stand die Einheitsgewerkschaft, über die die Kommunisten wiederum Einfluss auf die in den Fabriken beinahe allmächtigen Betriebsräte gewannen. Auch wenn die Betriebsräte etwa in Fragen zu Löhnen oder Arbeitsnormen immer wieder mit der KSC in Konflikt gerieten, erwiesen sie sich im politischen Machtkampf als verlässliche Partner. Mit ihrer Hilfe gelang es den Kommunisten, die „organisierte Unzufriedenheit der Volksmassen“ (Karel Kaplan) zu mobilisieren. Nicht zufällig nahmen die Ereignisse des Februar 1948 von einem landesweiten Kongress der Betriebsräte in Prag ihren Ausgang. Dadurch verfügten die Kommunisten gegenüber ihren Konkurrenten über einen unschätzbaren Vorteil, denn die übrigen Parteien blieben in der Zwangsjacke der Nationalen Front gefangen und hatten der KSC auf der Straße nichts entgegenzusetzen.

Fünftens profitierten die Kommunisten auch von der Schwäche ihrer politischen Gegner. Diese lag nicht zuletzt an dem ungelösten staatsrechtlichen Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken, das

30 →

**Iosif Stalin und Klement Gottwald**

Moskau, 21. Juli 1946

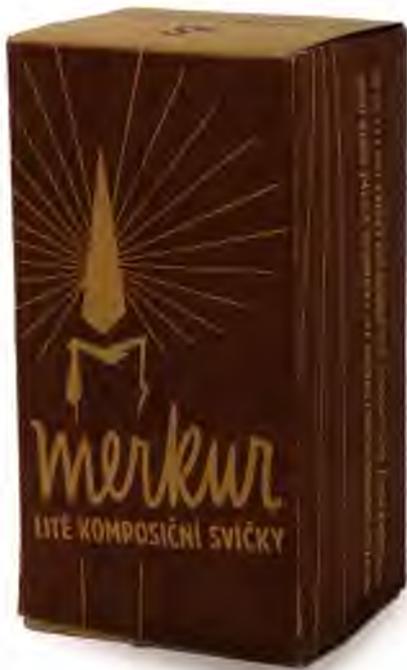


dazu führte, dass der beachtliche Wahlerfolg der Demokratischen Partei der Slowakei weitgehend verpuffte. Die übrigen tschechischen Parteien sahen in ihr nämlich keine potenzielle Partnerin gegen die KSC, sondern eine Vertreterin separatistischer Tendenzen. Deswegen stießen die Kommunisten nur selten auf eine geschlossene Phalanx der übrigen politischen Kräfte des Landes, meist gelang es ihnen, diese gegeneinander auszuspielen. Als die KSC schließlich im Februar 1948 ganz offen nach der alleinigen Macht griff, war die Opposition nicht mehr in der Lage, nennenswerte Gegenwehr zu leisten.

Vor dem Hintergrund großer Hypotheken aus der jüngsten Vergangenheit führte das Lavieren durch politische und ökonomische Krisen in der Tschechoslowakei der Nachkriegszeit zu einem schrittweisen Abbau demokratischer, rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Standards, der in der alleinigen Machtübernahme der KSC im Februar 1948 gipfelte. Wenig später setzte eine Säuberungswelle ein, die die politischen Gegner der Kommunisten betraf. Mit

den Schauprozessen der frühen 1950er Jahre, denen viele altgediente Genossen zum Opfer fielen, kam der umfassende Elitenwechsel zum Abschluss. So endete der Traum von einem „dritten Weg“, der den Neubeginn nach der Befreiung charakterisiert hatte, schließlich im staatssozialistischen Albtraum.





← 31

**Verpackung für „Merkur“-Kerzen  
des Staatsbetriebs Schicht**

Ústí nad Labem (Aussig), 1945–1950

Ab Ende 1945 führte der tschechoslowakische Staat umfangreiche Enteignungen durch. Betroffen waren Firmen mit mehr als 150 Angestellten. Betriebe der Schlüsselindustrie, wie Minen, E-Werke, Hütten oder Rüstungsfabriken, wurden vollständig nationalisiert, insgesamt mehr als 3000 Unternehmen. Zu den verstaatlichten Betrieben gehörte auch die Georg Schicht AG, die unter anderem Speisefett, Seifen und Kerzen herstellte. Aus der Herstellerbezeichnung der Merkur-Kerze, „Schicht, Sudetenland“, wurde nach dem Krieg „Schicht, Staatsunternehmen“.

32 →

**Versandkiste der Georg Schicht AG**

Ústí nad Labem (Aussig), 1937

Die Georg Schicht AG blickte auf eine lange Firmengeschichte in Österreich-Ungarn und in der Tschechoslowakei zurück. Die ehemaligen Besitzer enteigneter Firmen konnten – sofern sie nicht Deutsche, Ungarn oder vermeintliche Kollaborateure waren – eine Entschädigung beantragen. Mit der Begründung, dass ihre Firma Teil des Londoner Unilever-Konzerns gewesen sei, forderte die Familie Schicht später vom tschechoslowakischen Staat eine Entschädigung.



## „Das siegreiche Prag“

Tschechoslowakei, 1945

Am 5. Mai 1945 hatten sich tschechische Widerstandskämpfer bewaffnet gegen die deutsche Besatzungsmacht erhoben. Die Grafik zur Erinnerung an den Prager Aufstand zeigt einen Löwen auf einer Hakenkreuzfahne vor der Silhouette Prags. Über dem Wappentier Böhmens wehen die Fahne der Tschechoslowakei sowie die der drei Alliierten. Nach dem Krieg wurde der Prager Aufstand zu einem zentralen Bestandteil des nationalen Selbstverständnisses. Er galt als Beginn einer Erneuerung des tschechoslowakischen Staates.





← 34

**Bronzeplastik eines Eishockeyspielers**

Tschechoslowakei, 1947

Die Skulptur ist dem Eishockey-Nationalteam von 1947 gewidmet. In diesem Jahr war die Tschechoslowakei Ausrichter der Eishockey-Weltmeisterschaft. Sie gewann das Turnier. Die Bevölkerung des Landes verfolgte die Spiele mit großer Aufmerksamkeit. Eishockey war bereits damals ein Nationalsport. Die sportlichen Erfolge trugen sowohl zur inneren Konsolidierung als auch zum internationalen Ansehen des tschechoslowakischen Staates bei.

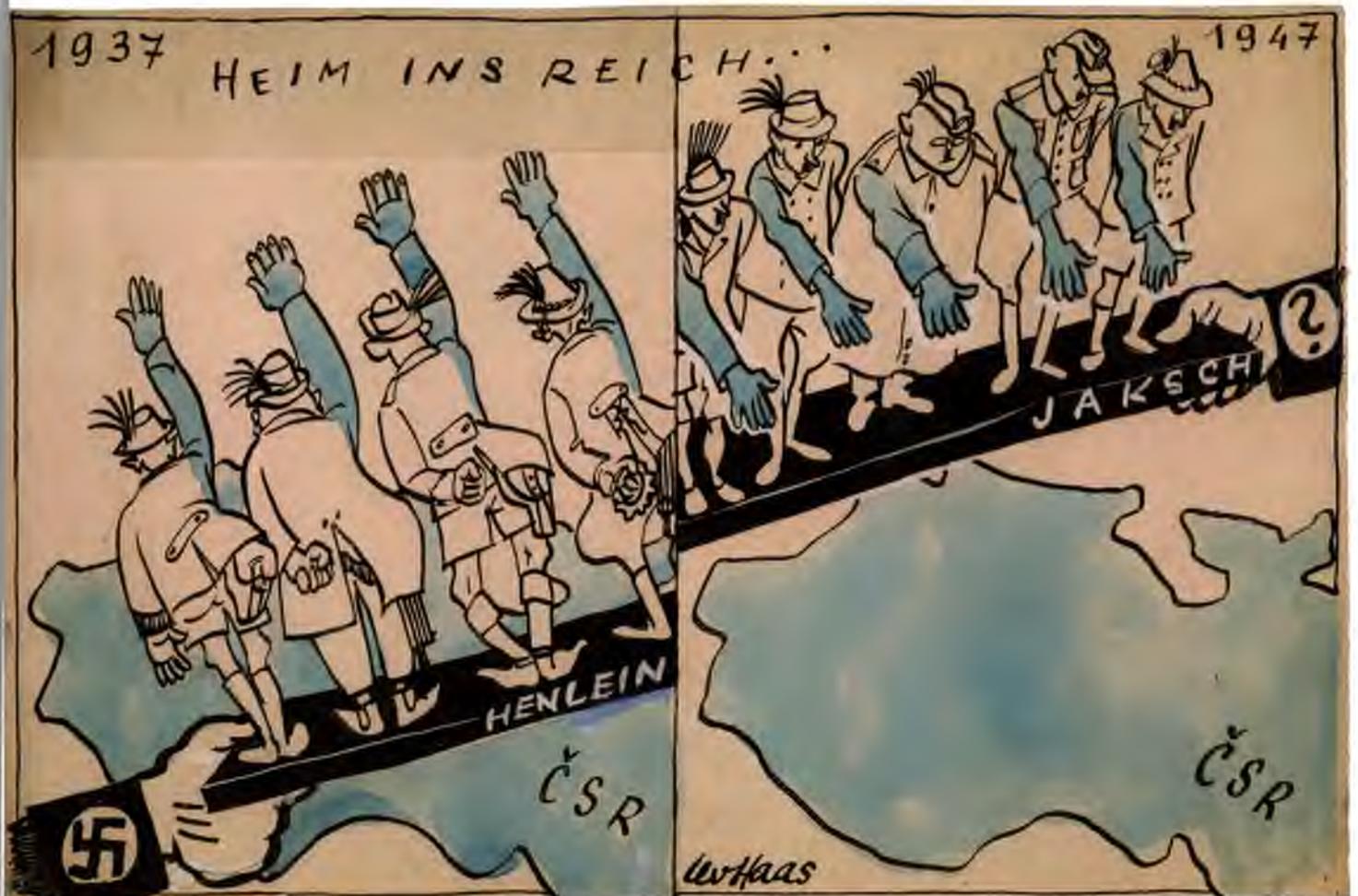
35 →

**„Zwei Jahre Arbeit – zwei Stufen zum Wohlstand“**

Tschechoslowakei, 1947

Im Oktober 1946 verabschiedete die Regierung einen Zweijahresplan zur Förderung von Wirtschaft und Industrie. Ziel war es, die Kriegsschäden zu beheben und die Wirtschaftsleistung zu steigern. Die forcierte Industrialisierung des Landes sollte die Grundlage für einen sozialistischen Wohlfahrtsstaats legen. Der Zweijahresplan war der erste planwirtschaftliche Eingriff in die Wirtschaft. Die Tafel sollte die Beschäftigten mit dem Hinweis auf einen steigenden Wohlstand zu Leistungen anspornen.





36 ↑

#### Karikatur zur deutschen Minderheit

Tschechoslowakei, vermutlich 1947

Die Karikatur des KZ-Überlebenden Leo Haas zeigt eine in der Tschechoslowakei der Nachkriegszeit weitverbreitete Haltung gegenüber den Sudetendeutschen. Ende der 1930er Jahre hätten sie unter Führung Konrad Henleins den Anschluss der Sudetengebiete an Deutschland betrieben. Nach ihrer Aussiedlung würden sie nun unter Führung des sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch, der inzwischen in der Bundesrepublik Deutschland lebte, erneut nach diesen Gebieten greifen.

4



# Polen



# 4

Marcin Zaremba

## **Polen –** **Trümmer und Trauma**

Die polnische Bevölkerung hatte – neben der sowjetischen – im Zweiten Weltkrieg besonders unter der deutschen Besatzung gelitten. Das Land hatte über fünf Millionen Tote zu beklagen, davon drei Millionen Juden. Im Jahr 1945 lag nicht nur die Hauptstadt Warschau in Trümmern, weite Teile des Landes waren zerstört. In der polnischen Gesellschaft hatten Krieg und Besatzung ebenfalls tiefe Spuren hinterlassen. Die Sowjetunion nahm massiv Einfluss auf die polnische Politik, ab Ende 1948 erfolgte die Stalinisierung des Landes. Nicht zuletzt infolge der von den Alliierten beschlossenen Westverschiebung des polnischen Staates kam es zu beträchtlichen Bevölkerungsveränderungen. Millionen Menschen wurden umgesiedelt.



← 37

**Überlebende des KZ Auschwitz  
mit ihren sowjetischen Betreuern**  
Oswięcim (Auschwitz), Mai 1945

Als die Rote Armee im Januar 1945 Warschau einnahm, war die Stadt wie ausgestorben. Eine dünne Schneeschicht bedeckte Ruinen und Asche. Auch der psychosoziale Zustand der polnischen Bevölkerung ähnelte einer Ruinenlandschaft. Während des Zweiten Weltkriegs hatten die Polen den Untergang ihres eigenen Staates miterleben müssen, Kriegschao und zwei Okkupationen erfahren, rassistisch motivierte Gewalt und Grausamkeit sowie den Mord an den Juden erlebt. Die Atmosphäre im Polen der Nachkriegszeit bis heute ist ohne die Erfahrungen der Kriegsjahre nicht zu verstehen.

## Die Folgen von Krieg und Besatzung

Polen war das erste Land, das vom Deutschen Reich am 1. September 1939 überfallen wurde – und es war eines der am längsten besetzten Länder. Dabei erlebte die polnische Bevölkerung zwei Besatzungsregime: ein deutsches und ein sowjetisches. Die Wehrmacht besetzte die westlichen Gebiete des polnischen Staates. Auf der Grundlage der geheimen Absprachen des Hitler-Stalin-Pakts marschierte die Rote Armee am 17. September 1939 in die ostpolnischen Gebiete ein, die wenig später in die Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrussland und Litauen eingegliedert wurden. Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 gerieten auch diese Gebiete unter deutsche Herrschaft.

Die Folgen für das Land waren katastrophal. Massenmorde an den Eliten und Deportationen fanden in beiden Teilen des besetzten Landes statt, wenn auch in unterschiedlichen Dimensionen. In Ostpolen war die Sowjetisierung der Gebiete mit Repressionen gegen und Verfolgungen von bestimmten Gruppen der Gesellschaft verbunden. So ermordete der sowjetische Geheimdienst im März 1940 in Katyń und an anderen Orten 25000 polnische Offiziere und andere Angehörige der polnischen Eliten. Bis 1941 wurden etwa 300000 polnische Staatsbürger nach Sibirien und Kasachstan verschleppt.

Die deutsche Besatzungspolitik basierte auf dem rassistischen und antisemitischen Weltbild der NS-Führung und zielte auf eine „Germanisierung“ der eroberten und ins Reich eingegliederten Territorien: Ein großer Teil der polnischen Eliten wurde ermordet und das Land wirtschaftlich radikal ausgebeutet. Die deutsche Besatzungsverwaltung siedelte bis 1944 über 1,6 Millionen Menschen zwangsweise um und verschleppte darüber hinaus etwa zwei Millionen polnische Staatsbürger zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich. Im Zuge der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung wurden drei Millionen polnische Juden systematisch ermordet.

Insgesamt hatte das Land – in den Grenzen vom August 1939 – zwischen 5,2 und 5,8 Millionen Tote zu beklagen. Im Verhältnis zur Zahl seiner Bewohner gehörte Polen 1945 zu den Ländern mit den größten Bevölkerungsverlusten überhaupt.

Überall dort, wo Flächenbombardements oder



← 38

**Exhumierung von Toten aus  
einem Massengrab im ehemaligen  
Vernichtungslager Chelmno**

Chelmno nad Nerem  
(Kulmhof a. d. Nehr), 1945

erbitterte Kämpfe stattgefunden hatten, lagen im Jahr 1945 noch Leichen von Menschen und Tieren. Im April und Mai 1945 herrschte in vielen polnischen Städten ein kaum auszuhaltender Gestank. In Warschau fühlten sich die Menschen wie auf einem Friedhof: Schätzungsweise 12000 der 150000 Toten des Warschauer Aufstands waren im Frühjahr 1945 noch nicht beerdigt. Sie lagen auf Straßen, in Wohnungen und Kellern oder waren nur mit einer dünnen Schicht Erde bedeckt. Zu Recht befürchtete man den Ausbruch einer Cholera-Epidemie.

Nach dem Krieg fanden im ganzen Land Exhumierungen statt. Durch diese konnten die Schrecken des Krieges lange nicht vergessen werden. Bei öffentlichen Exhumierungen siegte nicht selten die Neugierde über den Ekel. Janina Osinska schilderte eine solche Szene in einem Artikel über Warschau im Mai 1945: „Auf der Puławska-Straße [...] findet eine Exhumierung statt. Die Fenster sind voller Neugieriger. Auf dem Bürgersteig eine Gruppe von Gaffern, die sich je nach Windrichtung annähern oder entfernen. Manchmal kommt ein Passant vorbei, drängelt sich nach vorn in plötzlichem Entsetzen und sucht nach vertrauten Gesichtszügen. Aber es gibt keine Gesichter mehr. Die verfaulte Uniform hält noch die jugendliche Form des Körpers zusammen, obwohl dieser schon zu einer schlüpfrigen grauen Masse geworden ist. Ein vor Gesundheit strotzendes Mädchen, ganz in Rosa mit einer weißen Schürze, beugt sich näher und tastet mit geschickten Fingern den Leichnam ab. Eine zweite fertigt die amtliche Registrierung an. Sie erledigen ihren Dienst mit einer vollkommenen, erschütternden Ruhe und mit einem Lächeln auf den Lippen.“

Die verzweifelte Suche nach vermissten Familienangehörigen prägte den Nachkriegsalltag. Viele Familien waren durch die Deportationen auseinandergerissen worden, lokale und berufliche Netzwerke existierten nicht mehr.

Ganze Städte waren nur noch Ruinenlandschaften. Polen gehörte neben der Sowjetunion und Deutschland zu den am schwersten zerstörten Ländern. Das Nationaleinkommen erreichte 1945 nur noch knapp 38,2 Prozent des Niveaus von 1938. Millionen Menschen hatten ihre Wohnungen, ihr Eigentum und ihren Arbeitsplatz verloren. Ihre grundlegende Versorgung gelang nur unzureichend, im Jahr 1946 drohte eine Hungersnot. Die umfassenden materiellen Zerstörungen hatten auch andere, weniger greifbare Konsequenzen, die das kulturelle Leben betrafen. Unzählige mit den Dingen des täglichen Gebrauchs verknüpfte Mikrotraditionen waren verloren. Die Vorkriegszeit mit ihren Symbolen, Werten und Ritualen war plötzlich sehr fern, geradezu fremd. Der Schriftsteller Jan Parandowski, dessen Warschauer Wohnung während des Aufstands ausbrannte, notierte: „Wir besitzen nichts mehr. Die Kontinuität, die heimische Tradition ist für immer unterbrochen. Und alles, was jetzt kommt, wird neu sein, und viel Zeit wird vergehen, bis es zu etwas Eigenem wird, bis es so durch und durch vertraut ist, wie es nur geerbte Dinge sein können oder Dinge, mit denen wir viele Jahre verbracht haben.“

Krieg und Besatzung hatten zu einer fast vollständigen Desorganisation des gesellschaftlichen Lebens, zu einem Auseinanderbrechen der bestehenden Ordnung geführt. Vereine, Parteien und anderen Organisationen waren während der Besatzung

**Potsdamer Konferenz,  
Plenarsitzung im Schloss Cecilienhof**

Potsdam, 28. Juli 1945



verboten oder zerschlagen worden und existierten nicht mehr. Die politische, intellektuelle und kulturelle Elite war ermordet worden: Nach Schätzungen starben 37,5 Prozent der Menschen mit höherer und etwa 30 Prozent der Menschen mit mittlerer Bildung. In Polen fehlten nach dem Krieg wiedererkennbare Organisationen, Vereinigungen, Institutionen, die – wie das im Westen der Fall war – ihre Tätigkeit rasch hätten wieder aufnehmen können. Die katholische Kirche war praktisch die einzige noch bestehende landesweit agierende Institution, die sich einer gesellschaftlichen Autorität erfreute – obwohl auch viele Priester während der Besatzung ermordet worden waren. Metaphorisch gesprochen sah Polen nach dem Krieg organisatorisch und institutionell aus wie Köln nach den Flächenbombardements der Alliierten: Aus einem Trümmermeer ragte ein fast unversehrter Dom.

## Befreiung und Repression

Die Rote Armee verdrängte die deutsche Wehrmacht in zwei großen Etappen aus Polen: Bis September 1944 rückten die sowjetischen Truppenverbände bis an die Weichsel vor und nahmen die ehemals ostpolnischen Gebiete ein; im Januar/Februar 1945 eroberten sie das restliche Territorium Polens.

Der polnische Widerstand versuchte, angesichts der in die Defensive gedrängten Wehrmacht, das Land selbst zu befreien. Die am 30. September 1939 gebildete polnische Exilregierung hatte mit der sogenannten Heimatarmee (Armia Krajowa) einen militärischen Widerstand gegen die Besatzer organisiert und in einem Untergrundstaat wichtige gesellschaftliche

Einrichtungen, wie ein Schulwesen, eine Justiz, verschiedene Formen der sozialen Fürsorge oder ein Publikationswesen, wiederhergestellt und fortgeführt. Höhepunkt der Kämpfe zur Selbstbefreiung des polnischen Territoriums war der Warschauer Aufstand vom 1. August bis zum 2. Oktober 1944, der 16 000 Aufständische und zwischen 150 000 und 180 000 Zivilisten das Leben kostete. Nach ihrem Sieg deportierten die Deutschen weitere 500 000 Personen und machten die Stadt dem Erdboden gleich. Die Niederlage im Warschauer Aufstand schwächte die gesellschaftliche Selbstorganisation im Untergrund erheblich.

Im ostpolnischen Lublin hatte die sowjetische Führung bereits im Juli 1944 das Polnische Komitee der nationalen Befreiung (PKWN) eingesetzt. Dessen Mitglieder bestanden hauptsächlich aus Kommunisten, die zuvor in Moskau auf diese Aufgabe vorbereitet worden waren. Das sogenannte Lubliner Komitee vermied es, sich „kommunistisch“ zu nennen und deklarierte ein „demokratisches“ und „volksnahes“ Polen. Die Londoner Exilregierung und das PKWN waren erbitterte Konkurrenten um den Einfluss im Nachkriegspolen. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 hatten sich zunächst Beziehungen zwischen der sowjetischen Führung und der polnischen Exilregierung entwickelt. Polnische Truppen hatten an der Seite der Anti-Hitler-Koalition gekämpft, in der Britischen ebenso wie in der Roten Armee. Nach der Entdeckung der Massengräber in Katyn im Frühjahr 1943 hatte die polnische Exilregierung öffentlich die Aufklärung des Verbrechens gefordert. Dies führte letztlich zum Abbruch der sowjetischen Beziehungen zur Exilregierung und zu deren Isolierung innerhalb der Anti-Hitler-Koalition.

Auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 forderten die westlichen Alliierten ihren sowjetischen Verbündeten auf, eine Provisorische Regierung der Nationalen Einheit in Polen zu bilden und möglichst rasch freie und uneingeschränkte Wahlen zuzulassen. Im Juli 1945 entzogen die USA und Großbritannien der Exilregierung die diplomatische Anerkennung, die sich jedoch nicht auflöste, sondern bis Dezember 1990 aktiv blieb.

In Polen gelang es den Kommunisten mit sowjetischer Hilfe, ihren Einfluss zu festigen und auszubauen. Der Sicherheitsapparat gehörte zu den ersten Strukturen, die aufgebaut wurden. Nach dem Einmarsch in Zentralpolen Anfang 1945 entwaffnete der sowjetische NKWD die Truppen der Heimatarmee, die nicht nur gegen die deutschen Besatzer, sondern auch für ein nichtkommunistisches Polen gekämpft hatten. Viele ihrer Offiziere wurden erschossen oder in den Gulag geschickt. Zehntausende tauchten jedoch unter und nahmen an einem bewaffneten, antikommunistischen Widerstand teil. Die Auseinandersetzungen zwischen diesen als „verstoßene Soldaten“ bezeichneten Kämpfern und den polnischen bzw. sowjetischen Sicherheitsorganen dauerten bis 1947 an.

Ab Ende des Jahres 1944 betrafen die Repressionen weite Teile der Gesellschaft. Aus Pommern und Oberschlesien wurden mindestens 25000 bis 30000 Zivilpersonen in die Sowjetunion deportiert, darunter etwa 15000 Bergleute, die man in Lagern im Donezbecken und im westsibirischen Kohlerevier festsetzte, nicht zuletzt, weil Fachkräfte vor Ort benötigt wurden. Insgesamt wurden allein bis März 1945 im Rahmen der Operation „Bereinigung des Hinterlandes“ 34787 Polen verhaftet, von denen die meisten in der Sowjetunion interniert wurden. Im Juli 1945 verhaftete der NKWD einige Tausend Einwohner der Region um Suwałki, von denen etwa 600 spurlos verschwanden. Insgesamt verhafteten die Behörden 1945 45000 Personen.

## Ungleicher Kampf um die Macht

Während die polnische Exilregierung in London eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnte, erklärte sich ihr vormaliger Ministerpräsident Stanisław Mikołajczyk bereit, einer Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit beizutreten. Nach Verhandlungen mit Bolesław Bierut und Władysław Gomułka, führenden Vertretern der Kommunisten, kehrte Mikołajczyk Ende Juni 1945 als Vizepremier der Provisorischen Regierung nach Polen zurück. Mikołajczyk belebte die Polnische Bauernpartei (PSL) wieder, die innerhalb weniger Monate zur stärksten Partei in Polen wurde. Im Mai 1946 hatte sie 800000 Mitglieder. Ihre feste Basis bildeten ebenjene Bauern, die von der Bodenreform profitiert hatten, welche das Lubliner Komitee 1944 durchgeführt hatte. Die Reform hatte die Eigentumsstruktur auf dem Land stark verändert, indem der Großgrundbesitz aufgelöst und Tausende kleinbäuerliche Höfe geschaffen worden waren.

Stalin hatte in Jalta freie Wahlen zugesagt, doch die Kommunisten verzögerten diese, weil sie eine Wahlniederlage befürchteten. Stattdessen führten sie am 30. Juni 1946 eine Volksbefragung durch. Bei dieser sollte die Bevölkerung drei Grundsatzentscheidungen des kommunistischen Regimes zustimmen. Alle drei Fragen waren so formuliert, dass eine Antwort im Sinne des Regimes ein Ja bedeutete, weshalb die Kampagne für das Referendum auch unter dem Motto „dreimal ja“ stand. Gefragt wurde nach der Abschaffung des Senats, der zweiten Kammer des Parlaments, nach der Bodenreform und der Verstaatlichung der Hauptwirtschaftszweige sowie nach der Anerkennung der neuen Westgrenze des Staates. Auf der Konferenz von Jalta hatten die Alliierten eine „Westverschiebung“ des polnischen Staates beschlossen. Die sowjetische Führung war nicht gewillt, die 1939 annektierten ostpolnischen



← 40

**Ankunft von Stanisław Mikołajczyk  
in Poznań**

Poznań (Posen), 1945

Gebiete zurückzugeben. Stattdessen sollte – quasi als Entschädigung – die Westgrenze Polens verschoben und ehemals deutsche Gebiete an den polnischen Staat angegliedert werden.

Die PSL unter Mikołajczyk stellte sich gegen die Abschaffung des Senats und fand breite Unterstützung bei den Wählern. Diese Niederlage der Kommunisten wurde durch eine Fälschung der Wahlergebnisse vertuscht. Den Wahlen zum Sejm vom Januar 1947 ging eine brutale Einschüchterungskampagne voraus, in deren Verlauf die kommunistischen Machthaber auch nicht vor Morden an oppositionellen Kandidaten zurückschreckten. Bei den Wahlen erhielt der von den Kommunisten kontrollierte Demokratische Block die Mehrheit der Sitze, Bierut wurde Präsident. Die Flucht von Mikołajczyk im Jahr 1947 beendete diese Phase der demokratischen Opposition in Polen.

Im selben Jahr trat eine provisorische Verfassung („kleine Verfassung“) in Kraft, die noch viele Elemente der demokratischen Verfassung von 1921 sowie Teile des Manifests des PKWN enthielt. Neu war ein Staatsrat nach sowjetischem Vorbild. Doch bereits 1952 setzte die Sowjetunion eine auf die sozialistische Diktatur zugeschnittene Verfassung der Volksrepublik Polen durch.

Die Weichenstellung hin zu einem sozialistischen Polen hatte bereits zuvor im Bereich der Wirtschaft begonnen. Im Rahmen der Nationalisierung wurden große und mittlere Unternehmen sowie Banken verstaatlicht. Die im Mai 1946 ausgerufene „Schlacht um den Handel“ endete mit der fast vollständigen Auflösung des privaten Handels und Kleingewerbes. Im Mai 1948 gab die Regierung bekannt, dass mit der Kollektivierung der Landwirt-

schaft begonnen würde. Der Dreijahresplan 1947 bis 1949 zielte auf den Wiederaufbau der Infrastruktur, der Schwerindustrie sowie auf die wirtschaftliche Integration der neu angegliederten Gebiete. Der Wiederaufbau Warschaws unter der Parole „Das ganze Volk baut seine Hauptstadt wieder auf“ entfaltete eine große integrative Kraft, die alle ideologischen Unterschiede zu überwinden schien.

Bis auf einige Presseorgane kontrollierten die Kommunisten fast alle Medien. Ihre ideologischen Vorgaben schränkten das kulturelle Leben, das sich nach dem Krieg dynamisch entwickelte, jedoch noch nicht ein. Die Gründung der Kominform im Herbst 1947, eines überstaatlichen Bündnisses, das die Tätigkeit der kommunistischen Parteien koordinierte, läutete das Ende dieser Phase ein. Im Dezember 1948 kam es zur Vereinigung der ehemaligen sozialistischen mit der kommunistischen Partei. Mit Bierut als neuem Parteichef entstand die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR), die bis 1989 an der Macht war. Polen trat nun in die Phase einer beschleunigten Stalinisierung ein.

## Zwangsmigrationen

Noch Jahre nach dem Krieg prägten gewaltige Menschenverschiebungen den Alltag in Polen. 250000 jüdische und nichtjüdische Polen, die von den sowjetischen Behörden 1940 nach Sibirien und Kasachstan deportiert worden waren, verließen die Sowjetunion. Hunderttausende, die von der deutschen Besatzungsmacht innerhalb Polens umgesiedelt worden waren, versuchten, in ihre Heimorte zurückzukehren. Noch 1944 hatte Polen mit den Sowjetrepubliken Repatriierungsabkommen vereinbart, die einen



← 41

**Ein polnischer Soldat kontrolliert die Habe von Deutschen vor dem Abtransport zum Bahnhof**

Oberschlesien nahe Oppeln, um 1945

Bevölkerungsaustausch vorsahen. Aus den früher zum polnischen Staat gehörenden Regionen, unter anderem den Gebieten Wilna und Lemberg, sollte die polnische Bevölkerung in die neuen Westgebiete umsiedeln. 1,5 Millionen Polen zogen mehr oder weniger unter Zwang nach Westen. 1,6 Millionen Polen wurden aus den vier Besatzungszonen in Deutschland bis Ende 1947 repatriert: ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Viele Polen blieben jedoch in Westeuropa oder emigrierten später in die USA und in andere Länder, weil sie nicht in ihre Herkunftsorte, die nicht mehr Teil des polnischen Territoriums waren, zurückkehren wollten oder konnten. Aus den vormals deutschen Gebieten wurden 5,8 Millionen Deutsche vertrieben bzw. ausgesiedelt.

Bei den meisten Polen dominierten aufgrund der Erfahrungen mit der deutschen Besatzungsmacht negative Emotionen wie Abneigung, Feindseligkeit und Hass das Verhältnis zur deutschen Bevölkerung. Viele hielten es für das Beste, wenn die Deutschen das Land verließen. Die Ansicht, dass das deutsche Volk bestraft werden müsse, war in der polnischen Gesellschaft allgemein akzeptiert. Die deutsche Sprache und Kultur erschienen abstoßend, das Hören der Sprache der ehemaligen Besatzer löste Aggressionen aus. Ein symbolischer Ausdruck dieses Hasses war es, dass es sowohl in privater als auch in amtlicher Korrespondenz sowie in Zeitungen sehr verbreitet war, das Substantiv „Deutsche“ entgegen den polnischen Rechtschreibregeln mit einem kleinen Anfangsbuchstaben zu schreiben. Die deutsche Bevölkerung wurde genau kontrolliert, durfte sich außerhalb ihrer Wohnorte nicht frei bewegen und wurde zur Arbeit verpflichtet, insbesondere bei der Entrümmerung der Städte. Häufig mussten Deutsche ihre Häuser

und Wohnungen verlassen und sich in speziellen geschlossenen Stadtteilen ansiedeln. Viele Polen hatten angesichts der Erfahrungen unter dem NS-Regime Rachegefühle, es kam auch zu Übergriffen. Plünderungen und Raub gehörten in den westlichen Gebieten Polens ebenfalls lange zum Alltag.

Zwangswise Umsiedlungen betrafen neben Polen und Deutschen auch die ukrainische Bevölkerung im südöstlichen Teil des Landes. In der Region herrschten auch nach dem Krieg noch bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) hatte seit 1943 für die Errichtung eines nicht-kommunistischen ukrainischen Nationalstaates gekämpft, wobei sie auch Massaker an polnischen Zivilisten verübt hatte. Nach Kriegsende wurde die UPA sowohl von polnischer als auch von sowjetischer Seite bekämpft. Die ukrainische Bevölkerung, die die Region trotz der Repatriierungsabkommen von 1944 nicht verlassen hatte, wurde von den polnischen Behörden 1947 in der „Aktion Weichsel“ zwangsweise nach Pommern und Westpreußen umgesiedelt.

Der polnische Staat, in dem vor 1939 große jüdische, weißrussische, ukrainische und deutsche Minderheiten gelebt hatten, veränderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend: Aus dem multiethnischen und -religiösen Staat wurde ein ethnisch und religiös weitgehend homogenes Land. Aufgrund des NS-Massenmords war die jüdische Bevölkerung in Polen fast ausgelöscht. Die wenigen Überlebenden standen vielfach vor dem Nichts. Sie hatten ihre Familien verloren, ihre Lebenswelten waren zerstört worden. Viele polnische Juden, die den NS-Massenmord überlebt hatten, entschlossen sich in den ersten Nachkriegsjahren, aus Polen zu emigrieren. Manche wurden in dieser Entscheidung durch das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Juden bestärkt. Die nichtjüdischen Polen hatten auf die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung durch die deutschen Besatzer unterschiedlich reagiert: Neben Altruismus und bedingungsloser Hilfe

hatte es Gleichgültigkeit bis hin zu Feindseligkeit, Denunziation, gezielter Gewalt und sogar Mord gegeben. Antisemitismus gab es auch weiterhin. Nach dem Krieg kam es zu einigen antijüdischen Exzessen und Pogromen. Bei den blutigsten Ausschreitungen wurden am 4. Juli 1946 in Kielce über 40 Menschen ermordet.

Polen war jahrelang ein „Land auf Rädern“. Ehemalige KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene kehrten häufig nur mit einem kleinen Bündel Sachen heim. Umsiedler zogen mit ihren Familien durchs Land, bepackt mit Koffern und Hausrat, nicht selten mit Kleinvieh. Die meisten fuhren mit der Bahn, die Bahnhöfe erinnerten an Lagerplätze von Nomaden. Viele erlitten aufgrund der schwierigen Verhältnisse und Belastungen neue Traumata. Doch auch nach der Ankunft an ihrem Ansiedlungsort fühlte sich ein großer Teil der Menschen immer noch nicht sicher. Die Angst vor erneuten Grenzänderungen und das stets präsente Gefühl, in einem Provisorium zu leben, führten zu Ratlosigkeit, Apathie, fehlender sozialer Integration und dadurch nicht zuletzt zu einer schwachen Wirtschaftsentwicklung in den ehemals deutschen Gebieten.

Zur allgemeinen Verunsicherung trug auch die Rote Armee bei. Ein Teil der polnischen Bevölkerung hatte den Einmarsch der sowjetischen Truppen 1944 mit Freude und Dankbarkeit begrüßt. Das zunächst weitgehend positive Verhältnis zwischen Bevölkerung und sowjetischen Soldaten hatte sich jedoch schnell geändert. Die Rotarmisten schufen durch politische Repressionen, Beschlagnahmungen und Diebstahl ein Klima der Angst, und die Vielzahl von Vergewaltigungen besonders im ersten Jahr nach dem Ende der deutschen Besatzung wurde für die polnische Bevölkerung zu einem wahren Alptraum. Am schlimmsten war die Situation in den ehemals deutschen Gebieten und an den Verkehrsadern von West nach Ost. Für die Polen bedeutete dies, dass das

Chaos und die Angst vor Raub, Gewalt, Vergewaltigung und Mord auch nach Kriegsende fort dauerten.

Insgesamt war die Bevölkerung in Polen nach dem Krieg stark verunsichert. Die permanent erlebte Angst und der Schrecken der fast sechsjährigen deutschen Besatzung wirkten sich massiv auf die Nachkriegszeit aus. Das „Kriegssyndrom“ konnte verschiedene Formen annehmen: emotionale Labilität, ständige Anspannung, starke Angstzustände, Depressionen. Die Angst vor einem möglichen neuen Krieg als Folge der Ost-West-Konfrontation führte zu Panikkäufen, die die Preise um einige Hundert Prozent in die Höhe trieben und die Märkte leer fegten. Angeblich bestätigte Informationen über eine Landung der Alliierten oder über Truppenverlegungen der sowjetischen Streitkräfte zur Vorbereitung eines neuen Krieges verstärkten negative Erwartungshaltungen, steigerten die allgemeine Nervosität und erschwerten die psychische Stabilisierung in der direkten Nachkriegszeit.

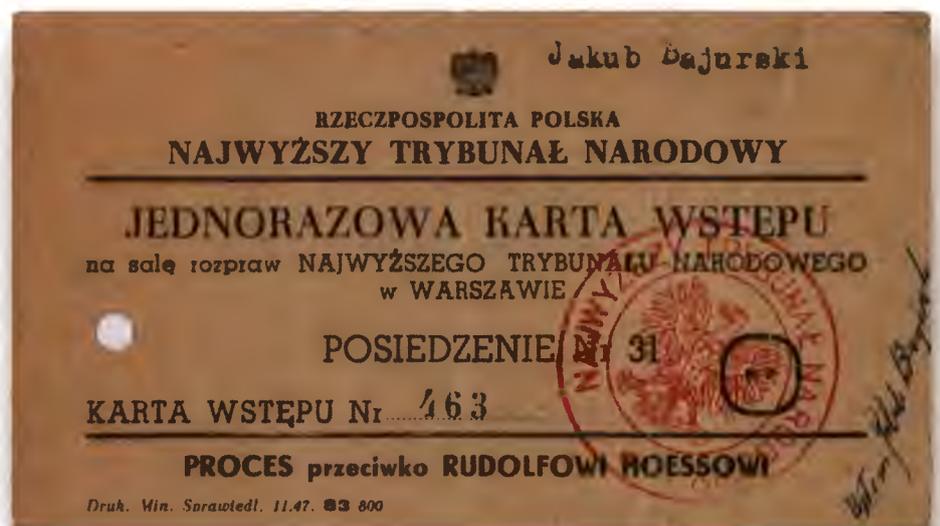


← 42

**Schachtel mit Tabletten zur Sterilisation von Wasser**

Warschau, 1940er Jahre

In den stark zerstörten Städten war die Gefahr von Epidemien sehr hoch. Vielerorts lagen noch Leichen unter den Trümmern. Vor dem Trinken von nicht abgekochtem Wasser wurde gewarnt. Die Tabletten dienten dazu, verseuchtes Wasser nutzbar zu machen. Diese Schachtel aus dem Lager einer Warschauer Apotheke war vermutlich Bestandteil alliierter Hilfslieferungen.





← 43

**Eintrittskarte von Jakub Bajurski zum Prozess gegen Rudolf Höß**

Warschau, März 1947

Rudolf Höß war von 1940 bis 1943 Lagerkommandant des KZ Auschwitz-Birkenau. Nach dem Krieg tauchte er in Norddeutschland unter. Die britische Militärpolizei verhaftete ihn im Mai 1946 und lieferte ihn an Polen aus. Im März 1947 musste sich Höß vor dem Obersten Nationalgerichtshof in Warschau verantworten. Der Widerstandskämpfer und Auschwitz-Überlebende Jakub Bajurski besuchte den Prozess. Auf seine Eintrittskarte schrieb er: „Ich war da“. Rudolf Höß wurde zum Tode verurteilt und am 16. April 1947 auf dem Gelände des ehemaligen KZ Auschwitz gehängt.

44 ↑

**Prozess gegen ehemaliges Personal des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz**

Kraków (Krakau), 24. November – 22. Dezember 1947

Im Krakauer Auschwitz-Prozess standen 40 Männer und Frauen vor Gericht. Der Vorwurf lautete auf Ermordung von Juden in den Gaskammern sowie auf Folter und Hinrichtungen von nichtjüdischen Polen, Roma und sowjetischen Kriegsgefangenen. Vorn im Bild sind der ehemalige Lagerkommandant Arthur Liebehenschel und die Oberaufseherin Maria Mandl zu sehen. Der polnische Oberste Nationalgerichtshof verhängte gegen sie und gegen weitere 21 Angeklagte die Todesstrafe. Eine der 40 angeklagten Personen wurde freigesprochen.



← 45

**„El-mole-rachmim“**

Warschau, 1946

Nach dem deutschen Überfall floh Bronislaw Linde mit seiner jüdischen Ehefrau in die Sowjetunion. Nach Kriegsende kehrten sie nach Polen zurück. Der Maler war von der Zerstörung Warschaus und den Erzählungen über den Aufstand im jüdischen Ghetto tief berührt. Im Frühjahr 1943 hatten sich die letzten Insassen bewaffnet gegen ihre Vernichtung zur Wehr gesetzt. 1946 zeichnete Bronislaw Linde einen trauernden Juden in Gebetskleidung, sein Unterleib ist eine Häuserruine inmitten des von den Deutschen völlig zerstörten Ghettos. Der Titel verweist auf das jüdische Trauer-Gebet.

46 →

**Einweihung des Denkmals für die Helden  
des Ghettoaufstands**

Warschau, 19. April 1948

Der Aufstand im Warschauer Ghetto wurde Teil des offiziellen Gedenkens in Polen. Ein erstes Denkmal wurde 1946 errichtet. Ein Jahr später entwarfen der Bildhauer Nathan Rapaport und der Architekt Leon Marek Suzin ein monumentales Denkmal. Dieses wurde am 19. April 1948, zum fünften Jahrestag des Aufstands, auf dem Gelände des ehemaligen Ghettos eingeweiht.



↓ 47

#### Tasche der Soldatin Aleksandra Diermejer

Polen, 1940er Jahre

Polnische Truppen kämpften an der Seite der Anti-Hitler-Koalition, bei den Westalliierten ebenso wie in der Roten Armee. Aleksandra Diermejer war Angehörige der Polnischen Streitkräfte im Westen, die der polnischen Exilregierung unterstanden. Aufgenähte Embleme wie der polnische Adler schmücken die Tasche, mit der sie Ende November 1947 nach Polen zurückkehrte. Viele ihrer Kameraden weigerten sich angesichts der politischen Situation jedoch zurückzukehren.

48 →

#### „Drei Mal Ja“, Plakat zur Volksbefragung

Polen, Mai 1946

Iosif Stalin hatte auf der Konferenz von Jalta Anfang 1945 für Polen freie Wahlen zugesagt. Die polnischen Kommunisten zögerten diese nach Kriegsende jedoch hinaus. Am 30. Juni 1946 fand eine Volksbefragung statt. Die Bevölkerung sollte drei Grundsatzentscheidungen bestätigen: die Bodenreform und die Verstaatlichung der Industrie, die Abschaffung des Senats (der zweiten Kammer des Parlaments) sowie die Anerkennung der neuen Westgrenze des Staates. Eine Mehrheit stimmte gegen die Abschaffung des Senats. Diese Niederlage vertuschten die Kommunisten durch eine Fälschung der Wahlergebnisse.



# WALCZYŁEM O POLSKĄ LUDOWĄ GŁOSUJĘ - TRZY RAZY „TAK”

**NIE CHCĘMY**  
Ażaby Polska była  
jaśniepańskim folwarkiem



Ażaby kapitałści tuczylł sie  
na nędzy mas pracujących



Władza żywi tyśk  
smęty na sęd pędzi



Władza żywi tyśk  
smęty na sęd pędzi

ZA REFORMĄ ROLNĄ I UNARODOWIENIEM  
PODSTAWOWYCH GAŁĘZI PRZEMYSŁU  
GŁOSUJEMY:



SENAT KOSZTOWAŁ NAS 6 MILIONÓW ZŁ. ROCZNIE



ZA TO CO ZJEDLI PANOWIE SENATOROWIE MOŻNA BYŁO KUZTAFIC ROCZNIE 100 tys. dzieł  
ZA ZNIESIENIEM SENATU GŁOSUJEMY:

NIE BĘDA  
ZIEMIE ODZYSKANE  
BAZA WYPADOWA  
DLA AGRESJI  
NIEMIECKIEJ



STAD SZLI NIEMCY NA POLSKĘ  
W 1939 ROKU

DZIEKI ZIEMIOM ODZYSKANYM STAJEMY SIĘ POTĘGA GOSPODARCZA

<b>WĘZIEŁ</b>	
Przed wojną wydobywaliśmy rocznie 38 ml. ton	Dzisiaj jesteśmy w stanie wydobyć 100 ml. ton
<b>ENERGIA ELEKTRYCZNA</b>	
Przed wojną wytwarzaliśmy rocznie 3,6 miliardów kWh	Dzisiaj jesteśmy w stanie wytworzyć 7 miliardów kWh
<b>ZAKŁADY PRZEMYSŁOWE</b>	
Przed wojną 12 tys. zakładów przemysłowych	Obecnie mamy 34 tys. zakładów

ZA UTRWALENIEM GRANIC  
ZACHODNICH NA ODRZE I NYSIE  
GŁOSUJEMY:

*tak*

*tak*

*tak*

↓ 49

**Mit traditionellen ukrainischen Mustern  
besticktes Hemd**

Region Lwów (ukr. Lwiw, dt. Lemberg), 1930er Jahre

Die Familie Hnatiuk musste 1947 im Rahmen der „Aktion Weichsel“ ins Dörfchen Marzecino im Weichseldelta umsiedeln. Sie nahm dieses Hemd mit, dessen Schnitt und Stickereien auf die Traditionen der ukrainischen Landbevölkerung verweisen. Es wurde nur noch kurze Zeit getragen. Die ukrainischen Umsiedler passten ihren Kleidungsstil schnell an ihr neues Umfeld an. Sie wollten nicht auffallen und negative Reaktionen vermeiden. Als Erinnerung an Herkunft und Identität bewahrten viele Familien solche Kleidungsstücke jedoch auf.

50 →

**Ikone mit der Madonna von Ostra Brama**

Vilnius (poln. Wilno, dt. Wilna), 19. Jahrhundert

Die Familie Więcewicz-Kozubski musste 1947 ihre Heimatstadt Vilnius in Richtung Szczecin (Stettin) verlassen. Sie nahm das alte Familienerbstück mit. Es zeigt die Schwarze Madonna, die Ikone der Barmherzigen Muttergottes am sogenannten Tor der Morgenröte (Ostra Brama) in Vilnius. Die deutschen Massenverbrechen sowie die Grenzverschiebungen und Massenumsiedlungen nach 1944/45 veränderten die Bevölkerungsstruktur Polens grundlegend: Der multiethnische und multireligiöse Charakter des Landes ging fast vollständig verloren.





5

U. S. NAVY



## Großbritannien



# 5

Cordula Lissner

## **Großbritannien – Siegermacht im Wandel**

Großbritannien gehörte zu den Siegermächten im Zweiten Weltkrieg. Das Land feierte im Mai 1945 den Sieg über Deutschland, wenige Monate später den Sieg über Japan. Die Rückkehr ins zivile Leben stellte nicht nur für die britischen Armeeangehörigen eine Herausforderung dar. Für die britische Bevölkerung waren die Nachkriegsjahre eine Zeit von Armut und Mangel. Flüchtlinge aus NS-Deutschland und dem zuvor besetzten Europa mussten entscheiden, ob sie bleiben, zurückkehren oder weiteremigrieren sollten. Die Labour-Regierung begann ab Juli 1945 mit dem Umbau des vom Krieg erschöpften Landes zu einem modernen Wohlfahrtsstaat. Im Zuge der Dekolonisierung zerfiel das Britische Empire. Die Kolonien erlangen nach und nach die Unabhängigkeit, blieben aber meist im Commonwealth mit Großbritannien verbunden.



← 51

**Winston Churchill vor der jubelnden Menge in Whitehall**  
London, 8. Mai 1945

Der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland im Mai 1945 und die Nachkriegsjahre nehmen in der kollektiven Erinnerung der Briten bis heute einen besonderen Platz ein. Der Krieg hatte die Gesellschaft zusammenrücken lassen. Die Parlamentswahlen im Juni 1945 endeten mit einem erdrutschartigen Sieg der Labour Party, die Aufbruch und Erneuerung versprach. Der 1948 eingeführte National Health Service (NHS), ein umfassendes System kostenloser medizinischer Leistungen, gilt bis heute als eine der wichtigsten Errungenschaften dieser Jahre. Die Nachkriegsjahre waren für Großbritannien aber nicht nur mit Sieges euphorie und Reformwillen verbunden. Britische Städte und Häfen, aber auch wichtige Infrastruktur und Kulturgüter waren durch die deutschen Luftangriffe schwer zerstört worden. Ein Drittel aller Wohnungen lag in Trümmern. Während die Bevölkerung mit Armut und Mangel zurechtkommen musste, verlor das britische Empire in schnell aufeinanderfolgenden Etappen an Bedeutung.

## **Sieg in Europa, Sieg in Japan**

Am Abend des 7. Mai 1945 verkündete die britische Rundfunkanstalt BBC die bereits seit Tagen erwartete Nachricht von der deutschen Kapitulation – „Victory in Europe“, Sieg in Europa! Aber die großen Freudenfeiern fanden erst am folgenden Tag statt. Am 8. Mai blieben Schulen, Fabriken und selbst die

Londoner Börse geschlossen. Wer konnte, begab sich in die nächstgelegene Stadt oder größere Ortschaft, um mit anderen Menschen gemeinsam zu feiern. Um 15 Uhr verkündete Premierminister Winston Churchill aus der Downing Street Nr. 10 die deutsche Kapitulation und den Sieg der Alliierten. Seine kurze Ansprache ertönte landesweit aus den Rundfunkempfängern und schallte über am Vorabend installierte Lautsprecher durch die Londoner Straßen. Zu den bekanntesten Bildern des 8. Mai 1945 in Großbritannien gehört der Auftritt des Premierministers am Abend auf einem strahlend hell erleuchteten Balkon der Regierungsgebäude in Whitehall. Churchill formte zwei Finger zu einem V-Zeichen, woraufhin die jubelnden Massen das Lied „Land of Hope and Glory“ anstimmten.

Augenzeugenberichte künden von den Freudenfeiern dieses Tages und von dem Wunsch, die überschäumenden Gefühle mit anderen zu teilen. Die Menschen sehnten sich danach, etwas Außergewöhnliches zu tun. Es gab spontane Umzüge, und auf den Straßen wurde getanzt; überall flatterte der Union Jack aus den Fenstern. Die Briten lagen sich in den Armen, um Erleichterung und Freude miteinander zu teilen. Aber in die Freude mischte sich auch Sorge. Viele Menschen hatten Angehörige in der Armee, deren Schicksal auf dem pazifischen Kriegsschauplatz ungeklärt war. Am 15. August 1945 erklärte der japanische Kaiser die Kapitulation seines Landes, die am 2. September unterzeichnet wurde. Damit war der Zweite Weltkrieg auch in Südostasien



← 52

**Verwundete US-Soldaten  
beim Muttertagsgottesdienst  
in den Ruinen der Kathedrale  
von Coventry**

Coventry, 13. Mai 1945

53 →

**Zeitungsjunge  
am Tag der deutschen  
Kapitulation**

Großbritannien, 8. Mai 1945

## Aufbau eines Sozialstaates

Viele Briten hofften bei Kriegsende, dass sich das Land innenpolitisch erneuern würde. Dies würde jedoch nur mit einem radikalen politischen Kurswechsel möglich sein. Eine Wegmarke zu einem „neuen“ Großbritannien war der bereits 1942 publizierte Beveridge Report, der programmatische Entwurf eines modernen Wohlfahrtsstaates der Friedenszeit, den die damalige Koalitionsregierung übereinstimmend begrüßt hatte. Mit dem Ende des Krieges zerbrach die Koalition jedoch, die notwendigen Parlamentswahlen wurden auf den 5. Juli festgesetzt. Der von der Labour Party auf Tausenden von Plakaten verbreitete Wahlslogan „Lasst uns jetzt den Frieden gewinnen“ kündete machtvoll von den Zukunftshoffnungen. Die Konservativen warben dagegen mit Churchills Konterfei und setzten eher auf den Ruhm des im Krieg sehr populären Premierministers. Zur allgemeinen Überraschung errang die Labour Party einen fulminanten Sieg. Dazu trugen die Stimmen der Armeeangehörigen bei, also all jener Männer und Frauen, die nach fast sechs Jahren Leben im Ausnahmezustand in einen friedlichen Alltag zurückkehren wollten. Der Krieg hatte das Leben aber nicht nur an der Front, sondern auch in den britischen Städten geprägt und verändert. Fairness im Umgang miteinander, gerechte Verteilung von Gütern, die Rückbesinnung auf gemeinsame Werte waren Ideale der vergangenen Jahre, die man nun in einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft weiterverfolgen wollte. Neuer Premierminister wurde Clement Attlee, der in der Kriegskoalition als Churchills Stellvertreter fungiert hatte. Als einzige Frau berief Attlee Ellen Wilkinson ins Kabinett. Die „rote Ellen“ war seit dem von ihr 1936 angeführten Hungermarsch der Arbeiter von Jarrow, ihrem Wahlkreis im industriell und von Arbeitslosigkeit geprägten Norden Englands, eine Ikone der britischen Arbeiterbewegung. Ihr Ziel war es, allen Bevölkerungsschichten

zu Ende. Großbritannien feierte erneut einen Tag des Sieges, den VJ (Victory in Japan) day. In den folgenden Wochen kehrten 60 000 britische Soldaten aus der japanischen Kriegsgefangenschaft zurück.

Erst nach dem Ende des Krieges wurde der britischen Öffentlichkeit das volle Ausmaß des nationalsozialistischen Terrors bewusst. 26 000 Briten und Britinnen waren Ende des Jahres 1946 in der Verwaltung der britischen Besatzungszone tätig. Tagebücher lassen den Schock erahnen, den manche von ihnen angesichts der von Deutschen begangenen Verbrechen erlitten. „Mein Glaube verließ mich nach dieser grauenhaften Erfahrung, und ich habe ihn nie wieder zurückerlangt“, schrieb eine junge Frau, die zur Versorgung von Überlebenden in das Lager für Displaced Persons in Belsen gesandt worden war. Im Rahmen der „Re-Education“, dem Programm zur Um-erziehung der Deutschen zur Demokratie, richtete die britische Militärverwaltung in den Städten ihrer Besatzungszone Zentren für Erwachsenenbildung ein, in denen Seminare und Kulturveranstaltungen stattfanden.



54 →

### Anstehen für Heizmaterial

London, 18. Februar 1947



eine umfassende Bildung zu ermöglichen. Sie setzte in den Nachkriegsjahren durch, dass die Schulpflicht auf 15 Jahre heraufgesetzt wurde und dass 35000 zusätzliche Lehrkräfte durch eine verkürzte Ausbildung gewonnen werden konnten.

Das Wahlprogramm der Labour Party knüpfte unter dem Motto „Lasst uns der Zukunft ins Gesicht blicken“ an den Beveridge Report an und enthielt weitgehende Reformvorschläge. Diese wurden in den folgenden Jahren Schritt für Schritt umgesetzt. Nach dem National Insurance Act, einer 1946 verabschiedeten und 1948 im National Assistance Act ergänzten Sozialversicherung, folgte im Sommer 1948 die Einführung des National Health Service. Dieser wird bis heute mit dem ethischen Anspruch der Nachkriegsjahre assoziiert. Die kostenlosen Gesundheitsleistungen reichten von der Wiege bis zur Bahre. Krankenhäuser wurden Staatsbetriebe, Ärzte zu Angestellten des Gesundheitsministeriums, Vorsorgeuntersuchungen dienten der flächendeckenden medizinischen Betreuung von werdenden Müttern und Kindern.

Ein umfangreiches Programm sollte die durch die Kriegszerstörungen verstärkte Wohnungsnot lindern. Neue Mietshäuser wurden gebaut, kleine vorgefertigte Häuser (sogenannte Prefabs) nach amerikanischem Muster produziert und Kredite für Einfamilienhäuser vergeben. 1948 gab es bereits 125000 Prefabs. Obwohl die Häuser einen eher provisorischen Charakter hatten, stehen manche dieser Notbehausungen heute noch.

1947 verstaatlichte die Regierung die symbolträchtige Kohleindustrie. Weitere bedeutende Produktionszweige folgten, wie 1948/49 der Energiesektor und das Transportwesen. Bereits 1946 war die Bank of England verstaatlicht worden. Die Eisen- und Stahlindustrie wurde allerdings bereits 1953 wieder privatisiert. Zu der hohen Akzeptanz der Verstaatlichung von Schlüsselindustrien auch bei politischen Gegnern der Labour Party trug bei, dass sie weniger aus ideologischen als aus Gründen der Effizienzsteigerung geplant worden war. Die Eigentümer wurden entschädigt, das Management wurde zum großen Teil nicht ausgetauscht.

## Übergangszeit und Mangel

Der Umbau zu einem modernen Wohlfahrtsstaat erforderte hohe Investitionsmittel, über die das durch den Krieg verarmte Großbritannien nicht ohne gewaltige Abstriche auf anderen Gebieten verfügte. Mehr als ein Viertel des Volksvermögens war durch den Krieg, den Großbritannien ab Juni 1940 zunächst ein Jahr lang allein führen musste, aufgezehrt worden. Mit dem „Lend-Lease“-Programm, der leihweisen Überlassung von kriegswichtigen Gütern und Lebensmitteln ohne sofortige Bezahlung, hatten die USA ab Dezember 1941 den Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland unterstützt. Im August 1945 beendete der amerikanische Kongress das Programm. Großbritannien war auf sofortige Kredite angewiesen, die von den USA und Kanada nur um

den Preis eines frei konvertierbaren Pfund gewährt wurden. Dies belastete die ohnehin ausgezehrt britische Volkswirtschaft in hohem Maße.

Für die Bevölkerung bedeutete diese prekäre Wirtschaftslage, dass Mangel und Not weiter andauerten. Bis heute ist der Begriff „Austerity“, der für Entbehrung und strenge Sparmaßnahmen steht, ein Synonym für die mageren Nachkriegsjahre. Im Sommer 1946 wurde sogar erstmals Brot rationiert, das während der Kriegszeit von den Beschränkungen ausgenommen gewesen war. Das Bezugsscheinsystem für Lebensmittel, Kleidung und Konsumgüter blieb noch bis weit in die 1950er Jahre hinein bestehen. Auch Heizmaterial war weiterhin knapp. Eine Ausstellung zu britischem Industriedesign, die 1946 als erste Produktschau der Nachkriegszeit im Londoner Victoria and Albert Museum eröffnet wurde, trug den selbstbewussten Titel „Britain can make it“ (Großbritannien kann es schaffen). „Britain can't have it“ (Großbritannien kann es nicht haben) hieß die Ausstellung angesichts der Lage bald im Volksmund.

Erst gegen Ende der 1940er Jahre sollten die aus dem Ausland kommenden finanziellen Hilfen greifen, sodass sich die britische Wirtschaft allmählich erholen konnte. Eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau der britischen Produktion und Infrastruktur spielte ab 1948 das European Recovery Program, der sogenannte Marshall-Plan.

Eine weitere Herausforderung der unmittelbaren Nachkriegszeit bildete die Demobilisierung der britischen Armeeangehörigen. Eine eigene Bildungsabteilung bot Hilfestellungen an, um die Rückkehr ins zivile Leben zu erleichtern. Dennoch verbanden viele der aus den Streitkräften Entlassenen diesen Zeitabschnitt mit Erfahrungen von Entwurzelung und Perspektivlosigkeit. Das galt auch für die 500000 Frauen, die in der britischen Armee gedient hatten. Nach verantwortungsvollen Tätigkeiten in den mit Frauen besetzten Abteilungen der Luftwaffe, der

Marine oder der Bodentruppen mussten viele von ihnen in traditionelle Frauenberufe oder an den heimischen Herd wechseln.

Einen Lichtblick im meist grauen Nachkriegsalltag stellte für viele Briten die Hochzeit ihrer zukünftigen Königin, Prinzessin Elizabeth, mit Philipp Mountbatten, Herzog von Edinburgh, im November 1947 dar. Im Juli des folgenden Jahres drängten sich 85000 Menschen im Londoner Wembley Stadion, um die Eröffnungsfeierlichkeiten der Olympischen Sommerspiele zu sehen.

## Ende des Exils

Trotz einer restriktiven Einwanderungspolitik hatten zwischen 1933 und 1945 viele Flüchtlinge aus dem nationalsozialistischen Deutschland und aus den besetzten Ländern Zuflucht in Großbritannien gefunden. Im Mai 1945 standen sie alle vor der Frage nach Rückkehr, Weiteremigration oder Bleiben. Viele jüdische Emigranten erinnern sich mit gemischten Gefühlen an den 8. Mai 1945. So schreibt Dora Scheinowitz über das Kriegsende in Manchester: „Wir haben gehört, der Krieg ist zu Ende. Und draußen hat man gesungen und getanzt. Und wir waren drin und haben geweint.“ Jahrelang hatten die Emigranten mit der Angst um ihre zurückgelassenen Familienangehörigen gelebt. Angst, die nun zur bitteren Gewissheit wurde, dass kaum jemand die Verfolgung überlebt hatte.

Die 1925 in Essen geborene Dora Unger war im Dezember 1938 mit ihrer Familie in die Niederlande geflohen. 1940 wurde sie aus einem Waisenhaus in Amsterdam, in dem ihre Eltern sie untergebracht hatten, mit einem Frachtschiff nach Großbritannien gerettet. In den Wochen nach dem Kriegsende erfuhr sie, was sie am 8. Mai bereits geahnt hatte. Ihre Eltern und ihr Bruder waren aus den besetzten Niederlanden deportiert und ermordet worden. Eine Rückkehr nach Deutschland schien sinnlos geworden zu sein.



← 55

**Jüdische Kinder aus Osteuropa  
finden Zuflucht in Großbritannien**  
Schottland, 1947

Wie Dora Unger, die 1947 nach Palästina auswanderte, entschied sich die Mehrheit der jüdischen Flüchtlinge in den Nachkriegsjahren gegen die Remigration. Für viele von ihnen war Großbritannien während des Krieges zur neuen Heimat geworden.

Eine größere Rückkehrbereitschaft gab es in den Reihen der parteipolitisch und gewerkschaftlich organisierten Emigranten. Exilorganisationen wie die Freie Deutsche Bewegung oder die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien propagierten 1945 die Rückkehr ihrer Mitglieder. Diese sollte sich allerdings noch viele Monate hinziehen.

Vor der Entscheidung, zurückzukehren oder zu bleiben, standen 1945 nicht nur die deutschen Exilanten im britischen Königreich. Nach der 1946 in Großbritannien erfolgten Demobilisierung der polnischen Truppen entschied sich über die Hälfte der polnischen Militärs und Zivilisten gegen die Rückkehr nach Polen. Als Arbeiter in der Landwirtschaft, in den Kohleminen und in anderen Industriezweigen waren sie in ihrer neuen Wahlheimat sehr gefragt. Nach einer zweijährigen Berufsausbildung in einem Polish Resettlement Corps konnten sie die britische Staatsangehörigkeit erwerben.

Eine solche Ausbildung durchlief auch der 1926 in Łódź geborene Zigmund Pawlowski. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen hatte er sich dem Widerstand angeschlossen und war 1941 nach Nordafrika gelangt, wo Truppen der polnischen Exilarmee unter General Władysław Anders kämpften. Diese Armee war im September 1939 in Frankreich gegründet worden und kämpfte an der Seite

der Alliierten auf verschiedenen Kriegsschauplätzen. Mit seiner Einheit kam Pawlowski über Italien schließlich zurück nach Großbritannien und entschied sich 1946, nicht nach Polen zurückzukehren. In Wales, wo er zehn Jahre lang im Bergbau arbeitete, gründete Pawlowski eine Familie. Ohne den Krieg, so erklärte er später in einem Interview, wäre er vermutlich kein walisischer Bergmann, sondern Pilot der polnischen Luftwaffe geworden.

## Abschied vom Weltmachtstatus?

Seit dem frühen 17. Jahrhundert hatte Großbritannien ein mächtiges Kolonialreich, das British Empire, aufgebaut. Am Ende des Zweiten Weltkriegs umfasste dieses Reich noch immer nahezu ein Viertel der Erde. Truppen aus den sogenannten Dominions mit unabhängigen Regierungen wie Australien, Kanada und Neuseeland hatten genauso wie Regimenter aus den Kolonien an der Seite der westalliierten Verbände gekämpft. Auch die neue Labour-Regierung ging 1945 vom Fortbestand eines machtvollen Empire aus, wobei das Netzwerk Commonwealth Wege zu einer gleichberechtigten Partnerschaft eröffnen sollte. Die wenigsten ahnten, dass sich das Empire durch die Dekolonisierungsbestrebungen innerhalb der nächsten 25 Jahre vollständig auflösen sollte.

Die Forderung, den indischen Subkontinent aus dem Status einer britischen Kolonie zu entlassen, hatte bereits seit den 1920er Jahren für Konflikte gesorgt.

56 →

**Vereidigung des ersten indischen Premierministers, Jawaharlal Nehru, durch Lord Louis Mountbatten**

Neu-Delhi, 15. August 1947

Britische Nachkriegspläne sahen eine stufenweise Übergabe der Macht an eine indische Zentralregierung vor. Die seit 1940 erstarkte Muslim League forderte jedoch einen eigenen Staat. Der neue britische Vizekönig in Indien, Lord Louis Mountbatten, der den Übergang administrativ leiten sollte, verkündete 1947 einen Teilungsplan für Indien. Die Übergabe der Regierungsgeschäfte erfolgte so gleichzeitig mit der Teilung des Subkontinents in ein säkulares Indien unter Jawaharlal Nehru und ein muslimisches Pakistan unter Mahomed Ali Jinnah. Die Gründung zweier Staaten ging mit Blutvergießen, massenhafter Flucht und Vertreibungen einher. Dennoch betrachtete Großbritannien die Unabhängigkeit seiner größten Kronkolonie als ein Musterbeispiel gelungener Dekolonisierung. Die beiden neuen Staaten Indien und Pakistan blieben dem einstigen Mutterland durch die Mitgliedschaft im Commonwealth verbunden.

1948 wurden die britischen Kolonien Burma und Ceylon in die Unabhängigkeit entlassen. Anders als Indien und Ceylon schied Burma mit der Unabhängigkeit 1948 aus dem Commonwealth aus. 1949 erklärte auch die Republik Irland ihren Austritt.

Schwieriger gestaltete sich der Rückzug aus Palästina, das seit 1922 im Auftrag des Völkerbunds als britisches Mandatsgebiet verwaltet wurde. Die Einreise jüdischer Überlebender des NS-Massensmords führte zu Konflikten mit der dort lebenden arabischen Bevölkerung. Die britische Mandatsmacht begrenzte deshalb auch nach Kriegsende die Einreisekontingente. Patrouillen versuchten, Schiffe an der illegalen Landung zu hindern. Teils wurden die Passagiere nach Zypern überführt, wo sie in einem Internierungslager untergebracht wurden. Zum internationalen Skandal avancierte im Juli 1947 der Fall des Flüchtlingssschiffes „Exodus“, das mit 4 500 Menschen an Bord, darunter Hunderte von Kindern, kurz vor Tel Aviv von einem britischen Kriegsschiff gestoppt wurde. Die Überlebenden der Shoah wurden mit britischen Schiffen zurück nach Europa gebracht



und mussten schließlich in Hamburg an Land gehen. Nachdem die Vereinten Nationen im November 1947 für Palästina einen Teilungsplan in einen jüdischen und einen arabischen Staat vorgelegt hatten, gaben die Briten, die sich zur Umsetzung des Plans nicht in der Lage sahen, ihr Mandat an die Vereinten Nationen ab. Im Mai 1948 war der Abzug der 100 000 britischen Soldaten und Polizeikräfte abgeschlossen, am 14. Mai wurde der Staat Israel proklamiert.

In der neuen Weltorganisation der Vereinten Nationen erhielt die Siegermacht Großbritannien 1945 neben den USA, der Sowjetunion, Frankreich und China einen Platz als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat. In den folgenden Jahren erlangte die strategische Partnerschaft mit den USA enorme Bedeutung für das Land. Während der Berlin-Blockade 1948/49 versorgten britische und amerikanische Flugzeuge die Bevölkerung in den westlichen Sektoren der Stadt aus der Luft. Im weiteren Verlauf des Kalten Krieges forcierte die britische Regierung, insbesondere Außenminister Ernest Bevin, 1949 die Gründung der NATO als westliche Verteidigungsgemeinschaft. Die sich 1950 abzeichnende Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) kommentierte Bevin mit der Einschätzung, Großbritannien sei zu sehr Weltmacht und Zentrum des Commonwealth, um westeuropäische Zusammenschlüsse für bedeutsam zu halten. So stand die Integration Großbritanniens in eine neue europäische Gemeinschaft noch viele Jahre kaum zur Debatte.



↑ 57

#### Rucksack eines deutschen Kriegsgefangenen

Camp Haltwhistle, 1944

1946 befanden sich noch 400 000 deutsche Kriegsgefangene in Großbritannien. Die Entlassungen zogen sich bis 1948 hin. Die Männer arbeiteten vor allem in der Landwirtschaft. Der Rucksack gehörte Franz Josef Dalquen, der im Offizierslager Camp 18 Featherstone Park bei Haltwhistle inhaftiert war. Bevor er 1947 entlassen wurde, legte er hier noch eine Prüfung zum Volksschullehrer ab. Der Rucksack wurde in der Schneiderei des Lagers für seine Rückkehr gefertigt.

59 →

#### Richtungsanzeige eines Zuges

Japan, 1940er Jahre

Die Kapitulation Deutschlands beendete noch nicht den Zweiten Weltkrieg. Die Alliierten setzten den Kampf im Pazifik gegen die Achsenmacht Japan und ihre Verbündeten fort. Nach den amerikanischen Atombombenabwürfen auf die Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 kapitulierte Japan. Das Schild kennzeichnete in Japanisch und Englisch einen Zug, der über die Hafenstadt Kure nach Hiroshima fuhr. Ein Angehöriger der britischen Armee nahm es als Souvenir mit.

58 →

**Schmetterlings-Täfelchen aus Berliner Ruinenresten**

Berlin/Großbritannien, 1946

26 000 Briten waren Ende des Jahres 1946 in der Verwaltung der britischen Besatzungszone in Deutschland tätig. Dieses mit einem Schmetterling verzierte Holztäfelchen nahm ein Angehöriger der Besatzungsverwaltung in Berlin mit nach Großbritannien. Die Tafel trägt die Inschrift „In Erinnerung an den Sommer 1946. Hergestellt aus Schutt von Ruinen in Berlin“. Das Schmetterlingsblau besteht aus Fliesensplittern eines Delikatessengeschäfts am Potsdamer Platz, das Rot aus Ziegelsteinresten eines Gebäudes an der Wilhelmstraße.





← 60

### Plakat mit Informationen zur Demobilisierung

London, 1945

Die Demobilisierung der britischen Truppenverbände zog sich bis Ende des Jahres 1947 hin. Eine eigene Bildungsabteilung (Army Educational Corps) organisierte Kurse und Hilfsangebote, um die Rückkehr der Soldaten in das zivile Leben (civvy street) zu erleichtern. Der Fortbestand eines großen britischen Berufsheeres wurde in den Nachkriegsjahren nicht in Frage gestellt.

61 →

### Bezugsschein für Einrichtungsgegenstände

Großbritannien, 1946/47

Noch Jahre nach dem Krieg blieben in Großbritannien Waren rationiert. Dies betraf bis zum Mai 1949 auch Kleidungsstücke. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, Getragenes auszubessern und weiterzuverwenden, anstatt Neues zu kaufen. Als Folge der massiven Zerstörungen durch deutsche Bombenangriffe mangelte es noch lange an Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen. Vorhänge, Bettlaken, Matratzen oder Möbelstücke konnten nur unter Vorlage solcher Coupons gekauft werden.

**BUYING PERMIT** 7

This permit contains 12 Utility Furniture Units  
and the following Priority Dockets

.....	Curtain material*
.....	Floor covering
<u>2</u>	Mattresses
.....	Blankets
<u>5</u>	Sheets

To be quoted in any correspondence  
Reference Number 5403023.

The person to whom this permit is issued **MUST**  
complete these particulars **BEFORE** using it

1. Name Mr. A. T. Wheeler.

2. Address \_\_\_\_\_

3. National Registration (Identity Card) Number  
or Service Number and Rank \_\_\_\_\_

**AREA OF VALIDITY**  
For the purpose of obtaining Utility Furniture, this permit may be used only at a shop  
within a radius of 15 miles of the address to which the furniture is to be delivered  
or anywhere in S.E. 731 1047

Date of issue 15th 1947 194\_\_\_\_\_

Please see Notes inside the front and back covers

51-2370

↓ 62

**Transceiver der zionistischen  
Untergrundorganisation Irgun**

Palästina, 1945

Großbritannien hatte seit 1920 ein Völkerbundsmandat über das von Juden und Arabern bewohnte Palästina inne. In diesem Gebiet kämpften verschiedene zionistische Untergrundorganisationen bis zur Staatsgründung Israels 1948 für einen unabhängigen jüdischen Staat. Dieser Transceiver wurde von der 1931 bis 1948 bestehenden Irgun zur Nachrichtenübermittlung verwendet. Die Organisation verübte auch Anschläge gegen Angehörige der britischen Mandatsverwaltung.

63 →

**Werbeplakat zur Unterstützung  
der Vereinten Nationen**

Großbritannien, um 1946

Pläne für eine neue Weltordnung stellten die USA und Großbritannien bereits 1941 mit der Atlantik-Charta vor. Diese Planungen wurden, unter Einschluss der Sowjetunion, auf den Konferenzen von Moskau und Teheran 1943, Dumbarton Oaks 1944 und Jalta 1945 konkretisiert. Bis 1951 befand sich das Hauptquartier der im Oktober 1945 gegründeten Vereinten Nationen (UN) in London. Das Plakat rief die Briten dazu auf, der United Nations Association beizutreten. Diese Gesellschaft warb für die UN und sollte die Beziehungen zwischen den Menschen aus den Mitgliedsländern stärken.





**ONE WORLD**  
**UN MONDE**  
**ОДН МІР**

**JOIN**

**UNITED NATIONS ASSOCIATION**

**11 MAIDEN LANE LONDON WC2**

6

Lul

*paa Grun*

*DL*



**Dänemark**

ret

of Glæde

*Handwritten signature*



# 6

Clemens Maier-Wolthausen

## **Dänemark – Gut vorbereitet in den Frieden**

Nach fünf Jahren Besatzung erfuhr Dänemark eine im europäischen Vergleich fast unblutige Befreiung. Widerstandskämpfer übernahmen wichtige öffentliche Gebäude, nur ein kleines britisches Armeekontingent überwachte den zügigen Abmarsch der deutschen Truppen. Im Oktober 1945 fanden wieder Parlamentswahlen statt. Dennoch benötigte das Land noch einige Jahre, um das Erbe der Besatzung zu bewältigen. Zentrale Probleme bildeten dabei die Ahndung der Kollaboration und der Umgang mit noch etwa 250 000 deutschen Flüchtlingen, die auf der Flucht vor der Roten Armee kurz vor Kriegsende über die Ostsee ins Land gekommen waren.



← 64

#### Einheit von Freiheitskämpfern

Kopenhagen, 6. Mai 1945

Wie an vielen Abenden der vorangegangenen Monate saßen auch am 4. Mai 1945 gegen 20:30 Uhr viele Dänen vor ihren Radios und lauschten den Klängen der Eingangsmelodie der dänischen BBC-Sendungen. Der Sprecher Johannes G. Sørensen begann zunächst mit den Nachrichten zum Frontverlauf. Seit einigen Monaten bestärkten diese die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges und der nunmehr fünf Jahre andauernden Besatzung. Nach vier Minuten machte der Radiosprecher eine ungewöhnliche Pause. Als seine Stimme wenig später wieder zu hören war, klang sie nur wenig aufgeregter als sonst. Was er zu sagen hatte, war allerdings sensationell. Er verkündete das Ende des Krieges für die Dänen: „In diesem Augenblick erfahren wir, dass Montgomery bekannt gegeben hat, dass sich die deutschen Truppen in Holland, Nordwestdeutschland und Dänemark ergeben haben. Hier ist London. Wir wiederholen: Montgomery hat bekannt gegeben, dass sich die deutschen Truppen in Holland, Nordwestdeutschland und Dänemark ergeben haben.“

Nach diesen in Dänemark legendär gewordenen Worten strömten die Menschen auf die Straßen, feierten die Befreiung und vergaßen darüber, dass der Waffenstillstand erst am folgenden Morgen um acht Uhr in Kraft treten sollte.

Der Wehrmachtsbefehlshaber in Dänemark, Generaloberst Georg Lindemann, dem 280000 deutsche Soldaten unterstanden, hatte den Befehl erhalten, dass die deutschen Truppen bis zur Übergabe an einen Vertreter der 21. Armeegruppe unter

Feldmarschall Bernard Montgomery in ihren Stellungen bleiben, aber allen Entwaffnungsversuchen entgegnetreten sollten. Diese Entscheidung rettete Menschenleben, denn jetzt besetzten überall die Freiwilligen der Untergrundarmee öffentliche Plätze und begannen, mutmaßliche Kollaborateure zu verhaften. Die von der Bevölkerung „Freiheitskämpfer“ genannten Angehörigen verschiedener Widerstandsorganisationen waren jung und nur unzureichend ausgerüstet und trainiert. Eine echte Auseinandersetzung mit den deutschen Soldaten hätte zahlreiche Opfer gekostet. Das zeigte sich nicht nur bei den vereinzelten Schusswechseln zwischen den Freiheitskämpfern und dänischen Kollaborateuren, die sich der Verhaftung entziehen wollten. Auch bei Konfrontationen zwischen Freiheitskämpfern und deutschen Einheiten starben etwa 150 junge Männer und etwa 500 wurden verwundet.

## Befreiungsregierung, alliierte Truppen und erste Wahlen

Nicht nur für die Freiheitskämpfer, sondern auch für die designierte Übergangsregierung begann nun eine Phase intensiver Tätigkeit. Diese „Befreiungsregierung“ war das Ergebnis eines erst wenige Tage zuvor erreichten historischen Kompromisses zwischen den im „Freiheitsrat“ zusammengeschlossenen Widerstandsorganisationen und den Politikern



← 65

**Generalfeldmarschall  
Bernard Montgomery wird in  
Kopenhagen empfangen**

Kopenhagen, 12. Mai 1945

der etablierten Parteien. Letztere hatten in den ersten drei Jahren der deutschen Besatzung eine Koalition gebildet und mit weitreichenden Konzessionen an die Deutschen das Land regiert. Erst im Sommer 1943 hatten die Deutschen die Regierung als Reaktion auf eine Streikwelle und auf Sabotageakte zum Rücktritt gezwungen und die Macht übernommen. In den folgenden zwei Jahren setzte sich unter Führung der im „Freiheitsrat“ zusammengeschlossenen Widerstandsgruppen bei vielen Dänen die Ansicht durch, dass bewaffneter Widerstand gegen die Besatzungsmacht legitim sei. Zuvor war dieser von vielen abgelehnt worden, um nicht die Durchsetzung eines rigiden Besatzungsregimes zu provozieren.

Das erste Kabinett der Nachkriegszeit sollte nach dem Willen der Politiker und des Freiheitsrates aus 18 Ministern bestehen: neun etablierten Parteipolitikern und neun Vertretern der Widerstandsgruppen. Ministerpräsident wurde der Kandidat der größten Partei, der Sozialdemokrat Vilhelm Buhl. Nach seiner Ernennung durch den König am 5. Mai 1945 eilte er zusammen mit dem Mitglied des Freiheitsrates und nunmehrigen Minister ohne Portfeuille Mogens Fog zum Rundfunk. Beide riefen die Dänen zur Ruhe auf und versprachen, dass Kollaborateure und Verbrecher bestraft würden. Sie betonten, was bald zum Konsens im Nachkriegsdänemark werden sollte: Das Land sei im Widerstand vereint. Die Politiker hätten hinhaltenden, die Widerstandsorganisationen aktiven Widerstand geleistet.

Die deutsche Teilkapitulation galt nur gegenüber dem Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force in Europe. Am 5. Mai 1945 landete nachmittags der erste Abgesandte der Alliierten, General Richard Dewing, mit einem 300 Mann starken Begleitkommando auf dem Kopenhagener Flughafen. Am 7. Mai erreichten weitere britische Einheiten Süddänemark. Der Besuch des britischen Feldmarschalls Montgomery in Kopenhagen am 12. Mai geriet zu einem Triumphzug. General Dewings Aufgabe war es, die Übergabe und den Abmarsch der deutschen Truppen zu organisieren. Bereits am 6. Mai hatte der Wehrmachtbefehlshaber in Dänemark den Befehl zum deutschen Rückzug aus Dänemark gegeben. In mehreren Kolonnen und nur mit leichten Waffen marschierte bis Mitte Juni ein Großteil der deutschen Soldaten in Internierungslager, die sich in der britischen Besatzungszone in Norddeutschland befanden. In Dänemark verblieben noch einige Verwundete in deutschen Lazaretten und ein Kontingent deutscher Pioniersoldaten, um Hunderttausende deutsche Landminen zu räumen.

Ein kleiner Teil des Landes musste länger auf seine Befreiung warten: Die vor der schwedischen Küste liegende Insel Bornholm war Transitstation im Rahmen der Evakuierung deutscher Flüchtlinge und Wehrmachtseinheiten aus den deutschen Ostgebieten gewesen. Nun lag sie im Rücken der bis nach Mecklenburg vorgedrungenen Roten Armee. Der deutsche Kommandant Gerhard von Kamptz war

66 →

### Abzug deutscher Soldaten aus Dänemark

Skælskør, Mai 1945



entschlossen, sich dem Waffenstillstandsabkommen gemäß nur britischen Einheiten zu ergeben und ließ ein Ultimatum der Roten Armee verstreichen. Daraufhin bombardierte diese am 7. und 8. Mai deutsche Einrichtungen und die Hafenanlagen der beiden größeren Orte auf Bornholm, Rønne und Nexø. Am 9. Mai landeten sowjetische Einheiten auf der Insel. Für die Bornholmer begann eine Phase der Unsicherheit, da es unklar schien, ob die Rote Armee als Befreier oder als Besatzer gekommen war. Diese betonte, dass sie als Befreier gekommen war. Insgesamt waren die Beziehungen zwischen den Rotarmisten und den Bornholmern jedoch freundschaftlich. Nichtsdestoweniger war die Erleichterung in Dänemark spürbar, als die sowjetischen Truppen die Insel elf Monate später verließen.

In den ersten Monaten nach der Befreiung normalisierte sich das Leben für die meisten Dänen wieder. Die Befreiungsregierung hatte nur vier Tage nach der Befreiung das Parlament eröffnen können. Dieses setzte sich entsprechend der Sitzverteilung der letzten demokratischen Wahl, die 1943 unter deutscher Besatzung stattgefunden hatte, und der Beteiligung der kommunistischen Mandatsträger aus der Vorkriegszeit zusammen. Die Abgeordneten der Dänischen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei schloss man aus. Die Übergangsregierung schrieb für Ende Oktober Wahlen aus. Zwar wurden die Sozialdemokraten stärkste Partei, aber sie hatten viele Mandate an die Kommunistische Partei (DKP) verloren, die mit 12,5 Prozent der Stimmen ihr bislang bestes Ergebnis erreichte. Eine Regierungsbildung misslang, da die Sozialdemokraten nicht mit der DKP koalieren wollten. Stattdessen kam eine Minderheitsregierung unter dem Liberal-Konservativen Knud Kristensen zustande. Neben den Kommunisten

war seine Partei der große Wahlgewinner. Im Wahlkampf hatte er damit Stimmung gemacht, dass er die Grenze zu Deutschland revidieren und Südschleswig an Dänemark anschließen würde. Letztlich scheiterten diese Pläne aber am Widerstand der britischen Besatzungsmacht in Norddeutschland und am Unwillen der meisten Dänen zu solch einem provokanten Akt. Auch die Regierung Kristensen scheiterte nach nur zwei Jahren.

Dazu trugen unter anderem die ökonomischen Probleme bei. Zwar war Dänemarks Infrastruktur während des Krieges relativ intakt geblieben, die Umstellung der Wirtschaft auf die Friedenszeit und der Wegfall der Handelsbeziehungen mit dem Deutschen Reich sowie der daraus folgende Mangel an Valuta führten aber dazu, dass dringend benötigte Investitionen aufgeschoben werden mussten. Darum blieb die Arbeitslosigkeit noch einige Jahre hoch. Die mangelnden Importe bedingten eine anhaltende Verknappung einzelner Waren und deren fortgesetzte Rationierung.

1947 gelangten die Sozialdemokraten an die Regierung. Umfassende Reformen und die 1948 einsetzende Marshall-Plan-Hilfe ermöglichten eine Erholung der Wirtschaft und den systematischen Ausbau des dänischen Wohlfahrtsstaates.

In die sozialdemokratische Regierungszeit fiel auch die Entscheidung, sich am Nordatlantischen Bündnis (NATO) zu beteiligen. Nachdem Verhandlungen zu einer nordischen Verteidigungsgemeinschaft mit Schweden und Norwegen gescheitert waren, trat Dänemark im April 1949 zusammen mit Norwegen der NATO bei. Diese Entscheidung und die Teilnahme am Marshall-Plan beendeten die seit 1864 verfolgte Politik politischer und militärischer Neutralität und verankerten Dänemark fest im westlichen Lager.



## Rückkehr der Flüchtlinge und Deportierten

Die 7000 bis 8000 jüdischen Flüchtlinge, die im Oktober 1943 nach Schweden gerettet werden konnten, und unzählige dänische Widerstandskämpfer, die gezwungen worden waren, nach Schweden zu fliehen, drängte es seit dem 4. Mai 1945 zur Rückkehr. Die ersten Rückkehrer aus Schweden waren 5000 Soldaten der Dänischen Brigade. Diese dänische Militäreinheit war mit Duldung des schwedischen Staates aus Flüchtlingen rekrutiert worden. Am Mittag des 5. Mai setzte sie nach Helsingør über, wo sie im Hafen von einer begeisterten Menschenmenge empfangen wurde. Danach ging es weiter nach Kopenhagen. Dort kam es an mehreren Stellen zu Schusswechseln mit ehemaligen dänischen Spitzeln der Gestapo, die einige Todesopfer forderten. Die Brigade, über deren Gründung führende Politiker mit schwedischen Kollegen verhandelt hatten, sollte auch ein militärisches Gegengewicht zu den bewaffneten Freiheitskämpfern bilden. Sie stand loyal zu den Politikern der alten Parteien, denen sie als „heimliche Reserve“ dienen sollte. Da der Kompromiss zwischen dem Freiheitsrat und den Politikern zur Einrichtung der Befreiungsregierung hielt, konnte die Brigade bereits einige Monate später aufgelöst werden, als die regulären dänischen Streitkräfte wieder in den Dienst traten.

Nun galt es, die anderen aus Dänemark geflüchteten Menschen wieder zurückzubringen. Bereits im Mai 1945 veröffentlichte die dänische Flüchtlingsverwaltung in Schweden in den Tageszeitungen die Abfahrtszeiten der Linienschiffe nach Helsingør und nach Kopenhagen; Fahrtscheine wurden von der Flüchtlingsverwaltung bereitgestellt. Am Kopenhagener Hauptbahnhof richtete die dänische Regierung für die Erstversorgung der Rückkehrer eine Aufnahmestelle ein, in der diese Geld für die weitere Fahrt in ihre Heimatorte erhielten. Für viele dänische Juden war die Rückkehr in die Heimat mit positiven Erfahrungen verbunden. Entweder hatten Nachbarn auf die verlassene Wohnung aufgepasst oder der dänische Sozialdienst hatte die Wohnung versiegelt und die Wertgegenstände gesichert. Die Sorge um das Eigentum der geflohenen oder deportierten Juden zeichnet Dänemark vor allen anderen Ländern Europas aus. Nirgendwo sonst verlief die Heimkehr eines großen Teils der in die Flucht getriebenen und verfolgten Juden so problemlos. Es gab jedoch auch Fälle, in denen der Vermieter die Wohnung einfach weitervermietet hatte, das gesamte Mobiliar geplündert oder die Wohnung illegal von anderen besetzt worden war. Etwa 1500 Rückkehrer mussten die erste Zeit in einem Auffanglager verbringen. Am schlimmsten traf es die staatenlosen jüdischen Flüchtlinge, die bereits in der Vorkriegszeit nach Dänemark gekommen

← 67

### Rückkehr dänischer Flüchtlinge aus Schweden

Hauptbahnhof Kopenhagen, Mai 1945

68 →

### Öffentliche Bloßstellung von Frauen

Kopenhagen, Mai 1945



waren. Sie waren weniger in der dänischen Gesellschaft verankert gewesen und hatten daher häufiger als die dänischen Juden ihr Hab und Gut verloren. Der dänische Staat bemühte sich um eine relativ zügige Kompensation des verloren gegangenen Besitzes.

Unterstützung aus Dänemark hatten schon während des Krieges jene 450 Juden erhalten, die 1943 von Dänemark aus nach Theresienstadt deportiert worden waren. Mithilfe dänischer Lebensmittelpakete hatten sie die Haft in besserer Verfassung überlebt als viele ihrer Mitgefangenen. Im April 1945 waren sie mit der schwedisch-dänischen Rettungsaktion unter der Leitung von Graf Folke Bernadotte mit den „Weißen Bussen“ nach Schweden evakuiert worden. Nun konnten auch sie nach Dänemark zurückkehren. Mit den „Weißen Bussen“ waren auch dänische Kommunisten, Widerstandskämpfer und Polizisten aus deutschen Konzentrationslagern nach Schweden evakuiert worden.

Viele der Flüchtlinge und Überlebenden waren noch lange mit der Bewältigung ihrer traumatischen Erlebnisse beschäftigt. Die Freude über die Rückkehr der Flüchtlinge und Deportierten wurde durch das Wissen überschattet, wie viele nicht überlebt hatten. Der Sommer 1945 war auch durch eine endlose Folge von Beerdigungen und Trauerzeremonien geprägt.

## Abrechnung mit „Landesverrättern“

Wie in vielen anderen europäischen Ländern wurden auch in Dänemark Frauen, die Beziehungen mit Angehörigen der deutschen Besatzungsmacht

eingegangen waren, öffentlich gedemütigt. Viele von ihnen wurden interniert. Der Freiheitsrat hatte die Beteiligung von Widerstandskämpfern an „Racheaktionen“ zwar verboten, dennoch kam es zu Übergriffen unter Beteiligung oder Duldung von Freiheitskämpfern.

Die Angehörigen des Widerstands begannen gleich nach der Kapitulation mit der Verhaftung von Dänen, denen Kollaboration mit dem Feind vorgeworfen wurde. Dies sollte Akte von Lynchjustiz verhindern und der Bevölkerung zeigen, dass das Recht wieder Einzug gehalten habe. Grundlage für die Inhaftierungen und die folgenden Gerichtsprozesse bildete eine 40000 Namen umfassende „Zentralkartei“, die ein „Verhaftungsausschuss“ der Widerstandsführung in den letzten Monaten des Krieges zusammengestellt hatte. Die Karteikarten enthielten sehr unterschiedliche Informationen, zu denen Gerüchte über Nachbarn, Hinweise auf angebliche Sympathien für die Deutschen oder Belege über die Zusammenarbeit mit der Gestapo zählten. Zunächst wurden etwa 22000 Menschen in Gefängnissen, provisorischen Haftanstalten und ehemaligen Lagern der deutschen Besatzungsmacht interniert, weitere 19000 wurden von der Dänischen Brigade sowie von den Strafverfolgungsbehörden verhaftet, nachdem diese ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten. Die meisten Beschuldigten kamen jedoch nach einiger Zeit wieder auf freien Fuß.

Viele Dänen waren durch die Erfahrungen der letzten Kriegsmonate, vor allem durch brutale Vergeltungsmaßnahmen der Deutschen, sehr verbittert. So mehrten sich die Stimmen, die trotz des insgesamt vergleichsweise milden Besatzungsregimes



← 69

**Demonstration für die  
Wiedereinführung der Todesstrafe**

Odense, Mai 1945

die rückwirkende Einführung der Todesstrafe für Verbrechen während der Besatzung forderten. Das am 9. Mai 1945 erstmals wieder zusammengerufene Parlament verabschiedete im Juni eine Reihe von Gesetzen zur Bestrafung der „Landesverräter“. Insgesamt ergingen 13 500 Urteile: 76 Todesurteile wurden gegen Dänen ausgesprochen, davon wurden 46 Urteile durch Erschießen vollstreckt. Dabei fielen die Urteile mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Kriegsende milder aus. Dadurch entstand der Eindruck, dass insbesondere die wirtschaftlichen Profiteure der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht und die deutschen Täter praktisch ungesprochen davonkamen. Ihre Prozesse begannen erst später und gestalteten sich aufwendiger. Kein deutscher Kriegsverbrecher wurde hingerichtet, das Strafmaß wurde sogar herabgesetzt. Die beiden Hauptverantwortlichen der deutschen Besatzungsmacht, Werner Best und Otto Bovensiepen, wurden 1951 nach Deutschland abgeschoben. Best war seit 1942 als Reichsbevollmächtigter der höchste deutsche Vertreter in Dänemark gewesen, Bovensiepen hatte seit Anfang 1944 die deutsche Sicherheitspolizei in Dänemark geleitet und harte Vergeltungsmaßnahmen gegen den dänischen Widerstand eingeführt. Lange hielt sich in Dänemark die Verbitterung darüber, dass es letztlich die Falschen erwischt habe.

Die deutsche Minderheit der Nordschleswiger im Süden Jütlands hatte nach dem deutschen Einmarsch eine stark prodeutsche Haltung angenommen, erhoffte sie sich doch die Wiedervereinigung mit Deutschland. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht, dennoch engagierte sich ein großer Teil der männlichen Nordschleswiger in bewaffneten Verbänden

auf Seiten der Wehrmacht, der SS oder im sogenannten Selbstschutz. Tausende wurden nach Kriegsende interniert und mussten sich wegen Landesverrats verantworten. Die Verbitterung der dänischen Mehrheitsbevölkerung führte auch zu Racheaktionen. Denkmäler der Minderheit, die an den Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 erinnerten, wurden gesprengt, deutsche Rudervereine und Kultureinrichtungen verwüstet und niedergebrannt. Es sollten Jahre vergehen, bis sich die Beziehungen wieder stabilisierten.

## Deutsche Flüchtlinge in Dänemark

Am 4. Februar 1945 hatte Adolf Hitler den Befehl gegeben, die Zivilbevölkerung aus den durch die vorrückende Rote Armee bedrohten Ostgebieten auch nach Dänemark zu evakuieren. Über See wurde nun die flüchtende deutsche Zivilbevölkerung nicht nur nach Norddeutschland, sondern auch in das noch relativ sichere Dänemark gebracht.

Eine Liste des Hafenkapitäns von Kopenhagen verzeichnet für die Monate März/April und die erste Maiwoche 1945 unzählige Schiffe, auf denen mehr als 350 000 Flüchtlinge ankamen. Anfangs war die deutsche Wehrmacht für ihre Versorgung verantwortlich. Diese hatte öffentliche Gebäude, darunter eine große Anzahl von Schulen, beschlagnahmt und Massenunterkünfte eingerichtet. In manchen dieser Lager herrschten große Enge und schlechte hygienische Verhältnisse.

Nach der Befreiung befanden sich noch etwa 250 000 deutsche Flüchtlinge in Dänemark. Bei

einer Gesamtbevölkerung von etwa vier Millionen stellten sie eine zahlenmäßig bedeutende Gruppe dar. Die dänische Regierung ging davon aus, dass die Flüchtlinge – zusammen mit den deutschen Truppen – innerhalb weniger Wochen oder Monate das Land verlassen und nach Deutschland gehen würden. Dies lehnte die britische Besatzungsmacht in Norddeutschland jedoch ab, weil das Flüchtlingsproblem dort bereits so groß war, dass man eine Mehrbelastung vermeiden wollte.

Nach und nach wurden die Menschen aus über 1 000 einzelnen, oft kleinen provisorischen Lagern in größere geschlossene Flüchtlingslager überführt. Diese ähnelten Kleinstädten mit eigener Infrastruktur. Im größten Lager Oksbøl an der Westküste Jütlands lebten zeitweilig etwa 36 000 Menschen. Es war damit die sechstgrößte „Stadt“ Dänemarks.

Die Lager waren in der Regel umzäunt und wurden von bewaffneten Angehörigen des Zivilschutzes bewacht. Die Bewohner mussten in lagereigenen Betrieben arbeiten, sofern sie arbeitsfähig waren. Das Verlassen der Lager für Arztbesuche oder Besuche von Familienangehörigen in anderen Lagern erforderte eine Sondererlaubnis. Das Ziel der dänischen Regierung war die vollständige Isolation der Flüchtlinge von der dänischen Bevölkerung. Dabei spielte nicht zuletzt die Angst vor Fraternisierung, also vor der Entstehung von Freundschaften und Liebesbeziehungen, eine Rolle. In den Lagern selbst führte die Lebenssituation zu Frustration, zumal die Rückkehr nach Deutschland ungewiss erschien. Viele Menschen trauerten zudem um Angehörige oder bangten noch um deren Leben.

Dennoch konnte sich in den Lagern nach und nach ein Kulturleben etablieren, sodass sich später auch positive Erinnerungen mit dem Aufenthalt verbanden. Die Versorgungslage war um ein Vielfaches besser als in den zerstörten Städten des besetzten Deutschland. Ab 1947 wurden die Lager aufgelöst. 1949 verließen die letzten Flüchtlinge das Land.

Aufgrund seiner besonderen Besatzungssituation war Dänemark im europäischen Vergleich weniger einschneidend durch den Zweiten Weltkrieg betroffen. Deutsche Hoffnungen, die nach der nationalsozialistischen Rassenideologie als „artverwandt“ klassifizierten Dänen würden eine deutsche Vorherrschaft in Europa akzeptieren, sowie die anfängliche Verhandlungspolitik der dänischen Regierung hatten größere Kriegsschäden verhindert. Für die Dänen stellte der Krieg dennoch eine tiefe Zäsur dar. Die traditionelle Ausrichtung auf die deutsche Kultur und Sprache wurde zugunsten einer Ausrichtung auf die anglo-amerikanische Welt aufgegeben. Die vorübergehende Besetzung Bornholms durch die Rote Armee spielte hier als Vorbote des beginnenden Kalten Krieges eine Rolle. Die vielen deutschen Flüchtlinge und ein Mangel an Valuta belasteten die dänische Wirtschaft. Mithilfe des Marshall-Plans wurde der dänische Wohlfahrtsstaat ausgebaut. Dabei konnten sich die dänischen Regierungen darauf verlassen, dass die Erinnerung an den Krieg und an die deutsche Besatzung als identitätsstiftendes Motiv einigend wirkten.

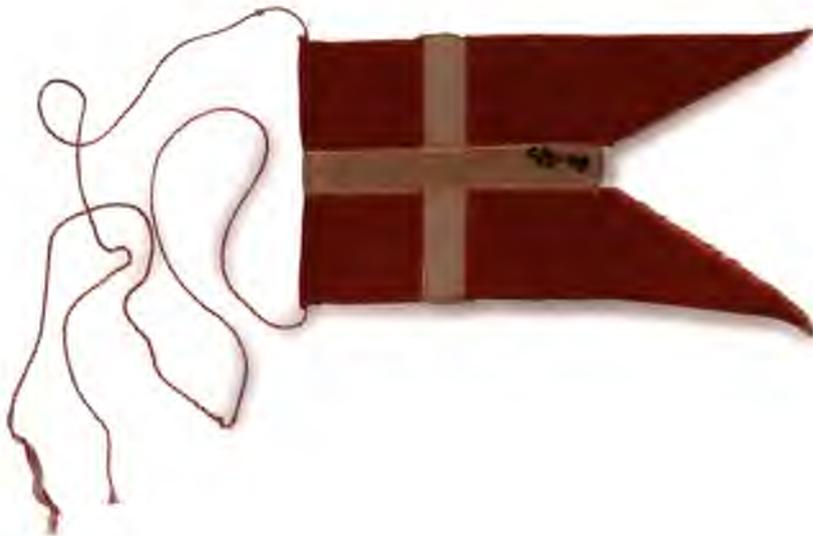


← 70

**Maiglöckchen von Helge Hansen**

Deutschland/Dänemark, 1945

Als Angehöriger des dänischen Widerstands wurde Helge Hansen im September 1944 verhaftet, in Kopenhagen inhaftiert und im Januar 1945 zum Tode verurteilt. Die Behörden überstellten ihn jedoch in das KZ Neuengamme. Im Rahmen einer Rettungsaktion des Schwedischen Roten Kreuzes kam er am 20. April 1945 frei. Das Maiglöckchen, das er auf dem Heimweg pflückte, bewahrte er sein Leben lang auf. Auf die Karte schrieb er: „Gepflückt auf dem Weg nach Hause aus Deutschland bei Neumünster am 21./4.-45.“



← 71

**Wimpel von Helge Hansen**

Dänemark, 1945

Über 20 000 Häftlinge gelangten aus Deutschland mit den sogenannten Weißen Bussen des Schwedischen Roten Kreuzes in Sicherheit. Helge Hansens Heimreise führte ihn zunächst nach Schweden, dann zurück nach Dänemark. Dort kam er am 6. Mai 1945 an. Dieses Datum schrieb er auf einen Wimpel in den Farben der dänischen Nationalflagge.

72 →

**Poesiealbum von Hanna Posner**

Schweden/Dänemark, 1945

Die in Darmstadt geborene Hanna Posner kam 1939 auf der Flucht aus Deutschland mit ihrer Familie nach Kopenhagen. 1943 floh die Familie vor der drohenden Deportation nach Schweden. Nach dem Krieg entschied sie sich, nicht nach Deutschland zurückzukehren, sondern in Dänemark zu leben. Zum Abschied bekam Hanna Posner ein Poesiealbum geschenkt. Ihre in Schweden neu gewonnenen Freunde und Bekannten wünschten ihr viel Glück.





↑ 73

**Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei**  
Kopenhagen, 1947

Nach zwei Jahren liberaler Minderheitsregierung siegten bei den Wahlen 1947 die Sozialdemokraten. Sie versprachen „Soziale Sicherheit, Freiheit und Fortschritt“ und begannen mit dem Ausbau des dänischen Wohlfahrtsstaates. Auch beschloss die Regierung unter Hans Hedtoft den Beitritt zur NATO, nachdem sie zunächst ein Verteidigungsbündnis der skandinavischen Länder favorisiert hatte.

74 →

**Brautkleid**

Lyngby-Tårnbæk, April 1946

Alma Bechmann Strøh trug bei ihrer Hochzeit ein Kleid aus Fallschirmseide. Der Stoff stammte von einem Fallschirm, mit dem der britische Geheimdienst während der deutschen Besatzung Material für den dänischen Widerstand abgeworfen hatte. Die Sendung war vom Bruder des Bräutigams geborgen worden.





↑ 75

**Armbinde der dänischen Widerstandskämpfer**  
Kopenhagen, 1945

Die dänische Armee hatte 1942 die Produktion von Armbinden in Auftrag gegeben. Im Falle einer alliierten Invasion sollten Wehrpflichtige sie tragen, um als Kombattanten erkennbar zu sein. Als solche unterlagen sie dem Schutz der Genfer Konvention. Im Frühjahr 1945 wurden solche Armbinden an die Kämpfer in den Widerstandsgruppen ausgegeben. Am 5. Mai 1945, als der Krieg für Dänemark endete, trugen sie insbesondere die sogenannten Freiheitskämpfer in Kopenhagen und auf Seeland. In den Regionen, in denen die Verteilung nicht gelang, wurde oft improvisiert.

76 →

**Schrank der Zentralkartei der „Landesverräter“**  
Kopenhagen, 1945–1950

Seit 1944 bereitete der Freiheitsrat, eine Vereinigung der verschiedenen Gruppen der dänischen Widerstandsbewegung, die Verhaftung mutmaßlicher Kollaborateure vor. Er erfasste mehr als 40 000 Namen in einer Zentralkartei. Auf der Grundlage der gesammelten Informationen und vorbereiteter Namenslisten wurden nach dem Krieg 25 000 Personen verhaftet. Die Zentralkartei, die acht solcher Schränke umfasste, erhielt der polizeiliche Ermittlungsdienst. Insgesamt ergingen 13 500 Urteile.



7



## Norwegen



# 7

Robert Zimmermann

## **Norwegen – Aufbruch zu Stabilität und Wachstum**

In Norwegen kapitulierte die Wehrmacht am 8. Mai 1945 ohne Gegenwehr. Nach wochenlangen Freudenfeiern begannen der Wiederaufbau der zerstörten nördlichen Provinzen sowie die umfassende juristische Abrechnung mit Kriegsverbrechern und Kollaborateuren. Ein Allparteienprogramm signalisierte der norwegischen Gesellschaft Zukunftsoptimismus und Selbstvertrauen nach der fünfjährigen Besatzung. Die Nachkriegsjahre bescherten dem Land eine bis dahin ungekannte politische Stabilität und ein Wirtschaftswachstum. Die Regierung entschied sich angesichts des beginnenden Kalten Krieges für eine Abkehr von der traditionellen außenpolitischen Neutralitätspolitik. Norwegen wurde Gründungsmitglied der NATO.



← 77

### Übergabe der Festung Akershus durch die Deutschen

Oslo, 11. Mai 1945

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht im Reichskommissariat Norwegen. Der vom deutschen Reichskommissar Josef Terboven geforderte Endkampf um die „Festung Norwegen“ blieb aus. Bereits am Vortag meldete der deutsche Rundfunk in Oslo das bevorstehende Kriegsende. Jedoch herrschte erst am Folgetag die endgültige Gewissheit, dass die fünfjährige Besatzung ihr Ende gefunden hatte. Die norwegische Bevölkerung feierte die Befreiung auf den Straßen Oslos und anderer Städte, ein Jubel in den Landesfarben Rot-Weiß-Blau, deren öffentliches Tragen während der Besatzung verboten war. Ganze Straßenzüge wurden binnen Stunden mit dem Königsemlen und mit norwegischen Fahnen geschmückt. Während die Männer der Untergrundarmee paradierten, präsentierten sich viele Frauen in der traditionellen norwegischen Tracht, dem Bunad. Gemeinsam feierten sie den Sieg auf Seiten der Alliierten. Die Zeit des nächtlichen Verdunkelns der Fenster und die Schikanen der deutschen Besatzer und ihrer norwegischen Helfershelfer waren vorüber. Der Befreiungstag war nur der Auftakt mehrwöchiger Siegesfeiern. Dafür gab es zahlreiche Anlässe: den Empfang von aus den Lagern in Norwegen und dem Deutschen Reich entlassenen Häftlingen, die Rückkehr des Kronprinzen Olav (13. Mai), das Einrücken von in Schweden ausgebildeten norwegischen Polizeitruppen und alliierten Militäreinheiten (9.–11. Mai), den Nationalfeiertag am 17. Mai und die Rückkehr des Parlamentspräsidenten sowie des Regierungschefs samt seinem Kabinett aus dem Lon-

doner Exil (13.–31. Mai). Seinen Höhepunkt erreichte das volksfestähnliche Treiben freilich mit der Rückkehr des norwegischen Königs Haakon VII. am 7. Juni 1945. Geschickt gewählt, kehrte der Staatsoberhaupt auf den Tag genau fünf Jahre nach seiner Flucht vor den deutschen Besatzern sowie 40 Jahre nach der Auflösung der Union Norwegens mit Schweden aus dem Londoner Exil zurück.

## Rückkehr zur Normalität

Nach der deutschen Kapitulation übernahm eine alliierte Militärdelegation unter Führung des britischen Generals Sir Andrew Thorne die regierende Gewalt in Norwegen. Erst mit der Heimkehr des beliebten Königs und der Machtübergabe an ihn erlangte Norwegen nach über fünf Jahren die volle Souveränität zurück. In den Augen vieler Norweger galt aber bereits die Übergabe der Osloer Stadtfestung Akershus am 11. Mai 1945 als Symbol für die deutsche Niederlage und für Norwegens wiedererlangte Freiheit. In einem Land, das sich nicht durch eigene militärische Kraft bzw. Waffeneinsatz befreit hatte, waren diese symbolischen Handlungen ungleich wichtiger als in anderen europäischen Ländern.

Der Übergang vom Krieg zum Frieden verlief im norwegischen Königreich relativ friedlich. Dies lag einerseits an der norwegischen Untergrundarmee der Widerstandsbewegung, die bereits am 8. Mai an allen wichtigen Orten Präsenz zeigte, andererseits an der völligen Zurückhaltung der über 350 000



Wehrmattsangehörigen und ihrer norwegischen Unterstützer. Sie verharrten in ihren Kasernen und Wohnungen, während der Großteil der Norweger auf den Straßen feierte. Auch in den Folgetagen hielt die Disziplin. Deutsche Soldaten übernahmen sogar noch Wachaufgaben, wo das notwendige norwegische oder alliierte Personal fehlte. Für die reibungslose Entwaffnung und den Abtransport der deutschen Wehrmachtstruppen war hingegen die alliierte Militärdelegation zuständig.

Die Führung der inländischen Widerstandsbewegung rief das Volk zu „Würde, Ruhe, Disziplin“ angesichts des Kriegsendes auf. Die norwegische Untergrundarmee, auch Heimatstreitkräfte genannt, bestand weitgehend aus jungen Norwegern, die von Spezialeinheiten in den Wäldern ausgebildet und nur notdürftig bewaffnet worden waren. Statt der fehlenden Uniformen trugen sie in den Maitagen Armbinden, die sie als Mitglieder des militärischen Widerstands (Milorg) auswiesen. Ihre Kampffähigkeit mussten sie zu keinem Zeitpunkt unter Beweis stellen. Stattdessen übernahmen „die Jungen aus dem Wald“ Wachaufträge oder verhafteten Mitglieder der faschistischen Partei Norwegens, der Nasjonal Samling, und andere Kollaborateure. Die Heimatstreitkräfte verstanden sich als Kämpfer für König

und Vaterland. In den Maitagen 1945 verhielten sich die etwa 40000 Mitglieder der Heimatstreitkräfte loyal zur politischen Führung, die sich noch im Londoner Exil befand. Mit der Rückkehr regulärer norwegischer Streitkräfte und Polizeieinheiten aus dem Ausland wurde die Untergrundarmee am 15. Juni 1945 offiziell aufgelöst. Ihre Mitglieder wurden teils in den regulären Militärdienst übernommen, teils ins Privatleben entlassen.

Gleichwohl verlief das Kriegsende in Norwegen nicht überall so reibungslos und weitgehend friedlich wie in der Hauptstadt Oslo. Insbesondere der nördlichste Landesteil – die Regionen Finnmark und Troms – hatte unter einer ungleich härteren, wenn auch kürzer währenden Besatzung gelitten. Weite Teile der beiden nördlichen Provinzen wurden zwar bereits ein halbes Jahr zuvor von der Roten Armee befreit, allerdings war der Preis die völlige Zerstörung der Region durch die Deutschen nach der Taktik der „verbrannten Erde“. Der Anlass dafür war der erzwungene Rückzug der deutschen Wehrmacht aus Finnland über die Finnmark bis zum Lyngenfjord. Vorher hatte die finnische Regierung die Allianz mit dem Deutschen Reich aufgekündigt. Auf Befehl Adolf Hitlers und unter dem Decknamen „Operation Nordlicht“ zerstörte die zurückweichende deutsche

← 78

**Norwegische Widerstandskämpfer und befreite sowjetische Kriegsgefangene**

Eidsvoll, Juni 1945

79 →

**Das zerstörte Berlevåg in der Provinz Finnmark nach dem deutschen Rückzug**

Berlevåg, Frühjahr 1945



Armee in einem Gebiet, das so groß war wie die Niederlande und Belgien zusammen, alle Wohn- und Geschäftshäuser sowie die Infrastruktur fast vollständig. Die ansässige Bevölkerung wurde in den Süden zwangsevakuert. Den nachrückenden sowjetischen Truppen sollte nichts Verwertbares hinterlassen werden. Ende Oktober 1944 eroberte die Rote Armee Kirkenes und weite Teile der östlichen Finnmark. Sie wurde von der zurückgebliebenen Bevölkerung, die sich vor der Zwangsevakuierung hatte verstecken können, als Befreier empfangen. Nach diesem raschen Vorstoß verschob sich der Frontverlauf bis zum 8. Mai 1945 nicht mehr. Im September zog sich die Rote Armee – wie auch die Westalliierten – wieder aus Norwegen zurück.

Während der deutschen Besatzung formierte sich eine breite norwegische Widerstandsbewegung innerhalb (Heimatfront) und außerhalb (Außenfront) Norwegens. Die Gegner waren – noch vor den deutschen Besatzern – zuvorderst die Feinde im Innern, die Anhänger der faschistischen Nasjonal Samling und ihr Parteiführer Vidkun Quisling. Die Widerstandsführung setzte eher auf zivilen Ungehorsam als auf bewaffneten Partisanenkampf. Bereits 1941 unterstellte sich die Heimatfront der Londoner Exilregierung. Die Geschlossenheit der Widerstandsbewegung spiegelte sich auch in den gemeinsamen Plänen für ein befreites Norwegen wider. Mit dem Ziel der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse schlossen sich alle etablierten Parteien Norwegens im Untergrund zusammen. Ihre Vertreter erarbeiteten seit dem Winter 1944/45 ein gemeinsames Politikprogramm für die Zeit unmittelbar nach dem Ende der Besatzung. Dieses parteiübergreifende Bündnis wäre in der Vorkriegszeit noch undenkbar gewesen, zu groß waren die ideologischen Differenzen zwischen der regierenden sozialdemokratischen

Arbeiterpartei, der Bauernpartei und dem bürgerlichen Lager. An der Ausarbeitung des Programms waren die Kommunisten nicht beteiligt, da sie während des Krieges der Führung der Heimatfront nicht angehört hatten. Allerdings schlossen sie sich dem Bündnis nach dem Krieg an.

Das ambitionierte Allparteienprogramm signalisierte Zukunftsoptimismus und nationales Selbstvertrauen. Neben dem Wiederaufbau und der schnellen Abrechnung mit Landesverrätern enthielt es auch langfristige Pläne für ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum, ein Recht auf Arbeit sowie eine Regionalförderung ärmerer Landesteile. Die sozialdemokratische Handschrift war bei Themen wie der Überwindung des Klassengegensatzes sowie der Suche nach einem Mittelweg zwischen Plan- und Marktwirtschaft klar erkennbar. Nichtsdestoweniger dienten die Leitgedanken des Allparteienprogramms als Wegweiser für alle Regierungen in den folgenden Jahrzehnten.

Johan Nygaardsvold, Regierungschef im Exil, trat unmittelbar nach seiner Rückkehr im Mai 1945 zurück und ebnete so den Weg für die Bildung einer neuen Regierung. Ein erster Versuch, den Anführer der Heimatfront, Paal Berg, als neuen Regierungschef zu installieren, scheiterte am fehlenden Rückhalt im eigenen Lager. König Haakon VII. beauftragte deshalb den Osloer Bürgermeister und Vorsitzenden der größten Partei, den Sozialdemokraten Einar Gerhardsen, eine Übergangsregierung zu bilden. Als Mitglied des zivilen Widerstands und als ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Sachsenhausen brachte man ihm über die Parteigrenzen hinweg große Anerkennung entgegen. Er personifizierte den neuen Willen zur parteiübergreifenden Zusammenarbeit. Ihm gelang es in kürzester Zeit, eine Regierung mit Vertretern aller Parteien, erstmals

einschließlich der Kommunisten, zu bilden. Diese Einheitsregierung blieb bis zur Parlamentswahl im Oktober 1945 – der ersten seit neun Jahren – im Amt. Das Votum der Bürger bestätigte die Politik des Allparteienprogramms. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erlangte die absolute Mehrheit der Mandate, ein Novum in der neueren Geschichte Norwegens. Bis 1961 sollten die Sozialdemokraten ihre starke Position im Parlament nicht mehr verlieren. Ihre Galionsfigur war Einar Gerhardsen, der bald als „Landesvater“ Norwegens wahrgenommen wurde.

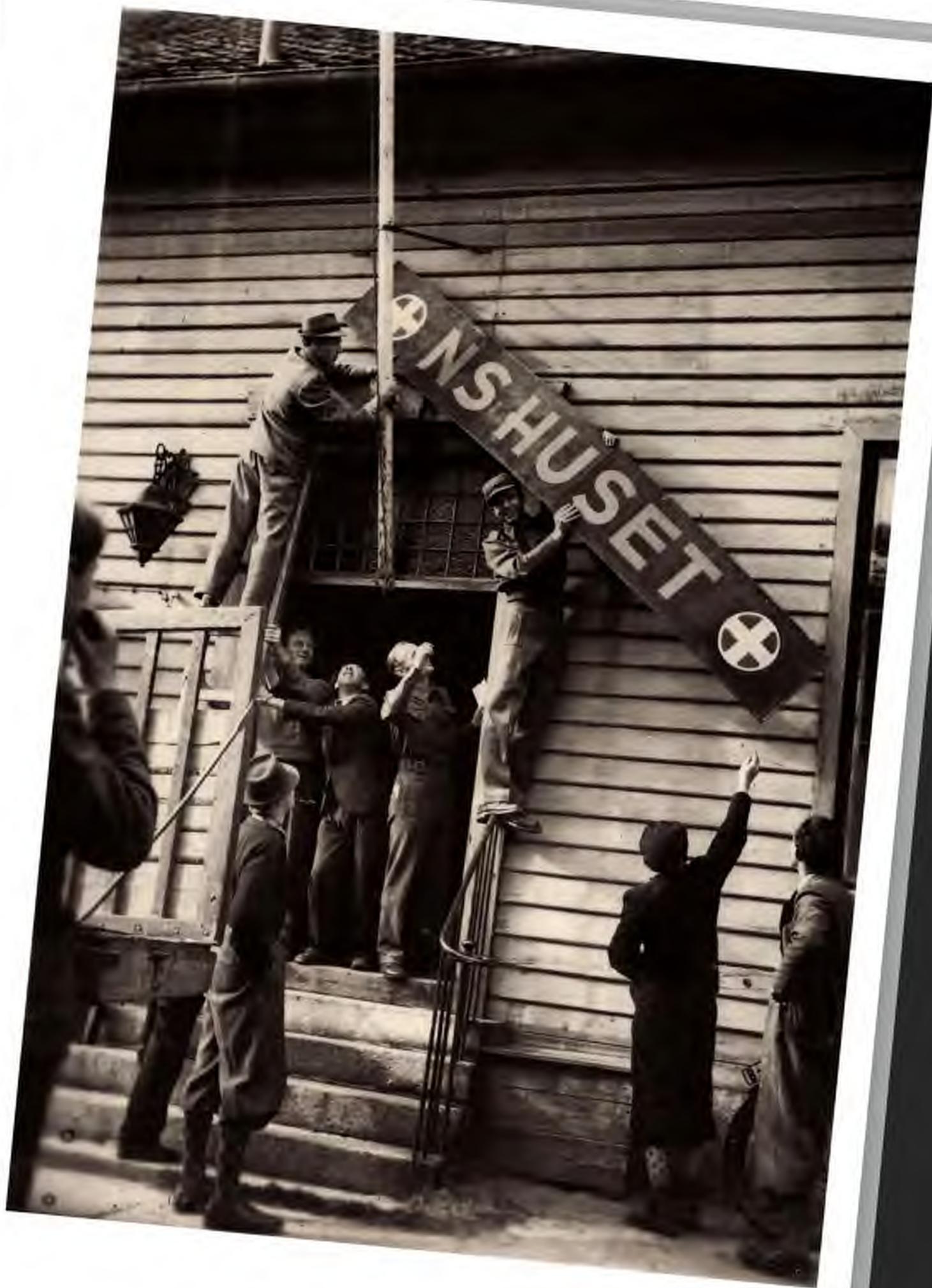
## **Abrechnung mit Kollaborateuren und Kriegsverbrechern**

Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl führte Norwegen die umfassendste juristische Abrechnung in ganz Europa durch. Über zehn Jahre lang beschäftigte sich die norwegische Öffentlichkeit mit diesem Thema. Die Behörden ermittelten gegen rund 93000 Norweger, das entsprach drei Prozent der Bevölkerung. Weite Teile der Öffentlichkeit forderten eine schnelle und harte Bestrafung aller Kollaborateure. Abwägende Stimmen, die auf eine zukünftige gesellschaftliche Belastung durch möglicherweise zu harte Urteile verwiesen, waren bei Kriegsende in der Minderheit. Dennoch waren Fälle von Lynchjustiz eher die Ausnahme. Die rechtliche Grundlage für die Ahndung der Kollaboration lieferte das norwegische Strafgesetzbuch von 1902, das Beistand für den Feind als Landesverrat definierte. Verordnungen der Exilregierung von 1942 und 1944 erweiterten diesen Straftatbestand, indem sie bereits die Mitgliedschaft in der Nasjonal Samling – egal ob aktiv oder passiv – unter Strafe stellten. Außerdem wurde die Todesstrafe mit rückwirkender Gültigkeit für die Zeit der Besatzung wieder eingeführt. Damals fand diese Maßnahme große Zustimmung, erst Jahrzehnte

später war sie Gegenstand deutlicher Kritik, weil die norwegische Verfassung eine rückwirkende Gültigkeit ausschloss.

Während der Jahre von 1945 bis 1952 wurden rund 56000 Norweger angeklagt. Die Richter sprachen etwa 17000 Freiheitsstrafen unterschiedlicher Dauer gegen Kollaborateure aus. 30 Norweger wurden zum Tode verurteilt, 25 von ihnen hingerichtet, darunter auch der Parteiführer der Nasjonal Samling Quisling und Henry Oliver Rinnan, Anführer der „Rinnan-Bande“, die für die deutsche Sicherheitspolizei gearbeitet hatte. Als Gestapo-Spitzel hatte Rinnan mit seinen Komplizen diverse Widerstandsgruppen unterwandert und auffliegen lassen. Etwa 29000 Personen erhielten Geldbußen und/oder verloren zeitweise ihre Bürgerrechte. Einer der berühmtesten Fälle ist der des Literaturnobelpreisträgers Knut Hamsun, der sich für seine öffentliche Unterstützung der Besatzer verantworten musste. Eine Mitgliedschaft in der Nasjonal Samling konnte ihm zwar nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, trotzdem wurde ihm zur Strafe ein Großteil seines Vermögens entzogen.

Die juristische Abrechnung mit den deutschen Besatzern war weniger umfassend. Nach der Kapitulation durchkämmten die Alliierten die Lager der deutschen Wehrmacht auf der Suche nach Angehörigen der Sicherheitspolizei, die sich unter den Soldaten versteckten. Insgesamt 347 Verfahren wurden vor zivilen Strafgerichten angestrengt. 86 Deutsche und Österreicher wurden verurteilt. Neben mehrjährigen Gefängnisstrafen wurde über 15 hochrangige Mitglieder des Besatzungsregimes die Todesstrafe verhängt, in zwölf Fällen wurde sie vollstreckt. Meist handelte es sich um SS-Angehörige, die in untergeordneten Positionen des Reichskommissariats Norwegen tätig gewesen waren. Die Hauptverantwortlichen, unter ihnen Reichskommissar Terboven, hatten sich bei Kriegsende das Leben genommen und sich so einer Strafverfolgung entzogen. Keiner der zu mehrjährigen Haftstrafen





verurteilten deutschen Kriegsverbrecher musste seine Strafe vollständig verbüßen. Die meisten wurden Anfang der 1950er Jahre begnadigt und in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben.

Obwohl die juristische Aufarbeitung in Norwegen weithin als exemplarisch für die rechtsstaatliche Aburteilung nach einem Regimewechsel gilt, waren bestimmte Gruppen stärker als andere betroffen. Während die Bestrafung wirtschaftlicher Kollaboration keine nennenswerten Ausmaße annahm, traf es insbesondere die Norwegerinnen hart, die Beziehungen mit deutschen Soldaten eingegangen waren. Als „Deutschenflittchen“ (tyskertøser) beschimpft, wurden sie und ihre Kinder geschmäht und – ähnlich wie in Frankreich oder den Niederlanden – des „sexuellen Landesverrats“ beschuldigt, obwohl sie kein bestehendes Gesetz gebrochen hatten. Von den 30000 bis 50000 betroffenen Frauen wurden 3000 bis 6000 kurzzeitig ohne rechtliche Grundlage in speziellen Lagern interniert. Die Behörden begründeten diese Maßnahme offiziell damit, sie vor Übergriffen schützen und die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten verhindern zu wollen. Nur die Kinder von Mitgliedern der Nasjonal Samling traf die Stigmatisierung im Norwegen der Nachkriegszeit ähnlich hart.

Ungesühnt blieb hingegen die Kollaboration von Angehörigen der norwegischen Staatspolizei, die im November 1942 auf Befehl der Gestapo alle im Land verbliebenen Juden zur Deportation nach Auschwitz zusammengetrieben hatten. Knut Rød, Polizeidirektor und Mitglied der Nasjonal Samling, der die Verhaftung der Juden organisiert hatte, wurde 1948 mit Hinweis auf seine wertvollen Dienste für die Widerstandsbewegung von der Anklage des Feindesbeistands freigesprochen.

## Staatlich organisierter Wiederaufbau

Nach den Besatzungsjahren, in denen Norwegens Rohstoffe, Wirtschaft und Staatsfinanzen durch die deutsche Besatzungsmacht geplündert worden waren, dienten alle politischen Anstrengungen primär dem schnellen Wiederaufbau des Landes. Ein zentrales Anliegen war die Schaffung neuen Wohnraums, nicht nur im völlig zerstörten Nordnorwegen, sondern auch in anderen Teilen des Landes. Darüber hinaus sollte die Industrie sowie die Handels- und Fischereiflotte wieder auf- bzw. ausgebaut werden. Eine weitverbreitete Überzeugung war,

### Alliierte und Norweger auf der Suche nach deutschen Kriegsverbrechern

vermutlich in der Nähe von Trondheim, Sommer 1945

dass ein hohes Wachstum zu mehr Wohlstand und letztlich zu glücklicheren Bürgern führen würde. Dadurch erhielt die Forderung nach einem schnellen Wiederaufbau neben der wirtschaftlichen auch eine gesellschaftliche Dimension. Politiker wie Kommentatoren jener Zeit zeichneten das Bild eines Landes, das nach „fünf dunklen Jahren“ am Boden liege und durch einen gesellschaftlichen Kraftakt wiederaufgerichtet werden müsse. So appellierte die Führung des Landes an die Bürger, jeder oder jede Einzelne solle sich fragen, was er oder sie beitragen könne, um – so das geflügelte Wort – das „Land aufzubauen“ und den „Frieden zu gewinnen“. Der zum Gemeinschaftsprojekt ausgerufene Wiederaufbau wurde zu einer identitätsstiftenden Aufgabe, die den gesellschaftlichen Frieden in Zeiten des Mangels sichern sollte. Den Verfechtern dieser „Wiederaufbauideologie“, allen voran Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten, gelang es, den viel beschworenen Zusammenhalt aus der Kriegszeit („Wir gegen die Anderen“) erfolgreich in die Friedenszeit hinüberzueretten.

Bei näherer Betrachtung waren die Kriegszerstörungen verglichen mit denen in manch anderen europäischen Ländern weit weniger verheerend. Außer der totalen Verwüstung des nördlichen Landesteils stammten die meisten anderen Kriegsschäden aus der Zeit des deutschen Einmarsches 1940 und von vereinzelten späteren alliierten Bombardierungen. Mit ihrer Beseitigung war bereits während der Besatzungszeit begonnen worden. Darüber hinaus unternahmen die Deutschen Anstrengungen, die energieintensiven Industriezweige sowie die Infrastruktur auszubauen. Dabei stützten sie sich auf die Ausbeutung osteuropäischer Zwangsarbeiter, unter anderem für den Bau der „Nordlandsbahn“ und der Reichsstraße 50, einer Nord-Süd-Verbindung von Oslo bis Kirkenes. Diese „Hinterlassenschaften“ der Besatzer in Kombination mit der starken Situation der norwegischen Haushalte und der geringen

Privatverschuldung schufen gute Startbedingungen für den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit.

Um die Produktion in Industrie und Landwirtschaft schnell und nachhaltig zu steigern, führte die Regierung planwirtschaftliche Instrumente ein, die sich an der erfolgreichen Kriegswirtschaft der USA orientierten. Der Fortschrittsglaube war allgegenwärtig. Das Wirtschaftsleben sollte auf der Basis neuer sozioökonomischer Lehrsätze durch staatliche Behörden aktiv reguliert werden. Eine Regierungsanordnung, die nachträglich zum Gesetz (Lex Thagaard) erhoben wurde, verlieh dem Amt des Preisdirektors und dessen Leiter Wilhelm Thagaard weitreichende Steuerungskompetenzen. Diese staatliche Behörde besaß die Befugnis, den Umfang der Produktion eines jeden Betriebs zu regulieren und diesen im Falle einer Überproduktion sogar stillzulegen. Weitere planwirtschaftliche Maßnahmen sahen die staatliche Kontrolle von Importen, Löhnen und Preisen vor. Die Regierung setzte die Kriegsrationierung von Verbrauchsgütern fort, um eine Inflation und eine damit einhergehende Wirtschaftskrise wie nach dem Ersten Weltkrieg zu verhindern. Die Rationierung war somit kein Zeichen von Not, da die Grundbedürfnisse aller Norweger bereits früh gesichert werden konnten. Einerseits gewährleistete die staatliche Kontrolle eine gleichmäßige Verteilung der begrenzt vorhandenen Waren, andererseits blieb das Schlangestehen angesichts des Mangels vieler Waren ein Merkmal des norwegischen Nachkriegsalltags. Erst 1949 wurde die letzte Rationierung von Alltagswaren aufgehoben. Das Angebot von Luxuswaren, wie einem Privatauto, blieb bis in die 1960er Jahre beschränkt.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften prägte die ersten Nachkriegsjahre. Die Interessenvertreter der Arbeiterschaft hielten sich mit Streiks und hohen Lohnforderungen trotz der stark ansteigenden Industrieproduktion zurück. Die Unternehmer akzeptierten die



← 82

**Ausstellung von Aluminiumwaren  
der Firma Høyang**

Oslo, 1950

die in Kriegszeiten angehäuften Devisen der Handelsmarine zurückgreifen. Im Jahr 1947 gingen diese Valutareerven allerdings zur Neige, sodass die amerikanische Marshall-Plan-Hilfe zum richtigen Zeitpunkt eintraf. Zwar musste die Regierung ihre neu eingerichteten Mechanismen zur Produktionssteuerung einstellen und insbesondere den Außenhandel liberalisieren, konnte aber dank neuer Finanzmittel ihre subventionsintensive Wachstumspolitik krisenfrei fortsetzen. Die Annahme der Marshall-Plan-Hilfe bedeutete die Abkehr von der Neutralität vergangener Jahrzehnte hin zum Anschluss an den Westen auf wirtschaftlichem Gebiet.

## Abkehr von der Neutralität

Die Norweger sahen sich selbst bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs am Rande Europas. Die Besatzung wie auch der sich später abzeichnende Kalte Krieg änderten diese Sichtweise grundlegend. In der Nachkriegszeit befand sich das Königreich – nicht nur geografisch – zwischen Ost- und Westblock. Noch während des Zweiten Weltkriegs suchte die norwegische Exilregierung erfolgreich Beistand beim westlichen Nachbarn Großbritannien. Im Gegenzug forderten die Briten nach Kriegsende die Norweger auf, sich an der Besatzung des besiegten Deutschland zu beteiligen. Es folgte der bis heute größte Auslandseinsatz der norwegischen Armee. In der „Deutschlandbrigade“ dienten zwischen 1947 und 1953 etwa 50000 Norweger.

Auf diplomatischem Parkett versuchten die norwegischen Außenpolitiker anfangs in ihre alte Neutralitätsrolle zurückzukehren. Unter dem Schlagwort „Brückenbaupolitik“ wollten sie als Vermittler zwischen Ost und West auftreten. In der Praxis vermied Norwegen es, bei internationalen Streitfragen Stellung zu beziehen. Als Forum seiner außenpolitischen Aktivitäten wählte es die Vereinten Nationen, zu deren erstem Generalsekretär 1946 der frühere

staatliche Regulierung. Der Staat legte schließlich im Gegenzug den Grundstein für soziale Sicherungssysteme, die die Basis für den späteren norwegischen Wohlfahrtsstaat bildeten.

Die Regierung tätigte Rekordinvestitionen (bis zu 37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts), um Subventionen und Importe dringend benötigter Rohstoffe und Maschinen zu finanzieren. Insbesondere der Wohnungsbau nahm eine herausragende Stellung ein. Kein anderes europäisches Land investierte so stark in diesen Sektor, galt es doch, die Wohnungsnot angesichts einer enormen Binnenmigration vom Land in die Städte durch Kriegsfolgen und fortschreitende Industrialisierung aufzufangen. In Nordnorwegen entstanden in kürzester Zeit ganze Siedlungen. Eigens hierfür wurden standardisierte Holz- und Fertigteilhäuser, sogenannte Wiederaufbauhäuser, konzipiert. Anfangs konnten die regierenden Sozialdemokraten zur Finanzierung auf

Außenminister der norwegischen Exilregierung Trygve Lie ernannt wurde.

Der endgültige Bruch mit der Neutralitätspolitik erfolgte spätestens Anfang 1948. Angesichts der Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei und des Sowjetisch-Finnischen Vertrags, der das Nachbarland mehr oder weniger unter sowjetische Kontrolle zwang, befürchtete die norwegische Regierung, ebenfalls in den Machtbereich Moskaus zu geraten. Schließlich teilte das norwegische Königreich eine Grenze mit der Sowjetunion. Ende Februar 1948 wandte sich Regierungschef Gerhardsen in der sogenannten Kråkerøy-Rede erstmals öffentlich gegen die Kommunisten im eigenen Land. Diese Rede markiert Norwegens Eintritt in den Kalten Krieg. Von der geplanten skandinavischen Verteidigungsunion mit Schweden und Dänemark erhoffte man sich Sicherheit. Die Verhandlungen scheiterten jedoch Anfang 1949. Daraufhin entschied sich die norwegische Regierung, als Gründungsmitglied der NATO beizutreten. In den folgenden Jahren rüstete das einst neutrale Norwegen dank amerikanischer Militärhilfe massiv auf.

Für Norwegen begann mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine Zeit politischer Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwungs. Der Übergang vom Krieg zum Frieden verlief vergleichsweise friedlich und war durch eine vollständige Restauration des politischen Systems gekennzeichnet. Drei Wochen nach Kriegsende waren alle politischen Parteien der Vorkriegszeit wieder installiert. Nach fünf Wochen trat das in der Vorkriegszeit gewählte Parlament wieder zusammen. Nach sieben Wochen hatte sich die neue Regierung gebildet. Als neue politische Kraft stießen die Kommunisten hinzu, denen ihre Aktivitäten im Widerstand zu einem bislang unbekanntem Prestige verholfen hatten. Spätestens nach den Parlamentswahlen im Oktober 1945 etablierte sich die Vormachtstellung der sozialdemokratischen

Arbeiterpartei, die in den folgenden Jahren das Gesellschaftsbild Norwegens maßgeblich bestimmte. Nie zuvor hatten sich so viele Norweger mit einer Partei und mit deren Politik identifiziert.

Die Nachkriegsregierung setzte massiv auf die Steigerung der Produktion, um den zur Gemeinschaftsaufgabe erhobenen Wiederaufbau zu meistern. Norwegen erlangte in vielen Wirtschaftsbereichen rasch das Vorkriegsniveau bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung. Zu Beginn der 1950er Jahre waren die juristische Ahndung der Kollaboration und anderer Verbrechen der Kriegszeit sowie der Wiederaufbau Nordnorwegens weitgehend abgeschlossen. Die Rationierung von Alltagswaren war aufgehoben, und viele der planwirtschaftlichen Anstrengungen waren in Anbetracht des internationalen Wettbewerbs im Zuge des Marshall-Plans eingestellt. Norwegen war wirtschaftlich wie militärisch eng mit dem Westen verbunden. Das Land hatte die unmittelbaren Folgen des Zweiten Weltkriegs und der Besetzung weitgehend überwunden. Neue Herausforderungen zeichneten sich aber bereits deutlich ab: steigende Staatsausgaben, eine galoppierende Inflation und der sich verschärfende Kalte Krieg.



↑ 83

**Fahne der Milorg-Gruppe 13313**

Oslo, Mai 1945

Die Milorg war die größte norwegische Widerstandsorganisation. Eine ihrer Gruppen trug diese aus Fallschirmseide gefertigte Fahne bei den Siegesparaden. Die Tannen symbolisieren die als „Jungen im Wald“ bezeichneten Widerstandskämpfer. Das Emblem verweist auf König Haakon VII. 1940 hatte er sich geweigert, die Kapitulation der norwegischen Streitkräfte zu besiegeln und den Anführer der norwegischen Nationalsozialisten, Vidkun Quisling, als Ministerpräsidenten einzusetzen. Sein Verhalten symbolisierte den Widerstand Norwegens an der Seite der Alliierten und war Vorbild für viele Norweger.



84 →

**Geschenk eines sowjetischen Kriegsgefangenen  
an die Stadt Kristiansand**

Kristiansand, Mai 1945

Die Balalaika stellten sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Zwangsarbeitslager Møvig in Kristiansand her. Anlässlich des 17. Mai, des norwegischen Nationalfeiertags, schenkten sie der Stadt das Instrument als symbolischen Dank. Am Ende des Krieges hatten in Norwegen mehr als 80 000 sowjetische Kriegsgefangene Zwangsarbeit leisten müssen.



← 85

**Bunad aus der Region West-Telemark**

Norwegen, 1945

Diesen Bunad nähte sich Ingebjørg Aasen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Die notwendige Baumwolle hatte sie selbst gewebt. Der Bunad ist eine norwegische Bauerntracht. Obwohl auch die Nasjonal Samling unter Vidkun Quisling diese für ihre Zwecke vereinnahmen wollte, entwickelte sich der Bunad zum Sinnbild des norwegischen Widerstands. Bei den Siegesfeiern trugen viele Norwegerinnen diese Tracht.

86 →

**Motorradhelm eines norwegischen Soldaten in Erinnerung an den Einsatz in der Deutschland-Brigade**

Norwegen, um 1948

Der Helm aus britischer Produktion wurde nachträglich als Erinnerungsstück beschriftet. Er gehörte Arthur Fjellvik, der von 1948 bis 1950 in einer Transporteinheit der norwegischen Deutschland-Brigade (Tysklandsbrigaden) diente. Sie war Teil der alliierten Besatzungstruppen in Deutschland. An diesem bis heute größten Auslandseinsatz des norwegischen Heeres waren zwischen 1947 und 1953 insgesamt 50 000 Norweger beteiligt.



← 87

**Campingkoffer**

Norwegen, 1940er/1950er Jahre

Die norwegische Wirtschaft erholte sich nach dem Krieg schnell. Der private Verbrauch erreichte 1946, das Bruttoinlandsprodukt 1947 und die landwirtschaftliche Produktion 1949 das Vorkriegsniveau. Das Wirtschaftswachstum lag bis 1950 durchschnittlich bei rund sechs Prozent. Der gestiegene Wohlstand sollte der Bevölkerung zugutekommen. So führte das norwegische Parlament 1947 als erstes Land den dreiwöchigen Jahresurlaub ein. Dies bot weiten Teilen der Bevölkerung die Möglichkeit, zu verreisen. Campingurlaub war populär und zudem für viele Familien erschwinglich.



8



# Luxemburg



# 8

Loretta Walz

## **Luxemburg – Befreiung und Rückkehr des Krieges**

Das Großherzogtum Luxemburg war nach der Besetzung im Mai 1940 faktisch dem Deutschen Reich angegliedert worden. Die Alliierten befreiten das Land im September 1944. Doch im Zuge der Ardennen-Offensive der deutschen Wehrmacht im Winter 1944/45 wurde der Norden Luxemburgs schwer umkämpftes Kampfgebiet. Erst im Frühjahr 1945 war das Land endgültig frei und gewann seine staatliche Souveränität wieder. Etwa zehn Prozent der Luxemburger Bevölkerung befanden sich zu diesem Zeitpunkt außerhalb der Landesgrenzen. In der Nachkriegszeit drängten die Vertreter des Widerstands darauf, die Politik des Landes als neue moralisch legitimierte Kraft mitzugestalten.



← 88

**Angehörige des luxemburgischen Widerstands nach der Befreiung**

Düdelingen, September 1944

Am 10. September 1944 wurde das Großherzogtum Luxemburg durch amerikanische Truppen nach fast viereinhalbjähriger deutscher Besatzung befreit. Doch nach nur drei Monaten kehrte der Krieg am 16. Dezember mit der Ardennen-Offensive noch einmal mit zerstörerischer Gewalt zurück. Erst am 22. Februar 1945 waren Besatzung und Krieg für die luxemburgische Bevölkerung endgültig vorbei. Der Norden und die Ortschaften an Mosel und Sauer lagen weitgehend in Trümmern, aber auch das übrige Land war wirtschaftlich schwer getroffen. Ein Drittel aller Gebäude war zerstört, 39 Prozent der Bevölkerung waren von Kriegsschäden betroffen.

## Die erste Befreiung

Nach der Befreiung von Paris am 25. August 1944 wurden in vielen Ortschaften Luxemburgs bereits heimlich rot-weiß-blaue Landesflaggen genäht. Kinder lernten englische Begrüßungssätze, und Banderolen mit Willkommensgrüßen wurden vorbereitet. Alliierte Einheiten drangen rasch weiter in den Norden vor. In der Nacht vom 31. August zum 1. September 1944 flüchteten der Chef der deutschen Zivilverwaltung im annektierten Luxemburg, Gauleiter Gustav Simon, sowie etwa 3 500 Angehörige der Zivilverwaltung und luxemburgische Kollaborateure. Insgesamt flohen etwa 10 000 Personen nach Deutschland. Die deutsche Zivilverwaltung wurde jedoch auf Betreiben der Wehrmacht nach Luxemburg zurückbeordert. Bis amerikanische Truppen am

9. September die luxemburgische Grenze bei Petingen erreichten, vernichteten die Besatzer Aktenmaterial oder transportierten es nach Deutschland ab. Außerdem ergriffen sie Maßnahmen zur „Lähmung“ der Rüstungsindustrie, Rohstoffe und Vorräte wurden nach Deutschland verbracht.

Die 5. Panzerdivision der 12. US-Armee rückte am 10. September 1944 unter dem Jubel der Bevölkerung in Luxemburg-Stadt ein. Noch am selben Tag kehrten Felix Prinz von Bourbon-Parma, Ehemann der Großherzogin Charlotte von Luxemburg, und der älteste Sohn des Paares, Erbgroßherzog Jean, als Offiziere der britischen Armee aus dem Exil zurück. Zahlreiche Luxemburger empfingen sie begeistert in der Hauptstadt. Zeitgleich brannten in den Straßen Hakenkreuzflaggen, Puppen in NS-Uniformen hingen an Straßenlaternen – die Wut der Bevölkerung entlud sich in der Zerstörung von Symbolen der Besatzer. In den Grenzgebieten im Osten und Norden des Landes kämpften hingegen noch tagelang alliierte gegen deutsche Truppen.

Solange Luxemburg militärisches Operationsgebiet war, lag die höchste Verantwortung und Autorität beim Oberbefehlshaber der alliierten Truppen, genauer bei der Abteilung Civil Affairs der 12. Armee-gruppe. Die luxemburgische Regierung im Exil sollte, sobald die militärische Situation dies erlaubte, die Verantwortung für die zivile Verwaltung übernehmen. Die alliierte Militärmission für Luxemburg war im Frühjahr 1944 in London formiert worden und sollte nach der Befreiung die öffentliche Ordnung,



← 89

**Luxemburgische Wehrdienstverweigerer besuchen ihr ehemaliges Versteck im Bunker „Honsbësch“**

Nieder Korn, 1945

90 →

**Die deutsche Militäroffensive in den Ardennen**

Dezember 1944 – Februar 1945

das Transportwesen, die Wirtschaft und die Ernährung der Bevölkerung sowie die Repatriierung von Luxemburgern organisieren. Der SHAEF Mission Luxembourg, die dem Hauptquartier der westalliierten Streitkräfte in Nordwesteuropa unterstand, gehörten neben acht britischen, amerikanischen und kanadischen auch sechs von der Exilregierung bestellte luxemburgische Offiziere an.

Im März 1944 hatten sich Widerstandsgruppen in der „Unioun“ (Union der Luxemburgischen Freiheitsorganisationen) zusammengeschlossen. Bereits nach der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 entwarfen Angehörige des Widerstands eigene Konzepte, wie Ruhe und Ordnung wiederhergestellt und das öffentliche Leben nach dem Ende der Besatzung organisiert werden könnten. Da sich die Regierung noch im Exil befand und fast alle Polizisten im Reichsgebiet dienstverpflichtet waren, bildete die Unioun eigene Milizen und beanspruchte für sich die Regelung ziviler Angelegenheiten sowie die Polizeigewalt. Sie betrachtete sich auch als zuständig für Maßnahmen gegenüber mutmaßlichen Kollaborateuren, wobei Akte von Lynchjustiz eigentlich verhindert werden sollten. In Abstimmung mit der SHAEF Mission Luxembourg sollte umgehend jeder Einfluss von Kollaborateuren im Land beseitigt und für Sicherheit gesorgt werden.

Als die etwa 2500 im Land versteckten Angehörigen des Widerstands, Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus ihren Verstecken auftauchten, wurden viele von ihnen sogleich in die örtlichen Milizen eingebunden. Die Unioun verkündete, dass sie bis zur Rückkehr der Regierung aus dem Exil die alleinige Amtsgewalt innehatte.

Das Machtvakuum nach der Befreiung nutzten viele, häufig junge und selbstbewusst auftretende Milizionäre, um willkürlich gegen vermeintliche

oder tatsächliche Kollaborateure vorzugehen. So wurden Frauen die Haare geschoren, weil sie im Verdacht standen, Beziehungen zu deutschen Männern gehabt zu haben, Männer wurden durch die Straßen getrieben, weil man sie der Kollaboration verdächtigte. Es dauerte einige Tage, bis Mitglieder der alliierten Militärmission den Übergriffen Einhalt gebieten konnten.

Das zweiwöchige Machtvakuum endete, als die luxemburgische Regierung unter Premierminister Pierre Dupong am 23. September aus dem Exil in London zurückkehrte. Diese sah sich selbstverständlich als politisch legitimiert an, die Regierungsgeschäfte weiter auszuüben. Doch die Politiker waren der Kritik ausgesetzt, das Land durch ihre Flucht am 10. Mai 1940 im Stich gelassen zu haben. Dazu kamen Vorwürfe, Luxemburgern sowie in Luxemburg lebenden jüdischen Exilanten bei den Versuchen, das Land zu verlassen, nicht ausreichend geholfen zu haben. Die Mitglieder der Unioun leiteten aus ihrer Tätigkeit im Widerstand eine moralische Legitimation zur Machtausübung ab und beanspruchten vehement, an der Exekutivgewalt beteiligt zu werden. Auch wollten sie maßgeblich an der politischen Säuberung mitwirken, weil sie befürchteten, dass die wieder eingesetzte Polizei und Justiz diese nicht konsequent genug handhaben würde. Doch Wahlen waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich. Die Abgeordnetenkammer war nicht beschlussfähig, da von 55 Abgeordneten nur 25 anwesend waren. Einige Angehörige des Vorkriegsparlaments waren verstorben, andere waren zwangsumgesiedelt worden oder noch nicht aus den deutschen Konzentrationslagern zurückgekehrt.

Die Unioun als Sammelbecken unterschiedlichster Gruppierungen aus dem Widerstand fand auch in der Bevölkerung großen Zuspruch als neue



politische Kraft. Sie forderte als Staatsform eine parlamentarische Monarchie mit einer Verfassung nach christlich-sozialen Grundsätzen. Erst als es gelang, Vertreter der Widerstandsbewegungen und Opfer des NS-Regimes an der Regierung zu beteiligen und ihnen gemeinsam mit Politikern der etablierten Parteien in der provisorischen beratenden Versammlung ein Forum zu geben, entspannte sich die innenpolitische Situation. Dieses Gremium sollte die Abgeordnetenkammer bis zu Neuwahlen ersetzen.

## Ardennen-Offensive und zweite Befreiung

Als am 16. Dezember 1944 die deutsche Wehrmacht im Zuge der Ardennen-Offensive das Land erneut überfiel und den Norden Luxemburgs wieder besetzte, war der innenpolitische Streit zunächst nebensächlich. Die Heeresgruppe B unter Generalfeldmarschall Walter Model griff im unwegsamen Gelände der Ardennen Luxemburg und Belgien zwischen Echternach (Luxemburg) und Monschau (Belgien) auf einer Länge von 135 Kilometern an. Mit rund 240000 Soldaten überrannten sie die etwa 83000 in

Luxemburg stationierten amerikanischen Soldaten. Deutsche Gestapo-Angehörige und luxemburgische Kollaborateure kehrten zurück. Hauptsächlich im nördlichen Teil des Landes gab es erneut Verhaftungen, Verschleppungen und Erschießungen von „Deutschfeindlichen“, Widerständlern oder Desertern. Die Alliierten evakuierten 70000 Menschen. Diese mussten mitten im Winter nach Belgien, nach Luxemburg-Stadt oder in den Süden des Landes fliehen, zahlreiche Orte im Grenzgebiet wurden zeitweilig zum Niemandsland.

Erst am 22. Februar 1945 wurde Luxemburg durch alliierte Truppen endgültig befreit. Einige Hundert luxemburgische Zivilisten waren bei den Kampfhandlungen getötet worden.

Viele Gebäude waren bis auf die Grundmauern zerstört, vielerorts gab es weder Strom noch Wasser. Bei ihrem Rückzug hatten die deutschen Truppen systematisch die Infrastruktur zerstört. In den Kampfgebieten mussten zunächst die Toten geborgen und die Trümmer geräumt werden. Zur Minenräumung und zur Beseitigung von Blindgängern setzte die Regierung in Abstimmung mit der Alliierten Militärmission Kollaborateure und deutsche Kriegsgefangene ein.

## Rückkehr und Wiederaufbau

Zum Zeitpunkt der endgültigen Befreiung befanden sich fast zehn Prozent der Bevölkerung nicht im Land. Da Luxemburg unter deutscher Besatzung dem Reichsgebiet angegliedert worden war, hatte man Tausende Frauen und Männer zum Reichsarbeitsdienst verpflichtet. Im August 1942 war für Luxemburger die Wehrpflicht eingeführt worden. Auch die meisten dieser Zwangsverpflichteten waren bei Kriegsende noch nicht wieder nach Luxemburg zurückgekehrt. Andere saßen noch als politische Gegner in Haft, waren als „politisch unzuverlässig“ mit ihren Familien in Lager nach Schlesien umgesiedelt worden oder lebten im Exil. Zahlreiche junge Männer, die der Zwangsrekrutierung zur Wehrmacht hatten entgehen wollen (Refraktäre), waren untergetaucht, zu den alliierten Armeen übergelaufen oder kämpften im französischen und belgischen Widerstand.

Um die Rückkehr der Luxemburger besser koordinieren zu können, wurde bereits im Exil am 11. August 1944 das Kommissariat zur Repatriierung durch großherzogliche Verfügung geschaffen. Für die Rückführung der vermissten Luxemburger und all derer, die ihr Land unfreiwillig verlassen hatten, wurden Listen erstellt, auf denen Ende 1944 schon 23 000 Namen standen.

Erst im August 1945, nachdem sich die Besatzungsmächte in Deutschland etabliert hatten, konnte die alliierte Militärmission in Luxemburg mit der Suche nach Vermissten beginnen. Bis 1948 kehrten insgesamt etwa 26 000 Luxemburger zurück. Bei der Suche nach Vermissten wurden zahlreiche Verbrechen aufgedeckt, die an Luxemburgern begangen worden waren. Dazu zählte die Ermordung von 91 fahnenflüchtigen Luxemburgern im Zuchthaus von Sonnenburg (Ślonsk/Polen) in der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1945. Bis 1948 konnten die sterblichen Überreste von insgesamt etwa 520 Toten exhumiert und nach Luxemburg überführt werden.

Zwar sollte die Rückführung der sich in Deutschland aufhaltenden Luxemburger durch die alliierte Militärmission erfolgen, doch tatsächlich bewältigten viele den beschwerlichen Heimweg auf eigene Faust. Oft waren sie monatelang durch das zerstörte Deutsche Reich unterwegs. Die Repatriierung ehemaliger KZ-Häftlinge verzögerte sich in vielen Fällen, da in den Lagern oftmals Epidemien grassierten und die Befreiten zunächst in Quarantäne bleiben mussten. Im Herbst 1945 kehrten die letzten von mehr als 4 100 zwangsumgesiedelten Luxemburgern aus den Umsiedlungslagern in Schlesien oder aus dem Sudetengebiet zurück.

Die Rückkehr der zur Wehrmacht zwangsrekrutierten Luxemburger, die in Kriegsgefangenschaft geraten waren, war noch lange nach dem Krieg ein Streitthema. Die Elternvereinigung der vermissten Zwangsrekrutierten warf der Regierung mangelnde Initiative bei der Repatriierung der Kriegsgefangenen vor, insbesondere derjenigen in sowjetischer Gefangenschaft. Im Kriegsgefangenenlager 188 bei Tambów, etwa 420 Kilometer südwestlich von Moskau, waren mehr als 900 Luxemburger inhaftiert, von denen 167 in der Haft starben. Die meisten Überlebenden aus Tambów kamen noch 1945 nach Luxemburg zurück, die letzten Ende 1946.

Der durch den Krieg verursachte wirtschaftliche Schaden für das Großherzogtum war immens. Um für die Bevölkerung das Notwendigste für den Lebensunterhalt bereitstellen zu können, mussten viele Waren rationiert werden. Lebensmittel, Kleidung, Schuhe und Heizmaterial waren nur auf Zuteilungskarten erhältlich. Mithilfe der amerikanischen Armee gelang es, der luxemburgischen Bevölkerung eine in Europa vergleichsweise gute Versorgung zu garantieren, auch wenn die letzten Lebensmittelrationierungen erst Ende 1948 aufgehoben wurden.

Insgesamt wurden die materiellen Kriegs- und Besatzungsschäden damals auf 24 Milliarden Lu-



xemburgische Francs (oder 600 Millionen Dollar) geschätzt (demgegenüber standen dem gesamten Haushalt im Jahr 1945 nur zwei Milliarden Francs zur Verfügung). Mehr als 150 Brücken waren gesprengt, die Bahnlinien außer Betrieb. Ein Drittel aller Häuser und fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen waren zerstört oder nicht nutzbar, das Straßennetz stark beschädigt. Priorität hatte der Aufbau der Schwerindustrie. Die Industriebetriebe wiesen zwar relativ geringe Schäden auf, doch die Eisen- und Stahlwerke, die vor der deutschen Besatzung fast 95 Prozent der Produktionskapazität des Landes ausgemacht hatten, standen praktisch still. Weil die nötigen Brennstoffe fehlten, waren Ende 1945 erst fünf von 31 Hochöfen wieder in Betrieb. Die Arbeiter des Konzerns ARBED wurden jedoch nicht entlassen, sondern vorübergehend beim Wiederaufbau im Nordwesten des Landes eingesetzt. Erst 1948 erreichte die Produktionsleistung der luxemburgischen Schwerindustrie in etwa wieder den Vorkriegsstand.

Die zerstörte Infrastruktur und das Fehlen von Baumaterialien machten den Wiederaufbau zu einer langwierigen und schwierigen Aufgabe, die letztlich fast zehn Jahre dauerte. Die Regierung richtete im Oktober 1945 ein Kriegsschädenamt

und ein Kommissariat für den Wiederaufbau ein. Die Wiederaufnahme der fast zur Hälfte zerstörten landwirtschaftlichen Produktion sollte mit einer gründlichen Modernisierung und Mechanisierung, etwa durch den Erwerb von Traktoren aus den USA und der Schweiz, verbunden werden. Dafür gewährte die Regierung Bauern wie auch Kleinbetrieben günstige Kredite. Etwa 5 000 deutsche Kriegsgefangene, die die Amerikaner der luxemburgischen Regierung überstellten, wurden vor allem als Hilfskräfte in der Landwirtschaft eingesetzt.

Mit einer Verfassungsänderung, die die Freiheit des Handels und der Industrie, die Ausübung freier Berufe und der landwirtschaftlichen Arbeit als Grundrecht in der Verfassung verankerte, schuf die Regierung 1948 die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung und für eine Ausweitung der industriellen Produktion. Um nicht allein auf die Stahlproduktion im Süden des Landes angewiesen zu sein, sollten neue Industriezweige im ganzen Land angesiedelt werden. Der amerikanische Reifenhersteller Goodyear machte im Jahr 1949 den Anfang. Großprojekte, wie zum Beispiel der Bau von Staudämmen, die Moselkanalisierung oder der Ausbau des Flughafens, konnten mithilfe des Marshall-Plans verwirklicht



← 92

**Grundsteinlegung zum  
Wiederaufbau der  
Echternacher Basilika**

Echternach, 29. Mai 1949

werden. Die Einweihung der am 26. Dezember 1944 von den Deutschen gesprengten und im Jahr 1953 wiederaufgebauten Echternacher Basilika wurde als Abschluss des Wiederaufbaus in Luxemburg gefeiert. Die von den Besatzern zerstörten Synagogen in Esch-sur-Alzette und Luxemburg-Stadt konnten 1953 bzw. 1954 wieder eingeweiht werden.

Auch auf sozialer Ebene ergriff die luxemburgische Regierung diverse Maßnahmen, um die Kriegsfolgen für das Land zu lindern. Ende Dezember 1944 führte sie einen Mindestlohn für Arbeitnehmer ein. Das Nationale Hilfswerk der Großherzogin Charlotte wurde im Dezember 1944 gegründet und organisierte Hilfe für Kriegsoffer und Kriegswaisen. Das Startkapital stammte aus einem Spendenaufruf an die luxemburgische Bevölkerung, bei dem mehr als 4,6 Millionen Luxemburgische Francs gesammelt wurden. Am 27. Juli 1945 wurde durch großherzoglichen Beschluss das Hilfswerk für die Kriegswaisen der Nation gegründet, das die Kinder ermordeter Widerstandskämpfer unterstützen sollte.

## Die Regierung der nationalen Einheit

Im März 1945 berief die Regierung eine provisorische beratende Versammlung ein, die die Abgeordnetenkammer vorübergehend ersetzen sollte. Die Mandate von 37 vor dem Krieg gewählten Abgeordneten wurden verlängert und weitere 30 Mitglieder aus den Reihen der Widerstandsorganisationen neu

ernannt. Alle politischen Parteien, die der Chef der deutschen Zivilverwaltung am 23. August 1940 hatte verbieten lassen, nahmen ihre Arbeit wieder auf. Es waren die Regierungsparteien Rechtspartei und die sozialistische Arbeiter Partei, die sich als Lëtzebuerger Sozialistesche Arbeiter Partei (LSAP) neu formierte, sowie die Oppositionsparteien Liberale und Kommunistische Partei. Die Rechtspartei stellte sich unter dem Namen Christlich-Soziale Volkspartei (CSV) neu auf. Die Liberalen gründeten eine neue Partei, die Patriotische und demokratische Sammlung (GPD), eine Sammlungsbewegung der Mitte, die die Ideale des Widerstands in die Politik einbringen wollte.

Die Regierung setzte im März 1945 für den 21. Oktober Neuwahlen an. Bis dahin arbeitete sie ohne Abgeordnetenkammer. Bei den Wahlen blieb die CSV, die 25 von 51 Mandaten erringen konnte, stärkste Partei. Große Verluste verzeichnete die Arbeiterpartei, die nur noch elf Mandate erhielt (vorher 17). Die Kommunisten zogen mit fünf Abgeordneten erstmals ins Parlament ein. Man verständigte sich auf eine Regierung der „nationalen Einheit“ – eine Allparteienregierung, gegen die es praktisch keine parlamentarische Opposition gab – und somit keine tatsächliche Kontrolle der Regierungsgeschäfte. Dennoch fand die Allparteienregierung eine breite Zustimmung in der Bevölkerung. Die CSV stellte mit Pierre Dupong den Premierminister. Joseph Bech wurde Außenminister.

Die Koalitionsparteien stritten über die Finanz- und Wirtschaftspolitik, während die Bevölkerung

kritisierte, dass der Wiederaufbau viel zu zögerlich vorangehe. Im Parlament gab es heftige Debatten um Lohn- und Gehaltsforderungen, aber auch über die Frage des Aufbaus einer luxemburgischen Armee und über die Nationalisierung der Eisenbahn. Die Uneinigkeit der Koalitionspartner und die notwendige Neubesetzung der Position des Arbeitsministers nach dem Tod von Pierre Krier, dessen Partei LSAP mehr und mehr an Popularität verlor, führten schließlich dazu, dass die Regierung der nationalen Einheit am 12. Februar 1947 zurücktrat.

Mit der Verfassungsänderung von 1948 gab Luxemburg auch seine 1867 von den europäischen Großmächten garantierte unbewaffnete Neutralität auf und definierte sich endgültig als parlamentarische Demokratie. Damit wollte sich das Land, das bereits seit 1919 eine demokratische Verfassung hatte, vor allem vor ständestaatlichen und diktatorischen Bestrebungen schützen.

## **Täter, Mitläufer und Kollaborateure**

Während des Krieges war Luxemburg faktisch vom Deutschen Reich annektiert worden. Das zentrale Ziel der nationalsozialistischen Politik in Luxemburg war es, die Bevölkerung des Landes, die als „volksdeutsch“ angesehen wurde, vollständig in die sogenannte deutsche Volksgemeinschaft einzugliedern. Dies bedeutete gleichzeitig eine systematische Unterdrückung der luxemburgischen Identität. Je größer der Widerstand gegen diese Politik wurde, umso schärfere Maßnahmen ergriff die Zivilverwaltung. Doch gab es auch Luxemburger, die mit der Politik Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten sympathisierten. Andere wollten ihre Posten nicht verlieren, wieder andere hielten dem Druck nicht stand und passten sich den neuen Machthabern an.

Im Zuge der ersten Befreiung waren im September 1944 hunderte „Gielemännecher“ (Träger der braungelben Uniform der NSDAP) von den Milizen der Union ohne rechtliche Grundlage festgenommen und interniert worden. Die Verhaftungen wurden im Nachhinein von der Regierung legalisiert, zahlreiche Personen aber auch aus der Haft entlassen. Am 1. März 1945 wurde ein Ministerium für Inneres und Säuberung eingerichtet. Die Frage der Säuberung in den eigenen Reihen wurde auch innerhalb der Regierung und in den Parteien heftig diskutiert, weil einige Abgeordnete mehr oder weniger offen mit der Besatzungsmacht kollaboriert hatten. Vereinzelt kam es zu Parteiausschlüssen, manche Fälle wurden jedoch zu den Akten gelegt. Am 9. April 1945 begannen die strafrechtlichen Prozesse gegen die der Kollaboration angeklagten Luxemburger. 2 241 Personen wurden verurteilt: Es wurden zwölf Todesurteile verhängt, von denen acht vollstreckt wurden. 863 Personen wurden zu Zuchthausstrafen verurteilt, davon 23 zu 20–25 Jahren, 246 zu 10–20 Jahren und 594 zu 5–10 Jahren. Von 1 633 verhängten Gefängnisstrafen waren mehr als 90 Prozent zu weniger als 5 Jahren.

Von den 5 101 im Juli 1945 aus politischen Gründen inhaftierten Luxemburgern (weniger als zwei Prozent der Bevölkerung) waren 2 857 Männer und 2 244 Frauen. Ab Mai 1947 wurden alle, die bis dahin die Hälfte ihrer Strafe abgesessen hatten, aus der Haft entlassen. Nach der Verabschiedung eines Amnestiegesetzes im Januar 1955 kamen die restlichen Inhaftierten frei.

Neben der strafrechtlichen Säuberung gab es die administrative Säuberung, die in den Verwaltungen und in den verschiedenen Wirtschaftsbranchen von sechs Spezialkommissionen durchgeführt wurde. Über 20 000 Fälle wurden dabei überprüft, ungefähr 80 Prozent aber nicht weiterverfolgt. Die juristische Ahndung von Kollaboration und Verbrechen von Luxemburgern unter der Besatzung wurde jedoch

auch von manchen missbilligt. Insbesondere aus den Reihen der ehemaligen Widerstandskämpfer gab es Kritik, dass Taten gar nicht oder zu milde verfolgt wurden.

Der frühere Gauleiter und Chef der Zivilverwaltung Simon wurde am 11. Dezember 1945 von Captain Hanns Alexander von der britischen „War crimes group“ verhaftet und in ein Paderborner Gefängnis eingeliefert. Hier hat er sich vermutlich am 18. Dezember 1945 das Leben genommen. Captain Alexander überführte seine Leiche nach Luxemburg, damit sich die Presse von seinem Tod überzeugen konnte. Lange Jahre hielten sich Gerüchte, Simon sei von Luxemburgern ermordet worden, da man seine Aussagen vor Gericht gefürchtet habe, doch spricht heute vieles für die These, er habe Selbstmord begangen.

Gegen 162 Deutsche wurden vor luxemburgischen Gerichten Verfahren wegen Kriegsverbrechen eröffnet. Das erste Urteil wurde 1949 gefällt. In weiteren Prozessen wurden 44 Angeklagte verurteilt, davon 5 zum Tode (3 in Abwesenheit), 15 wurden freigesprochen und in 103 Fällen wurde das Verfahren eingestellt. Keines der Todesurteile wurde vollstreckt. Alle Verurteilten wurden im Laufe der Zeit begnadigt und bis 1957 in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben.

Das neutrale und unbewaffnete Luxemburg war mit etwa 290000 Einwohnern das kleinste Land, das der nationalsozialistischen Expansionspolitik zum Opfer fiel. Mit fast 1,96 Prozent Toten infolge von Krieg und Besatzung hat das Land einen hohen Preis bezahlt. Etwa 5000 Luxemburger kämpften aktiv gegen die nationalsozialistischen Unterdrücker und für die Unabhängigkeit ihres Landes. Dabei konnten sie auf die Hilfe oder zumindest die Billigung einer Mehrheit der Bevölkerung bauen. Dies schuf ein bis heute weitverbreitetes luxemburgisches Identitäts- und Nationalgefühl. Die nach dem Zweiten Weltkrieg gewonnene außenpolitische Handlungsfreiheit und

der Beitritt zu westlichen Bündnissen bildeten die Grundlage für die luxemburgische Sicherheitspolitik sowie für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik.

■■■■■■■■■■

# ESCH-S-ALZETTE

MÉTROPOLE DU FER



## EXPOSITION GÉNÉRALE

*„Le Luxembourg au Travail“*

12-27, 8, 1950

EXHIBITION: LUXEMBOURG AT WORK | TENTOONSTELLING: LUXEMBURG BIJ DE ARBEID  
AUSSTELLUNG: DAS SCHAFFENDE LUXEMBURG | ESPOSIZIONE: LUSSEMBURGO AL LAVORO

IMBART, ED. HUSS & C<sup>ie</sup>, LUXEMB.

LEX WEYER



← 94

#### **Ankunft von Erbgroßherzog Jean in Düdelingen**

Düdelingen, September 1944

Der Sohn der luxemburgischen Großherzogin Charlotte war seit 1942 Soldat im britischen Regiment der Irish Guards. Am Tag der Befreiung wurde er nach Luxemburg abkommandiert. Als er und sein Vater Felix Prinz von Bourbon-Parma als Offiziere der alliierten Truppen zurückkamen, wurden sie von der luxemburgischen Bevölkerung begeistert empfangen. Die großherzogliche Familie war am Tag des deutschen Überfalls zusammen mit der Regierung ins Exil gegangen, lebte zuerst in Kanada und ab 1942 in London.

95 →

#### **Fernglas eines deutschen Soldaten**

Deutsches Reich

Dieses Fernglas schenkte ein deutscher Soldat der Mutter von Emile Hansen als Dank für ein Butterbrot. Das Wohnhaus der Familie lag nahe der Grenze zu Deutschland im Kampfgebiet. Emile Hansen versteckte sich dort, um der Rekrutierung zur deutschen Wehrmacht zu entgehen. Er lebte in großer Gefahr, entdeckt zu werden. Immer wieder kamen amerikanische oder deutsche Soldaten vorbei. Sie fragten sie oft nach der Lage der gegnerischen Stellungen.





← 96

**Schränkchen mit Schubladen  
aus Gehäusen von Minen**

Luxemburg, 1944/45

Während der deutschen Ardennen-Offensive im Winter 1944/45 wurde der Norden Luxemburgs zum Kriegsschauplatz. Viele Zivilisten, die nach den Kampfhandlungen zurückkehrten, hatten alles verloren. Aus Kriegsschrott wurden Gegenstände für den alltäglichen Gebrauch gefertigt, wie dieser Schrank aus Minenhülsen.

97 →

**„Schu-Mine 42“ der deutschen Wehrmacht**

Deutsches Reich, nach 1942

Nach dem Rückzug der deutschen Truppen blieben in den Kampfgebieten Tausende, zum Teil aus Holz gefertigte Minen zurück. Sie stellen eine große Gefahr dar. Deutsche Kriegsgefangene und Häftlinge, denen Kollaboration vorgeworfen wurde, mussten Minen räumen und Blindgänger beseitigen.



↓ 98

**Erinnerungsstücke an die Umsiedlung nach  
Schlesien: Fremdenpass, Fotografien und Meißel  
mit eingravierten Initialen**

Schlesien, 1944/45

Die gesamte Familie von Gérard Margue wurde im September 1942 in das Umsiedlungslager Lebus (Schlesien) deportiert, weil sie als „deutschfeindlich“ galt. Bis 1940 war der Vater Nicolas Margue Minister für Unterricht und Handel gewesen. In Lebus, wie auch später im Lager Boberstein, mussten Gérard Margue, sein Bruder und der Vater Zwangsarbeit leisten. Am 12. April 1945 kehrten alle nach Luxemburg zurück.





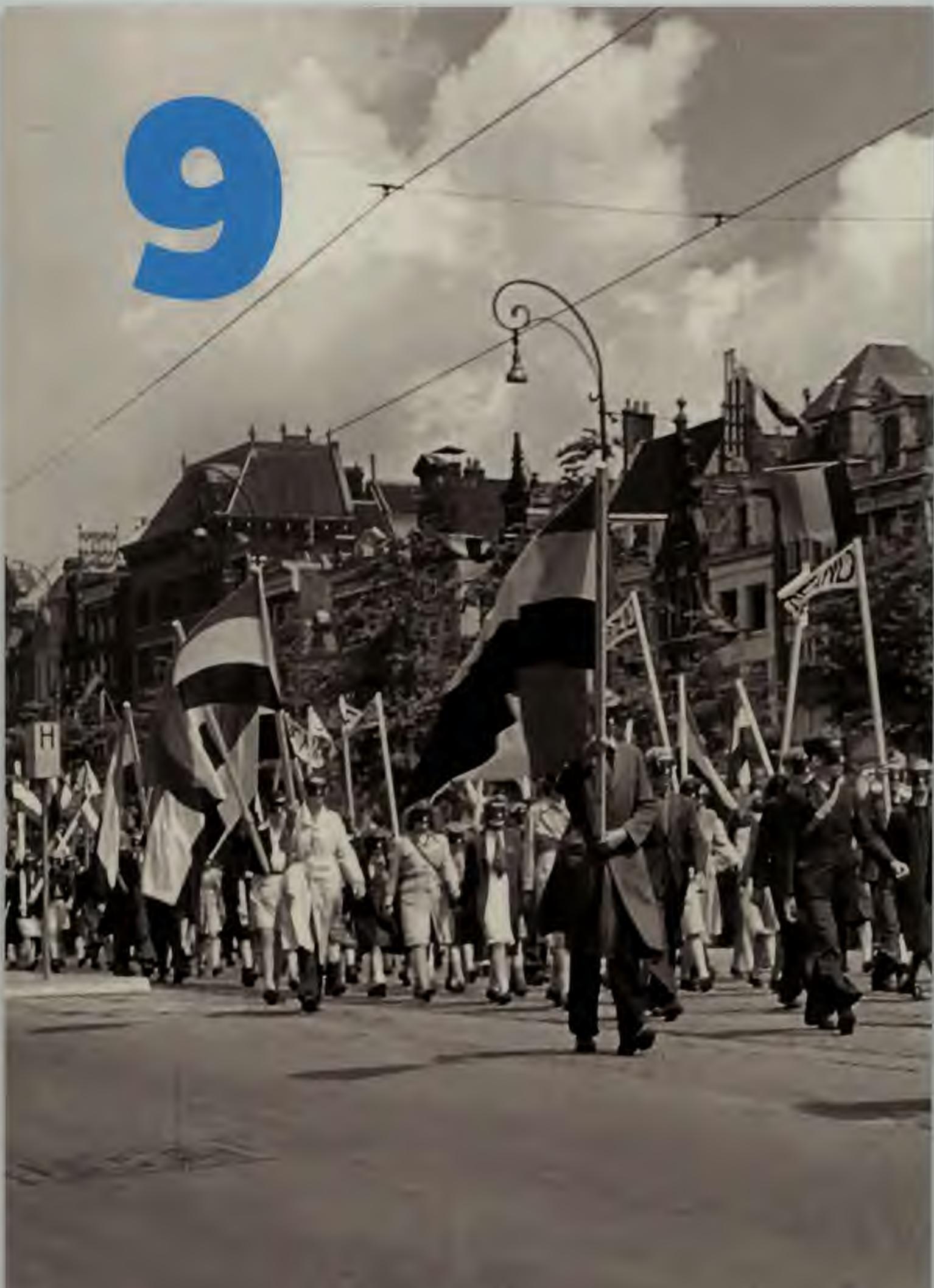
99 ↑

**Fotobuch über die Rückholung von exhumierten Toten aus dem früheren KZ Hinzert**

Luxemburg, 1946

Im KZ Hinzert bei Trier waren auch viele Luxemburger inhaftiert gewesen. Im März 1946 wurden die Toten, die man als Luxemburger identifizieren konnte, in die Stadt Luxemburg gebracht und auf dem Friedhof Notre Dame feierlich beigesetzt. Tausende, darunter zahlreiche KZ-Überlebende, begleiteten die Toten zu ihrer letzten Ruhestätte.

9



# Niederlande



# 9

Nina Burkhardt

## **Niederlande – Zwischen Euphorie und Ernüchterung**

Viele Niederländer verknüpften das Kriegsende mit der Hoffnung auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft. Insbesondere die „Versäulung“, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bestehende Spaltung der Gesellschaft in unterschiedliche weltanschauliche Gruppierungen, sollte überwunden werden. Die Zahl der Verhaftungen von mutmaßlichen Kollaborateuren war vergleichsweise hoch. Eine eigene Rechtsgrundlage wurde geschaffen, aber auch ein besonderes Augenmerk auf die Reintegration von Verurteilten gelegt. Außenpolitisch strebte das Land eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarn an. Mit der Unabhängigkeit Indonesiens verloren die Niederlande 1949 ihre größte Kolonie.



← 100

**Kanadische Soldaten und  
Bewohner Amsterdams feiern  
das Kriegsende**

Amsterdam, 8. Mai 1945

Die deutsche Besatzung in den Niederlanden endete in zwei Etappen: Während alliierte Truppen die südlichen Provinzen bereits im Herbst 1944 befreiten, blieben die nördlichen und nordwestlichen Gebiete noch bis zum Frühjahr 1945 besetzt. Am 14. September 1944 befreiten alliierte Streitkräfte mit Maastricht die erste niederländische Stadt. Im Zuge der sich anschließenden Militäroperation „Market Garden“ versuchten sie, die drei großen Flüsse Maas, Waal und Rhein zu überqueren und auf das Gebiet des Deutschen Reiches vorzudringen. Doch aufgrund des unerwartet starken Widerstands der deutschen Wehrmachtsverbände scheiterte die Offensive bei der Rheinbrücke von Arnheim. Die Front kam nun in den Niederlanden weitgehend zum Stillstand.

## **Langes Warten auf die Befreiung**

Für die Bevölkerung der noch besetzten Provinzen begannen lange Monate des Wartens. Der niederländische Widerstand verübte verstärkt Attentate auf Kollaborateure und deutsche Soldaten. Die deutschen Besatzer reagierten mit drastischen Vergeltungsaktionen wie der Erschießung von Zivilisten. Einem Aufruf zur Arbeitsniederlegung am 17. September 1944, den die niederländische Exilregierung in London über ihren Sender Radio Oranje verlauten ließ, folgten 30000 Eisenbahner. Diesen Streik nahmen die deutschen Besatzer zum Anlass – auch unter dem Ein-

druck der Offensive „Market Garden“ –, mit weiteren repressiven Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung vorzugehen. Sie blockierten notwendige Lebensmittel- und Brennstofflieferungen für den Westen des Landes. In Verbindung mit einem außergewöhnlich harten Winter führte diese Blockade vor allem in den Städten zu katastrophalen Verhältnissen: Mehr als 20000 Menschen starben im Hungerwinter 1944/45 infolge von Unterernährung und Kälte. Alles Essbare diente als Nahrungsmittel, sogar Tulpenzwiebeln wurden zu Mahlzeiten verarbeitet. Viele Städte wurden von Einwohnern auf der Suche nach Nahrung und Brennholz geplündert, leer stehende Häuser zerstört und die Schwellen der Straßenbahngleise herausgebrochen. Bis heute hat der Hungerwinter in der niederländischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg einen wichtigen Stellenwert.

Am 4. Mai 1945 kapitulierten die deutschen Truppen in Nordwestdeutschland, Dänemark und den Niederlanden. Als deutsche Einheiten ab dem 5. Mai 1945 das Land verließen, glichen viele niederländische Städte einem Meer aus rot-weiß-blauen und orangefarbenen Fahnen und Wimpeln. Die Niederländer begingen die Befreiung mit Volksfesten auf den Straßen und Plätzen, mit Umzügen und Sportwettkämpfen. Die Angehörigen der amerikanischen und kanadischen Streitkräfte wurden als Helden gefeiert.

Den Freudenfesten folgte jedoch schon bald Ernüchterung. Die fünfjährige Besatzung hatte tiefe Spuren im Land hinterlassen. Etwa 27 Prozent der



← 101

**Frau bei der Essensausgabe während des sogenannten Hungerwinters 1944/45**

Delft (deutsch besetzt), Frühjahr 1945

Kapitalgüter wie Industrie- und Hafenanlagen waren im Krieg zerstört worden. Auch wenn das Land im europäischen Vergleich weniger stark von Kriegszerstörungen betroffen war, litt insbesondere die Bevölkerung in den südlichen Provinzen unter einer massiven Wohnungsnot. Mehr als eine halbe Million Menschen hatte ihre Wohnungen verloren. Das öffentliche Transportsystem war zunächst kaum funktionsfähig. Zu den materiellen Schäden kam häufig der Verlust von Freunden und Verwandten, die bei den Kampfhandlungen oder bei Bombenangriffen getötet worden oder aus deutscher Gefangenschaft nicht zurückgekehrt waren. Insgesamt kamen im Zweiten Weltkrieg mehr als 200 000 Niederländer ums Leben. Zu ihnen zählen bis zu 20 000 Soldaten, mehr als 90 000 Zivilisten sowie 102 000 deportierte und ermordete Juden.

## Versuch eines gesellschaftlichen Neubeginns

Anstatt die alten Strukturen aus der Vorkriegszeit wiederherzustellen, erhofften sich breite Bevölkerungsschichten eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft. Vor allem die „Versäulung“ sollte abgeschafft werden. Seit dem Ende des 19. Jahrhun-

derts hatte sich die niederländische Gesellschaft in verschiedene weltanschauliche Gruppierungen gespalten, die zumeist unverbunden nebeneinander standen. In den Niederlanden wurde zwischen einer katholischen, einer protestantischen, einer sozialistischen und einer neutralen oder liberalen „Säule“ unterschieden. Die einzelnen Gruppen hatten jeweils eigene Medienorgane, Schulen und Vereine, übergreifende Institutionen gab es kaum.

Bereits während der deutschen Besatzung hatte man speziell in Widerstandskreisen diskutiert, wie die „Versäulung“ nach der Befreiung überwunden werden könnte. Insbesondere Königin Wilhelmina, die während der Besatzungszeit den Widerstand aus dem Londoner Exil unterstützt hatte, war eine Vorkämpferin dieser Idee. Unmittelbar nach Kriegsende wurde die Niederländische Volksbewegung gegründet, deren Ziel es war, eine stärker geeinte Gesellschaft aufzubauen. Die Vordenker dieser Bewegung stammten aus einer Gruppe von führenden Persönlichkeiten, die von der Wehrmacht seit 1942 in der Provinz Nordbrabant, im Lager Beekvliet in Sint-Michielsgestel, als Geiseln interniert worden waren. Dort war eine Diskussionsrunde unter der Leitung des Hochschullehrers Willem Schermerhorn entstanden, der nach der Befreiung der Niederlande von Königin Wilhelmina als vorläufiger Ministerpräsident eingesetzt wurde.

Zur Überwindung der „Versäulung“ unterstützte die Niederländische Volksbewegung die Gründung einer neuen Partei. Diese sollte Wähler aller „Säulen“ ansprechen und für ein soziales und geeintes Land stehen. Anfang 1946 schlossen sich deswegen verschiedene Parteien zur Partei der Arbeit zusammen. Die ersten Wahlen nach der Befreiung am 16. Mai 1946 verliefen für die neu gegründete Partei jedoch enttäuschend: Sie erhielt nur 28,3 Prozent der Stimmen und blieb hinter der Katholischen Volkspartei zurück. Es war ihr nicht gelungen, die Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen. Katholische

Volkspartei und Partei der Arbeit bildeten bis zu den nächsten Wahlen im Juli 1948 ein Kabinett unter dem Premier der Katholischen Volkspartei Louis Beel. Ein Überraschungserfolg gelang der Kommunistischen Partei der Niederlande, die 10,6 Prozent der Stimmen gewinnen konnte. In den folgenden Jahren wurde sie allerdings im Zuge des beginnenden Kalten Krieges rasch marginalisiert.

Schon bald nach der Befreiung verbanden die Übergangsregierung und andere Vertreter der neuen politischen Linie die Erinnerung an die Besatzungszeit mit Appellen an die Einigkeit der Nation. Eine niederländische Besonderheit stellt in diesem Zusammenhang der „Nationale Festrock“ dar. Die ehemalige Widerstandskämpferin Mies Boissevain-van Lennep war 1945 Mitglied einer eigens eingerichteten Kommission, die Richtlinien für künftige Befreiungsfeierlichkeiten erarbeiten sollte. Boissevain schlug vor, dass alle Niederländerinnen einen speziellen Rock anfertigen und bei den alljährlichen Feiern tragen sollten. Dieses Kleidungsstück sollte aus Stoffresten bestehen, die für die Trägerin eine persönliche Bedeutung besaßen, und mit wichtigen Daten bestickt werden. Rund 4000 Frauen folgten dieser Initiative. Das damit verbundene Motto „Eine Tracht schafft Eintracht“ sollte eine „Einheit in Vielfalt“ der niederländischen Bevölkerung symbolisieren und das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl stärken.

Ungeachtet der gesellschaftlichen sowie politischen Bemühungen, die „Versäulung“ zu überwinden und Reformen auf den Weg zu bringen, stellte sich rasch heraus, dass die alten Strukturen an vielen Stellen fortbestanden. Vor allem viele ehemalige Angehörige des Widerstands, die während der deutschen Besatzung Pläne zur Überwindung der „Versäulung“ ausgearbeitet hatten, waren bald desillusioniert. Die ehemals illegale Zeitung „Je Maintiendrai“ (Ich werde aufrecht bleiben), deren französischer Titel auf das Wappen der Niederlande rekurriert,



resümierte im November 1946: „Wat was de Vreede mooi, toen het nog oorlog was“ (Was war der Frieden schön, als noch Krieg war). Trotz der Freude über die wiedergewonnene Freiheit brachte dieser häufig zitierte Stoßseufzer die Gefühle vieler Niederländer zum Ausdruck. Auch Königin Wilhelminas Abdankung im September 1948 anlässlich ihres 50. Thronjubiläums wird zum Teil ihrer Enttäuschung über die verpassten Chancen einer gesellschaftlichen Erneuerung in den ersten Nachkriegsjahren zugeschrieben.

## Schwierige Rückkehr

Während sich für einen großen Teil der rund neun Millionen Niederländer das Leben nach der Befreiung allmählich wieder normalisierte, gab es viele, für die es weitaus schwieriger, wenn nicht unmöglich war, an ihr Leben vor dem Krieg anzuknüpfen. Dies betraf in erster Linie die Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager, aber auch ehemalige Zwangsarbeiter. Insgesamt hatten bis 1945 mindestens 500000 Niederländer, zumeist junge Männer, in Deutschland Zwangsarbeit verrichten müssen. Obwohl viele ihr Wohnhaus und ihre Familie unversehrt vorfanden, war die Rückkehr mit Schwierigkeiten verbunden. In der allgemeinen Not der Nachkriegszeit fanden sie oft keine Möglichkeit, über ihre Erlebnisse zu sprechen. Eine weitere Gruppe bildeten diejenigen, die während der Besatzung in den Niederlanden untergetaucht waren, um sich



dem Zugriff der Deutschen zu entziehen. Im letzten Kriegsjahr handelte es sich dabei um schätzungsweise 350000 Personen, von denen die meisten Männer waren, die dem Zwangsarbeitseinsatz in Deutschland entgehen wollten.

Der Empfang der Rückkehrer verlief für sie oft enttäuschend. Sie sahen sich mit einem umfassenden bürokratischen Prozedere konfrontiert, das dazu diente, den Strom der Rückkehrer in geordnete Bahnen zu lenken und chaotischen Zuständen vorzubeugen. Aus diesem Grund durften sie sich zunächst nicht frei in den Niederlanden bewegen, sondern konnten nur mit Genehmigung an andere Orte reisen.

Ein Beispiel dafür, wozu die Maßnahmen der Behörden führen konnten, spielte sich in Westerbork ab. Im ehemaligen „polizeilichen Durchgangslager“ für die Transporte von Juden in die Konzentrations- und Vernichtungslager waren kurz nach der Befreiung noch ehemalige jüdische Häftlinge untergebracht. Zusätzlich wurden hier nun mutmaßliche Kollaborateure interniert. Diese wenig sensible Maßnahme der Behörden führte dazu, dass die gerade erst befreiten Juden Personen begegneten, die für ihr Schicksal mitverantwortlich waren. In mindestens einem Fall kam es zu Tötlichkeiten gegen einen der Internierten, als mehrere der ehemaligen Gefangenen in ihm einen berüchtigten Kopfgeldjäger er-

kannnten, der untergetauchte Juden für eine Prämie von 7,50 Gulden verraten hatte.

Die Erfahrungen ehemaliger jüdischer und nicht-jüdischer Häftlinge bei der Rückkehr waren sehr unterschiedlich. Ehemalige politische Häftlinge konnten in der Regel auf die Unterstützung durch Freunde und Familie hoffen und wurden oft als Widerstandshelden gefeiert. Viele jüdische „Untertaucher“ und Überlebende der Lager hatten jedoch ihre gesamte Familie und ihr soziales Umfeld verloren, ihren Besitz erlangten sie nur in den wenigsten Fällen zurück. Oftmals waren sie mit Ignoranz und mit dem Verweis auf die Leiden der Niederländer während des Hungerwinters 1944/45 konfrontiert. Hinzu kam, dass sich in einigen Fällen vermeintliche Freunde oder Bekannte, die Besitztümer von Juden verwahrt hatten, weigerten, diese wieder herauszugeben. Für diese Personen etablierte sich der Begriff „bewariërs“, eine Verbindung der niederländischen Wörter für „bewahren“ und „Arier“. Solche Erfahrungen trugen dazu bei, dass viele Juden, die die Verfolgung überlebt hatten, das Land verließen.

Die Tatsache, dass viele Niederländer „Untertaucher“ versteckt hatten, also Juden, Kommunisten sowie junge Männer, die sich der Zwangsarbeit in Deutschland entziehen wollten, wurde von vielen als Beleg für die große Hilfsbereitschaft und den Willen zum Widerstand der niederländischen Bevölkerung

← 103

### Rückkehr befreiter niederländischer Zwangsarbeiter aus Deutschland

Niederlande, 1945

herangezogen. Dagegen wurde in der Nachkriegszeit selten thematisiert, dass die Zahl der während des Holocaust ermordeten Juden, die aus den Niederlanden deportiert worden waren, deutlich höher lag als in allen anderen westeuropäischen Ländern. 1940 hatten im Land etwa 140 000 Juden gelebt, rund 102 000 wurden von den deutschen Besatzern deportiert und ermordet. Das entspricht einem Anteil von ungefähr 75 Prozent.

In den Jahren nach der Befreiung kam den jüdischen Opfern kein gesonderter Status zu, vielmehr wurden sie neben anderen Opfergruppen, wie den Toten infolge von Bombenangriffen, erschossenen Geiseln und ermordeten Widerstandskämpfern, genannt. Ein Grund dafür war, dass in den Niederlanden der Nachkriegszeit von staatlicher Seite das Ideal einer vermeintlich geeinten Nation hochgehalten wurde, die sich als Opfer der Besatzung sah. In dieser Sichtweise sollten möglichst keine Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen gemacht werden. Die Spezifik des Massenmords an der jüdischen Bevölkerung wurde dadurch zunächst ausgeblendet.

## Der Umgang mit „Landesverrättern“

Eine große gesellschaftliche Herausforderung war in den ersten Jahren nach Kriegsende der Umgang mit denjenigen Niederländern, die mehr oder weniger intensiv mit den deutschen Besatzern zusammengearbeitet hatten. Die grundsätzliche Linie hatte Königin Wilhelmina bereits 1941 vorgegeben, als sie diese Gruppe in einer Radioansprache aus dem Londoner Exil als „die Handvoll Landesverräter“ bezeichnete, „für die in den befreiten Niederlanden kein Platz mehr sein wird“. Wie sich herausstellen sollte, handelte es sich um weit mehr als nur eine „Handvoll“ Personen. Die Zahl der Verhaftungen von

104 →

### Einer Frau werden die Haare geschoren

Den Haag, 8. Mai 1945



mutmaßlichen Kollaborateuren war in den Niederlanden vergleichsweise hoch und sollte in Eigeninitiative durchgeführte Säuberungen und Lynchjustiz durch die Bevölkerung verhindern. Insgesamt wurden etwa 150 000 der Kollaboration Verdächtige zeitweise inhaftiert, von denen etwa 90 000 später unter Auflagen entlassen wurden, ohne dass ein Verfahren gegen sie eingeleitet wurde. Viele von ihnen waren Mitglieder der niederländischen Nationalsozialistischen Bewegung (NSB) gewesen.

Die Inhaftierung und die Bewachung der „Landesverräter“ lagen hauptsächlich in der Zuständigkeit der Inländischen Streitkräfte, einer im September 1944 gegründeten Sammelorganisation verschiedener Widerstandsgruppen. Ihnen kam während und nach der Befreiung die Aufgabe zu, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Es gab aber auch Kritik am teils rüden Auftreten der zumeist jungen Männer. Auch bestanden Zweifel darüber, ob insbesondere die erst nach der Befreiung hinzugekommenen Neumitglieder tatsächlich alle dem Widerstand zugerechnet werden konnten. Obwohl von der Führungsebene der Inländischen Streitkräfte ausdrücklich abgelehnt, kam es während der Verhaftungen zu Übergriffen und öffentlichen Demütigungen. Teile der Bevölkerung lebten ihre Wut auf die Besatzer zudem an Frauen aus, denen man Beziehungen zu Deutschen vorwarf (niederländ. *moffenmeiden*,



← 105

**Zurschaustellung eines  
verhafteten NSB-Mitglieds**

Utrecht, 7. Mai 1945

Deutschenflittchen). Ihnen wurden öffentlich die Haare geschoren, einige wurden mit Mennige und Federn eingeschmiert und mit einem Schild um den Hals der Öffentlichkeit präsentiert.

Für die juristische Ahndung der Kollaboration wurde eine eigene Rechtsgrundlage geschaffen, die Besondere Rechtspflege. Sie ermöglichte die Verhängung der Todesstrafe, die in den Niederlanden seit 1870 nur noch im Militärstrafrecht angewandt worden war. Eigens eingerichtete Besondere Gerichtshöfe und Tribunale verurteilten schätzungsweise 65 000 Personen. Neben einer Haftstrafe konnte den Verurteilten auch zeitweise das Wahlrecht oder die Staatsbürgerschaft entzogen oder ihr Besitz beschlagnahmt werden. Die Todesstrafe wurde in 154 Fällen ausgesprochen und in 40 Fällen vollstreckt. Alle übrigen Todesurteile wurden später durch Gnadenerlasse aufgehoben und in Freiheitsstrafen umgewandelt. Eine weitere Maßnahme der Bestrafung von Kollaborateuren war die Säuberung einzelner Berufsgruppen, denen Sanktionen wie Entlassung oder Zurückstufung auferlegt werden konnten.

Um die unter Auflagen entlassenen Inhaftierten kümmerte sich die Stiftung Aufsicht Politischer Delinquenten. Anders als Königin Wilhelmina und

viele Vertreter des ehemaligen Widerstands waren die Gründer der Stiftung davon überzeugt, dass die Kollaboration von Teilen der niederländischen Bevölkerung hauptsächlich soziale Ursachen gehabt habe und dass es für die Gesellschaft eine Gefahr darstelle, diese große Gruppe aus ihren Reihen auszuschließen. Bis zu 17 000 Freiwillige nahmen sich der Entlassenen an. Im Lauf der Zeit änderte sich auch die Einstellung der Bevölkerung, zumal es vermehrt zu Diskussionen über die unwürdigen Zustände in einigen Internierungslagern kam. Königin Juliana, die ihrer Mutter 1948 auf den Thron folgte, erklärte bei ihrer Amtseinführung, dass die Kollaborateure zu gegebener Zeit wieder in die Gemeinschaft aufgenommen werden müssten.

Das allgemeine Selbstverständnis vieler Niederländer von einer kleinen, im Widerstand gegen den übermächtigen Besatzer geeinten Nation wurde noch lange aufrechterhalten. Daran hatte nicht zuletzt die politische Führung ein Interesse, schließlich hätte eine Spaltung der Gesellschaft einen raschen Wiederaufbau behindert. Demzufolge waren die meisten Niederländer „goed“ (gut) gewesen, einige wenige hatten gemeinsame Sache mit dem Feind gemacht und wurden als „fout“ (falsch oder schlecht) bezeichnet. Zu dieser einseitigen Sichtweise trug sicherlich bei, dass die ehemaligen Angehörigen des Widerstands eine wichtige Rolle bei der moralischen Bewertung der Besatzungszeit innehatten. Die Erkenntnis, dass die große Mehrheit der Bevölkerung eher zur „grauen Masse“ gezählt und sich unter den Besatzern eingerichtet hatte, setzte sich erst in den folgenden Jahrzehnten durch.

## **Abschied von „unserem Indien“**

Das Ende des Zweiten Weltkriegs markierte für die Niederlande nicht das Ende aller bewaffneten Aus-

einandersetzungen. Niederländisch-Indien, das heutige Indonesien, galt als wichtigste Kolonie der Niederlande, weil sie eine große Bedeutung für die niederländische Wirtschaft besaß. Sie wurde nicht umsonst als „ons Indië“ (unser Indien) bezeichnet. Im Pazifikkrieg 1941/42 hatten japanische Streitkräfte das Land besetzt. Nach der Kapitulation Japans widersetzte sich die indonesische Nationalbewegung im August 1945 einer erneuten niederländischen Vorherrschaft. Als Republik Indonesien erklärte sie unter Führung des Republikaners Sukarno die Unabhängigkeit. Die Niederlande erkannten diesen Schritt aber nicht an. Sie waren selbstverständlich von einer Wiederherstellung der ursprünglichen Machtverhältnisse in Südostasien nach Kriegsende ausgegangen. „Indië verloren, rampspoed geboren“ (Indien verloren, Unglück geboren), lautete die weitverbreitete Meinung in der Bevölkerung zu diesem Thema.

Um zu betonen, dass es sich um einen vermeintlich innerstaatlichen Konflikt handelte, bezeichnete die niederländische Regierung die Militäreinsätze in der Kolonie im Juli/August 1947 und von Dezember 1948 bis Januar 1949 als „Polizeiaktionen“. Die Truppen der Königlich Niederländisch-Indischen Armee wurden mit Freiwilligen und Wehrpflichtigen aus den Niederlanden verstärkt. Die Militäreinsätze hatten jedoch nicht den gewünschten Erfolg und mündeten vereinzelt in Gewaltexzesse an republikanischen Kämpfern und Zivilisten. Erst unter dem Druck der Vereinten Nationen akzeptierten die Niederlande schließlich die Unabhängigkeit Indonesiens. Am 27. Dezember 1949 unterzeichnete Königin Juliana die Souveränitätsübergabe.

Der Verlust der indonesischen Kolonie wird heute als eine der wichtigsten langfristigen Folgen des Krieges für die Niederlande betrachtet. Das Land musste nach dem Ende der Kolonialzeit seine Rolle in der Welt neu definieren. Nach der Beilegung des

Konflikts über Indonesien gaben die Niederlande ihre frühere neutrale Haltung auf und orientierten sich stärker an den westlichen Staaten. Sie nahmen die Marshall-Plan-Hilfe der USA an, der ökonomische Wiederaufbau ging rasch voran und wurde zur Grundlage für das niederländische „Wirtschaftswunder“ der folgenden Jahre. Die Errichtung eines Sozialstaates wurde unter der Regierung aus Partei der Arbeit und Katholischer Volkspartei mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Willem Drees, die von 1948 bis 1951 bestand, weiter vorangetrieben. Dennoch gerieten die deutsche Besatzung, die Befreiung und die Konflikte in den folgenden Jahrzehnten nicht in Vergessenheit. Sie bildeten lange Zeit den moralischen Maßstab zur Bewertung gesellschaftlicher Konflikte, indem das Goed-fout-Schema später auf andere Konflikte übertragen wurde, und sorgen bis heute für gesellschaftliche Debatten.



← 106

**Tagebuch von Maria Trees Schretlen  
über die Befreiung Nimwegens**

Nimwegen, September 1944 – Februar 1945

Das Tagebuch beschreibt den Kampf um die Stadt Nimwegen aus der Sicht einer jungen Frau. Im September 1944 starteten die Westalliierten die Operation „Market Garden“, in deren Verlauf die südlichen Niederlande befreit wurden. Weiter nördlich blieb die Offensive jedoch stecken. In einem Schulheft hielt die 18-Jährige ihre Erlebnisse fest: das Warten im Luftschutzkeller, die Zerstörung der Stadt und die Freude über die Ankunft der Befreier. Sie verzierte ihr Tagebuch mit Kaugummipapier und Stoffaufnähern – Dingen, die sie von alliierten Soldaten geschenkt bekommen hatte.

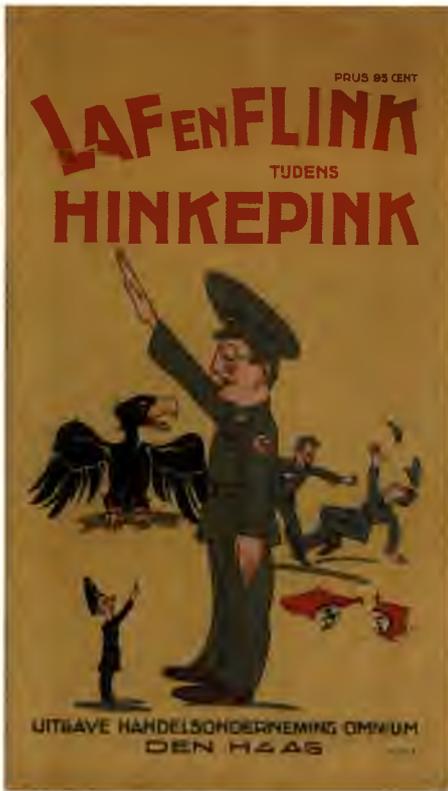
107 →

**„Nationaler Festrock“**

Niederlande, nach 1945

Mies Boissevain kreierte 1945 den „nationalen Festrock“. Sie war Mitglied einer Kommission, die Richtlinien für die Befreiungsfeierlichkeiten erarbeitete. Sie schlug vor, dass alle Niederländerinnen ein solches symbolisches Kleidungsstück herstellen und bei den Feiern tragen sollten. Der Rock sollte aus Stoffresten mit einer persönlichen Bedeutung bestehen und mit wichtigen Daten bestickt sein. Rund 4000 Frauen folgten der Initiative. Mies Boissevain wollte die „Einheit in Vielfalt“ zeigen und das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl stärken.





← ↓ 108

„Feige und tüchtig unter Seyß-Inquart“  
Den Haag, 1945

Das Brettspiel wurde nach der Befreiung herausgegeben. Es stellt in überzeichneter Art „richtige“ und „falsche“ Verhaltensweisen während der deutschen Besatzung dar. Die Sicht vieler Niederländer auf diese Zeit war zunächst wenig differenziert: Die meisten seien „goed“ (gut) gewesen, nur einige wenige hätten gemeinsame Sache mit dem Feind gemacht und seien „fout“ (falsch oder schlecht) gewesen. Die Erkenntnis, dass die große Mehrheit der Bevölkerung eher zur „grauen Masse“ gehört und sich unter den Besatzern eingerichtet hatte, setzte sich erst in den folgenden Jahrzehnten durch.

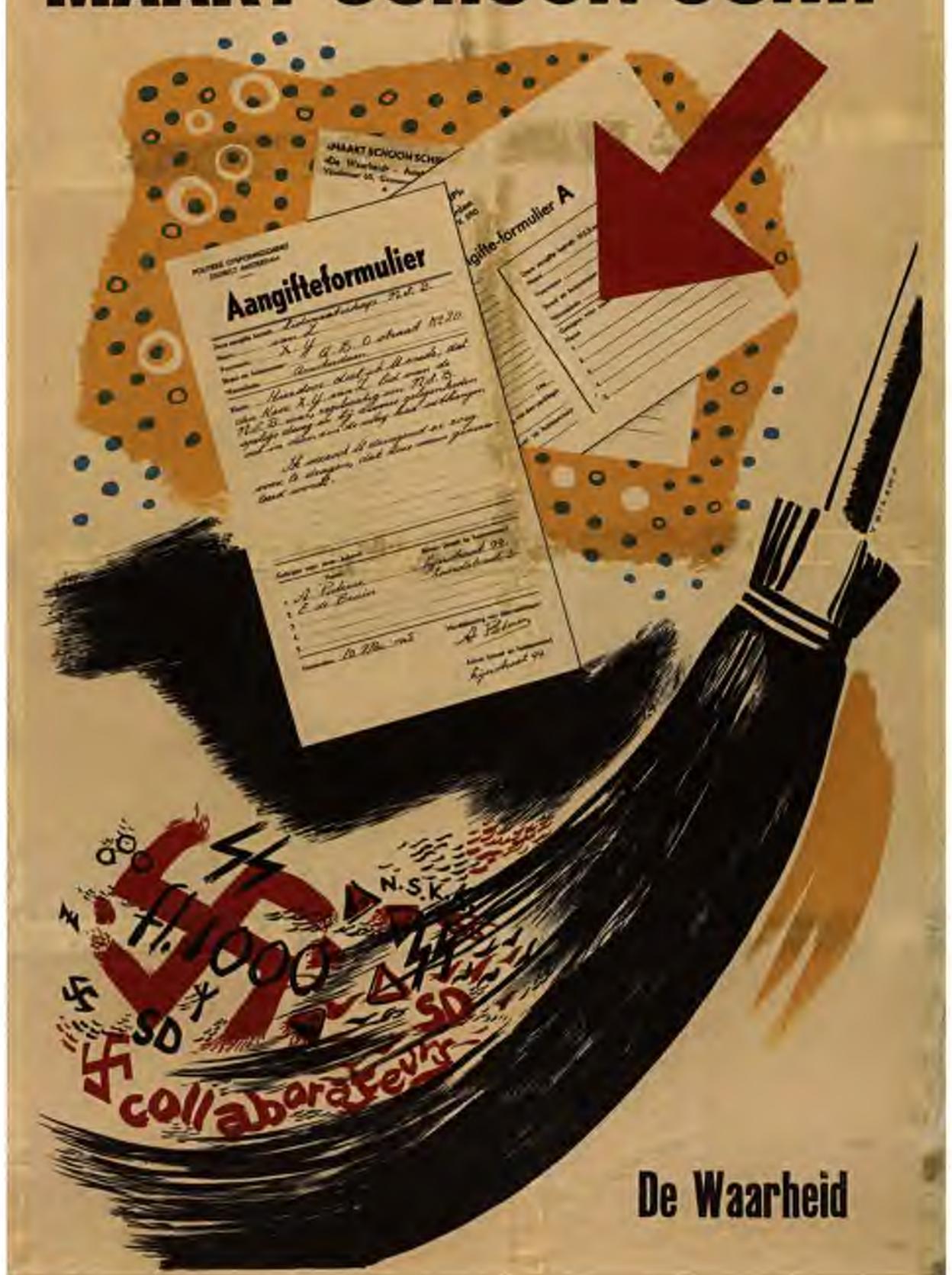
109 →

„Macht klar Schiff“  
Niederlande, 1945

Die kommunistische Zeitung „De Waarheid“ forderte mit dem Plakat die schnelle Bestrafung von niederländischen Nationalsozialisten und Kollaborateuren. Dies entsprach den Vorstellungen vieler Niederländer nach dem Krieg. In der Praxis erwies sich eine rasche und gerechte Ahndung jedoch als schwierig.



# MAAKT SCHOON SCHIP



De Waarheid



← 110

**„Aus Dankbarkeit für Hilfe in schwierigen Zeiten“, Erinnerungsteller**

Kampen, nach 1944

Gerhardus Wind war als politischer Häftling im KZ Vught interniert gewesen, weil er gegen den Einsatz niederländischer Beamter in Deutschland protestiert hatte. Nach seiner Entlassung ließ er mehrere Schmuckteller anfertigen. Er übergab sie Verwandten und Bekannten, die ihn während der Haft mit Paketsendungen unterstützt hatten.

↓ 111

**Schuhmacherkiste von Julius Gold**

Region Utrecht, 1940er Jahre

Die Familien Steenaart und Gold waren gute Nachbarn gewesen. Bevor seine Familie im April 1943 deportiert wurde, hatte der Schuhmacher Julius Gold den Steenaarts seine Werkzeugkiste zur Verwahrung gegeben. Nach Kriegsende warteten die Steenaarts vergeblich darauf, dass die Golds ihr Eigentum abholten. Gerda Gold und ihr Sohn Lothar waren in Sobibór ermordet worden, der Vater war in einem Außenlager von Mauthausen umgekommen. Fast drei Viertel der Juden aus den Niederlanden wurden ermordet. Dies war ein deutlich höherer Anteil an der jüdischen Bevölkerung als in anderen westeuropäischen Ländern.



10

Les Belges remercient  
votre chef américain

VII - 14 FEB 1945

## Belgien



# 10

Christoph Brüll

## **Belgien – Bewegte Nachkriegszeit mit schwierigem Erbe**

„Sie sind da!“, der Jubel über die Befreiung des Landes Anfang September 1944 war groß. Die Nachkriegszeit in Belgien sollte jedoch von etlichen Spannungen geprägt sein. Die Bevölkerung war gespalten angesichts der Konflikte um die Rückkehr des Königs sowie die in der flämischen und der wallonischen Sprachgruppe unterschiedlich wahrgenommene Besatzungszeit und die Verfolgung der Kollaboration. Diese Auseinandersetzungen standen einer politischen Stabilisierung entgegen. Gleichzeitig erlebte Belgien einen deutlichen wirtschaftlichen Aufschwung und orientierte sich in der Außenpolitik weg von seiner traditionellen Neutralität hin zu einer Einbindung in westliche Bündnisse.



← 112

**Amerikanische Truppen  
überqueren die Maas mithilfe  
einer Bootsbrücke**

Lüttich, 1944

„Ils sont là!“/„Zij zijn daar!“, schallte es hunderttausendfach in den ersten Septembertagen 1944, als die alliierten Truppen nach und nach das belgische Staatsgebiet befreiten. In Brüssel war es die „Brigade Piron“, der in Großbritannien aufgestellte Nukleus einer neuen belgischen Armee, die als erste in die Hauptstadt einzog. Politisch stand die Befreiung jedoch unter schwierigen Vorzeichen. Das lag zunächst an der Anwesenheit alliierter Truppen im Land, welche die Erfordernisse der weiteren Kriegführung über belgische Belange stellten, aber auch an der Herausforderung, die öffentliche Ordnung nach der Befreiung aufrechtzuerhalten. Das staatliche Gewaltmonopol wurde erst im Winter 1944 endgültig wiederhergestellt. Die Entwaffnung des Widerstands gestaltete sich schwierig. Zudem war es in den ersten Wochen nach der Befreiung im Rahmen von „wilden Säuberungen“ zu Übergriffen auf tatsächliche oder vermeintliche Kollaborateure gekommen. Erst ein Gesetzeserlass vom 20. September 1945 bewirkte Straffreiheit für „Verstöße, die bis zum 40. Tag nach der Befreiung eines Ortes“ begangen worden waren, und amnestierte diejenigen, die in diesem Zusammenhang schon zu einer Gefängnisstrafe von weniger als fünf Jahren verurteilt worden waren.

In Belgien kam es im Gegensatz zu Frankreich nicht zu einer Verfassungsrevision. Auf Regierungsebene traten allerdings schnell Spannungen zwischen jenen Ministern, die in London der Exilregierung angehört hatten, und den während des Krieges im Land verbliebenen Politikern auf. Nach einer

Regierungsumbildung Ende September 1944 blieben nur noch fünf der Exil-Minister im Amt. Bis zu den Wahlen von 1949 gehörten nur die Sozialisten allen Kabinetten an, während Christlich-Soziale, Liberale, Kommunisten und die aus dem Widerstand hervorgegangene Union Démocratique Belge (UDB) nur zeitweilig an der Regierung beteiligt waren. Die ganz im Zeichen der „Königsfrage“ stehenden Wahlen von 1949 waren die ersten, an denen die Belgierinnen teilnehmen durften, nachdem das aktive Frauenwahlrecht im Jahr 1948 eingeführt worden war. Das passive Wahlrecht für Frauen bestand seit 1920.

## Die „Königsfrage“

Über allen politischen Debatten der Nachkriegszeit schwebte die „Königsfrage“, in deren Zentrum das Verhalten des Königs während des Krieges stand. König Leopold III., der zugleich Oberkommandierender der belgischen Streitkräfte war, hatte die Kapitulation der belgischen Armee am 28. Mai 1940 auch als Kapitulation Belgiens betrachtet. Er war nicht der Regierung gefolgt, die zunächst nach Frankreich und später nach London ins Exil gegangen war. Die daraus resultierende Spaltung zwischen dem König und der Regierung bedeutete ein Novum in der belgischen Geschichte, da laut Verfassung jegliche Handlung des Staatsoberhauptes durch die Gegenzeichnung eines Ministers gedeckt sein musste. Der König hatte sich den Deutschen als „erster Gefangener“ gestellt und – offiziell – von jeder politischen



Tätigkeit Abstand genommen. 1944 waren er und seine Familie von der deutschen Besatzungsmacht nach Österreich verschleppt worden; nach Kriegsende begaben sie sich zunächst in die Schweiz.

Leopolds Verhalten während des Krieges und die Frage, ob er nach Belgien zurückkehren sollte, führten nach der Befreiung Belgiens zu heftigen innenpolitischen Debatten. Teile der Öffentlichkeit erhoben schwere Vorwürfe gegen ihn. So warf man Leopold ein Treffen mit Adolf Hitler im November 1940 vor, bei dem die Unabhängigkeit Belgiens in einem deutsch dominierten Europa Thema war. Zudem hatte Leopold während des Krieges – ohne die notwendige Zustimmung des Ministerrats – zum zweiten Mal geheiratet, was für Kritiker kaum mit dem Status eines Gefangenen zu vereinbaren war. Diese Auseinandersetzungen verhinderten eine Rückkehr des Königs. Das Parlament stellte am 21. September 1944 die „Unmöglichkeit“ des Königs „zu regieren“ fest und wählte Leopolds Bruder Karl zum Regenten.

Die politischen und öffentlichen Auseinandersetzungen darüber, ob Leopold nach Belgien und in sein Amt zurückkehren durfte, währten fünf Jahre. Erst im März 1950 sprachen sich in einer Volksabstimmung 58 Prozent der Belgier für seine Rückkehr aus. Die Mehrheit der Wähler in sieben der neun Provinzen stimmte für den König. Allerdings unterschieden sich die Wahlergebnisse in den Sprachgruppen des Landes deutlich voneinander: So stimmten 72 Prozent der Flamen, doch nur 48 Prozent der zweisprachig verwalteten Brüsseler und nur 42 Prozent der Wallonen für eine Rückkehr Leopolds auf den Thron. In Wallonien und in Brüssel kam es nach

Bekanntwerden des Ergebnisses zu gewalttätigen Ausschreitungen und Streiks. Unter dem Druck der Ereignisse trat Leopold am 31. Juli 1950 zurück. Sein Sohn Baudouin übte zunächst als Königlicher Prinz das Amt des Staatsoberhauptes aus und wurde 1951 König, nachdem er die Volljährigkeit erreicht und sein Vater endgültig auf den Thron verzichtet hatte.

Die „Königsfrage“ hinterließ tiefe Wunden bei der flämischen Bevölkerungsmehrheit, die sich einmal mehr von der Minderheit der französischsprachigen Belgier um ihren Willen betrogen sah.

Kurz nach der Regelung der „Königsfrage“ ging der sogenannte Schulstreit in eine neue, heiße Phase. In diesem Streit, der bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht, standen sich Verteidiger des staatlichen und Verfechter eines freien (zumeist katholischen) Unterrichtswesens gegenüber. Die sich hierin ausdrückende „Versäulung“ der belgischen Gesellschaft wurde erst in den 1960er Jahren aufgebrochen.

## Verfolgung und Ahndung der Kollaboration

Die Diskussion um das Verhalten des Königs während der Kriegszeit kann nicht losgelöst betrachtet werden vom Vorgehen des belgischen Staates gegen Kollaborateure. Die straf- und zivilrechtliche Ahndung der Kollaboration gehört bis heute zu den am emotionalsten diskutierten Themen der belgischen Vergangenheit. Daran hat auch die Versachlichung der Debatten durch historische Arbeiten seit den 1990er Jahren nicht viel ändern können. Insgesamt

**Demonstration von Königstreuen  
und Königsgegnern**

Brüssel, 28. Juli 1950

befassten sich belgische Kriegsgerichte zwischen dem 18. September 1944 und dem 31. Dezember 1949 mit 405067 Fällen, in denen den Beteiligten Kollaborationsvergehen vorgeworfen wurden. 58784 betrafen Personen, die sich freiwillig zum Arbeitsdienst im Deutschen Reich gemeldet hatte, die letztlich aber nicht verfolgt wurden. 346583 Verfahren wurden eröffnet, von denen 83,4 Prozent mit der Einstellung endeten. Die Justiz legte 57052 Aktenvorgänge zu 58140 Personen an. Es kam zu 53005 Verurteilungen (89 Prozent Männer, 11 Prozent Frauen) und 4736 Freisprüche; 399 Menschen wurden interniert. Die sogenannte bürgerliche Säuberung, die zum zeitweiligen oder dauerhaften Verlust der bürgerlichen Rechte führen konnte, betraf etwa 22000 Personen. Somit waren schließlich knapp 80000 Belgier oder 0,96 Prozent der Gesamtbevölkerung von politischen Säuberungsmaßnahmen betroffen. Das Strafmaß lag in den meisten Fällen unter fünf Jahren. Die Todesstrafe wurde in 1202 Fällen verhängt und 242 Mal vollstreckt – dies entsprach genau der Anzahl der „Geiselhäftlinge“, die die deutsche Besatzungsmacht hingerichtet hatte. 1963 Urteile erfolgten in Abwesenheit der Angeklagten. Das bekannteste Beispiel hierfür ist der Führer der wallonischen Kollaborationsbewegung „Rex“, Léon Degrelle, der sich 1945 nach Spanien absetzen konnte, wo er bis zu seinem Tod im Jahr 1994 unbehelligt von der Justiz lebte.

Aufgrund der immer wieder geänderten Gesetzesgrundlage ist die Zuordnung der Kollaborationsverfahren zu Deliktgruppen nicht immer zweifelsfrei möglich. Allerdings lässt sich festhalten, dass etwa 39 Prozent der Verurteilungen wegen politischer Kollaboration, 31 Prozent wegen militärischer Kollaboration, etwa 6 Prozent wegen Denunziation und etwa 1,5 Prozent wegen Wirtschaftskollaboration erfolgten. Die übrigen Verfahren wurden zumeist wegen politischer und militärischer Kollaboration in Tateinheit eröffnet. Für die belgische Nachkriegs-

**Baudouin bei der Eidesleistung  
vor dem Parlament**

Brüssel, 17. Juli 1951

geschichte entscheidend ist jedoch eine andere Aufschlüsselung der Verfahren, nämlich diejenige nach Bevölkerungsgruppen: 0,64 Prozent der Gesamtbevölkerung wurden wegen Kollaboration strafrechtlich verurteilt. Während in Flandern 0,73 Prozent der Bewohner verurteilt wurden, waren es in Wallonien nur 0,52 Prozent und im zweisprachigen Brüssel 0,56 Prozent. Obwohl die Geschichtswissenschaft in den 1990er Jahren zeigen konnte, dass der Vorwurf einer antiflämischen Stoßrichtung der Strafjustiz während der politischen Säuberungen nicht haltbar ist, wurde dies von flämischen Politikern immer wieder behauptet. Seit Beginn der 1950er Jahre wurden zwar viele Verurteilte zumindest teilweise rehabilitiert, aber generelle Amnestieforderungen sind nie ganz aus der politischen Debatte in Flandern verschwunden.

Ähnlich wie die Kollaboration war auch der Widerstand in Belgien ein Randphänomen. Ihm gehörten im Jahr 1944 zwischen 100000 und 150000 Personen an. Im Laufe des Krieges wurden 30000 Personen wegen Widerstandshandlungen verhaftet, davon die Hälfte im letzten Kriegsjahr; 15000 von ihnen ließen ihr Leben.

Die Nachkriegsdebatten um die Kollaboration und die politischen Säuberungen entwickelten sich regional unterschiedlich: Die flämische Bewegung solidarisierte sich mit den Opfern einer als unangemessen hart empfundenen Säuberung, während man sich im französischsprachigen Landesteil mit dem Widerstand identifizierte und ehemalige Kollaborateure aus der Gesellschaft ausschloss. Beide Haltungen und Meinungen hatten zwar mit der Realität nicht viel zu tun, bildeten jedoch sehr wirkungsvolle Erinnerungsdiskurse aus.

In der Nachkriegszeit wurden in Belgien auch drei Prozesse gegen ehemalige Mitglieder der deutschen Besatzungsmacht geführt. Zwei Prozesse in Lüttich und Charleroi betrafen Angehörige der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Belgien.



Der bekannteste Prozess fand in den Jahren 1950/51 statt. Er wurde gegen den ehemaligen Militärbefehlshaber für Belgien und Nordfrankreich, Alexander von Falkenhausen, und gegen den Chef der Militärverwaltung, Eggert Reeder, geführt. Diesen „Generalprozess“ dominierte die Frage nach dem Vorgehen der Militärverwaltung zum Erhalt der öffentlichen Ordnung im besetzten Belgien, womit er sich vor allem auf die Geislerschießungen konzentrierte. Die Judenverfolgung sowie Deportationen wurden nur am Rande erwähnt. Dabei gelang es den Angeklagten, den stark vereinfachten Standpunkt einer korrekt agierenden Wehrmacht im Unterschied zur radikalen SS zu vertreten, der in der Folge auch die historischen Darstellungen zur Besatzungszeit in Belgien prägte und erst in jüngerer Zeit infrage gestellt wurde. Von Falkenhausen und Reeder wurden schließlich zu zwölf Jahren Haft verurteilt, was unter Anrechnung der Untersuchungshaft dazu führte, dass sie Belgien drei Wochen nach der Urteilsverkündung verlassen konnten.

## Demografie und Wirtschaft

Bis 1945 starben von 8,4 Millionen Belgiern etwa 83 000 Menschen, unter ihnen auch Waffen-SS-Freiwillige aus allen Landesteilen und Wehrmachtssoldaten aus dem annektierten Eupen-Malmedy. In den Nachkriegsjahren lag die Geburtenrate deutlich über der Sterberate, was auch mit einem im europäischen Vergleich höheren Lebensstandard zusammenhing. Die belgische Industriinfrastruktur war 1945 weitgehend intakt, sodass Steinkohlegruben und Schwerindustrie nach der Befreiung ihre Produktion relativ schnell wieder aufnehmen und die hohe Nachfrage – vor allem der alliierten Truppen – nach kriegswichtigem Gerät befriedigen konnten. Darüber hinaus war auch der Hafen von Antwerpen – Belgiens Tor zur Welt – trotz der deutschen Luftangriffe nahezu unzerstört. Die Industrieproduktion erreichte bereits im Jahr 1947 wieder das Niveau der Vorkriegszeit.

Die Politik hatte zudem mit einer Währungsreform, die Finanzminister Camille Gutt schon im

Oktober 1944 durchgeführt hatte, eine wichtige Weichenstellung vorgenommen. Die zirkulierende Geldmenge wurde um fast zwei Drittel reduziert, um sie den realwirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Der Belgische Franken wurde Teil des Währungssystems von Bretton Woods und sein Wechselkurs damit an den des US-Dollars gebunden. Diese Maßnahmen wurden von einer umfassenden, mit Arbeitgebern und Gewerkschaften abgestimmten Sozialgesetzgebung flankiert.

Das schwerwiegendste ökonomische Problem der Nachkriegszeit stellte sich 1946 ein, als die deutschen Kriegsgefangenen das Land verließen. Die Folge war ein erheblicher Arbeitskräftemangel in den Bergwerken. Dieser wurde schließlich durch den Einsatz italienischer Gastarbeiter aufgefangen. Zudem versuchten die Nachkriegsregierungen, den Kohlepreis auf einem recht geringen Niveau zu halten, konnten aber nicht verhindern, dass die auf der ökonomischen Schwäche der Nachbarstaaten beruhende hohe Nachfrage zu einer Verteuerung führte. Diese sollte sich ab den späten 1940er Jahren als ein Wettbewerbsnachteil erweisen und später die Integration der belgischen Montanindustrie in die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) erschweren. Hier lassen sich die Vorzeichen des langen Niedergangs der belgischen Kohle- und Stahlindustrie erkennen, wie sich am Beispiel des Marshall-Plans zeigen lässt. Die Luxemburgisch-Belgische Wirtschaftsunion und der Belgisch-Kongo erhielten mit rund 576 Millionen Dollar weniger als fünf Prozent der amerikanischen Zahlungen. Tatsächlich sahen 1947 nur wenige Politiker und Unternehmer einen Bedarf für diese Mittel. Stattdessen plädierte man für die Stärkung der Finanzkraft von Schuldnerländern, um die belgische Exportindustrie zu stärken. Diese Entscheidung führte mittelfristig zu einer Überalterung der Industrieinfrastruktur, da zu wenig Investitionen getätigt wurden, sodass die belgische Wettbewerbsfähigkeit abnahm.

## Von der Unabhängigkeitspolitik zum Multilateralismus

Am 6. Dezember 1944 hielt Außenminister Paul-Henri Spaak vor der Abgeordnetenkammer eine Rede, die für die Konzeption der belgischen Außenpolitik wegweisend sein sollte. Sie griff einerseits Ideen auf, die von der Exilregierung in London entwickelt worden waren, und diente andererseits als Neubestimmung der Rolle Belgiens in der kommenden Nachkriegsordnung. Grundlage war Spaaks Überzeugung, dass die sogenannte Unabhängigkeitspolitik, d. h., die nach 1936 betriebene Rückkehr zur Neutralität, gescheitert war. An ihre Stelle sollte eine neue Außenpolitik treten, die Spaak am Beispiel eines dreistöckigen Hauses erläuterte, dessen Etagen er mit „kollektiver Sicherheit“, „europäischem Bündnis“ und „regionalen Zusammenschlüssen“ beschrieb.

Erste Schritte der Abkehr von der Neutralitätspolitik waren die von der Londoner Exilregierung geschlossenen Abkommen mit den USA und mit Großbritannien über Rohstofflieferungen aus dem Belgisch-Kongo. Die am 5. September 1944 unterzeichnete Zollunion Belgiens mit den Niederlanden und Luxemburg (Benelux) legte die Grundlage für eine neue Bündnispolitik. Sie beruhte auf ebenfalls in London geschlossenen Währungsabkommen (1943) mit den Niederlanden, die dann zu einer Wirtschaftsunion ausgeweitet wurden (1944). Tatsächlich war es die politische Zusammenarbeit in diesem Rahmen, die dem Handelszusammenschluss eine auch international wahrgenommene Attraktivität und den kleinen Ländern eine Stimme im Konzert der Großen verlieh.

Die kollektive Sicherheit stand naturgemäß auch im Mittelpunkt des belgischen Engagements bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco. Belgien gehörte im Juni 1945 zu den Gründungsmitgliedern des Staatenbundes. Spaak



war im Januar 1946 Vorsitzender der ersten Vollversammlung.

Hatte Spaak bis Ende 1946 noch auf eine Zusammenarbeit aller ehemaligen Alliierten des Zweiten Weltkriegs inklusive der Sowjetunion gehofft, nahm er im Juni 1947 ohne Zögern das amerikanische Angebot eines Europäischen Wiederaufbauprogramms („Marshall-Plan“) an. Auch wenn das Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung – im Gegensatz zu fast zeitgleichen Entwicklungen in Italien und Frankreich – aus innenpolitischen Gründen erfolgte, erreichte der Ost-West-Konflikt spätestens jetzt auch Belgien.

Der politische Zusammenhalt der Benelux-Länder wurde beim Zustandekommen der Westeuropäischen Union durch den Brüsseler Pakt im März 1948 noch deutlicher. So formulierten die drei Länder gemeinsam eine Abmilderung der antideutschen Stoßrichtung des Brüsseler Pakts und eine stärkere Ausrichtung am Ideal einer regionalen Kooperation über militärische Fragen hinaus.

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Misstrauens gegenüber der Sowjetunion trat Belgien im April 1949 trotz anfänglicher Skepsis als Gründungsmitglied der NATO bei. Damit wird eine weitere bedeutende Neuorientierung der Außenpolitik in der Nachkriegszeit sichtbar: Der Schwerpunkt der belgischen auswärtigen Beziehungen verlagerte sich deutlich in Richtung USA, was in Brüssel nicht als Gegensatz, sondern als Ergänzung zum europäischen Engagement des Landes gesehen wurde.

Seit Kriegsende engagierten sich zahlreiche Politiker, wie der ehemalige Premier- und spätere Außenminister Paul Van Zeeland, in der europäischen

Bewegung, die auf eine stärkere internationale Zusammenarbeit abzielte. Eine logische Folge war die Gründungsmitgliedschaft des Landes im Europarat. Eine engere politische Zusammenarbeit entwickelte sich insbesondere im Rahmen der Montanunion. Für viele Belgier war auch die Einbindung der jungen Bundesrepublik in einen westeuropäischen Zusammenhang eine den politischen Realitäten entsprechende Perspektive. Sie beruhte auf einer pragmatischen Sicht auf die internationale Situation, die über vorhandene antideutsche Ressentiments hinwegging und die belgische Deutschlandpolitik nach Kriegsende prägte.

Die Nachkriegspläne der belgischen Exilregierung hatten schon früh die Rolle eines besiegten Deutschland in der zu schaffenden Nachkriegsordnung thematisiert, aber auch Reparationsleistungen gefordert. Die belgische Armee stellte nach den vier Hauptsiegermächten das größte Kontingent bei den Besatzungstruppen in Deutschland. 60 Jahre lang waren belgische Soldaten im Rheinland und in Westfalen stationiert, zunächst als Besatzungstruppen, ab Mitte der 1950er Jahre im Rahmen von NATO-Verträgen.

Diese militärische Präsenz galt trotz aller Komplikationen als Instrument zur Sicherung der belgischen Interessen im besiegten Deutschland. Auch wenn einige Einflussgruppen eine territoriale Ausdehnung Belgiens bis zum Rhein oder zumindest die Nutzung der dortigen deutschen Industrieinfrastruktur forderten, legte sich die Regierung bereits im November 1946 auf eine moderate Reparationspolitik fest. Diese hatte lediglich die „Berichtigung“ des von Enklaven geprägten Grenzverlaufs zum Ziel, der durch die Abtretung Eupen-Malmedys an Belgien

**Der belgische Außenminister  
Paul-Henri Spaak kehrt aus dem  
Exil zurück**

Militärflughafen Evere bei Brüssel,  
8. September 1944

nach dem Ersten Weltkrieg entstanden war. Auch in der Deutschlandpolitik galt, dass eine geeinte Haltung den Benelux-Ländern zu einem Gewicht verhalf, das weitaus größer war als das der jeweiligen Länder für sich genommen. Umgekehrt verhinderte die unterschiedliche Einordnung der Erfahrung des deutschen Überfalls und der Besetzung von 1940 oftmals eine kohärente, einstimmige Politik. So markierte für Belgien eindeutig der August 1914, also der deutsche Einmarsch im Ersten Weltkrieg, die Zäsur in den belgisch-deutschen Beziehungen, wohingegen der Mai 1940 den entscheidenden Bruch für die niederländisch-deutschen Beziehungen bedeutete. Die den Benelux-Ländern nach langem Drängen zugestandene Beteiligung an der Londoner Sechsmächtekonferenz im Frühjahr 1948 war jedoch ein eindeutiger politischer Erfolg. Die Unterstützung für die Schaffung eines zukünftigen westdeutschen Staates sollte sich nicht zuletzt darin zeigen, dass Belgien – gemeinsam mit Dänemark – als erstes Land diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland aufnahm, nachdem diese im März 1951 wieder eine eigene auswärtige Politik betreiben durfte.

Der Ost-West-Konflikt und die europäische Integration bildeten den Rahmen für eine relativ rasche politische Annäherung der beiden Nachbarn. Zwei im September 1956 geschlossene bilaterale Verträge beinhalteten unter anderem die Regelung der offenen Grenzfragen und ein Kulturabkommen.

Innerhalb eines durch den Krieg überraschend wenig berührten Staatswesens konnten akute Probleme – wie die „Königsfrage“ oder die ökonomische Situation – in den ersten Jahren nach dem Krieg gelöst und die außenpolitische Position Belgiens auf eine vollkommen neue Grundlage gestellt werden. Andere, langfristige Probleme wurden jedoch bis zum Beginn der 1950er Jahre verdrängt. So blieben der ideologisch begründete „Schulstreit“ und der immer

virulentere flämisch-wallonische Konflikt schwere Belastungen für das kleine Königreich. Die Festlegung einer Sprachengrenze in den Jahren 1962/63 markierte in dieser Hinsicht sowohl den Schlusspunkt der Nachkriegszeit als auch den Beginn des Weges zu einem neuen bundesstaatlichen Belgien.





← 117

**Mit Flaggen der alliierten Nationen bestickte Jacke**

Belgien, 1944

Das Vorrücken der Alliierten von Nordfrankreich her ließ die Belgier auf ihre baldige Befreiung hoffen. Viele bereiteten sich heimlich auf den Empfang der alliierten Truppen vor. Als diese in den ersten Septembertagen 1944 große Teile des Landes befreiten, waren viele Häuser mit Flaggen geschmückt. Auch diese bestickte Jacke ist Ausdruck der Freude über die Befreiung.

118 →

**Ratsche mit den Flaggen Belgiens und Großbritanniens**

Brüssel, 1944

Mit solchen Ratschen begrüßten die Einwohner Brüssels die britischen Soldaten. Der Besitz belgischer Flaggen war unter der deutschen Besatzung verboten. Der Erfinder dieser Ratsche hatte bereits im Februar 1944 das Patent beantragt, rund vier Monate vor der Landung alliierter Truppen in Nordfrankreich. Dabei hatte er verschwiegen, welchem Zweck das Instrument dienen und welche Flaggen darauf gezeigt werden sollten.



119 →

**Teniersplaats in Antwerpen nach einem Luftangriff der deutschen Wehrmacht**

Antwerpen, 27. November 1944

Der größte Teil Belgiens einschließlich der Hafenstadt Antwerpen war seit September 1944 befreit. Ab Oktober griff die Wehrmacht Antwerpen mit sogenannten Vergeltungswaffen (V-Waffen) an. Allein bei dem Luftangriff Ende November starben 128 Menschen, weitere 196 wurden verletzt. Insgesamt trafen rund 1200 Marschflugkörper (V1) und Boden-Boden-Raketen (V2) die Stadt. Um das weitere Vorrücken der Alliierten zu stoppen, begannen die Deutschen im Dezember einen Großangriff in den Ardennen. Teile Belgiens wurden von Wehrmacht- und SS-Verbänden kurzfristig zurückerobert.



← 120

**Beschädigte Taschenuhr von Adjutant Van Lierde**

Region Stavelot, 1945

Minen und Blindgänger stellten nach dem Krieg in allen ehemals umkämpften Gebieten eine große Gefahr dar. Der belgische Soldat Van Lierde starb am 20. August 1945 bei dem Versuch, eine Mine zu entschärfen. Die Taschenuhr trug er bei sich. Für die Räumung von Minen waren belgische Armeeangehörige im Londoner Exil ausgebildet worden. Seit September 1944 wurden diese Kommandos in den Ardennen und an der Nordseeküste eingesetzt. Auch deutsche Kriegsgefangene wurden für diese Aufgabe herangezogen.



# ***VOLKSRAADPLEGING!***

ÉDITEUR RESPONSABLE : MARCHAL MAURICE - 89, AV. DES ARCHIDUCS - BOITSFORT

VERU VAN ZIEGEL

IMR COOP OUVRIÈRE - 69, AV. RÈVE D'OR - LA LOUVIÈRE

← 121

**„Volksabstimmung“ – Plakat zur „Königsfrage“**

La Louvière, 1950

Die „Königsfrage“ verschärfte den Gegensatz zwischen Französisch sprechenden Wallonen und Flämisch sprechenden Flamen. Bei der Volksabstimmung 1950 votierten nur 57,6 von 100 Belgiern für eine Rückkehr Leopolds III. Die Wahlergebnisse unterschieden sich in den Sprachgruppen des Landes deutlich voneinander: 72 Prozent der Flamen, 42 Prozent der Wallonen und 48 Prozent der zweisprachig verwalteten Brüsseler wollten den König wieder haben.

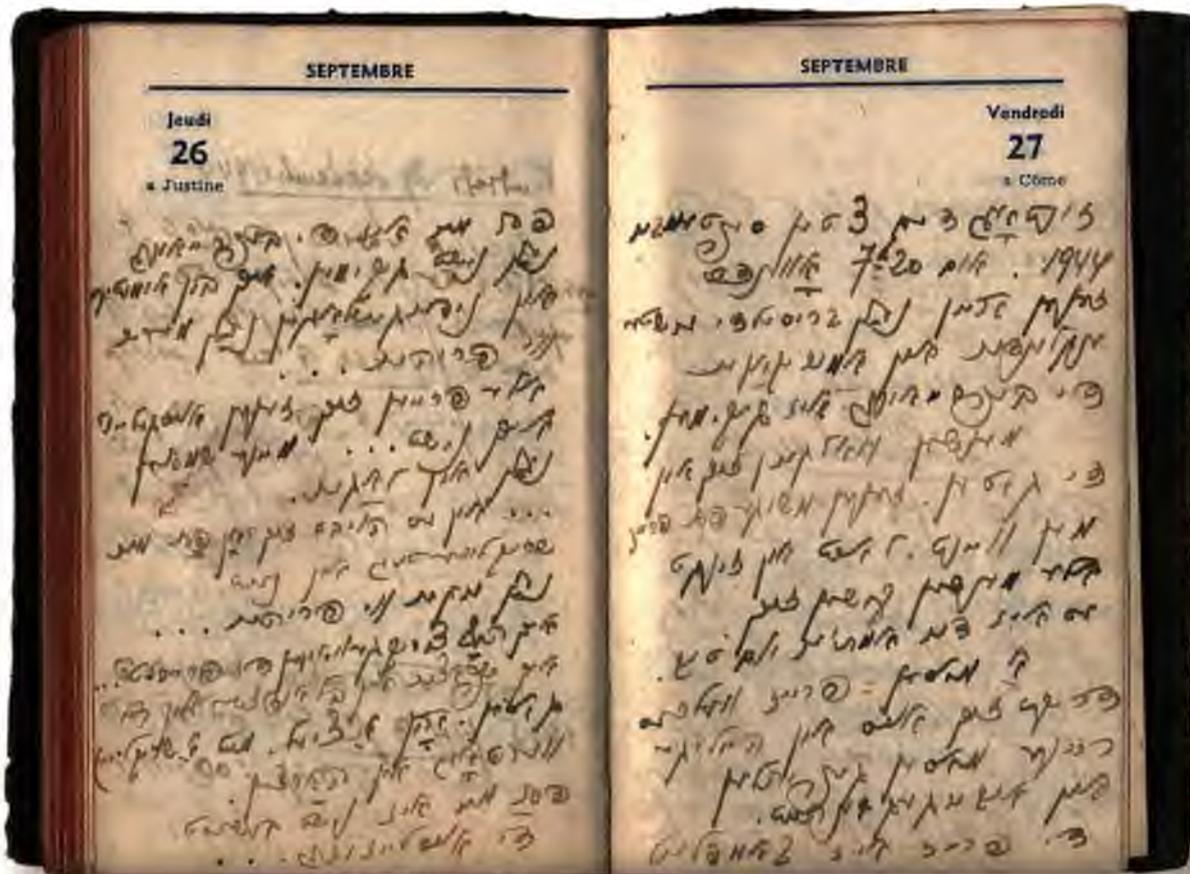
122 ↓

**10-Franc-Banknote, Belgisch-Kongo**

London, 11. November 1948

Die Bodenschätze und Ressourcen in der Kolonie Belgisch-Kongo waren auch nach dem Krieg eine wichtige Einnahmequelle für Belgien. Der Kongo, seit 1885 unter belgischer Kolonialherrschaft, gehörte zu den wirtschaftsstärksten Regionen Afrikas. Dabei entfielen 50 Prozent des Volkseinkommens auf die weißen Siedler, die gerade einmal ein Prozent der Bevölkerung ausmachten. 60 Prozent des Urans, das außerhalb der sowjetischen Einflussgebiete gewonnen wurde, stammten aus der Kolonie. Der Kongo errang 1960 seine Unabhängigkeit.





↑ 123

**Notizen von Léon Gronowski  
in jiddischer Sprache**

Belgien, 1943/44

Für Léon Gronowski bedeutete das Kriegsende keine Erleichterung. Ihn quälte die Sorge um seine Familie. Die Gronowskis hatten im September 1942 untertauchen müssen. Chana Gronowski und die Kinder wurden später verhaftet und nach Auschwitz deportiert. Léon Gronowski, der sich zu diesem Zeitpunkt im Krankenhaus befand, entging der Verhaftung. Der Sohn Simon konnte aus dem Deportationszug entkommen und versteckt überleben. Léon Gronowskis Frau Chana und seine Tochter Ita kehrten jedoch nie zurück. Léon Gronowski starb am 9. Juli 1945.

124 →

**„Galeerensträflinge der Ehre.  
Der Weg nach Buchenwald“**

Brüssel, 1945

Der Schwarz-Weiß-Film schildert das Schicksal belgischer Kriegsgefangener im KZ Buchenwald die sich 1945 am bewaffneten Aufstand der Häftlinge beteiligt hatten. Unmittelbar danach war das Lager von amerikanischen Soldaten befreit worden. Buchenwald nahm in der belgischen Kriegserinnerung einen zentralen Platz ein. Zahlreiche belgische politische Gefangene waren dort inhaftiert gewesen.



Présenté

UN FILM DE E. G. DE MEYST



RENE HERDE · ANDRE GEVREY · MARCEL JOSZ  
 WERNER DEGAN · JOSEPH GEVERS · HUBERT DAIX · MAURICE AUZAT  
 ANNE-MARIE FERRIERES · SYLVIANE RAMBOUX  
 et MYRIAM de COUNE



Scenario:  
 HERMAN CLOSSON

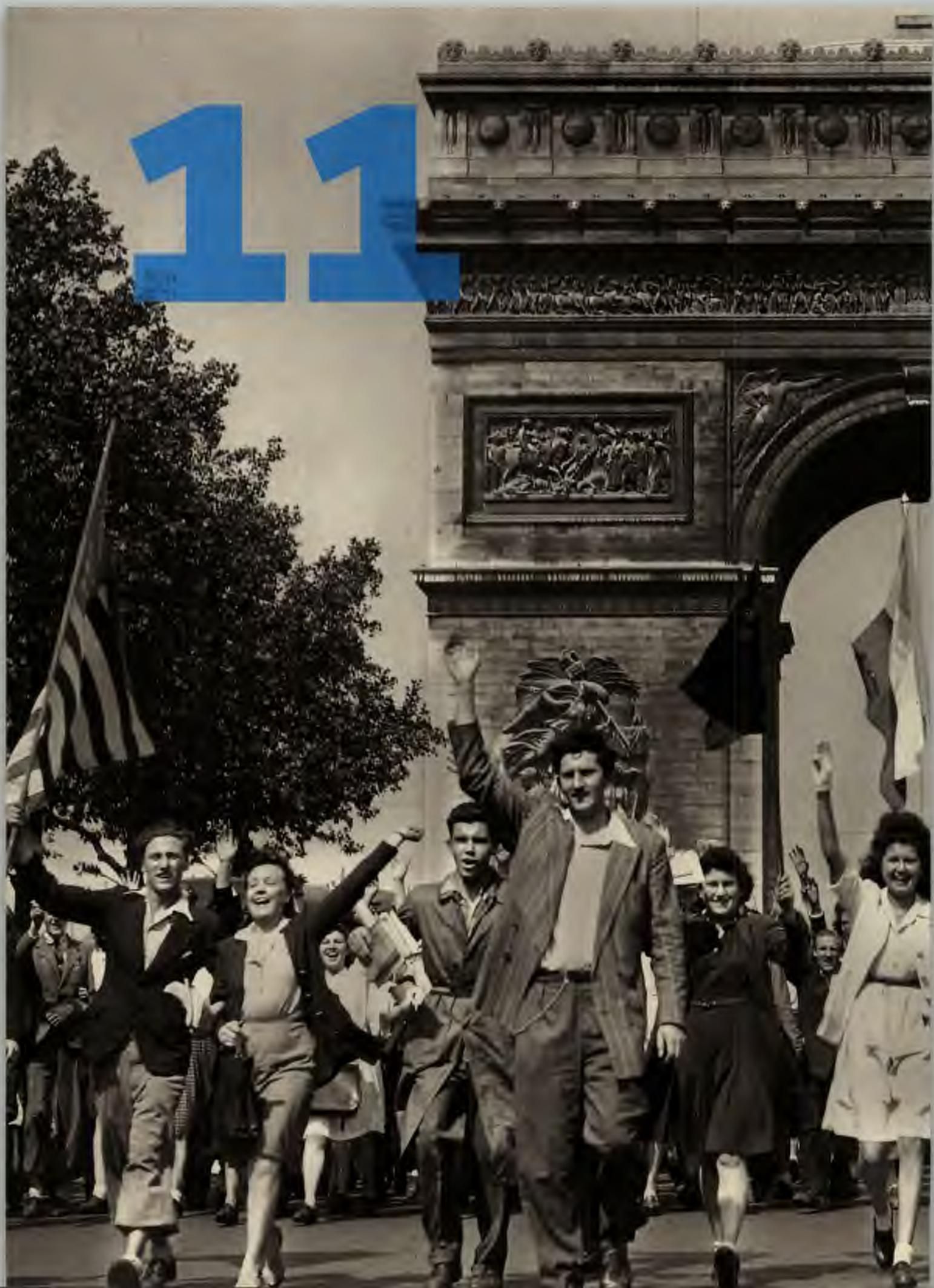
**EEREGALENBOEVEN**

**"DE WEG NAAR BUCHENWALD"**

Illustration: J. de Meyst

Imp. J.B. VAN DER WERF, Brussel

11



# Frankreich



# 11

Verena Paetow

## **Frankreich – Nach Kollaboration und Résistance**

Die Begeisterung über die Befreiung Frankreichs wich bald der Ernüchterung. Die Bevölkerung betrauerte etwa 400000 Tote. Die Kollaborationspolitik des Vichy-Regimes einerseits und andererseits der Widerstand, der sich gegen die deutschen Besatzer und die Zusammenarbeit mit dem Feind richtete, hatten die französische Gesellschaft tief gespalten. Die Rückkehr zur republikanischen Staatsform, der Aufbau zerstörter Landesteile und eine industrielle Modernisierung prägten die ersten Nachkriegsjahre. Für die französischen Kolonien begann mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Prozess der Ablösung von Frankreich.



← 125

### Die Ruinen von Oradour-sur-Glane

Oradour-sur-Glane, nach 1944

Die Befreiung Frankreichs begann 1944, als alliierte Truppen am 6. Juni an der Küste der Normandie und am 15. August in der Provence landeten. Von Nordwesten und von Süden stießen sie ins Landesinnere vor. Während die Vichy-Regierung mit den Deutschen kollaboriert hatte, arbeitete der französische Widerstand bei der Befreiung mit den Alliierten zusammen. Charles de Gaulle bildete im Juni 1944 in Algier eine Provisorische Regierung. Die Résistance stand am Ende des Krieges auf der Seite der Sieger. Anfang 1945 erkannten die USA, Großbritannien und die Sowjetunion Frankreich als vierte alliierte Siegermacht an.

## Die Folgen von Krieg und Besatzung

Mit der Besetzung Nordfrankreichs und der Atlantikküste im Juni 1940 waren große Teile Frankreichs in den deutschen Machtbereich gefallen. Im unbesetzten Süden des Landes hatte sich unter Marschall Philippe Pétain der in Abkehr von republikanischen Traditionen autoritär geprägte État Français etabliert. Das Vichy-Regime, benannt nach der Stadt, in der sich die neue französische Regierung niedergelassen hatte, kollaborierte offiziell mit den nationalsozialistischen Besatzern, auch nachdem deutsche Truppen ab 1942 fast das ganze Land besetzt hatten.

Die Landung der alliierten Truppen an der Küste der Normandie am 6. Juni 1944 war einer der ent-

scheidenden Schritte zur Befreiung Frankreichs. Ein weiterer Vorstoß erfolgte von der Mittelmeerküste nach Norden. Paris wurde im August 1944 von Mitgliedern des bewaffneten französischen Widerstands (Résistance) sowie der unter alliierter Kommando stehenden französischen Panzerdivision unter General Philippe Leclerc befreit. Im März 1945 wurden die letzten Wehrmachtstruppen aus dem Elsass verdrängt. Außer in kleinen Gebieten an der Atlantikküste war der Krieg auf französischem Territorium beendet.

Der Abzug der deutschen Truppen wurde von der Bevölkerung enthusiastisch gefeiert. Doch die Folgen von Kriegshandlungen, vier Jahren Besatzung und der von den Deutschen begangenen Verbrechen hatten tiefe Spuren hinterlassen. Viele Menschen trauerten um verlorene Angehörige und bangten um diejenigen, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt oder in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert worden waren. Auch das Schicksal der fast eine Million Soldaten, die sich 1945 in deutscher Kriegsgefangenschaft befanden, war noch ungewiss.

Die Zahl der Vermissten und Toten aus Frankreich während des Zweiten Weltkriegs wurde in einer offiziellen Bilanz von 1948 mit 600 000 angegeben. Neuere Schätzungen gehen von etwa 400 000 Toten aus. Bis Kriegsende starben bei Kampfhandlungen etwa 150 000 französische Soldaten. Weitere 21 000 kamen in deutscher Kriegsgefangenschaft ums Leben. In der Zahl der getöteten Soldaten inbegriffen

sind auch Angehörige der französischen Kolonialtruppen sowie zur Wehrmacht zwangsrekrutierte Männer aus dem Elsass und aus Lothringen, von denen viele an der Ostfront fielen, sowie jene, die sich freiwillig Einheiten der Waffen-SS angeschlossen hatten.

Etwa 100 000 Zivilisten wurden in Frankreich bei Bombenangriffen und Kampfhandlungen getötet. Überdies verübten Angehörige der Waffen-SS, teils auch der Wehrmacht, mehrere Massaker an der französischen Zivilbevölkerung, so etwa in dem Ort Oradour-sur-Glane, wo 642 Männer, Frauen und Kinder ermordet wurden.

Etwa 15 000 Mitglieder oder Unterstützer des Widerstands sowie Zivilisten wurden von den deutschen Besatzern getötet, teilweise unter Beteiligung von französischer Miliz und Bereitschaftspolizei. Etwa 4 600 Menschen wurden erschossen, weil sie von deutschen Militärgerichten zum Tode verurteilt oder Opfer der deutschen Geiselpolitik wurden, mit der Anschläge des französischen Widerstands auf Angehörige der deutschen Besatzungsorgane vergolten werden sollten.

Etwa 840 000 Franzosen kamen zum Arbeitseinsatz nach Deutschland, davon fast 650 000 im Rahmen des Zwangsarbeitsdienstes Service du travail obligatoire. Etwa 20 000 bis 40 000 von ihnen sind in Deutschland umgekommen.

Die Deutschen deportierten aus Frankreich 76 000 Juden und ermordeten die meisten im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, weitere 3 000 starben in Lagern in Frankreich. Etwa 90 Prozent der Deportierten waren ursprünglich nichtfranzösischer Herkunft. Sie waren Emigranten, die in den 1920er Jahren aus Polen, Russland oder Rumänien nach Frankreich eingewandert waren oder Juden, die vor den Nationalsozialisten aus Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei oder den besetzten Nachbarländern Belgien, den Niederlanden und Luxemburg nach

Frankreich geflohen waren. Nur etwa 2 500 Menschen konnten zurückkehren, viele wurden jedoch mit der Tatsache konfrontiert, dass sie die einzigen Überlebenden ihrer Familie waren.

Das deutsche Besatzungsregime hatte außerdem 87 000 Menschen aus Frankreich in Konzentrationslager deportiert, zwei Drittel von ihnen waren Mitglieder des Widerstands. Etwa 40 Prozent von ihnen kamen ums Leben.

Für jene, die aus der Lagerhaft oder von der Zwangsarbeit zurückkehrten, war ein Neuanfang oft nicht unproblematisch. Nach langer Abwesenheit gestaltete sich für manch einen die Rückkehr in die Familie als schwierig. Ehemalige Zwangsarbeiter sahen sich teilweise dem Verdacht der Kollaboration ausgesetzt, da sie sich dem Zwangsarbeitsdienst nicht entzogen hatten und nicht untergetaucht waren. Die Überlebenden der deutschen Konzentrationslager waren durch ihre traumatischen Erfahrungen geprägt und litten an den Folgen von Lagerhaft, mangelnder Versorgung und Misshandlungen. Viele von ihnen schwiegen im Privaten über ihre Erlebnisse, nicht zuletzt, da jene, die diese Erfahrungen nicht teilten, ihnen oft mit Unverständnis begegneten. Dennoch erfuhren sie – im Unterschied zu Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern – auf gesellschaftlicher und politischer Ebene eine besondere Anerkennung: Sie wurden als Helden des Widerstands geehrt.

In den ersten Nachkriegsjahren wurde kaum zwischen deportierten Résistance-Mitgliedern und denjenigen differenziert, die als Juden verfolgt worden waren. Das spezifische Schicksal der jüdischen Bevölkerung wurde meist ausgeblendet. Demgegenüber hatte nach den Jahren der Ausgrenzung – auch durch das Vichy-Regime – für die jüdischen Gemeinden die Wiedereingliederung in die Gesellschaft Priorität. Viele Juden, die keine französischen Wurzeln hatten, standen jedoch vor der Entscheidung, ob sie in Frankreich bleiben, in ihre Herkunftsländer zurückkehren oder nach Übersee emigrieren sollten.



Auch für die Flüchtlinge, die infolge des Spanischen Bürgerkriegs von 1936 bis 1939 nach Frankreich gekommen waren, stellte sich die Frage, ob sie zurückgehen oder bleiben sollten. Allein Anfang 1939 waren etwa 500 000 Menschen, Soldaten und Zivilisten, vor den faschistischen Truppen des Generals Francisco Franco nach Frankreich geflohen. Nach offiziellen französischen Angaben befanden sich im April 1940 noch etwa 167 000 spanische Exilanten im Land. Viele von ihnen kämpften auf der Seite des französischen Widerstands gegen die deutschen Besatzer. Die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr nach Spanien nach der Befreiung Frankreichs erfüllte sich jedoch nicht, aus dem temporären Exil wurde für viele ein dauerhaftes.

Die Repatriierung afrikanischer Kolonialsoldaten, die in den Reihen der französischen Armee für die Befreiung Frankreichs gekämpft hatten, gestaltete sich schwierig. Große Teile der französischen

Truppen waren in den französischen Kolonien in Nord-, West- und Zentralafrika sowie auf Madagaskar rekrutiert worden. Nach dem Krieg warteten viele in Durchgangslagern in Frankreich auf ihre Rückkehr. Die schlechte Bezahlung und die Aussicht auf niedrige Pensionen, doch auch die mangelnde Anerkennung für ihren Beitrag zur Befreiung des Mutterlandes schürten Unzufriedenheit. Die angespannte Stimmung führte zu wiederholten Zusammenstößen mit der französischen Lageraufsicht. Im Lager für Kriegsheimkehrer Thiaroye bei Dakar im Senegal kam es am 1. Dezember 1944 zu einem Aufstand von 1 280 demobilisierten afrikanischen Soldaten, weil ihnen ein Teil ihrer Bezahlung vorenthalten wurde. Der Aufstand wurde gewaltsam niedergeschlagen, Angehörige der französischen Kolonialarmee töteten nach offiziellen Angaben 35 der sogenannten Senegalschützen. Die genaue Zahl der Opfer des Aufstands ist bis heute ungeklärt.



## Die Rückkehr zur Republik

Das Vichy-Regime hatte unter dem Druck der französischen Niederlage und der Besetzung weiter Landesteile eine Politik der Kollaboration mit dem Deutschen Reich betrieben. Innenpolitisch hatte sich die Regierung unter Pétain von den Idealen der Republik abgewandt und eine „nationale Revolution“ ausgerufen. Die neue Regierung, die anfangs durchaus breite Unterstützung fand, verlor jedoch bald an Rückhalt in der Bevölkerung.

General de Gaulle, vormalig Staatssekretär der letzten republikanischen Regierung, lehnte die Politik von Pétain ab. Er gründete im Juni 1940 in London das Komitee Freies Frankreich und unterstützte von dort den französischen Widerstand. Vier Jahre später, am 3. Juni 1944, schlossen sich in Algier Mitglieder verschiedener Gruppierungen der Résistance zur Provisorischen Regierung der Französischen Republik unter de Gaulle zusammen. De Gaulle zog nach der Befreiung im August 1944 in Paris ein, im Oktober 1944 wurde die Provisorische Regierung auch von den USA, Großbritannien und der Sowjetunion

anerkannt. Die ersten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung fanden im Oktober 1945 statt. Erstmals durften dabei auch Frauen wählen. Parallel zur Wahl hatte sich die große Mehrheit der Franzosen in einem Referendum gegen die Rückkehr zur Verfassung der III. Republik entschieden. Die Debatte über eine neue Verfassung prägte in der Folgezeit das politische Geschehen. Die Mehrheit der Mitglieder der Nationalversammlung befürwortete nach der Erfahrung des autoritären Vichy-Regimes zunächst ein parlamentarisches Regierungssystem. De Gaulle hingegen favorisierte eine dominante Exekutive und eine herausgehobene Stellung des Staatspräsidenten. Er isolierte sich in diesem Streit und trat schließlich Anfang 1946 als Regierungschef zurück. Im andauernden Verfassungsstreit setzten sich schließlich die Befürworter einer starken Legislative durch, per Volksbefragung wurde die neue Verfassung der IV. Republik schließlich bestätigt. Sie trat am 27. Oktober 1946 in Kraft, der erste Staatspräsident der IV. französischen Republik wurde Vincent Auriol.

Die Kommunistische Partei spielte nach dem Krieg aufgrund ihrer tragenden Rolle im Widerstand und wegen ihrer großen Wahlerfolge zunächst eine wichtige politische Rolle. 1947 schieden die Kommunisten jedoch aus der gemeinsamen Regierung mit den Sozialisten und den Christdemokraten aus. Sie wurden im Zuge des beginnenden Kalten Krieges politisch zunehmend isoliert. Damit waren zwei wichtige Bewegungen der Résistance, die kommunistische und die gaullistische, nicht mehr an der Regierung beteiligt. Die Politik der folgenden Jahre war durch ein stark zersplittertes Parteienspektrum und häufig wechselnde Kabinette geprägt. Die IV. Republik endete 1958 mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung, die den Einfluss des Parlaments schmälerte und dem Staatspräsidenten eine gestaltende Rolle zuschrieb. Erster Präsident der V. Republik wurde de Gaulle.

## **Ahndung der Kollaboration: „Wilde“ und legale Säuberungen**

Nach der Befreiung identifizierten sich breite Teile der Bevölkerung mit der Résistance. De Gaulle stand für das widerständige und siegreiche Frankreich. Bereits kurz nach dem Einmarsch der deutschen Besatzer 1940 hatte er sich aus dem Londoner Exil über Radio BBC an die französische Bevölkerung gewandt: „Frankreich hat eine Schlacht verloren, aber nicht den Krieg!“ Diese Worte de Gaulles gelten bis heute als die Geburtsstunde der französischen Résistance. Nach der Befreiung schien de Gaulle die durch den Widerstand und die Kollaboration gesplittene französische Gesellschaft zu einen. Der die französische Gesellschaft jahrzehntlang prägende Mythos, demzufolge die Mehrheit der Franzosen die Résistance unterstützt habe, nahm hier seinen Anfang. Auch die Kommunistische Partei prägte zunächst das Bild der Résistance aufgrund ihrer Bedeutung im Widerstand und wegen der hohen Zahl an Todesopfern in ihren Reihen. De Gaulle konnte jedoch das Erbe der Résistance zunehmend für sich und seine politische Bewegung beanspruchen. Für die Politik der Kollaboration wurden hingegen nur Einzelpersonen verantwortlich gemacht.

In Frankreich stark umstritten und oft hoch emotional diskutiert waren die sogenannten wilden Säuberungen, die im Kontext der Befreiung stattfanden. Insbesondere die Bilder von Frauen, die öffentlichen Demütigungen ausgesetzt wurden, weil man ihnen Beziehungen zu Deutschen unterstellte, waren und sind bis heute präsent.

Auch die Zahl der etwa 8 000 bis 9 000 Tötungen bzw. der Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, insbesondere von Milizionären, Gendarmen und Politikern, war bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit umstritten. Etwa 80 Prozent der Tötungen



← 128

**Ein gestellter Kollaborateur  
wird geschlagen**

Rennes, August 1944

finden noch während der Besatzung statt. Darin inbegriffen sind auch Exekutionen, die durch improvisierte Kriegsgerichte der bewaffneten Widerstandsgruppierungen durchgeführt wurden, ebenso wie Attentate, die seit dem Sommer 1943 zur Strategie der Résistance gehörten. Diese Tötungen sind zeitlich zum Teil noch dem eigentlichen Kampfgeschehen zuzurechnen, das in Frankreich 1943/44 teilweise zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt hatte.

Erst nach und nach bildeten sich staatliche Strukturen für die Ahndung der Kollaboration heraus, die in Abgrenzung zur vorangegangenen „wilden“ als „legale Säuberung“ bezeichnet werden. Viele Franzosen, die für das Vichy-Regime tätig waren, wurden zur Rechenschaft gezogen. Bis heute wird allerdings kontrovers diskutiert, wie die Überprüfung des Staatsapparats und des öffentlichen Lebens auf belastete Personen einzuschätzen und im europäischen Vergleich einzuordnen ist. Die juristische Verfolgung von Angehörigen der Vichy-Regierung sowie der Milizionäre, hohen Beamten und Mitglieder von Institutionen des Vichy-Regimes oblag Gerichtshöfen, Zivilkammern und Militärgerichten. Die Hauptverantwortlichen des Vichy-Regimes wurden vor dem Hohen Gerichtshof wegen Hochverrats angeklagt.

Das Gericht verkündete 55 Urteile, darunter 18 Todesurteile, von denen drei vollstreckt wurden, so am ehemaligen Ministerpräsidenten des Vichy-Regimes, Pierre Laval. Der ehemalige Staatschef Marschall Pétain wurde 1945 zum Tode verurteilt, kurz darauf jedoch aufgrund seines hohen Alters von de Gaulle begnadigt. Das Todesurteil wurde in eine lebenslange Freiheitsstrafe umgewandelt.

Insgesamt drohte landesweit etwa 350000 Franzosen eine Anklage. Mindestens 1500 der von Gerichtshöfen und Militärgerichten wegen Kollaboration ausgesprochenen Todesurteile wurden vollstreckt. Rund 44000 Personen erhielten Gefängnisstrafen, über 50000 Personen verloren ihre bürgerlichen Ehrenrechte.

Aufgrund von Gnadenerlassen und Amnestien wurden jedoch längst nicht alle Strafen vollzogen. 1954 befanden sich nur noch etwa 1000 Personen in Haft. Auf die erste Phase der Verurteilung von Kollaborateuren in der unmittelbaren Nachkriegszeit folgte in Frankreich zunächst eine lange Zeit der Verdrängung von staatlicher und individueller Kollaboration. Die Priorität seitens der Politik lag mehrheitlich darauf, die Einheit der Gesellschaft möglichst zügig wiederherzustellen und das Land wiederaufzubauen.

Erst Ende der 1960er Jahre geriet das Bild eines Landes, das den Widerstand nahezu geschlossen unterstützt hatte, verstärkt ins Wanken.

## **Wiederaufbau und Modernisierung der Wirtschaft**

Frankreich hatte im Zuge der Landung der Alliierten in der Normandie bzw. an der Mittelmeerküste und während des Vormarsches starke Zerstörungen erlebt. Durch Luftangriffe und Kampfhandlungen waren 22000 Kilometer Bahnschienen und 11500 Brücken unbrauchbar, fast 2,4 Millionen Gebäude

129 →

**Ansichtskarte eines zerstörten Hauses**

Caen, 1944/45



lagen in Trümmern oder waren beschädigt. Städte wie Caen oder Le Havre in der Normandie waren zu 80 Prozent zerstört. Fünf Millionen Menschen waren obdachlos oder lebten in provisorischen Unterkünften. Eine große Gefahr stellten auch nach der Befreiung noch die von den Kriegsgegnern gelegten Minen dar. In über 50 Departements befanden sich mehr als zehn Millionen Minen im Boden. Die Räumung der Minen dauerte bis Ende 1947.

Während des Krieges hatten die deutschen Besatzer in großem Maße Ressourcen aus Frankreich für die eigene Kriegführung abgezogen. Nach der Befreiung hoffte die französische Bevölkerung, dass Materialengpässe und der Mangel an alltäglichen Gebrauchsgütern ein Ende haben würden. Doch der wirtschaftliche Wiederaufbau Frankreichs kam durch die Knappheit an Rohstoffen und Energieressourcen sowie aufgrund der stark beschädigten Infrastruktur nur langsam in Gang.

Viele Franzosen hatten Mühe, sich im Alltag mit Nahrungsmitteln, Bekleidung und Heizmaterial zu versorgen. Die Bewirtschaftung wichtiger Verbrauchsgüter mithilfe von Zuteilungskarten dauerte auch nach dem Ende der Besatzung fort. Nahrungsmittel, Kleider, Schuhe und Kohle wurden zum Teil bis 1949 rationiert. Auch die Einschränkungen beim Gebrauch von Gas und Strom wurden zunächst beibehalten. Der beschwerliche Alltag schürte die Unzufriedenheit vieler, im Laufe der ersten beiden Nachkriegswinter kam es häufiger zu Protesten und Demonstrationen, Ende 1947 folgte eine landesweite Streikwelle. Noch bis Anfang der 1950er Jahre spürte

die Bevölkerung die Konsequenzen von Krieg und Besatzung im täglichen Leben. Zudem musste Frankreich nicht nur die Kriegsfolgen beseitigen, sondern – anders als Deutschland – auch einen industriellen Rückstand aus der Vorkriegszeit aufholen. Für die wirtschaftliche Modernisierung setzte die Politik auf eine staatlich gelenkte Wirtschaftsplanung und die Nationalisierung zentraler Unternehmen. Erst ab den 1950er Jahren begann eine Phase des Wirtschaftswachstums und Massenkonsums, wovon jedoch nicht alle gesellschaftlichen Gruppen profitieren konnten.

## **Außenpolitik: Frankreich als Siegermacht**

Die französische Außenpolitik unter de Gaulle zielte darauf ab, Frankreich nach der Befreiung einen gleichberechtigten Platz neben den anderen Siegermächten zu verschaffen. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 hatten die Alliierten Frankreich als eine der zukünftigen Besatzungsmächte für Deutschland anerkannt. Zudem sollte Frankreich ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen werden.

Für eine starke Rolle in der Weltpolitik sah Frankreich seine Kolonien als unverzichtbar an. Der Zweite Weltkrieg hatte aber auch die Emanzipationsbewegungen in den kolonisierten Ländern und deren Unabhängigkeitsbestrebungen befördert. Dazu beigetragen hatten der zeitweilige Machtverfall Frank-

reichs sowie der Beitrag, den die Kolonien in Form von Truppen, Stützpunkten und Rohstoffen zum Sieg der Alliierten geleistet hatten.

Ein erster Schritt zur Dekolonisierung erfolgte in Indochina. Der Kommunist Hồ Chí Minh, Anführer der Unabhängigkeitsbewegung Việt Minh, rief 1945 die unabhängige Demokratische Republik Vietnam aus. Frankreich hielt hingegen an seinem Anspruch auf die Kolonie fest. Im 1946 beginnenden Indochina-Krieg erfuhr Frankreich 1954 eine Niederlage, womit die französische Kolonialherrschaft in Asien endete.

In Französisch-Nordafrika wurde der 8. Mai 1945 ein einschneidendes Datum der Unabhängigkeitsbewegung: Am Tag der deutschen Kapitulation fanden in Algerien Siegesfeiern statt, bei denen auch die Unabhängigkeit des Landes gefordert wurde. Während eines darauf folgenden Aufruhrs in der Provinz Sétif wurden rund 100 Franzosen getötet. Die brutale Niederschlagung der Aufstandsbewegung durch französische Armee und Milizen – bekannt geworden als Massaker von Sétif – forderte Tausende Tote. Der Widerstand gegen das französische Mutterland mündete 1954 im Algerien-Krieg, 1962 erlangte das Land seine Unabhängigkeit. Auch in den anderen französischen Kolonien gab es seit Kriegsende Unabhängigkeitsbestrebungen. Der Prozess der Dekolonisierung war vielfach von gewaltsamen Auseinandersetzungen begleitet.

De Gaulle und dem französischen Widerstand gegen die deutschen Besatzer und gegen das Vichy-Regime war es zuzurechnen, dass Frankreich nach dem Krieg als Siegermacht anerkannt wurde. Am 5. Juni 1945 wurde Frankreich mit der Berliner Deklaration eine Besatzungszone im Südwesten Deutschlands zugesprochen. Die Mehrheit der französischen Politiker favorisierte die Dezentralisierung Deutschlands, die Internationalisierung des Ruhrgebiets und die wirtschaftliche Angliederung der Saarregion an Frankreich.

Im Zuge der Westintegration der jungen Bundesrepublik Deutschland setzten sich in Frankreich letztlich die Befürworter eines europäischen Annäherungsprozesses durch. Der französische Außenminister Robert Schuman verkündete am 9. Mai 1950 die geplante Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion), zu deren Gründungsmitgliedern 1951 auch die Bundesrepublik Deutschland gehören sollte. Damit bezog Frankreich nur wenige Jahre nach dem Ende des Krieges den ehemaligen Kriegsgegner und Besatzer als Hauptpartner mit ein. Neben einer gewünschten Stärkung des französischen Einflusses auf den westeuropäischen Integrationsprozess war ein wichtiger Grund für diesen Schritt, mittels der Einbindung der Bundesrepublik in europäische Strukturen einer erneuten Bedrohung durch den Nachbarn vorzubeugen.



d!

*Le jour de Paris*

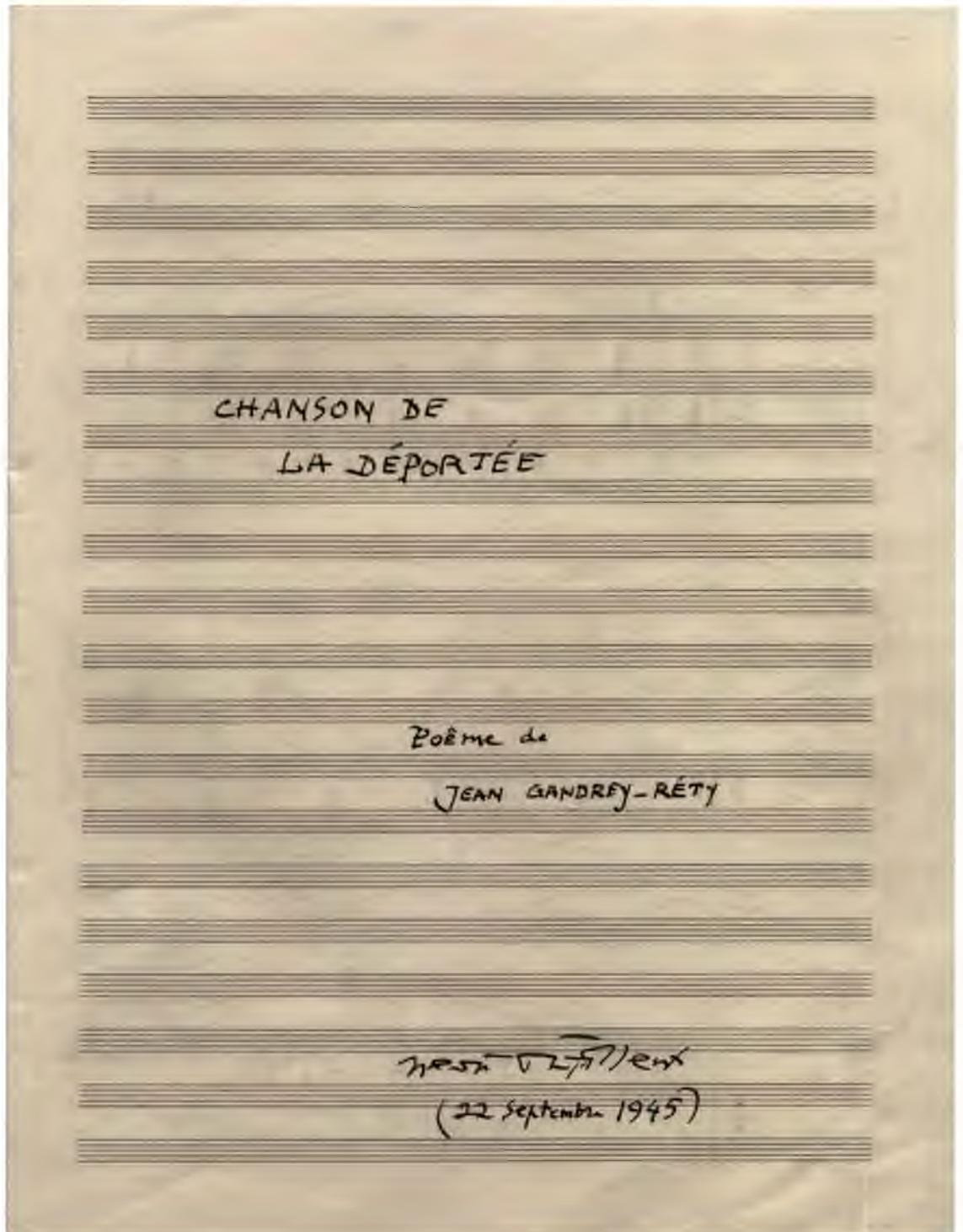
REFORMAIRE  
10 du 11 mai  
au 26 mai  
1945  
N° 10 - Nouvelle série

131 ↓

„Lied der Deportierten“

Frankreich, September 1945

Dieses Chanson handelt vom Leid der Deportierten, ihrer Einsamkeit und der Sehnsucht nach ihren Angehörigen. Der Theaterkritiker Jean Gandrey-Réty war als Résistance-Kämpfer im KZ Buchenwald inhaftiert und 1945 befreit worden. Die extremen Erfahrungen der politischen Häftlinge in den Konzentrationslagern wurden zum Symbol für das Leid der Franzosen überhaupt. Der KZ-Überlebenden gedachte man als Helden des Widerstands.



Handwritten musical score on aged paper, featuring a vocal line and piano accompaniment. The score is written in G major (one sharp) and 4/4 time. The lyrics are in French.

**System 1:**  
 Vocal: C'est en moi qu'est la clas-té  
 Piano: Accompaniment with chords and rhythmic patterns.

**System 2:**  
 Vocal: Là, je gende il-lim-ités tous les dés-seis à l'horizon, trou-ces les fleurs, ton-  
 Piano: Accompaniment with chords and rhythmic patterns.

**System 3:**  
 Vocal: -ta la joie et la chan-son de mon en-fant  
 Piano: Accompaniment with chords and rhythmic patterns. Includes performance markings: *scando*, *très lentem.*, *pp*, and *legato*.

**System 4:**  
 Piano: Final section of the accompaniment, ending with a double bar line and a fermata.



↑ 132

**Schreibmaschine „Torpedo“ mit hebräischer Tastatur**

Frankfurt am Main, vermutlich 1930er Jahre

Während der deutschen Besatzung verfassten jüdische Résistance-Kämpfer auf dieser Schreibmaschine illegale jiddische Flugblätter und Zeitungen. David Ertlich (Pseudonym David Diamant) bewahrte sie nach dem Krieg auf. Er war aus Polen nach Frankreich emigriert und im jüdischen Widerstand aktiv gewesen. In der Nachkriegsgesellschaft gab es zunächst wenig Aufmerksamkeit für die Singularität der Shoah oder den Widerstand von jüdischer Seite. In republikanischer Tradition wurde beim Gedenken an den Widerstand offiziell kein Unterschied hinsichtlich der Herkunft der Kämpfer gemacht.

133 ↓

**Minendetektor SCR-625-C der US-Armee mit Transportkoffer**  
USA, vor 1945

Trotz Warnungen wurden 1945 in Frankreich bei Minenexplosionen etwa 400 Zivilisten getötet und mehr als 500 verletzt. Mit Hilfe solcher Detektoren konnten vergrabene Minen aufgespürt werden. Die Räumung der insgesamt mehr als 10 Millionen Minen in über 50 französischen Departements dauerte bis Ende 1947. Etwa 3 000 französische Minenräumer wurden von Tausenden deutschen Kriegsgefangenen unterstützt. Über 2 000 Personen starben bei der Minenräumung.





← 134

**Festkleid für den Empfang eines  
Widerstandskämpfers**

Haute-Saône, 1944/45

Dieses Kleid in den französischen Nationalfarben mit dem Lothringer Kreuz des Widerstands nähte Suzanne Brûlé für ihre Tochter Jeanine. Sie sollte es bei der Rückkehr ihres Vaters tragen. Louis Brûlé hatte dem Widerstand angehört und war seit 1944 im KZ Struthof im Elsass inhaftiert. Er starb am 5. März 1945 in einem Außenkommando in Vaihingen. Viele Familien trauerten nach dem Krieg um Angehörige. In Frankreich waren etwa 400 000 Menschen ums Leben gekommen, darunter 100 000 Zivilisten.

135 →

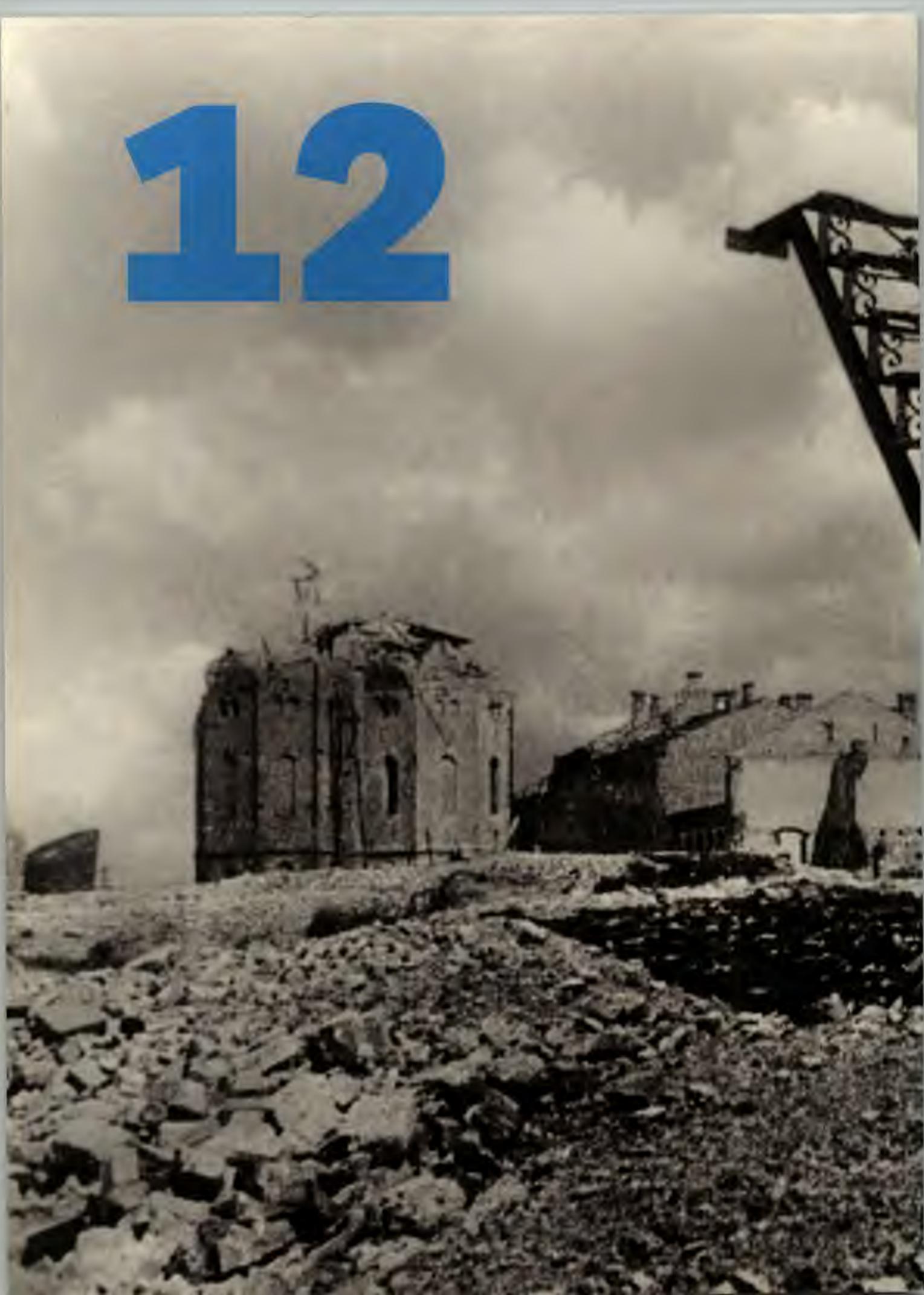
**Medaille zur Gründung der Europäischen  
Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)**

Paris, nach April 1951

Zunächst favorisierten französische Politiker mehrheitlich die Dezentralisierung Deutschlands, die Internationalisierung des Ruhrgebiets und die wirtschaftliche Angliederung der Saarregion an Frankreich. Am 9. Mai 1950 legte der französische Außenminister Robert Schuman einen Plan vor, der vorsah, die deutsche und die französische Montanindustrie einer gemeinsamen europäischen Behörde zu unterstellen. Der Plan mündete 1951 in der Gründung der EGKS, einem Wirtschaftsbund aus Benelux-Staaten, Frankreich, der Bundesrepublik und Italien. Die EGKS gilt als Vorläufer der Europäischen Gemeinschaft.



12





# 12

Jörg Ganzenmüller

## **Sowjetunion – Aufbruch und Stagnation in einem zerstörten Land**

Ganze Landstriche der Sowjetunion waren 1945 verwüstet, zahlreiche Städte zerstört. Die zivile Wirtschaftsproduktion lag darnieder. Mehr als 27 Millionen Menschen hatten im Krieg ihr Leben verloren. Das Land stand in jeglicher Hinsicht vor gewaltigen Aufgaben. Die sowjetische Führung nahm am ökonomischen System allerdings keine Veränderungen vor, da es sich nach ihrer Ansicht bei der Industrialisierung der 1930er Jahre und in der Kriegswirtschaft bewährt hatte. Damit blieben auch die Schwächen der zentralistisch organisierten Planwirtschaft bestehen. Widerstand gegen das Regime wurde drakonisch geahndet. Aufbaudynamik und politische Stagnation gleichermaßen prägten die ersten Nachkriegsjahre der Sowjetunion, ebenso wie eine stark vom Kalten Krieg beeinflusste Außenpolitik.



← 136

**Freudenfeier auf dem  
Roten Platz anlässlich der  
deutschen Kapitulation**

Moskau, 9. Mai 1945

Die Sowjetunion hatte im Zweiten Weltkrieg die schwerste Last der Anti-Hitler-Koalition getragen. Vom Tag des deutschen Überfalls am 22. Juni 1941 bis zum Sommer 1944 verlief die Front auf sowjetischem Territorium. Der militärische Sieg über die Wehrmacht war nur unter Anstrengung aller Kräfte erreicht worden und hatte enorme menschliche und materielle Verluste gefordert. Mehr als 27 Millionen sowjetische Bürger hatte der Krieg das Leben gekostet, zwischen vier und fünf Millionen waren zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden. Am 9. Mai 1945 hatte die Sowjetunion den Krieg zwar gewonnen, doch das Land, insbesondere der Westen, war zerstört und seine Bewohner waren ausgelaut.

Eine bereits 1942 eingerichtete Außerordentliche Staatskommission, die mit der Erfassung der Kriegsschäden beauftragt war, bezifferte in ihrem Abschlussbericht die Kriegsschäden auf 679 Milliarden Rubel, was damals 128 Milliarden US-Dollar entsprach. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass im Kriegsgebiet die Hälfte des städtischen und drei Viertel des ländlichen Wohnraums, ein Drittel der industriellen Produktionsanlagen und ein Viertel der Saatflächen verwüstet waren. In Weißrussland und in der Ukraine glichen ganze Regionen einem Trümmerfeld. Straßen, Schienen und Brücken waren zerstört, Gewerbe und Landwirtschaft lagen vollständig darnieder.

Das Land stand bei Kriegsende vor einer gewaltigen Aufgabe: Industrieanlagen mussten wieder aufgebaut, Infrastruktur wieder hergestellt und ganze

Gebiete wieder bevölkert werden. Auch politische Herrschaftsstrukturen mussten in den befreiten Gebieten nach mitunter dreijähriger deutscher Besatzung erst wieder etabliert werden. Hilfe von außen hätte nur die USA leisten können, doch angesichts des beginnenden Kalten Krieges gab es darauf keinerlei Aussicht. Stattdessen hielt man sich an den besetzten Territorien schadlos, insbesondere beim Kriegsverlierer Deutschland, aber auch in Österreich und in Polen. Auch wenn die Demontagen für die betroffenen Länder schmerzhaft waren, so konnten die Kriegsschäden damit nur begrenzt kompensiert werden: 90 Prozent des Wiederaufbaus musste die Sowjetunion aus eigener Kraft leisten.

## **Wiederaufbau eines zerstörten Landes**

Die sowjetische Industrie war durch den Krieg auf einen Entwicklungsstand zurückgeworfen worden, den man bereits in den 1930er Jahren überwunden hatte. Die wichtigsten Industriezentren, die sich im Westen des Landes befanden, hatten unter Besatzung und Kriegszerstörungen besonders gelitten. Hier lag das industrielle Produktionsvolumen bei nur noch 30 Prozent des Vorkriegsstands.

In den 1930er Jahren hatte der stalinistische Industrialisierungskurs auf den Ausbau der Schwerindustrie gesetzt und die Konsumproduktion vernachlässigt. Hieran knüpfte die sowjetische Führung

auch nach dem Krieg an. Der Fünfjahresplan für die Jahre 1946 bis 1950 sah 88 Prozent aller Investitionen für die Schwerindustrie und nur 12 Prozent für die Leichtindustrie vor. Infolgedessen befand sich die Schwerindustrie bereits 1948 wieder auf dem Niveau der Vorkriegszeit, die Leichtindustrie erreichte diesen Stand hingegen erst 1949/50. Auch wenn man die Kriegsverluste bei der Produktion innerhalb weniger Jahre aufgeholt hatte, so waren die Schäden in der Infrastruktur noch lange nicht behoben: Allein 65 000 Kilometer Eisenbahngleise mussten instand gesetzt werden. Auch der Lebensstandard der Menschen verbesserte sich in den ersten Nachkriegsjahren kaum, denn die Erfolge des industriellen Wiederaufbaus wurden, wie bereits in den 1930er Jahren, durch Konsumverzicht, hohe Arbeitsleistung und die Konzentration der Ressourcen auf industrielle Schlüsselbereiche erkaufte. Ein „Wirtschaftswunder“, das die Lebensverhältnisse der Menschen unmittelbar verbessert hätte, blieb in der Sowjetunion aus.

Auch die Landwirtschaft war in einer schweren Krise. Es gab kaum noch Vieh. Ein großer Teil der Traktoren und Mähdrescher war im Krieg zerstört und nicht nachproduziert worden. Deshalb mussten die Pflüge von Menschen, häufig von Frauen, gezogen werden. Auch nahm die ablehnende Haltung der Bauern gegenüber der kollektivierten Landwirtschaft in der Nachkriegszeit nicht ab; im Gegenteil, viele Kolchosbauern sahen sich durch die auferlegte Arbeitspflicht in die Zeit der Leibeigenschaft zurückgeworfen. Das Überleben sicherte in der Regel eine privat bewirtschaftete Parzelle, auf der die Bauern in ihrer Freizeit Gemüse anbauten und Kleinvieh hielten. Überschüsse verkauften sie auf Kolchosmärkten und erwirtschafteten so immerhin Einnahmen zum Kauf von Konsumgütern. Als es jedoch 1946 wegen starker Trockenheit eine Missernte gab, reagierte die Sowjetmacht wie bei vergleichbaren Hungersnöten der Vorkriegszeit. Um die Versorgung der Städte zumindest notdürftig aufrechtzuerhalten, presste

man den Bauern ihr letztes Saatgut ab. Die Folge war eine Hungersnot, die eine bis anderthalb Millionen Menschen das Leben kostete, insbesondere in der Ukraine, in Moldawien und an der unteren Wolga. Erst 1948 begann sich die Landwirtschaft allmählich von den Kriegsschäden zu erholen.

Eine weitere Herkulesaufgabe war der Wiederaufbau der zerstörten Städte. Schon in den 1930er Jahren herrschte ein großer Mangel an Wohnraum und die sanitären Verhältnisse waren katastrophal. Durch die Kriegszerstörungen hatte sich die Lage noch einmal deutlich verschlechtert. In den bereits überfüllten Gemeinschaftswohnungen (kommunalka), die sich mehrere Familien teilten, musste man nun noch enger zusammenrücken. Jenseits der Stadtzentren lebten die Menschen in ein- bis zweistöckigen Holzhäusern ohne Strom, fließendes Wasser oder Anschluss an die Kanalisation. Geheizt wurde mit kleinen Holzöfen, Wasser holte man von öffentlichen Pumpen und Brunnen. Da es kaum Kläranlagen gab, floss das Abwasser häufig ungefiltert in Flüsse und Seen und verseuchte das Trinkwasser. In den Hinterhöfen stapelte sich der Müll, da die städtische Verwaltung mit der Abfallbeseitigung nicht nachkam. Unter diesen Bedingungen gerieten alltägliche Verrichtungen zu einer zeitaufwendigen Tätigkeit. Auf dem Land war die Lage mitunter noch schlimmer. Hier mussten manche Menschen sogar in selbst gegrabenen und unbeheizten Erdhöhlen leben.

Die sowjetische Führung sah in den Kriegszerstörungen allerdings auch eine Chance. Man betrachtete das Trümmerfeld als Tabula rasa, auf der man nun ohne Rücksicht auf historische Baubestände die sozialistische Stadt der Zukunft errichten konnte. Städte wie Minsk wurden auf dem Reißbrett völlig neu geplant. Die sozialistische Stadt war ein ausdrücklicher Gegenentwurf zur Stadt der vorrevolutionären Zeit mit ihren engen Gassen und schmutzigen Hinterhöfen. Die Elendsviertel mit ihrem Wildwuchs an Holzhäusern sollten verschwinden,



und an deren Stelle sollte eine weiträumige und lichte Architektur entstehen, die den Arbeitern moderne Lebensbedingungen bot.

Bei der Umsetzung dieses Vorhabens traten allerdings bald jene Probleme zutage, die stalinistische Großprojekte bereits in den 1930er Jahren ausgezeichnet hatten. Statt eines einheitlichen Plans überlagerten sich mehrere Pläne, und in der Regel wurde schneller gebaut als geplant. In Minsk entstand zwar ein repräsentatives Stadtzentrum im Stil des stalinistischen Barock mit großen Magistralen und weiten Plätzen, die sich ideal für Paraden und Aufmärsche eigneten. Die Masse der Bevölkerung profitierte von diesen modern ausgestatteten und zentral gelegenen Wohnungen allerdings nicht, sondern lebte weiterhin in der Enge der Gemeinschaftswohnungen oder am Stadtrand in privat errichteten Holzbaracken.

Das Regime nahm also keine Veränderungen am ökonomischen System vor, das sich in seinen Augen bei der forcierten Industrialisierung und in der Kriegswirtschaft bewährt hatte. Damit blieben allerdings auch die Schwächen der zentralistisch organisierten Planwirtschaft bestehen. Die sowjetische

Wirtschaft zeigte sich nicht in der Lage, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Dies trug zur kontinuierlichen Entfremdung der Menschen vom politischen System bei. Nicht nur die drangsalierten Bauern, sondern auch die Arbeiter gingen auf Distanz zur Sowjetmacht, die ihnen autoritär entgegentrat, bürokratische Willkür im Wirtschaftsprozess walten ließ und sich nicht in der Lage zeigte, die industriellen Produktionsabläufe aufgrund chronischen Mangels an Rohmaterialien, Maschinen und Arbeitskräften hinreichend zu organisieren. Die stalinistische Mobilisierungsdiktatur begann, in einem vom Krieg erschöpften Land leerzulaufen.

## **Die sowjetische Nachkriegsgesellschaft und das stalinistische Regime**

In der sowjetischen Gesellschaft wich die erste Freude über das siegreiche Kriegsende bald einer tiefen Erschöpfung. Breite Bevölkerungsschichten hofften nach dem permanenten Ausnahmezustand der 1930er



← 138

**Ehemalige Zwangsarbeiterinnen aus dem Orlover Gebiet am Sammelpunkt zur Heimkehr in die Sowjetunion**

Schwetz-Kulm (Polen), 1945

Jahre und des Krieges vor allem auf eine Rückkehr in ein halbwegs gesichertes und geordnetes Leben. Diese Sehnsucht nach einer Normalisierung der Lebensverhältnisse äußerte sich nicht zuletzt in dem Wunsch nach mehr Konsum. Damit stieg die Erwartungshaltung gegenüber Staat und Partei, den Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen. Viele hegten darüber hinaus die Hoffnung, dass das Regime nach dem mühsam erkämpften Sieg die Zügel lockern würde. Unter den Bauern kursierte sogar das Gerücht, dass die ungeliebten Kolchosen abgeschafft würden.

Diese Hoffnungen erfüllten sich in den ersten Nachkriegsjahren nicht. Auf der Arbeiterschaft und auf den Bauern lastete ein starker ökonomischer Druck, der sich in repressiven Disziplinierungsmaßnahmen des Regimes äußerte. Aufgrund des Arbeitskräftemangels wurden neben Frauen auch Kinder in die Produktion einbezogen. Die Heranwachsenden litten wegen der schlechten Versorgung und der harten Arbeitsbedingungen vielfach unter körperlichen Mangelerscheinungen. Seit 1947 wurden Verstöße gegen die Kolchosordnung oder die Arbeitsdisziplin mit drei bis zehn Jahren Lagerhaft bestraft. In der Praxis erschwerten die starke Binnenmigration und die hohe Fluktuation von Arbeitskräften die staatliche Einflussnahme auf die Bevölkerung allerdings. So ergaben sich für den Einzelnen durchaus Möglichkeiten, sich den Anforderungen des Regimes zu entziehen, was durch neue staatliche Gewalt kompensiert wurde. Dem stalinistischen Staat gelang es auch in der Nachkriegszeit nicht, die Gesellschaft total zu durchdringen.

Die Bekämpfung von politischen Gegnern und angeblichen Feinden traf die baltischen Staaten und die westliche Ukraine in besonderem Maße. Die Sowjetunion konnte sich als Siegermacht diese infolge des Hitler-Stalin-Pakts möglich gewordenen territorialen Annexionen nach 1945 endgültig einverleiben und ihre Herrschaft nun auch dort langfristig etablieren. Widerstand gegen die Sowjetmacht wurde mit Gewalt gebrochen. Im Baltikum stemmten sich die „Waldbrüder“ in einem verzweifelten Partisanenkampf noch jahrelang gegen die sowjetische Herrschaft, in der Westukraine kämpfte die Ukrainische Aufstandsarmee bis 1952 gegen sowjetische Verbände. Die Staatssicherheitsorgane gingen mit aller Härte und mit größter Brutalität gegen diese antikommunistischen Widerstandsbewegungen und deren vermeintliche Sympathisanten vor: 200000 Ukrainer, 140000 Litauer, 42000 Letten, 20000 Esten und 36000 Moldawier wurden in sowjetische Straflager verschleppt.

Besonders groß war das Misstrauen der sowjetischen Regierung gegenüber zurückgekehrten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Ihnen wurde pauschal unterstellt, sich freiwillig in Feindeshand begeben zu haben. Während des Zweiten Weltkriegs hatten die Besatzer 4 bis 4,8 Millionen Einwohner aus der Sowjetunion zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Außerdem gerieten rund 5,7 Millionen Rotarmisten in deutsche Kriegsgefangenschaft, von denen aufgrund der völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Behandlung durch die Wehrmacht nur 2,4 Millionen den Krieg

139 →

**Gefangenenlager  
in Workuta**

Workuta, 1946



überlebten. Der Kreml hatte allen sowjetischen Staatsangehörigen, die sich außerhalb der Landesgrenzen befanden, die Pflicht auferlegt, unverzüglich in die Heimat zurückzukehren. Bis zum 1. März 1946 wurden 4,2 Millionen Menschen repatriiert. Der Leidensweg der ehemaligen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen war damit aber noch nicht zu Ende, denn die Rückkehrer wurden in sowjetischen Filtrierlagern einer strengen und häufig unwürdigen Überprüfung unterzogen. Der Geheimdienst und die Spionageabwehr verdächtigten sie allesamt der Kollaboration mit dem Feind, sodass diese eine mehrwöchige oder gar monatelange Überprüfung über sich ergehen lassen mussten. Bis Ende März 1946 entließ man zwar mehr als die Hälfte der Repatriierten nach Hause, doch etwa 600 000 von ihnen wurden in Arbeitsbataillone zur Zwangsarbeit abkommandiert und knapp 300 000 zu sechs oder mehr Jahren Lagerhaft verurteilt. Dem deutschen Lagersystem entkommen, mussten sie nun die nächsten Jahre im Gulag ihr Dasein fristen.

Diejenigen, die nach Hause durften, stießen überall auf Vorbehalte, das Misstrauen ihnen gegenüber reichte mitunter bis in die Familien. Unterstützung von staatlicher Seite erfuhren sie nicht. Stattdessen unterlagen sie fortan der ständigen Beobachtung durch die Staatssicherheit. Ihre Personalakten erhielten einen Vermerk über ihren Repatriiertenstatus, der als Stigma galt und zahllose Diskriminierungen nach sich zog. Viele lebten fortan möglichst unauffällig, aber in ständiger Angst im gesellschaftlichen Abseits.

Das sowjetische Lagersystem änderte sich im Zuge der fortgesetzten staatlichen Repressionen. Zunächst hatten sich die Straflager aufgrund einer Amnestie vom 7. Juli 1945 merklich geleert. Doch die Hoffnung auf eine innenpolitische Entspannung und eine Fortsetzung des sozialistischen Projekts ohne staatliche Massengewalt währte nicht lange. Stattdessen erreichte die Zahl der Gulag-Häftlinge Anfang der 1950er Jahre mit 2,5 Millionen ihren Höhepunkt.

Die sowjetische Nachkriegsgesellschaft war aufgrund der hohen Kriegsverluste eine weiblich geprägte Gesellschaft. In der Altersgruppe der 20- bis 44-Jährigen gab es anderthalb mal so viele Frauen wie Männer, auf dem Land war das Verhältnis mit 1 : 3 noch dramatischer. Viele Frauen arbeiteten deshalb über das Kriegsende hinaus in der Industrieproduktion. Dennoch gab es in der sowjetischen Nachkriegsgesellschaft keinen Emanzipationsschub. Vielmehr blieben die Geschlechterhierarchien stabil, traditionelle Rollenbilder existierten weiter fort, die notwendigerweise akzeptierte weibliche Erwerbstätigkeit wurde lediglich mit dem Ideal von Mütterlichkeit verknüpft.

Als weitere Folge der großen Kriegsverluste litt ein Heer verwaister Jugendlicher unter Verwahrlosung. Viele rotteten sich in Banden zusammen. Gewalt und Kriminalität stiegen aufgrund der schwierigen Versorgungslage spürbar an. Zudem waren viele der durch den Krieg oftmals brutalisierten Heimkehrer vom schwierigen Nachkriegsalltag überfordert und versuchten nicht selten, ihre Probleme mit Gewalt zu lösen.

Besonders schwer hatten es die Kriegsversehrten. Zwei Millionen Rotarmisten kehrten als Invaliden aus dem Krieg zurück, also fast jeder vierte Kriegsveteran. Ihre Rückkehr in den Alltag war voller Mühsal: Vom Staat vernachlässigt, lebten sie häufig unter erbärmlichen Verhältnissen und litten unter der fehlenden gesellschaftlichen Anerkennung. Vor Bahnhöfen, auf zentralen Plätzen und in belebten Straßen gehörten bettelnde Invaliden zum typischen Erscheinungsbild der Nachkriegszeit.

Es gab aber auch Hoffnung auf Veränderung in der sowjetischen Gesellschaft, die nach 1945 weit weniger von der Außenwelt abgeschottet war als vor dem Krieg. Millionen von Rotarmisten hatten den Westen gesehen und allerlei Alltagsgegenstände und Kulturgüter mitgebracht. Zudem waren sowjetische Soldaten weiterhin im Osten Deutschlands, in Österreich und in Ostmitteleuropa stationiert. Sie sorgten für einen regen kulturellen Austausch der sowjetischen Heimat mit dem Ausland, der bald die Herausbildung neuer Jugendkulturen nach sich zog. Die in den 1930er Jahren vorhandene Begeisterung vieler Jugendlicher für den Aufbau des Kommunismus wich einer individualistischen und hedonistischen Jugendkultur, die sich vielfach am Westen orientierte und die Aufbauhetorik als Phrasendrescherei empfand. Man stellte zwar das politische System nicht infrage, ging aber auf ironische Distanz zu ihm.

Doch die Hoffnungen auf kulturellen Wandel trogen. Die Herrschaftskonsolidierung wurde von einer aggressiven Kulturpolitik begleitet. Diese ist eng mit dem Namen Andrej Ždanov verbunden. 1946 griff Ždanov in einer Rede den Satiriker Michail Zoščenko und die Dichterin Anna Achmatova an. Er kritisierte ihre Werke vom Standpunkt des „sozialistischen Realismus“ aus, dessen Prinzipien er 1934 selbst entworfen hatte. Demnach sollte die sozialistische Kunst „wahrheitsgetreu“ und zugleich „parteiisch“ sein. Verpönt war hingegen „Literatur um der Literatur willen“, in der sich Autoren mit ihrem Innenleben

beschäftigten. Solche Werke verunglimpft Ždanov als dekadent, spießig und kleinbürgerlich. Mit Ždanovs Rede begann eine kulturelle Eiszeit. Neben der Literatur gerieten auch Film und Musik in das Visier einer repressiven Kulturpolitik. Selbst preisgekrönte Künstler wie der legendäre Regisseur Sergej Ejzenštejn und berühmte Komponisten wie Dmitrij Šostakovič oder Sergej Prokofiev wurden angegriffen, und die Aufführung ihrer Werke wurde verhindert.

Die Aufbruchsdynamik der 1930er Jahre hatte sich in der Nachkriegszeit verflüchtigt. Stattdessen bewältigten die Menschen ihren Alltag unter schwersten Bedingungen. Auch die sowjetische Führung hatte ihren revolutionären Elan verloren. Der politische Anspruch der Partei erschöpfte sich nun in der Kontrolle über die Bevölkerung und deren materieller Versorgung. An Letzterem wurde das Regime fortan auch gemessen, sodass dem Aufbruch der Nachkriegszeit bereits der Keim des Niedergangs innewohnte.

## Politische Herrschaft im Spätstalinismus

Bei Kriegsende stand Stalin im Zenit seiner Macht. Der Stalinismus als Herrschaftssystem hatte seinen Höhepunkt allerdings bereits überschritten, weshalb die Jahre von 1945 bis zu Stalins Tod 1953 im Rückblick als Phase des „Spätstalinismus“ bezeichnet werden.

Der Stalin-Kult bestand in der Nachkriegszeit ungebrochen fort und wurde lediglich um die Dimension des Kriegshelden erweitert. Stalin inszenierte sich als Vater des militärischen Sieges und erhielt am 27. Juni 1945 den höchsten militärischen Rang eines Generalissimus. Die Leistungen der Roten Armee und ihrer Führung traten dagegen in den Hintergrund. So wurde beispielsweise Marschall Georgij Žukov 1946 in den unbedeutenden Militärbezirk Odessa versetzt. Der Stalin-Kult trieb immer buntere



Blüten und erreichte 1949 mit den Feiern zum 70. Geburtstag des Diktators seinen Höhepunkt. Inwieweit die Menschen sich mit diesen Inszenierungen identifizierten, lässt sich kaum sagen, denn es war keine freie Entscheidung, ob man Stalin und der Partei in der Öffentlichkeit huldigte. Doch die sozialen Umbrüche seit der Revolution und die Gewalterfahrungen durch Terror und Krieg hatten die Menschen enturzelt und verunsichert. Stalin bot als gottähnlicher Übertäter und Verkündiger einfacher Wahrheiten in ungewissen Zeiten auch Orientierung und Sicherheit.

Die Folgen des Krieges für die Kommunistische Partei waren enorm. Zunächst zogen die gewaltigen Kriegsverluste einen personellen Umbruch nach sich. Auf den Schlachtfeldern des Krieges verlor die Partei fünf Millionen Mitglieder, nahm aber in noch größerer Zahl neue Mitglieder auf. Bei Kriegsende zählte die Partei sechs Millionen meist neue Mitglieder. Nach dem Krieg wuchs sie weiter. Die Bolschewiki versuchten ihren Charakter als gesellschaftliche Avantgarde zu wahren, indem sie Aufnahmeanträge

streng prüften und für unwürdig befundenen Personen die Parteimitgliedschaft wieder entzogen. Der Andrang hielt jedoch weiter an, da sich die Partei immer mehr zu einer Karriereschleuse entwickelte. Die Nomenklatura entwickelte sich in der Nachkriegszeit hingegen anders. Sie war wenig durchlässig für Aufsteiger und wurde nach und nach zu einer eigenen Kaste.

Der Krieg wurde nun zum zentralen Bezugspunkt der sowjetischen Eliten. War in den 1930er Jahren noch die soziale Herkunft für den beruflichen Aufstieg ausschlaggebend gewesen, so waren es nun die Verdienste, die man im Krieg erworben hatte. Frontoffiziere und bewährte Manager der Kriegswirtschaft übernahmen in der Nachkriegszeit verantwortliche Positionen im Staat und in der Wirtschaft. Für diese „Breznev-Generation“, benannt nach dem Staats- und Parteichef Leonid Breznev, die in den 1960er Jahren die Spitzenpositionen im Land übernehmen sollte, war der Krieg der zentrale Bezugspunkt ihres Lebens, die gemeinsame Kriegserfahrung schweißte sie zusammen.



Doch auch die sowjetischen Eliten waren in der Nachkriegszeit von „Säuberungen“ betroffen, die allerdings auf fest umrissene Gruppen begrenzt blieben und nicht das Ausmaß des Großen Terrors der Jahre 1936 bis 1938 erreichten. So geriet die Spitze der Leningrader Partei, welche die Stadt durch die schweren Jahre der Blockade geführt hatte, Ende der 1940er Jahre in das Visier der sowjetischen Geheimpolizei. Die Leningrader hatten in der Abgeschiedenheit der Blockade eine relative Eigenständigkeit und auch ein gewisses Selbstbewusstsein entwickelt. Innerparteiliche Rivalen fürchteten um ihren Einfluss und inszenierten zwischen 1949 und 1952 in Leningrad eine Parteisäuberung, im Zuge derer mehr als 2 000 leitende Funktionäre ihren Posten verloren, 200 Personen zu langen Haftstrafen verurteilt und 15 000 Leningrader aus der Partei ausgeschlossen wurden. Die Hauptangeklagten wurden in einem Schauprozess zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die nationalsozialistische Judenvernichtung war von Beginn an ein Tabu, da das sowjetische Geschichtsbild vom „Großen Vaterländischen Krieg“ keine herausgehobenen Opfergruppen duldete. Die sowjetische Kriegserinnerung rechnete die Opfer der Shoah zu den Opfern des sowjetischen Volkes, sodass selbst Denkmäler an Orten des Holocaust nicht der

jüdischen Opfer, sondern der ermordeten „sowjetischen Bürger“ gedachten. Die 1948 einsetzende „Kampagne gegen den Kosmopolitismus“ zerstörte zudem weite Teile der noch existierenden jüdischen Kultur in der Sowjetunion. Sie begann mit der Auflösung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, das während des Krieges internationale Unterstützung für die Sowjetunion mobilisiert hatte. Ihm warf man nun nationalistische Tendenzen und Spionage für den amerikanischen Imperialismus vor. Die Führung wurde in einem nichtöffentlichen Prozess zum Tode verurteilt, zahlreiche Mitarbeiter erhielten langjährige Haftstrafen. Die Kampagne hatte zudem eine antisemitische Stoßrichtung. Jüdische Zeitungen, Theater, Bibliotheken und Schulen wurden geschlossen, jüdische Literatur konnte nicht mehr erscheinen, und jüdische Künstler wurden Opfer staatlicher Repressionen.

Die sowjetische Führung sah in der Nachkriegszeit keinen Anlass für eine Systemveränderung, vielmehr fühlte sie sich durch den Sieg über NS-Deutschland in ihren Überzeugungen bestätigt. Das im Eiltempo und unter großen Opfern aufgebaute Industriepotenzial hatte die Grundlage für den militärischen Sieg gebildet, und auch die Kriegswirtschaft funktionierte nach den Methoden der 1930er Jahre

**Mitglieder der jüdischen Partisaneneinheit „Kalinin“ (Bielski-Gruppe)**

bei Nowogrudok (Belarus), 1941/1944

offenbar erfolgreich. Aus Sicht der sowjetischen Führung gab es also keinen Anlass für grundsätzliche Veränderungen. Im Gegenteil: Die kollektivierte Landwirtschaft und die staatliche Planwirtschaft wurden auch in den annektierten Gebieten eingeführt – abermals gegen den Willen der Bevölkerung und unter Inkaufnahme der bereits bekannten negativen volkswirtschaftlichen Folgen. Und auch die ganz auf Stalin ausgerichteten Herrschaftsstrukturen blieben erhalten, wurden sogar verstärkt und mit einem immer weiter ausufernden Personenkult legitimiert.

Der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ verlieh den Entbehrungen und den Traumata der 1930er Jahre nachträglich einen Sinn und wurde zum zentralen Bezugspunkt der Lebensgeschichte vieler Menschen. Doch eine öffentliche Erinnerung an die vom Krieg verursachten Leiden oder das Trauern um die verlorenen Angehörigen war unerwünscht. Deshalb eigneten sich die Menschen das staatlich verordnete Heldengedenken an, um ihrer privaten Trauer Ausdruck zu verleihen. So amalgamierte die Trauer um die Toten mit dem staatlich inszenierten Heldenkult. Bis heute findet das Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkriegs in einem heroischen Gewand statt.

■■■■■



## **ЭТО СДЕЛАЛИ НЕМЦЫ!**

**Немцы пролили море крови советских людей — детей, женщин, стариков!  
Немцы предали огню и разрушению наши города и села!  
Немцы причинили нескислимые бедствия и страдания советскому народу!**

**Воины Красной Армии, беспощадно уничтожайте немецких захватчиков!**

← 142

**„Das haben die Deutschen getan“**

Moskau/Leningrad, 1943

Von allen am Zweiten Weltkrieg beteiligten Staaten hatte die Sowjetunion die meisten Opfer zu beklagen. Unter den 27 Millionen Toten waren mehr als 14 Millionen Zivilisten. In keinem anderen Land fielen so viele Menschen deutschen Massenverbrechen zum Opfer. In der sowjetischen Gedenkkultur wurde der ermordeten „friedlichen Sowjetbürger“ gedacht. Die 2,5 Millionen ermordeten sowjetischen Juden wurden nicht als spezifische Opfergruppe wahrgenommen.



← 143

**Gottesdienstbuch**

Kiew, 1825–1855

Das Liturgiebuch stammt aus dem weißrussischen Dorf Koševiči. Dieses wurde kurz nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion von Angehörigen der 45. Infanteriedivision niedergebrannt. Die deutschen Besatzer zerstörten insgesamt mehrere Zehntausend sowjetische Dörfer. In vielen Fällen ermordeten sie auch die gesamte Einwohnerschaft. Die Vernichtung ganzer Ortschaften erfolgte meist als „Vergeltungsaktion“ nach Partisanenüberfällen oder beim Rückzug der Wehrmacht im Rahmen der Strategie der „verbrannten Erde“.

144 →

**Ikone „Heilige Familie“**

Polen-Litauen, 18. Jahrhundert

Die deutschen Besatzer zerstörten oder raubten in der Sowjetunion in großem Umfang Kulturgüter. Die Ikone aus dem Minsker Historischen Museum wurde im April 1944 nach Schloss Höchstädt in Bayern gebracht. Dort befand sich ein Sammellager für Kunst und Kulturgüter aus der Ukraine und aus Weißrussland. Nach Kriegsende richtete die amerikanische Militärregierung in München eine Sammelstelle für geraubte Kunstwerke ein. Von hier aus gelangte die Ikone 1946 zurück in das Minsker Museum.



# НЕИЗБЕЖНАЯ ДАТА



Реализация незыблемых решений  
Союзной конференции в Крыму:  
В Германии все громче гул сражений!  
Организаторы фашистских преступлений  
К концу приходят своему:

День недалён, когда мы сделаем отметку  
На свежем листике своих календарей:  
„Сегодня мы загнали в клетку  
Фашистских бешеных зверей!“

Фашисты в панике пожарной  
Ещё пытаются нам чем-то угрожать,  
И вить, и жалобно визжать.  
Но от нее, такой для них, убиец, кошмарной,  
От грозной даты календарной,  
Им никуда не убежать!

художник — С. КОСТИН

ДЕМЬЯН БЕДНЫЙ

← 145

**„Unausweichliches Datum“,  
Tass Fenster Nr. 1198**

Sowjetunion, vermutlich Februar 1945

„Kriegsverbrecher – der Tag wird kommen!“, heißt es auf dem sowjetischen Plakat, das Adolf Hitler, Heinrich Himmler, Hermann Göring und Joseph Goebbels hinter Gittern zeigt. Die Rechtsgrundlagen zur Strafverfolgung von NS-Tätern waren von der Sowjetunion bereits seit 1941 gelegt worden, Beweise sammelte die Außerordentliche Staatskommission seit 1942. Der erste Prozess wegen NS-Verbrechen überhaupt fand im Juli 1943 in Krasnodar statt, ein weiterer folgte im Dezember in Charkov. Fast alle Angeklagten wurden zum Tode verurteilt.

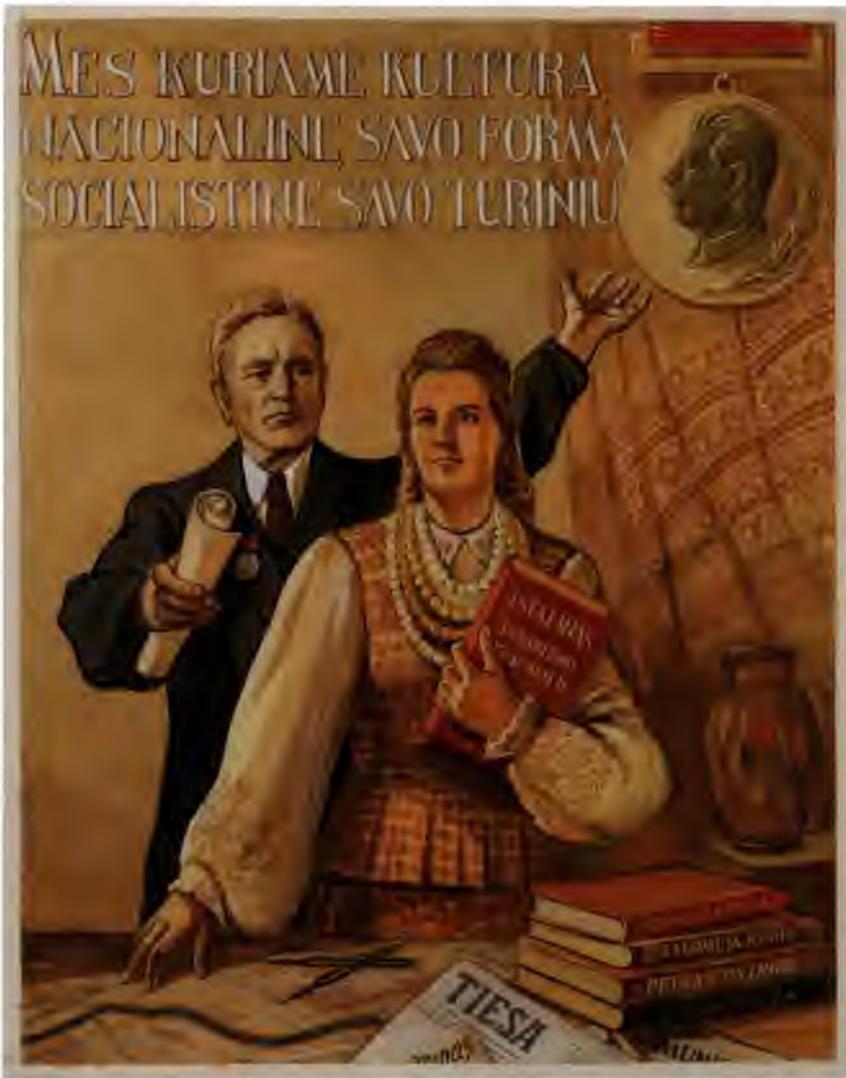
146 →

**„Hast Du Deinen Arbeitsanteil am  
Wiederaufbau von Leningrad geleistet?“**

Moskau/Leningrad, 1944

Fast die gesamte Infrastruktur der westlichen Gebiete der Sowjetunion musste wiederaufgebaut werden. Für diese Aufgabe mobilisierte die sowjetische Regierung die ganze Bevölkerung. Sie setzte für die Aufbauarbeiten auch deutsche Kriegsgefangene ein.





← 147

„Wir schaffen eine Kultur national in ihrer Form und sozialistisch in ihrem Inhalt“

Vilnius, 1949

Für die baltischen Staaten brachte die Befreiung von der deutschen Besatzung nicht die Rückkehr zur nationalen Unabhängigkeit. Sie waren 1940 von der Sowjetunion annektiert und in den Staatenverbund eingegliedert worden. Den nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen in Litauen ab 1944 setzte die Propaganda das Bild einer gemeinsamen sowjetischen Kultur entgegen, die nationale Traditionen integrierte. So zeigt das Plakat die Frau in litauischer Tracht, die litauische Ausgabe der „Prawda“ sowie Werke bekannter litauischer Schriftsteller, die den Aufbau eines sozialistischen Staates unterstützten.

148 →

**Puppe von Regina Agata Budvytytė**

1940er Jahre

Nach dem Krieg kämpften im Baltikum und in der Ukraine Partisanenverbände für die nationale Unabhängigkeit. Die sowjetischen Sicherheitsorgane gingen brutal gegen sie vor. Teile der Bevölkerung wurden deportiert. Als die Familie Budvytytė 1946 aus ihrer Heimat Kaunas in Litauen nach Kujbysev in Westsibirien zwangsverschickt wurde, nahm die sechsjährige Tochter ihre Puppe mit. Insgesamt betrafen die Deportationen bis 1950 etwa 200 000 Menschen aus der Ukraine, 140 000 aus Litauen, 42 000 aus Lettland und 20 000 aus Estland. Die Todesraten waren hoch. So kam fast ein Viertel der Deportierten aus Litauen ums Leben.



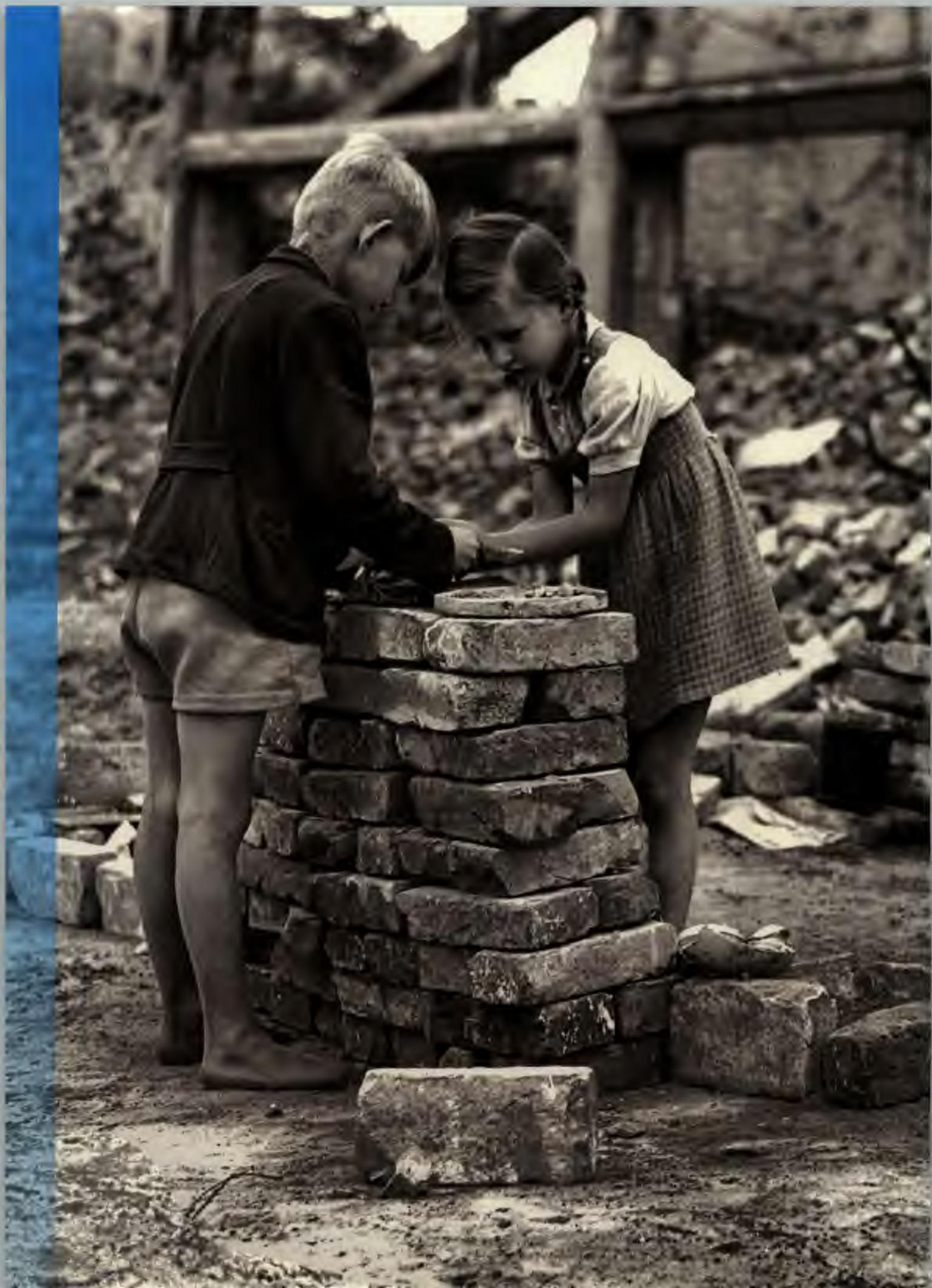
149 →

**Tischschmuck „Das Lager des Friedens,  
der Demokratie und des Sozialismus“**

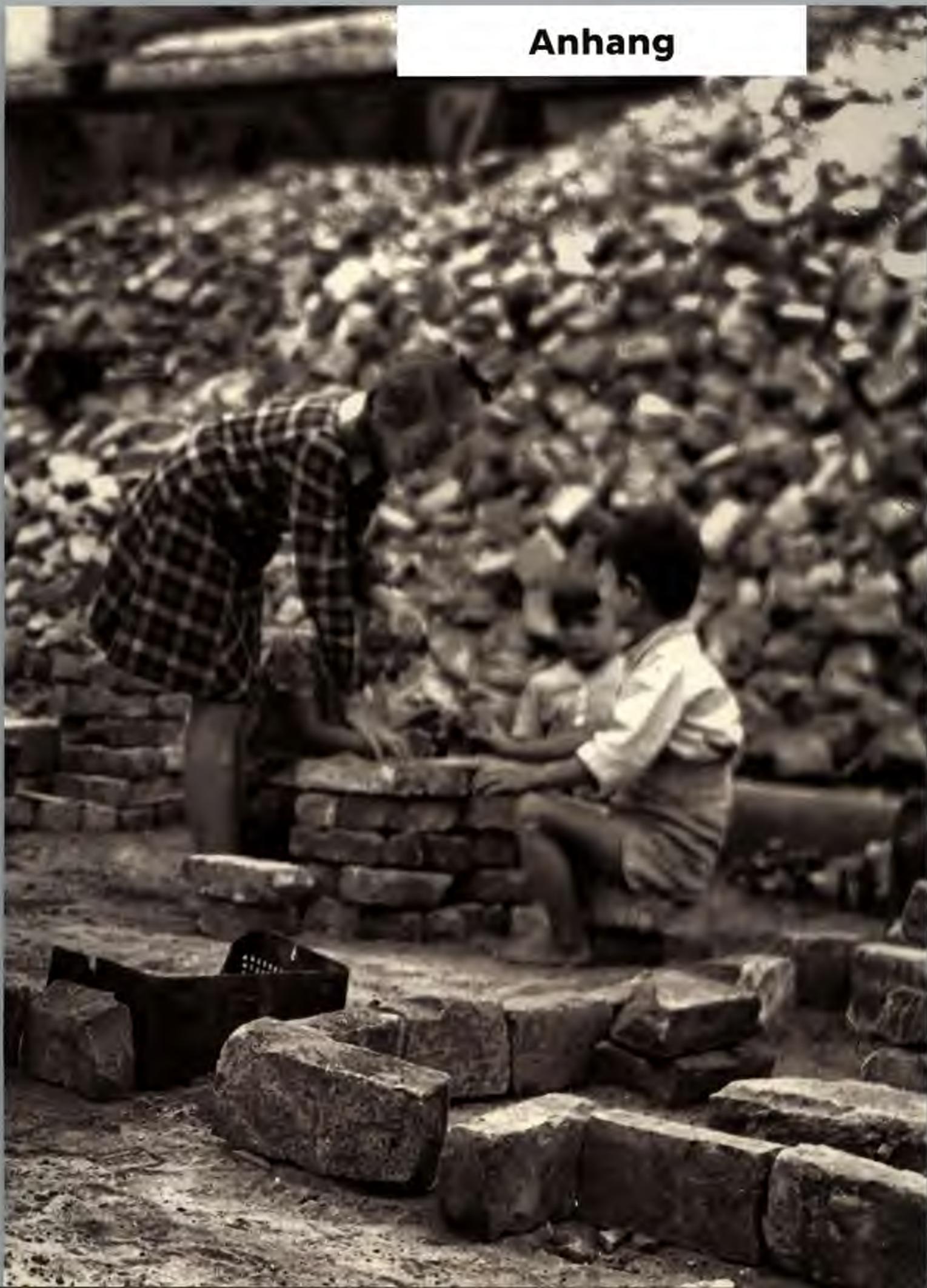
Ungarn, 1949

Iosif Stalin sah in der Neugestaltung Europas nach dem Krieg die Chance, seinen Einflussbereich über die Grenzen der Sowjetunion hinaus zu erweitern. Er unterstützte sozialistisch dominierte Regierungen und Parteien in den Ländern Ost- und Mitteleuropas. Die Sowjetunion nutzte dabei auch ihre bedeutende Rolle in der internationalen Friedens-, Frauen- sowie Gewerkschaftsbewegung. Die Gründung des Rates gegenseitiger Wirtschaftshilfe 1949 und des Warschauer Pakts 1955 schlossen die Blockbildung ab.





## Anhang



## Abkürzungen

Benelux	Belgien, Niederlande und Luxemburg
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CSV	„Chrëschtlech Sozial Vollekspartei“ = Christlich-Soziale Volkspartei (Luxemburg)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DKP	„Danmarks Komunistiske Parti“ = Dänische Kommunistische Partei
DP	Displaced Person
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
GPD	„Groupement Patriotique et Démocratique“ = Patriotische und demokratische Sammlung (Luxemburg)
IRO	„International Refugees Organisation“ = Internationale Flüchtlingsorganisation
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KSĀ	„Komunistická strana Āeskoslovenska“ = Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
LSAP	„Lëtzebuerger Sozialistescher Arbechter Partei“ = Luxemburger Sozialistische Arbeiter Partei
Milorg	„Militärorganisation“ = militärischer Widerstand (Norwegen)
NATO	„North Atlantic Treaty Organization“ = Nordatlantisches Verteidigungsbündnis
NHS	„National Health Service“ = Nationaler Gesundheitsdienst
NKWD	„Narodny kommissariat wnutrennich del“ = Volkskommissariat des Innern (Sowjetunion)
NSB	„Nationaal Socialistische Beweging“ = Nationalsozialistische Bewegung (Niederlande)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PKWN	„Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego“ = Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung
PSL	„Polskie Stronnictwo Ludowe“ = Polnische Bauernpartei
PZPR	„Polska Zjednoczona Partia Robotnicza“ = Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
UDB	„Union Démocratique Belge“ = Belgische Demokratische Union
Unioun	„Union vun de Lëtzeburger Freihétsorganisatio'nen“ = Union der Luxemburgischen Freiheitsorganisationen
UNRRA	„United Nations Relief and Rehabilitation Administration“ = Nothilfe und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen
UPA	„Ukrajinska Powstanska Armija“ = Ukrainische Aufstandarmee

## Ausgewählte Literatur

### **Allgemeine Darstellungen**

- Henke, Klaus-Dietmar / Woller, Hans (Hg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991.
- Herbert, Ulrich / Schildt, Axel (Hg.): Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948, Essen 1998.
- Judt, Tony: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. 2009.
- Lingen, Kerstin von (Hg.): Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945. Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis, Paderborn u. a. 2009.
- Lowe, Keith: Der wilde Kontinent. Europa in den Jahren der Anarchie 1943–1950, 3. Aufl., Stuttgart 2014.
- Rusinek, Bernd-A. (Hg.): Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive, Göttingen 2004.
- Steininger, Rolf: Der Kalte Krieg, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 2006.

### **Deutschland**

- Benz, Wolfgang: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 2005.
- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
- Plato, Alexander von / Leh, Almut: Ein unglaublicher Frühling. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945–1949, Bonn 2011.
- Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 2008.
- Uhl, Matthias: Die Teilung Deutschlands. Niederlage, Ost-West-Spaltung und Wiederaufbau 1945–1949, Berlin 2009.

### **Österreich**

- Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besetzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission, Wien u. a. 2005.
- Rathkolb, Oliver: Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015, 3. erw. Aufl., Wien 2015.
- Rathkolb, Oliver (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung, Wien 1985.
- Rauchensteiner, Manfred: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945–1955, Graz u. a. 1979.
- Stelzl-Marx, Barbara: Stalins Soldaten in Österreich. Die Innensicht der sowjetischen Besetzung 1945–1955, Wien u. a. 2012.

### **Tschechoslowakei**

- Balcar, Jaromír / Kučera, Jaroslav: Von der Rüstammer des Reiches zum Maschinenwerk des Sozialismus. Wirtschaftslenkung in Böhmen und Mähren 1938 bis 1953, Göttingen / Bristol, Conn. 2013.
- Brenner, Christiane: „Zwischen Ost und West“. Tschechische politische Diskurse 1945–1948, München 2009.
- Frommer, Benjamin: National Cleansing. Retribution against Nazi Collaborators in Postwar Czechoslovakia, Cambridge u. a. 2005.
- Kaplan, Karel: Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945–1948, München / Wien 1981.
- Kokošková, Zdeňka / Kocian, Jiří / Kokoška, Stanislav (Hg.): Československo na rozhraní dvou epoch nesvobody. Sborník z konference k 60. výročí konce druhé světové války, Prag 2005.

### **Polen**

- Applebaum, Anne: Der Eiserne Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944–1956, München 2013.
- Borodziej, Włodzimierz: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010.
- Zaremba, Marcin: Die große Angst. Polen 1944–1947. Leben im Ausnahmezustand, Paderborn [erscheint im Dezember 2015].

### **Großbritannien**

- Altmann, Gerhard: Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens 1945–1985, Göttingen 2005.
- Curio, Claudia: Verfolgung, Flucht, Rettung. Die Kindertransporte 1938/39 nach Großbritannien, Berlin 2006.
- Hennessy, Peter: Never Again. Britain 1945–51, London 1992.
- Kynaston, David: Austerity Britain. 1945–51, London u. a. 2007.
- Mergel, Thomas: Großbritannien seit 1945, Göttingen 2005.

### **Dänemark**

- Bohn, Robert: Dänische Geschichte, 2. aktualis. Aufl., München 2010.
- Bohn, Robert / Elvert, Jürgen (Hg.): Kriegsende im Norden. Vom heißen zum kalten Krieg, Stuttgart 1995.
- Bundgård Christensen, Claus / Lund, Joachim / Olesen, Niels Wium / Sørensen, Jakob: Danmark besat. Krig og hverdag 1940–45, 3. Aufl., Kopenhagen 2009.
- Lidegaard, Bo: En fortælling om Danmark i det 20. århundrede, Kopenhagen 2011.
- Skov, Andreas / Søborg, Flemming: Befrielsen. Den 5. maj 1945, Hellerup 2004.

### **Norwegen**

- Bohn, Robert: Reichskommissariat Norwegen. „Nationalsozialistische Neuordnung“ und Kriegswirtschaft, München 2000.
- Eriksen, Knut Einar / Halvorsen, Terje: Norge i krig. Fremmedåk og frihetskamp 1940–1945, Bd. 8: Frigjøring, Oslo 1987.
- Nielsen, May-Brith Ohman: Norvegr. Norges Historie, Bd. 4: Etter 1914, Oslo 2011.
- Petrick, Fritz: Norwegen. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Regensburg 2002.
- Tuchtenhagen, Ralph: Kleine Geschichte Norwegens, München 2009.

### **Luxemburg**

- Artuso, Vincent: La collaboration au Luxembourg durant la Seconde Guerre mondiale (1940–1945). Accommodation, Adaptation, Assimilation (Luxemburg-Studien / Études luxembourgeoises 4), Frankfurt a. M. 2013.
- Dostert, Paul: Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die Volksdeutsche Bewegung 1940–1945, Luxemburg 1985.
- Krier, Emile: „Luxemburg am Ende der Besatzungszeit und der Neuanfang“, in: Düwell, Kurt / Matheus, Michael (eds.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947. 7. Alzeyer Kolloquium 1995 (Geschichtliche Landeskunde 46), Stuttgart 1997, S. 69–95.
- Roemen, Rob: Aus Liebe zur Freiheit. 150 Jahre Liberalismus in Luxemburg. Von liberalen Akzenten und liberalen Akteuren, Luxemburg 1995.
- Wallerang, Mathias: Luxemburg unter nationalsozialistischer Besatzung. Luxemburger berichten (Studien zur Volkskultur in Rheinland-Pfalz 22), Mainz 1997.

### **Niederlande**

- Bossenbroek, Martin Philip / Nijssen, Gerard / Willems, Erik: Oranje bitter. Nederland bevrijd!, Zwolle 2010.
- Jong, Louis de: Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog, 12: Epiloog, 2 Bde., Amsterdam / Den Haag 1995 [1. Aufl. 1988].
- Liempt, Ad van: Na de bevrijding. De loodzware jaren 1945–1950, Amsterdam 2014.
- Wielenga, Friso: Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert, Münster 2008.

## **Belgien**

- Aerts, Koen: „Repressie zonder maat of einde?“ De juridische reïntegratie van collaborateurs in de Belgische Staat na de Tweede Wereldoorlog, Gent 2014.
- Brüll, Christoph: Belgien im Nachkriegsdeutschland. Besatzung, Annäherung, Ausgleich 1944–1958, Essen 2009.
- Conway, Martin: The Sorrows of Belgium. Liberation and Political Reconstruction, 1944–1947, Oxford 2012.
- Dumoulin, Michel / Gerard, Emmanuel / Van den Wijngaert, Mark / Dujardin, Vincent: Nouvelle Histoire de Belgique, Bd. 2: 1905–1950, Brüssel 2006.
- Koll, Johannes (Hg.): Belgien. Geschichte – Politik – Kultur – Wirtschaft, Münster 2007.

## **Frankreich**

- Kaspi, André: La Libération de la France. Juin 1944–Janvier 1946, Paris 1995.
- Klarsfeld, Serge: Vichy – Auschwitz. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich, [Neuausg.] Darmstadt 2007.
- Lagrou, Pieter: The Legacy of Nazi Occupation. Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe, 1945–1965, 1. Aufl., Cambridge u. a. 2000.
- Rousso, Henry: The Vichy Syndrome. History and Memory in France since 1944, Cambridge, Mass. u. a. 1991.
- Voldman, Danièle: La reconstruction des villes françaises de 1940 à 1954. Histoire d'une politique, Paris 1997.

## **Sowjetunion**

- Fieseler, Beate / Filtzer, Donald / O'Sullivan, Donald / Plaggenborg, Stefan: „Später Stalinismus, Wiederaufbau und Kalter Krieg 1945–1953“, in: Stefan Plaggenborg (Hrsg.), Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 5, 1: 1945–1991. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion, Stuttgart 2002, S. 29–173.
- Fürst, Juliane (Hg.): Late Stalinist Russia. Society between Reconstruction and Reinvention, London / New York 2006.
- Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998.
- Neutatz, Dietmar: Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert, München 2013.
- Zubkova, Elena: Russia after the War. Hopes, Illusions, and Disappointments, 1945–1957, Armonk, NY / London 1998.

## Autoren

**Jaromír Balcar**, Dr. habil., ist seit Oktober 2014 am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin tätig. Zuvor Wissenschaftlicher Mitarbeiter u. a. am Institut für Zeitgeschichte München, an der Ludwig-Maximilians-Universität München und an der Universität Bremen. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der europäischen Zeitgeschichte. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und zur Geschichte der Tschechoslowakei im 20. Jahrhundert.

**Christoph Brüll**, Dr. phil., ist chercheur qualifié des Fonds für Wissenschaftliche Forschung (FNRS) am Lehrstuhl für Neuere und Neueste der Universität Lüttich. Studium der Geschichte, der Internationalen Beziehungen und der Europäischen Integration an der Universität Lüttich. Promotion an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Veröffentlichungen u. a. zur Geschichte der deutsch-belgischen Beziehungen, zur Geschichte des Antikommunismus und zur Geschichte der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

**Nina Burkhardt**, Dr. phil., ist zurzeit freiberuflich für verschiedene Ausstellungsprojekte tätig. Studium der Mittleren und Neueren Geschichte und der Kulturwissenschaften in Leipzig, parallel Praktika und Nebentätigkeit im Museumsbereich. 2007 Promotion mit einer Arbeit über die mediale Repräsentation von NS-Prozessen in Belgien und den Niederlanden an der Justus-Liebig-Universität Gießen. 2007–2009 Volontariat am Museum für Kommunikation Berlin. 2009–2011 Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Standort Berlin, zur Erarbeitung der Dauerausstellung im „Tränenpalast“ am Bahnhof Friedrichstraße.

**Jörg Ganzenmüller**, Dr. habil., vertritt den Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, wo er auch 2010 habilitiert wurde. 2004–2010 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in Jena, unterbrochen 2008/09 durch ein einjähriges Stipendium am Historischen Kolleg in München. 1992–1999 Magisterstudium der Neuen und Neuesten Geschichte, der Osteuropäischen Geschichte sowie der Wissenschaftlichen Politik

in Freiburg i. Br. 2003 Promotion an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg mit einer Arbeit zur Blockade Leningrads im Zweiten Weltkrieg.

**Cordula Lissner**, Dr. phil., ist Historikerin. Schwerpunkte ihrer Publikationen und Ausstellungsprojekte sind Migration, Exil und Rückkehr sowie die deutsch-jüdische Geschichte im 20. Jahrhundert. In ihrer 2006 publizierten Dissertation setzte sie sich mit einem Thema der deutschen und britischen Nachkriegsgeschichte auseinander: Den Fluchtweg zurückgehen. Remigration nach Nordrhein und Westfalen 1945–1955, Düsseldorf 2006. Auch die von ihr mitkonzipierte Online-Ausstellung zur Geschichte der „Kindertransporte“ <[www.kindertransporte-nrw.eu](http://www.kindertransporte-nrw.eu)> betrifft ein wichtiges Kapitel deutscher und britischer Geschichte.

**Clemens Maier-Wolthausen**, Dr. phil., arbeitete 2010–2014 am Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hamburg) und am Zentrum für Antisemitismusforschung (Berlin) über Fluchtnetzwerke deutscher und österreichischer Juden nach Schweden. Studium der Geschichte an der Freien Universität Berlin und an der Universität von Bergen (Norwegen). 2007 Promotion am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz mit einer Arbeit zur Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Norwegen und Dänemark.

**Verena Paetow**, M.A., arbeitet am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin an einer Dissertation über einen französischen Gerichtsprozess in Rastatt gegen den ehemaligen Kommandanten des Konzentrationslagers Ravensbrück Fritz Suhren. Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie an der Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität zu Berlin. 2006–2008 Wissenschaftliche Volontärin an der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. 2009–2010 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ibero-Amerikanischen Institut in Berlin.

**Maja Peers**, M.A., ist Projektleiterin der Ausstellung „1945 – Niederlage. Befreiung. Neuanfang“. 1992–1999 Studium der Neuen und Neuesten Geschichte, der Mediävistik und der Politikwissenschaften in Würzburg, Paris und Freiburg i. Br. 2000–2007 Wissen-

schaftliche Volontärin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Museum, Berlin, u. a. an der Ausstellung „Holocaust“ und an der Ständigen Ausstellung. 2007–2012 Editionsprojekt „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945“, Mitarbeit an zwei Bänden zu Nord- und Westeuropa. 2013–2015 Sammlungsleiterin für Dokumente ab 1914 am Deutschen Historischen Museum, Berlin.

**Babette Quinkert**, Dr. phil., ist Kuratorin der Ausstellung „1945 – Niederlage. Befreiung. Neuanfang“. 2010–2013 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst, u. a. als Kuratorin der neuen Dauerausstellung. Mit-herausgeberin der „Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus“. Zu ihren Publikationen zählen u. a.: Propaganda und Terror in Weißrussland 1941–1944. Die deutsche ‚geistige‘ Kriegführung gegen Zivilbevölkerung und Partisanen, Paderborn u. a. 2009; „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002.

**Oliver Rathkolb**, Dr. iur., Dr. phil., ist Prof. am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Seit 2004 Herausgeber der Fachzeitschrift „Zeitgeschichte“. 2005–2008 Leiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit. 1985–2004 Wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Bruno Kreisky Archiv. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die europäische Geschichte im 20. Jahrhundert, die österreichische und internationale Zeit- und Gegenwartsgeschichte sowie die österreichische Republikgeschichte im europäischen Kontext. Donauland-Sachbuchpreis Danubius 2005 und Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch 2005 (Die paradoxe Republik. Österreich 1945–2005, Wien 2005); Wissenschaftspreis der Stadt Wien 2012.

**Loretta Walz**, ist Filmemacherin, Autorin und Dozentin im Themenbereich „Geschichte und Biografie“ und unterrichtet seit 2011 als Lehrbeauftragte an der Universität Luxemburg. Seit 2012 leitet sie im Rahmen des Forschungsprojekts PARTIZIP 2 der Universität Luxemburg eine Sammlung von lebens-

geschichtlichen filmischen Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs in Luxemburg und der Großregion. 2006 wurde sie für ihren Film und das Buch „Die Frauen von Ravensbrück“ mit dem Adolf-Grimme-Preis und dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

**Marcin Zaremba**, Dr. habil., Historiker und Soziologe, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Warschau. Zusammenarbeit mit Polens führenden Wochenzeitschriften „Polityka“, „Newsweek“, „Tygodnik Powszechny“. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Gesellschaftsgeschichte der Volksrepublik Polen und die historische Soziologie. Zuletzt publizierte er: Wielka Trwoga. Polska 1944–1947. Ludowa reakcja na kryzys [Die große Furcht. Polen 1944–1947. Volksreaktion auf die Krise]. Das Buch erhielt in Polen viele Preise, zurzeit wird es ins Englische und ins Deutsche übersetzt.

**Robert Zimmermann**, M.A., arbeitet seit 2011 an der Freien Universität Berlin an einer Dissertation über skandinavische Häftlingsverbände nach 1945. Studium der Neueren Geschichte, Geographie und Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden und am Agder University College Kristiansand, Norwegen.

## Objekte

### Deutschland

**Fragebogen zum Reiseantrag von Wilhelmine Schirmer-Pröscher zu einer Delegiertentagung in Bad Pyrmont**

Berlin, Mai 1946

Gummersbach, Archiv des Liberalismus

**Fragmente der Außenfiguren des bei Bombenangriffen beschädigten Zeughauses**

Berlin, 1701-1715

Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Bekanntgabe der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands**

Deutschland, 10. Mai 1945

Flugblatt

Berlin, Wolfgang Haney

→ 13

**Karte der alliierten Besatzungszonen**

Frankfurt a. M., 1945-1949

Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Passierscheine für Wolfgang-Johann Haney**

Berlin, Mai 1945

Berlin, Wolfgang Haney

→ 14

**Armbinde „Magistrat Charlottenburg“**

Berlin, Mai 1945

Berlin, Wolfgang Haney

**Mitgliedsausweise von neu- und wiedergegründeten deutschen Parteien**

Deutschland, 1945/46

Gummersbach, Archiv des Liberalismus

Berlin, Deutsches Historisches Museum

**„Fort mit der Junkerherrschaft! darum: Junkerland in Bauernhand“**

Berlin, 1945-1948

Plakat zur Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone

Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Elektromotor der SAG Sachsenwerk**

Radeberg, 1948-1951

Berlin, Deutsches Historisches Museum

**„Marshallplan - ERP - schafft Arbeit“**

Bundesrepublik Deutschland, 1950

Werbeplakat für das European Recovery Program (ERP)

Berlin, Deutsches Historisches Museum

→ 15

**Metallwagen zum Transport der neuen Währung**

Bremen, 1940er Jahre

Bremerhaven, Museum der 50er Jahre - Sammlung

Kerstin v. Freytag Löringhoff

**Sonderbeilage der „Frankfurter Rundschau“ zum Grund**

Frankfurt a. M., 12. Mai 1949

Berlin, Deutsches Historisches Museum

**„Berliner Zeitung“ zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik**

Berlin, 8. Oktober 1949

Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Erkennungsmarke von Michail Levin**

Deutsches Reich, 1940er Jahre

Lohheide, Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten/  
Gedenkstätte Bergen-Belsen

→ 9

**Puppengeschirr von Beate Oestreicher**

Deutsches Reich, 1940er Jahre

Amsterdam, Helly Oestreicher

**Die Waisen Maria, Helly und Beate Oestreicher**

Amsterdam, Ende 1945

Fotografie

Amsterdam, Helly Oestreicher

**„Unsere Verwüstungen in Bildern“**

Bergen-Belsen, Dezember 1946  
Von Rafael Olevski, Dawid Rosental und Paul Trepman hg. Bildband zur Verfolgung und Ermordung der Juden durch das NS-Regime  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Notiz eines Offiziers der Roten Armee für Erna Haney**

Berlin, 25. April 1945  
Berlin, Wolfgang Haney

**Lebensmittelkarte aus der sowjetischen Besatzungszone**

Berlin, 1945  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Lebensmittelkarte aus der britischen Besatzungszone**

Hadeln, 1945  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Zigarettschachtel**

Deutschland, um 1947  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Petroleumlampe aus einem Gasmaskenfilter**

Deutschland, um 1945  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

→ 10

**Aufruf der Provinz Sachsen an Mitglieder getrennter Familien, ihre Adressen mitzuteilen**

Halle an der Saale, 1946  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Uniformjacke von Willy Hentges**

Deutsches Reich, 1940er Jahre  
Berlin, Privatbesitz Hentges

**Soldbuch von Willy Hentges**

Deutsches Reich, 1940–1945  
Berlin, Privatbesitz Hentges

**Wollmantel von Magarete Jendretzki**

Deutsches Reich, 1940er Jahre  
Berlin, Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

**Margarete Jendretzki mit Ehemann und Tochter im Palmengarten**

Leipzig, um 1950  
Fotografie  
Berlin, Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

**Lina Wegerer bittet die Diakonie Neuendettelsau um Aufklärung über die Todesumstände ihrer Schwester**

Neu-Ulm, 12. Dezember 1947  
Neuendettelsau, Zentralarchiv Diakonie  
Neuendettelsau

**Personalakte des Stadt- und Polizeiamts Bremen für Karl Schulz**

Bremen, 1952  
Bremen, Staatsarchiv Bremen

→ 11

**Extraausgabe der „Passauer Neuen Presse“ zu den Urteilen im Nürnberger Prozess**

Passau, 1. Oktober 1946  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

→ 12

**Blick auf die Anklagebank beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess**

Nürnberg, 1946  
Fotografie (Repro)  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Max Kahane und Doris Machol im befreiten Frankreich**

vermutlich Marseille, zwischen Spätsommer 1944 und Mai 1945  
Fotografie  
Privatbesitz

### **Fernschreiben mit dem Vormittagsbericht**

#### **Max Kahanes zum Nürnberger Prozess**

Nürnberg, 1. Februar 1946

Berlin, Deutsches Historisches Museum

### **Prozessunterlagen des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses von Max Kahane und Doris Machol**

Nürnberg, 20. November 1945 – 1. Oktober 1946

Berlin, Deutsches Historisches Museum

### **Aus dem Speziallager Sachsenhausen geschmuggelte Kassiber von Paul Motte an seine Ehefrau**

Oranienburg, Januar, Februar und Juni 1946

Oranienburg, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

### **Rang- und Organisationsliste der NSDAP mit Gliederungen, angeschlossenen Verbänden und betreuten Organisationen**

Stuttgart, 1947

Berlin, Deutsches Historisches Museum

### **„Persilschein“ für Lorenz W.**

Frankfurt a. M., 1946

Kelkheim, Dr. John Provan

### **Stuttgarter Schulderklärung**

Stuttgart, Januar 1946

Verordnungs- und Nachrichtenblatt der Evangelischen Kirche Deutschlands, Nr. 1

Berlin, Evangelisches Zentralarchiv Berlin

### **Fuldaer Hirtenbrief**

München, 23. August 1945

Beilage zu Nr. 5 des Amtsblattes der Erzdiözese

München und Freising

München, Archiv des Erzbistums München und

Freising

### **„Entnazifizierung ... Weg mit dieser Schranke“**

München, 1949/50

Grafiker: Egon Biehl

Plakat der FDP

Berlin, Deutsches Historisches Museum

### **Jahresbericht der sächsischen Polizei 1948**

Dresden, 1949

Dresden, Polizeidirektion Dresden – Polizeihistorische Sammlung

## **Österreich**

### **„Calculated Risk“**

New York, 1950

Autobiographie des amerikanischen Generals Mark W. Clark

Berlin, Freie Universität Berlin, Bibliothek für Sozialwissenschaften und Osteuropastudien

### **Passierschein für den Übertritt zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungszone**

Freistadt, Dezember 1945

Linz, OÖ. Landesmuseum

→ 23

### **Straßenschild „Linz“ in der sowjetischen Besatzungszone**

Mühlviertel, 1945/46

Linz, OÖ. Landesmuseum

### **Erstausgabe des „Wiener Kuriers“**

Wien, 27. August 1945

Berlin, Privatbesitz

→ 21

### **„Niemand vergessen! Antifaschistische Ausstellung“**

Wien, 1946

Ausstellungsbroschüre

Wien, Kreisky-Archiv

### **Kraftwerk Kaprun, Bronzetafel der Marshall-Plan-Hilfe**

Kaprun, 1947–1955

Kaprun, Kraftwerksgruppe Kaprun-Salzach

→ 22

### **„weder so ... noch so .... sondern ein freies unabhängiges sozialistisches Österreich!“**

Österreich, 1949

Wahlplakat der Sozialistischen Partei Österreichs

Wien, Wienbibliothek im Rathaus, Plakatsammlung

**„Das Tauernwerk. Traum/Tat und Verzicht“**

Österreich, 1945

Erinnerungsbericht von Hermann Grengg  
Kaprun, Kraftwerksgruppe Kaprun-Salzach

**Zur österreichischen Nationalflagge  
umgearbeitete Hakenkreuzfahne**

Österreich, 1945

Wien, Privatsammlung Gunther Dörfler

**Aufruf der sowjetischen Militärverwaltung  
zur Registrierung der Nationalsozialisten**

Mühlviertel, 28. September 1945

Linz, OÖ. Landesmuseum

**Eingraviertes Modell des Internierungslagers  
Marcus W. Orr und Edelweiß aus Stacheldraht**

Salzburg, 1945–1947

Linz, OÖ. Landesmuseum

**Volkgerichtsakte und Aktenvermerk zum  
Prozess zum Massaker in Stein an der Donau**

Wien, Juli–August 1946

Wien, Wiener Stadt- und Landesarchiv

→ 25

**„Sie reden vom ewigen Frieden ... und wollen  
den ewigen Hass“**

Österreich, 1949

Wahlplakat der Österreichischen Volkspartei Wien,  
Österreichische Nationalbibliothek

**Opferausweis von Hans Winge**

Wien, 3. Juni 1952

Wien, Dokumentationsarchiv des Österreichischen  
Widerstandes (DÖW)

**Registrierungskarte des DP-Lagers Ebensee  
für Krystyna Bolesława Pekalska**

Ebensee, um 1946

Ebensee, Zeitgeschichte Museum und KZ-Gedenk-  
stätte Ebensee

**Aufruf des Bürgermeisters Franz Prokesch**

Steyr, 7. Mai 1945

Plakat

Linz, Oö. Landesarchiv/Land Oberösterreich

**„Neues Österreich“ zu sowjetischen  
Lebensmittellieferungen**

Wien, 26. Mai 1945

Berlin, Privatbesitz

**In Österreich ausgegebenes amerikanisches  
Care-Paket**

Österreich, um 1946

Wien, Privatsammlung Gunther Dörfler

**Befehl zur Heimreise sowjetischer Staatsbürger**

Mühlviertel, Juni 1945

Linz, OÖ. Landesmuseum

**Schreiben des SC Hakoah Hallein anlässlich  
seiner Aufnahme in den Salzburger  
Fußballverband**

Hallein, 9. Juli 1951

Salzburg, Salzburger Fußballverband

**Bekanntgabe der Auflösung des SC Hakoah  
Hallein an den Salzburger Fußballverband**

Hallein, 2. April 1953

Salzburg, Salzburger Fußballverband

→ 24

**„IRO is closing“**

Österreich, 1949

Plakat der International Refugees Organisation (IRO)  
zum Ende ihrer Tätigkeit in Österreich Wien,  
Österreichische Nationalbibliothek

## Tschechoslowakei

**Silbermedaille der Olympischen Spiele in  
London 1948**

Tschechische Republik, 1990er Jahre (Replik)

Prag, Národní muzeum – Historické muzeum

**Helm eines Widerstandskämpfer des  
Prager Aufstands**

Prag, Mai 1945

Prag, Národní muzeum – Historické muzeum

**Plakette zur Erinnerung an die Befreiung von  
Pilsen durch die amerikanische Armee**

Tschechoslowakei/USA, 1945

Berlin, Deutsches Historisches Museum

### **„Die Mai-Revolution“**

Prag, 1945

Broschüre zum Prager Aufstand und zu den tschechoslowakischen Truppen in den alliierten Armeen Berlin, Deutsches Historisches Museum

→ 33

### **„Das siegreiche Prag“**

Tschechoslowakei, 1945

Grafiker: Vítězslav Fleissig

Prag, Národní muzeum – Historické muzeum

### **Armbinde der Revolutionären Garden**

Senohraby, 1945

Ústí nad Labem, Muzeum města Ústí nad Labem

### **„Der Präsident ist zu uns zurückgekehrt“**

Prag, 1947

Verfasser: Eduard Táborský

Berlin, Deutsches Historisches Museum

### **„Vermisste tschechoslowakische Kinder“**

Prag, 1946

Herausgeber: Tschechoslowakisches

Innenministerium

Broschüre

Bad Arolsen, International Tracing Service

→ 34

### **Bronzeplastik eines Eishockeyspielers**

Tschechoslowakei, 1947

Bildhauer: Jan Kavan

Prag, Národní muzeum – Historické muzeum

### **Armbinde der „Repatriierungskommission Dachau“**

Plzeň (Pilsen), 1945

Prag, Lenka Šindelářová

### **Hochzeitsfoto von Jana Berger und Hans Schindler**

Holice (Holitz), 1941

Fotografie

Prag, Lenka Šindelářová

### **Gefangenschaft im KZ Theresienstadt**

Prag, 1946

Zeichner: Leo Haas

Kreidezeichnung

Berlin, Deutsches Historisches Museum

### **Thora-Schild**

Prag, The Jewish Museum in Prague

→ 36

### **Karikatur „Heim ins Reich“**

Tschechoslowakei, vermutlich 1947

Zeichner: Leo Haas

Berlin, Deutsches Historisches Museum

### **Armbinde „Deutscher“**

Tschechoslowakei, 1945

München, Sudetendeutsches Institut München

### **Tragekorb der Familie Liehne**

Tschechoslowakei, 1945

München, Sudetendeutsche Stiftung München

### **Geige der Familie Richter**

Luby (Schönbach), 1930er Jahre

Bubenreuth, Bubenreuth e. V.

### **Dankesbrief an Přemysl Pitter und Olga Fierz**

Kamenice u Prahy, 6. Oktober 1946

Prag, Národní pedagogické muzeum a knihovna  
J. A. Komenského

### **Album von wolhynien-tschechischen Kindern für General Ludvik Svoboda**

Luzk, 1945

Prag, Národní muzeum – Historické muzeum

### **Mütze und Säbel von Viliam Žingor**

Tschechoslowakei, 1940er Jahre

Banská Bystrica, Múzeum Slovenského národného  
povstania

### **Mitgliedsausweis der Kommunistischen Partei**

Prag, 1946

Prag, Národní muzeum – Historické muzeum

### **„Eisenbahner wählen Kommunisten“**

Tschechoslowakei, 1946

Aufkleber der Kommunistischen Partei

Prag, Národní muzeum – Historické muzeum

### **Verpackung für „Merkur“-Kerzen der Georg Schicht AG**

Aussig (Ústí nad Labem), 1938–1945

Ústí nad Labem, Muzeum města Ústí nad Labem

→ 31

### **Verpackung für „Merkur“-Kerzen des Staatsbetriebs Schicht**

Ústí nad Labem (Aussig), 1945–1950

Ústí nad Labem, Muzeum města Ústí nad Labem

→ 32

### **Versandkiste der Georg Schicht AG**

Aussig (Ústí nad Labem), 1937

München, Sudetendeutsches Institut München

→ 35

### **„Zwei Jahre Arbeit – zwei Stufen zum Wohlstand“**

Tschechoslowakei, 1947

Werbetafel für den Zweijahresplan 1947/48

Prag, Národní muzeum – Historické muzeum

### **Urkunde zur Landverteilung bei der Bodenreform**

Tschechoslowakei, 1946

Ústí nad Labem, Muzeum města Ústí nad Labem

### **Armbinde der Volksmiliz**

Trmice (Türmitz), 1948

Ústí nad Labem, Muzeum města Ústí nad Labem

### **„Rudé právo“ zur Einsetzung der kommunistischen Regierung**

Prag, 26. Februar 1948

Prag, Národní muzeum – Historické muzeum

### **Büste von Klement Gottwald**

Vitkovice (Witkowitz), nach 1945

Berlin, Deutsches Historisches Museum

## **Polen**

### **Brief von Rachel Auerbach an Zofia Nałkowska**

Łódź, 18. Januar 1946

Warschau, Biblioteka Narodowa

### **„Achtung! Rohes Wasser trinken ist verboten“**

Wrocław (Breslau), 1945

Dreisprachiges Warnschild

Wrocław, Muzeum Miejskie Wrocławia

→ 42

### **Schachtel mit Tabletten zur Sterilisation von Wasser**

Warschau, 1940er Jahre

Warschau, The Museum of Warsaw

### **Mehlsack der Hilfsorganisation UNRRA**

USA/Polen, 1945

Szczecin, Muzeum Narodowe w Szczecinie

### **Jacke des polnischen KZ-Häftlings Feliks Wojciechowski**

Stutthof, 1940er Jahre

Sztutowo, Muzeum Stutthof

### **Aufnäher für Häftlingskleidung**

Stutthof, 1940er Jahre

Sztutowo, Muzeum Stutthof

→ 44

### **Prozess gegen ehemaliges Personal des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz**

Kraków (Krakau), 24. November – 22. Dezember 1947

Fotografie (Repro)

Berlin, Deutsches Historisches Museum

→ 43

### **Eintrittskarte von Jakub Bajurski zum Prozess gegen Rudolf Höß**

Warschau, März 1947

Warschau, Muzeum Niepodległości w Warszawie

→ 45

**„El-mole-rachmim“**

Warschau, 1946

Zeichner: Bronisław Linke

Aquarell, Gouache

Warschau, The National Museum in Warsaw

→ 46

**Einweihung des Denkmals für die Helden  
des Ghettoaufstands**

Warschau, 19. April 1948

Fotografie (Repro)

Warschau, Emanuel Ringelblum Jewish Historical  
Institute in Warsaw

**„Medaliony“, Erstausgabe**

Warschau, 1946

Verfasser: Zofia Nałkowska

Warschau, Biblioteka Narodowa

**Ideologische Grundlagen der Polnischen  
Vereinigten Arbeiterpartei**

Warschau, 1952

Berlin, Privatbesitz

**Insignien der polnischen Exilregierung**

London, 1945–1950

Warschau, Gabinet Numizmatyczny Zamku  
Królewskiego w Warszawie

**„Der Riese und der geifernde Zwerg der  
Reaktion“**

Łódź, 1945

Grafiker: Włodzimierz Zakrzewski

Plakat

Warschau, Poster Museum at Wilanów Dept. of  
The National Museum in Warsaw

→ 47

**Tasche der Soldatin Aleksandra Diermejer**

Polen, 1940er Jahre

Warschau, The Museum of Warsaw, MHW 26629

**Anzug und Ausrüstung eines antisowjetischen  
Partisanen**

Polen, 1940er Jahre

Warschau, Muzeum Wojska Polskiego

**Maschinenpistole Modell Špagin PPSch 1941**

Sowjetunion, 1940er Jahre

Berlin, Deutsches Historisches Museum

→ 48

**„Drei Mal Ja“**

Polen, Mai 1946

Plakat zur Volksbefragung

Warschau, Poster Museum at Wilanów Dept.  
of The National Museum in Warsaw

**Der Katechismus der Katholischen Kirche,  
Erstausgabe**

Pelplin, 1945

Berlin, Privatbesitz

**Kleine Verfassung mit der Erklärung der  
bürgerlichen Rechte und Freiheiten sowie dem  
Manifest des Polnischen Komitees  
der nationalen Befreiung (PKWN)**

Warschau, 1948

Berlin, Privatbesitz

**„Zum Wohlstand – Dreijahresplan“**

Polen, 1946

Grafiker: Szymon Bojko, Witold Kalicki

Plakat

Warschau, Poster Museum at Wilanów Dept.  
of The National Museum in Warsaw

**Erinnerungstuch vom Vereinigungsparteitag  
der polnischen Arbeiterparteien**

Polen, 1948

Wrocław, Muzeum Miejskie Wrocławia

**Abzeichen zum Vereinigungsparteitag**

Polen, 1948

Berlin, Deutsches Historisches Museum

**„Der Sechsjahresplan für den Wiederaufbau  
von Warschau“**

Warschau, 1950

Herausgeber: Bolesław Bierut

Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Fotoapparat von Stanisław Bober**

Polen, 1940er Jahre

Opole, Privatbesitz

**„Im Westen stehen die Gebiete bereit!“**

Polen, 1945-1950

Plakat

Wrocław, Zakład Narodowy im. Ossolinskich

**Transporttruhe von Stanisław Fryze**

Lwów (ukr. Lwiw, dt. Lemberg), 1940er Jahre

Gliwice, Muzeum w Gliwicach

→ 50

**Ikone mit der Madonna von Ostra Brama**

Vilnius (poln. Wilno, dt. Wilna), 19. Jahrhundert

Szczecin, Muzeum Narodowe w Szczecinie

**Armbinde für Mitarbeiter der Stadtverwaltung**

**Wrocław**

Wrocław (Breslau), 1945

Wrocław, Zakład Narodowy im. Ossolinskich

**Buch mit deutsch-polnischem Verzeichnis  
von Straßennamen**

Szczecin (Stettin), 1945

Szczecin, Muzeum Narodowe w Szczecinie

**Meldebestätigung für Edward Słowik**

Gdańsk (Danzig), 5. April 1946

Gdańsk, Muzeum Narodowe w Gdańsku

**Nutzungsurkunde für einen  
landwirtschaftlichen Betrieb**

Trzebnica (Trebmitz), 1947

Wrocław, Muzeum Miejskie Wrocławia

**Bekanntmachung zur Umsiedlung von  
Deutschen**

Niederschlesien, 1946

Wrocław, Zakład Narodowy im. Ossolinskich

**Befehl Nr. 116 des Hauptkommandeurs der  
Bürgermiliz**

Warschau, 25. Juli 1945

Warschau, Emanuel Ringelblum Jewish Historical

Institute in Warsaw

**Registrierungsbescheinigung für  
Ausreisewillige**

Katowice (Kattowitz), 29. August 1946

Warschau, Emanuel Ringelblum Jewish Historical

Institute in Warsaw

**Fotoalbum über das Leben der Juden in  
Niederschlesien**

Rychbach (Reichenbach im Eulengebirge, ab 1946

Dzierzoniów), 1945/46

Warschau, Emanuel Ringelblum Jewish Historical

Institute in Warsaw

→ 49

**Mit traditionellen ukrainischen Mustern  
besticktes Hemd**

Region Lwów (ukr. Lwiw, dt. Lemberg), 1930er Jahre

Gdańsk, Muzeum Narodowe w Gdańsku

## Großbritannien

**Federhalter aus dem Besitz von Lord Louis**

**Mountbatten**

Großbritannien

London, Imperial War Museum

→ 59

**Richtungsanzeige eines Zuges**

Japan, 1940er Jahre

London, Imperial War Museum

**Victory-Glocke**

Großbritannien, nach 1945

Entwurf: Conrad A. Parlanti

Berlin, Deutsches Historisches Museum

→ 58

**Schmetterlings-Täfelchen aus Berliner  
Ruinenresten**

Berlin/Großbritannien, 1946

London, Imperial War Museum

→ 60

**„Zivilleben“**

London, 1945

Plakat mit Informationen zur Demobilisierung

London, Imperial War Museum

→ 63

**„Eine Welt ...“**

Großbritannien, um 1946

Werbeplakat zur Unterstützung der Vereinten

Nationen

London, Imperial War Museum

**Olympische Fackel**

London, 1948  
London, Museum of London

**Broschüre zu den Olympischen Spielen**

London, 1948  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Flugroute und privates Logbuch Ernest****Kolmans vom 8. Mai 1945**

Großbritannien, 1945  
Mr. Ernest G. Kolman

**Emailschild mit Anweisungen für  
Bergarbeiter in Polnisch und Englisch**

Bergwerk Ogilvie, 1946  
Cardiff, Amgueddfa Cymru - National Museum Wales

→ 57

**Rucksack eines deutschen Kriegsgefangenen**

Camp Haltwhistle, 1944  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Journal der Exilorganisation Freie Deutsche  
Jugend**

London, 24. November 1945  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Erinnerungsstücke einer Kölner Lehrerin**

Köln, 1938  
Köln, Lern- und Gedenkort Jawne

**Abschiedsbrief von Berthold Auerbach an  
Siegfried Zimmering**

Godalming, 27. Juli 1947  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

→ 62

**Transceiver der zionistischen  
Untergrundorganisation Irgun**

Palästina, 1945  
London, Imperial War Museum

**„Exodus 1947“**

München, 1948  
Verfasser: Yitzhak Perlov  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Wahlflugblatt**

Wahlkreis Jarrow, 1945  
Manchester, People's History Museum

**„Jetzt geht es darum, den Frieden zu gewinnen“**

Großbritannien, 1945  
Wahlplakat der Labour Party  
London, Museum of London

**„Helfen Sie ihm, seinen Job zu Ende zu bringen“**

Großbritannien, 1945  
Wahlplakat der Konservativen Partei  
London, Imperial War Museum

**Bezugsscheinheft für Kleidung**

Großbritannien, 1946/47  
London, Museum of London

→ 61

**Bezugsschein für Einrichtungsgegenstände**

Großbritannien, 1946/47  
Manchester, People's History Museum

**„Lasst uns der Zukunft ins Gesicht sehen“**

London, 1945  
Manifest der Labour Party  
Manchester, People's History Museum

**Grubenlampe aus einem walisischen Bergwerk**

Manchester, 1940er Jahre  
Cardiff, Amgueddfa Cymru - National Museum Wales

**„Mutter, vergiss nicht den Lebertran und den  
Orangensaft für Dein Baby“**

London, 1946  
Plakat  
London, Imperial War Museum

**Planungen zum Wiederaufbau der britischen  
Hauptstadt London**

London, 1944  
Broschüre  
London, Museum of London

## Dänemark

### **Ernennungsurkunde von Vilhelm Buhl zum Ministerpräsidenten und provisorischen Außenminister**

Kopenhagen, 5. Mai 1945

Kopenhagen, Rigsarkivet/The Danish National Archives

### **Radio der Marke Bang & Olufsen**

Struer, 1941

Aars, Vesthimmerlands Museum

→ 75

### **Armbinde der dänischen Widerstandskämpfer**

Kopenhagen, 1945

Morten Thing

### **Album von Ib Larsen mit Bildern der „Dänischen Brigade“**

Schweden/Dänemark, 1945

Kopenhagen, The Danish Defence Library

### **Handgeschriebenes dänisch-russisches Glossar**

Rønne, 1945

Rønne, Bornholms Museum

### **„Der Kampf für Freiheit und Demokratie wird fortgesetzt“**

Kopenhagen, 1945

Wahlplakat der Dänischen Kommunistischen Partei

Kopenhagen, Designmuseum Danmark

### **„Eiderstein“ aus Bronze**

Dänemark, um 1946

Sønderborg, Museum Sønderjylland

→ 73

### **„Soziale Sicherheit, Freiheit und Fortschritt“**

Kopenhagen, 1947

Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei

Kopenhagen, Det Kongelige Bibliotek

→ 74

### **Alma Bechmann Strøhs Brautkleid**

Lyngby-Tårnbæk, April 1946

Kopenhagen, Dänisches Nationalmuseum

### **Brief und Zeichnung von Hellmut Seifert für seinen Sohn Hellmut Toftdahl**

Jena, 1948

Trige, Hellmut Seifert Toftdahl

### **Hellmut Toftdahl (stehend) mit seiner Mutter und Halbgeschwistern**

Hurup Thy, 1945

Fotografie

Trige, Hellmut Seifert Toftdahl

→ 76

### **Schrank der Zentralkartei der „Landesverräter“**

Kopenhagen, 1945–1950

Kopenhagen, Rigsarkivet/The Danish National Archives

### **Liste mit Namen hingerichteter Dänen**

Kopenhagen, 1948

Kopenhagen, Frihedsmuseet

### **Illustriertes Gedichtbändchen für Wilhelm Birnbacher**

Padborg/Sønderborg, Mai 1946

Zeichner: A. G. Nissen

Sønderborg, Deutsches Museum Nordschleswig – Museum der Deutschen Minderheit in Dänemark

### **Fahnen spitze aus dem niedergebrannten Ruderklub Apenrade**

Aabenraa- Sønderborg

Sønderborg, Deutsches Museum Nordschleswig – Museum der Deutschen Minderheit in Dänemark

### **Reisepass von Dora Thing und ihrer Tochter Jette**

um 1945

Morten Thing

→ 70

### **Maiglöckchen von Helge Hansen**

Deutschland/Dänemark, 1945

Hamburg, KZ-Gedenkstätte Neuengamme

→ 71

### **Wimpel von Helge Hansen**

Dänemark, 1945

Hamburg, KZ-Gedenkstätte Neuengamme

**Fährverbindungen für heimkehrende Dänen aus Schweden**

20. Mai 1945  
Annonce in der Zeitung „Dagens Nyheter“  
Kopenhagen, The Danish Jewish Museum

→ 72

**Poesiealbum von Hanna Posner**

Schweden/Dänemark, 1945  
Kopenhagen, The Danish Jewish Museum

**Heimreisepapiere von Hanna Bentow**

Schweden, Mai 1945  
Kopenhagen, The Danish Jewish Museum

**Zeitschrift „Billed-bladet“**

Kopenhagen, 23. April 1945  
Kopenhagen, Rigsarkivet/The Danish National Archives

**Aus einem Wehrmachtshelm gefertigter Nachttopf**

Oksbøl, um 1946  
Varde, Varde Museum

## Norwegen

**Aschenbecher von Jens Christian Hauge**

Oslo, 1948  
Oslo, Norges Hjemmefront Museum

→ 83

**Fahne der Milorg-Gruppe 13313**

Oslo, Mai 1945  
Oslo, The Norwegian Armed Forces Museum

**„10 Tage norwegische Geschichte 7.-17. Mai 1945“**

Oslo, 1945  
Leporello  
Oslo, Norges Hjemmefront Museum

→ 84

**Balalaika, Geschenk eines sowjetischen Kriegsgefangenen an die Stadt Kristiansand**

Kristiansand, Mai 1945  
Kristiansand, Stiftelsen Arkivet – Zentrum für Geschichtsvermittlung

**„Arbeit für alle“**

Oslo, 1945  
Broschüre mit dem Allparteienprogramm  
Oslo, Arbeiderbevegelsens Arkiv og Bibliotek

**„Unser Mann, unsere Partei“**

Oslo, 1945  
Broschüre der norwegischen Arbeiterpartei zur Parlamentswahl  
Oslo, Arbeiderbevegelsens Arkiv og Bibliotek

**Antikommunistische Karikatur in der Zeitschrift „Humoristen“**

Oslo, 1948  
Oslo, Nasjonalbibliotek

→ 86

**Motorradhelm eines norwegischen Soldaten in Erinnerung an den Einsatz in der Deutschland-Brigade**

Norwegen, um 1948  
Elverum, Anno museum AS

**„Zusammenhalt gibt Stärke, Stärke gibt Frieden“**

Oslo, 1949  
Broschüre der norwegischen Arbeiterpartei zum NATO-Beitritt Norwegens  
Oslo, The Norwegian Labour Movement Archives and Library

**Amerikanische Transportkiste für militärische Ersatzteile**

USA/Norwegen, um 1952  
Oslo, The Norwegian Armed Forces Museum

**Erste Ausgabe der Zeitschrift „Kvinnen og tiden“**

Oslo, 1945  
Oslo, Nasjonalbibliotek

**Tiedemanns „Mixture Fint Snit“ und „Blue Master“**

Oslo, 1946  
Tabakdose und Zigarettenschachtel  
Oslo, The Norwegian Museum of Cultural History

**Aufrisszeichnung des Holzhauses Typ C20+**

Harstad, 1946  
Tromsø, Privatbesitz Ingebjørg Hage

**„Baut das Land auf! Industrieausbau:  
Arbeit und Wohlstand für alle“**

Oslo, 1945  
Broschüre der norwegischen Arbeiterpartei  
Oslo, The Norwegian Labour Movement Archives  
and Library

**Karikatur des „Preisdirektors“ in der  
Zeitschrift „Kontakt“**

Oslo, 1947  
Privat

→ 87

**Campingkoffer**

Norwegen, 1940er/1950er Jahre  
Oslo, The Norwegian Museum of Cultural History

→ 85

**Bunad aus der Region West-Telemark**

Norwegen, 1945  
Oslo, The Norwegian Museum of Cultural History

**Fahne der Organisation Hird**

Norwegen, 1940–1945  
Oslo, The Norwegian Armed Forces Museum

**„Volkes Forderung: Richtet schnell und hart“**

Oslo, 21. August 1945  
Titelseite der Zeitung „Friheten“  
Oslo, Nasjonalbibliotek

**Klappstuhl aus dem Berufungsgericht in  
Trondheim**

1946  
Trondheim, The Norwegian National Museum of  
Justice – Norway

**Gerichtsakte „Das Urteil gegen Henry Rinnan“**

Trondheim, 1946  
Trondheim, The Norwegian National Museum of  
Justice – Norway

**Knut Hamsuns Nekrolog auf Adolf Hitler  
in der Zeitung „Aftenposten“**

Oslo, 7. Mai 1945  
Oslo, Nasjonalbibliotek

## Luxemburg

**Fragebogen der Vereinigung der Zwangsrekruti-  
tierten zu Helfern von Wehrdienstverweigerern,  
Deserteuren und Widerstandskämpfern**

Luxemburg, 5. Juni 1946  
Düdelingen, Regionales Museum der Zwangs-  
rekrutierten

**„Luxemburg ist frei“**

Luxemburg, 11. September 1944  
Erste Ausgabe des „Luxemburger Worts“ zum Tag  
der Befreiung  
Luxemburg, Centre de Documentation et de Recherche  
sur la Résistance (CDRR) – Villa Pauly

**„Heim ins Reich“**

Luxemburg, nach 1945  
Fotograf: Gusty Müller  
Fotomappe zur Flucht von Kollaborateuren aus  
Luxemburg  
Düdelingen, Regionales Museum der Zwangs-  
rekrutierten

**Uniformjacke, die Erbgroßherzog Jean bei  
seiner Rückkehr nach Luxemburg trug**

Großbritannien, 1944  
Diekirch, Musée National d'Histoire Militaire

→ 94

**Ankunft von Erbgroßherzog Jean in Düdelingen**

Düdelingen, September 1944  
Fotografie  
Düdelingen, Regionales Museum der Zwangs-  
rekrutierten

**„Rückkehr der gnädigen Frau Großherzogin  
von Luxemburg“**

Luxemburg, 1945  
Fotoalbum  
Luxemburg, Centre de Documentation et de Recherche  
sur la Résistance (CDRR) – Villa Pauly

**„Wir wollen wie ein freies Volk regiert werden“**

Luxemburg, 17. Februar 1945  
Plakat mit Forderung der „Unioun“ nach einer neuen  
Regierung  
Luxemburg, Musée d'Histoire de la Ville de Luxem-  
bourg

**Armbinde mit Abzeichen der „Unioun“-Milizen**

Luxemburg, 1944/45

Luxemburg, Centre de Documentation et de Recherche sur la Résistance (CDRR) – Villa Pauly

**Aktentasche des Gesundheitsministers**

**Dr. Charles Marx**

Luxemburg

Luxemburg, Musée d'Histoire de la Ville de Luxembourg

**Repatriierungsausweis für Dr. Charles Marx**

Paris, 24. Juli 1945

Luxemburg, Centre de Documentation et de Recherche sur la Résistance (CDRR) – Villa Pauly

**„Unioun der Gemeinde Differdingen“**

Luxemburg, 1945

Plakat mit Aufruf zu Befreiungsfeiern in Differdingen vom 4. bis 6. August 1945

Luxemburg, Musée d'Histoire de la Ville de Luxembourg

**Abzeichen der Volksdeutschen Bewegung (VdB) und Mutterkreuz aus dem Besitz eines geflüchteten Kollaborateurs**

Deutsches Reich

Luxemburg, Centre de Documentation et de Recherche sur la Résistance (CDRR) – Villa Pauly

**Beschuldigungen gegen Dominik B. durch die Vereinigung der Zwangsrekrutierten**

Düdelingen, 27. Juli 1945

Düdelingen, Regionales Museum der Zwangsrekrutierten

**Titelblatt des „Journal d'Esch“ zur Unterzeichnung eines „50jährigen Paktes zur Sicherung des Friedens durch England, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg“**

Luxemburg, 18. März 1948

Luxemburg, Sammlung der Nationalbibliothek  
Luxemburg – Luxemburgensia

→ 95

**Fernglas eines deutschen Soldaten**

Deutsches Reich

Weilerbach, Emile Hansen-Jungers

**Fotobuch von Gerard Margue zum Begräbnis von General G. S. Patton**

Luxemburg, 23. Dezember 1945

Luxemburg, Gérard Margue

→ 96

**Schränkchen mit Schubladen aus Gehäusen von Minen**

Luxemburg, 1944/45

Diekirch, Musée National d'Histoire Militaire

→ 97

**„Schu-Mine 42“ der deutschen Wehrmacht**

Deutsches Reich, nach 1942

Diekirch, Musée National d'Histoire Militaire

**Fragment der Turmglocke aus der Echternacher Basilika**

Luxemburg, 11. Jahrhundert

Diekirch, Musée National d'Histoire Militaire

**Aufruf des nationalen Hilfswerks zur Sammlung von Bettzeug und Küchengeschirr**

Luxemburg, 1945

Plakat

Luxemburg, Musée d'Histoire de la Ville de Luxembourg

**Zigaretten, Schokolade, Kaugummis und Coca-Cola-Kiste der US-Army**

USA, 1945

Diekirch, Musée National d'Histoire Militaire

→ 93

**„Das schaffende Luxemburg“**

Luxemburg, 1950

Grafiker: Lex Weyer

Plakat zur Landesausstellung des luxemburgischen Händlerverbandes in Esch a. d. Alzette

Luxemburg, Musée d'Histoire de la Ville de Luxembourg

**Ausweis der belgischen Armee für Jean Thiltges alias Jean Leclercq**

Belgien, 1944

Jean Thiltges, alias Leclercq

**Häftlingsanzug, den Marius Pauly 1945 bei seiner Rückkehr nach Luxemburg trug**

Deutsches Reich, Anfang 1940er Jahre  
Michel Pauly

**Marius Pauly nach seiner Rückkehr aus der KZ-Haft**

Luxemburg, 1945  
Fotografie  
Michel Pauly

**DP-Registrierungskarte einer alliierten Hilfsorganisation für Marius Pauly**

Luxemburg, 5. April 1945  
Luxemburg, Centre de Documentation et de Recherche sur la Résistance (CDRR) – Villa Pauly

**Bescheinigung für Irene Bastian über den Arbeitsdienst im Rüstungsbetrieb Fred Wagner**

Pforzheim, 17. Mai 1944  
Luxemburg, Privatsammlung Maurice Bastian

**Reichsarbeitsdienst-Pass von Irene Bastian**

Deutsches Reich, 1943  
Luxemburg, Privatsammlung Maurice Bastian

→ 98

**Erinnerungsstücke an die Umsiedlung nach Schlesien: Fremdenpass, Fotografien und Meißel mit eingravierten Initialen**

Schlesien, 1944/45  
Luxemburg, Gérard Margue

**„Helft sie ausfindig zu machen!“**

Luxemburg, 1945  
Vermisstenliste der in die deutsche Wehrmacht eingezogenen luxemburgischen Bürger  
Luxemburg, Centre de Documentation et de Recherche sur l'Enrôlement forcé – Museum Hollerich

**Koffer eines aus der Sowjetunion zurückgekehrten Kriegsgefangenen**

Sowjetunion/Luxemburg, 1940er Jahre  
Luxemburg, Centre de Documentation et de Recherche sur l'Enrôlement forcé – Museum Hollerich

**Telegramm von Max Barmherzig**

Dorfen, 24. Dezember 1947  
Luxemburg, Consistoire Israélite de Luxembourg

**Thoramantel aus der Synagoge in Esch an der Alzette**

Luxemburg?, 1889  
Esch a. d. Alzette, Communauté Israélite

**Album mit Totenbildern**

Luxemburg, nach 1945  
Luxemburg, Centre de Documentation et de Recherche sur la Résistance (CDRR) – Villa Pauly

→ 99

**Fotobuch über die Rückholung von exhumierten Toten aus dem früheren KZ Hinzert**

Luxemburg, 1946  
Luxemburg, Gérard Margue

## Niederlande

→ 107

**„Nationaler Festrock“**

Niederlande, nach 1945  
Goesbeek, Nationaal Bevrijdingsmuseum 1944–1945

→ 106

**Tagebuch von Maria Trees Schretlen über die Befreiung Nimwegens**

Nimwegen, September 1944 – Februar 1945  
Goesbeek, Nationaal Bevrijdingsmuseum 1944–1945

**Selbstgebaute Getreidemühle**

Niederlande, 1944/45  
Amsterdam, Dutch Resistance Museum/Verzetsmuseum

**„5 Jahre Unterdrückung“**

Niederlande, 1945/46  
Plakat zur Erinnerung an die Besatzungszeit  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**„Es schwelt noch!“**

Niederlande, 1947  
Grafiker: Nico Broekman  
Plakat der Partei der Arbeit  
Amsterdam, International Institute of Social History

**„Zurück im Vaterland“**

Rotterdam, 1945

Broschüre zur Rückkehr der niederländischen Königin  
Amsterdam, NIOD, Instituut voor Oorlogs-,  
Holocaust- en Genocidestudies

**„Die Niederlande erstehen auf, KLM beweist es“**

Delft, 1946

Schmuckfliese zum wirtschaftlichen Aufschwung  
Amsterdam, Dutch Resistance Museum/Verzets-  
museum

**Ich glaube wirklich, dass ich eine andere  
Brille brauche ...!“**

Niederlande, 06. Oktober 1945

Zeichner: Leo Jordaan

Karikatur zur niederländischen Kolonialpolitik  
Rotterdam, Atlas Van Stolk

**Der Soldat Dick A. Nederlof während seines  
Einsatzes in Indonesien**

Indonesien, 1945–1947

Fotografie

Children of Mr. D. A. Nederlof (L. D. Nederlof,  
K. P. Nederlof, E. C. Nederlof)

**Munitionskiste und Erinnerungsstücke  
des Soldaten Dick A. Nederlof**

Indonesien, 1945–1947

Soest, Nationaal Militair Museum

**Zeitungsartikel zum Prozess gegen  
Simon P. Olij**

Rotterdam, 3. Oktober 1947

Amsterdam, NIOD, Instituut voor Oorlogs-,  
Holocaust- en Genocidestudies

**Puppenfigur eines Widerstandskämpfers**

Niederlande, um 1945

Amsterdam, Dutch Resistance Museum/Verzets-  
museum

**Haarschneidegerät**

Niederlande, 1940er Jahre

Amsterdam, Dutch Resistance Museum/Verzets-  
museum

→ 109

**„Macht klar Schiff“**

Niederlande, 1945

Plakat mit der Aufforderung zur Entnazifizierung  
Den Haag, National Library of the Netherlands/  
Koninklijke Bibliotheek

**Ineke van Dort mit ihrer Mutter**

Arnheim, 1941

Fotografie

Amsterdam, Dutch Resistance Museum/Verzets-  
museum

**Im Internierungslager gefertigte Handarbeiten**

Haarlem, 1945/46

Amsterdam, Dutch Resistance Museum/Verzets-  
museum

**„Toezicht“**

Den Haag, Mai 1949

Mitgliederzeitschrift der Stiftung Politische  
Delinquenten

Den Haag, National Library of the Netherlands/  
Koninklijke Bibliotheek

**„Fordert deutschen Boden“**

Niederlande, 1945/46

Plakat

Berlin, Deutsches Historisches Museum

→ 108

**„Feige und tüchtig unter Seyß-Inquart“**

Den Haag, 1945

Brettspiel

Amsterdam, Dutch Resistance Museum/Verzets-  
museum

**Die Schwestern Sophie und Beppie Hertog  
nach der Befreiung**

Niederlande, 1945

Fotografie

Amsterdam, Collection of the Jewish Historical  
Museum

**Poesiealbum von Sophie Hertog**

Maastricht, 1945–1947

Amsterdam, Collection of the Jewish Historical  
Museum

### **„Groningen in Feuer und Schutt“**

Groningen, 1945  
Broschüre über die Kriegszerstörungen in Groningen  
Amsterdam, NIOD, Instituut voor Oorlogs-, Holo-  
caust- en Genocidestudies

### **Selbstgemachte Dose des politischen Häftlings Gerhardus Wind**

Vught, 1943–1945  
Vught, Nationaal Monument Kamp Vught

→ 110

### **„Aus Dankbarkeit für Hilfe in schwierigen Zeiten“**

Kampen, nach 1944  
Erinnerungsteller von Gerhardus Wind  
Vught, Nationaal Monument Kamp Vught

### **„Als Untertaucher blieb ich Holland treu“**

Niederlande, 1945  
Erinnerungsteller  
Amsterdam, NIOD, Instituut voor Oorlogs-,  
Holocaust- en Genocidestudies

### **Untertaucherkarte von Cornelis Verheule**

Utrecht, 1945  
Aalten, Markt 12/Aaltense Musea

### **Cornelis Verheule**

Utrecht, 1947/48  
Fotografie  
Aalten, Markt 12/Aaltense Musea

### **Brief eines ehemaligen Untertauchers**

Amsterdam, 13. Mai 1945  
Amsterdam, Collection of the Jewish Historical  
Museum

→ 111

### **Schuhmacherkiste von Julius Gold**

Region Utrecht, 1940er Jahre  
Vught, Nationaal Monument Kamp Vught

### **Julius, Gerda und Lothar Gold**

Region Utrecht, um 1943  
Fotografie  
Vught, Nationaal Monument Kamp Vught

### **Erstausgabe des Tagebuchs der Anne Frank**

Amsterdam, 1947  
Den Haag, National Library of the Netherlands/  
Koninklijke Bibliotheek

## **Belgien**

### **Notizbuch von Marie-Louise Cooreman mit Unterschriften von alliierten Soldaten**

Brüssel, 1944/45  
Brüssel, Marie-Louise Cooreman

→ 117

### **Mit Flaggen der alliierten Nationen bestickte Jacke**

Belgien, 1944  
Brüssel, Collections of the Royal Military Museum

→ 118

### **Ratsche mit den Flaggen Belgiens und Großbritanniens**

Brüssel, 1944  
Brüssel, Musée des Instruments de Musique, 4e  
Département des Musées royaux d'Art et d'Histoire

→ 123

### **Notizen von Léon Gronowski in jiddischer Sprache**

Belgien, 1943/44  
Mechelen, Kazerne Dossin

### **„Freies Belgien“**

Belgien, 1944/45  
Postkarte  
Brüssel, Centre for Historical Research and  
Documentation on War and Contemporary Society  
(CEGESOMA)

→ 119

### **Teniersplaats in Antwerpen nach einem Luftangriff der deutschen Wehrmacht**

Antwerpen, 27. November 1944  
Fotografie  
Brüssel, Centre for Historical Research and  
Documentation on War and Contemporary Society  
(CEGESOMA)

**Verkleidung für Raketenspitze Typ V1 (Fi 103)**

Deutsches Reich, um 1944  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Verlautbarung des Bürgermeisters Alfred Vander Stegen anlässlich des Kriegsendes**

Gent, 1945  
Plakat  
Gent, Amsab-Institute of Social History

→ 120

**Beschädigte Taschenuhr von Adjutant Van Lierde**

Region Stavelot, 1945  
Brüssel, Collections of the Royal Military Museum

**Personalakte des belgischen Zwangsarbeiters Charles De Smet**

Deutsches Reich, 1945  
Bonn, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

**Repatriierungskarte von Izak Gliksman**

Brüssel, 28. Mai 1945  
Mechelen, Kazerne Dossin

**Rationsmarken für Kleidung**

Antwerpen, 1946  
Antwerpen, MAS | Museum aan de Stroom

**Reisedokument Nr. 001 der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) für Paul-Henri Spaak**

Luxemburg, 7. Oktober 1953  
Brüssel, Fondation Spaak

→ 121

**„Volksabstimmung“ - Plakat zur „Königsfrage“**

La Louvière, 1950  
Plakat  
Gent, Amsab-Institute of Social History

**„Was auch geschieht, mein Schicksal sei das Eure!“**

Belgien, 1950  
Flugblatt gegen die Rückkehr Leopolds III.  
Brüssel, Centre for Historical Research and Documentation on War and Contemporary Society (CEGESOMA)

**„Stimmt 3 CVP. Erst ohne Monarch, dann ohne Gott, um unter Stalins Befehl zu enden“**

Belgien, 1950  
Grafiker: J. Rengle  
Wahlplakat der Christlichen Volkspartei  
Löwen, KADOC-KU Leuven

→ 122

**10-Franc-Banknote, Belgisch-Kongo**

London, 11. November 1948  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Aktie der Société des Mines d'Or de Kilo-Moto (Belgisch-Kongo) mit Dividendenscheinen**

Brüssel, 6. Oktober 1944  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Wimpel der internationalen Europäischen Bewegung**

um 1949  
Brüssel, Privatbesitz Étienne Deschamps

**Erste Sitzung des Europarates: Goldenes Buch der Stadt Straßburg mit Unterschriften der Außenminister**

Straßburg, 8.-13. August 1949  
Straßburg, Ville et Communauté Urbaine de Strasbourg

**Vorladung der Anwaltskammer am Berufungsgericht Gent für Hendrik Elias**

Gent, 20. September 1944  
Antwerpen, ADVN

**Uniformjacke des Mouvement National Belge von Alexandre Gourary**

Antwerpen, September 1944  
Mechelen, Kazerne Dossin

**„Dem Vaterland treu“**

Belgien, um 1943  
Abzeichen des Vlaams Nationaal Verbond  
Brüssel, Collections of the Royal Military Museum

**Abzeichen der wallonisch-faschistischen Bewegung Rex**

Belgien  
Mechelen, Kazerne Dossin

**Berichterstattung über den Prozess gegen den flämischen Nationalisten Jef Van de Wiele**

Amsterdam, 20. November 1946  
Katholische Tageszeitung „Het Volk“  
Antwerpen, ADVN

**Französisches Original von „Die sieben Kristallkugeln“ aus der Reihe „Tim und Struppi“**

Tournai, 1948  
Zeichner: Georges Prosper Remi alias Hergé  
Berlin, Privatbesitz

**Würfelspiel zum Ende des Zweiten Weltkriegs**

Brüssel, um 1945  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

→ 124

**„Galeerensträflinge der Ehre. Der Weg nach Buchenwald“**

Brüssel, 1945  
Plakat für die niederländische Version des Films  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

## Frankreich

**Maire-Claude Vaillant-Couturier an der Wahlurne**

Paris, 8. November 1946  
Titelblatt der Zeitschrift „regards“  
Montreuil, Musée de l'Histoire vivante

**Tagebuch der Schülerin Réjane Leproust**

Caen, 5.–9. Juli 1944  
Caen, Mémorial de Caen

**Bericht über die Kapitulation Deutschlands**

Saint-Denis, 8. Mai 1945  
Zentralorgan der kommunistischen Partei  
„L'Humanité“  
Besançon, Musée de la Résistance et de la Déportation

**Plakat mit General de Gaulle in Siegerpose**

Paris, 1944  
Nanterre, Bibliothèque de Documentation  
Internationale Contemporaine (BDIC)

**Armbinde eines Widerstandskämpfers**

Frankreich, 1944  
Besançon, Musée de la Résistance et de la Déportation

**Mitgliedsausweis der Französischen Kommunistischen Partei für Jean Duclos**

Versailles, 1945  
Montreuil, Musée de l'Histoire vivante

**„Hitlers Europa 1939–1945“, Gedenkmedaille des Erziehungsministeriums**

Paris, 1947  
Medailleur: Pierre Provost  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**La mort dans l'âme (dt. Titel: „Den Tod in der Seele“)**

Verfasser: Jean-Paul Sartre  
Paris, 1949  
Berlin, Privatbesitz

**Verfassung der IV. Republik Frankreich mit Siegel**

Paris, 27. Oktober 1946  
Pierrefitte-sur-Seine, Archives nationales

**„Seit einem Jahr geht es schon besser. ...“**

Paris, 1945  
Grafiker: Fontserè und Thébault  
Plakat  
Nanterre, Bibliothèque de Documentation  
Internationale Contemporaine (BDIC)

**„Gestern Straßburg – morgen Saigon“**

Paris, 1944–1946  
Rekrutierungsauftrag des Kriegsministeriums  
Nanterre, Bibliothèque de Documentation  
Internationale Contemporaine (BDIC)

→ 135

**Medaille zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)**

Paris, nach April 1951  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**„Immer mehr Autos von Renault in den Straßen.“**

Paris, 5. Oktober 1946  
Werbeanzeige aus der Zeitschrift „France Illustration“  
Montreuil, Musée de l'Histoire vivante

**Prozesszeichnung mit dem Angeklagten**

**Pierre Laval**

Paris, 1945

Zeichner: André Galland

Nanterre, Bibliothèque de Documentation

Internationale Contemporaine (BDIC)

**„Alle an die Arbeit für die Säuberung“**

Paris, 29. August 1944

Aufruf des französischen Widerstands zur Mithilfe

bei der Épuration (Säuberung)

Nanterre, Bibliothèque de Documentation

Internationale Contemporaine (BDIC)

**Terrakotta-Büste von Philippe Pétain**

Cusset, 1940–1944

Bildhauer: François Cogné

Nanterre, Bibliothèque de Documentation

Internationale Contemporaine (BDIC)

**Revolver „Bulldog“ des früheren Ministers für Nationalerziehung, Abel Bonnard**

Belgien, Ende 19./Anfang 20. Jahrhundert

Champigny-sur-Marne, Musée de la Résistance

Nationale

**„Unser Elsass“**

Saverne, 1945

Verfasser: Andrée Ruffat (Pseudonym)

Mademoiselle Poucette)

Berlin, Deutsches Historisches Museum

**„Journal d’Alsace et de Lorraine“ mit einem Bericht über den Prozess gegen Robert Wagner**

Straßburg, 4. Mai 1946

Straßburg, Archives de la Ville et de l’Eurométropole

de Strasbourg

→ 131

**Partitur „Chanson de la déportée“**

Frankreich, September 1945

Text: Jean Gandrey-Réty, Musik: Henri Dutilleux

Champigny-sur-Marne, Musée de la Résistance

Nationale

→ 132

**Schreibmaschine „Torpedo“ mit hebräischer Tastatur, gestiftet von David Diamant**

Frankfurt a. M., vermutlich 1930er Jahre

Champigny-sur-Marne, Musée de la Résistance

Nationale

→ 133

**Minendetektor SCR-625-C der US-Armee mit Transportkoffer**

USA, vor 1945

Caen, Mémorial de Caen

**Aus einem Wecker angefertigter Kerzenleuchter**

Caen, 1944

Caen, Mémorial de Caen

**„Seid ihr bereit, sie zu empfangen?“**

Paris, 1945

Grafiker: Bernard Villemot

Plakat des Ministeriums für Information zur

Rückkehr der französischen Kriegsgefangenen

Nanterre, Bibliothèque de Documentation

Internationale Contemporaine (BDIC)

**„Die Vergessenen“**

Marseille, nach Dezember 1944

Broschüre über spanische Résistance-Kämpfer

Nanterre, Bibliothèque de Documentation

Internationale Contemporaine (BDIC)

**Aufenthaltsgenehmigung für den Deutschen Harald Hauser**

Paris, 20. Februar 1945

Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Brief von André Berkover an seine Familie in Paris**

Gleiwitz, 30. März 1945

Paris, Mémorial de la Shoah

**„S.T.O.“, illustrierter Erinnerungsbericht über den Zwangsarbeitseinsatz**

Verfasser/Zeichner: Paul Philibert-Charrin

Lyon, 1945

Paris, Mémorial de la Shoah

→ 134

**Festkleid für den Empfang eines Widerstandskämpfers**

Haute-Saône, 1944/45

Besançon, Musée de la Résistance et de la Déportation

## Sowjetunion

→ 142

**„Das haben die Deutschen getan“**

Moskau/Leningrad, 1943

Grafiker: Alexej A. Kokorekin

Plakat

Minsk, Weißrussisches Staatliches Museum für die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges

**Publikation der Außerordentlichen Staatlichen Kommission**

Moskau/Leningrad, 1944

Minsk, Weißrussisches Staatliches Museum für die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges

→ 143

**Gottesdienstbuch**

Kiew, 1825-1855

Berlin, Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karls-  
horst

**Lehrbuch „Unterernährung im belagerten Leningrad“**

Leningrad, 1947

St. Petersburg, Militärmedizinisches Museum

**Prothese für die linke Hand und den linken Unterarm**

Leningrad, 1945

Leningrader Prothesenfabrik

St. Petersburg, Militärmedizinisches Museum

**Evakuierungsbestätigung für Anatolij M. Parchoc**

Gebiet Brest, April 1945

Minsk, Weißrussisches Staatliches Museum für die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges

**Anatolij M. Parchoc**

Gebiet Białystok, 1942/43

Fotografie

Minsk, Weißrussisches Staatliches Museum für die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges

**Anatolij M. Parchocs Töchter Nina, Lidija und Anja**

Gebiet Žabinskij, 1947

Fotografie

Minsk, Weißrussisches Staatliches Museum für die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges

→ 144

**Ikone „Heilige Familie“**

Polen-Litauen, 18. Jahrhundert

Minsk, Nationales Historisches Museum der Republik Belarus

**Lebensmittelkarten und -marken von N. R. Levinson**

Moskau, Dezember 1947

Moskau, The State Historical Museum

**Metallschilder von Maschinen deutscher Firmen**

Deutsches Reich, 1920er – 1940er Jahre

Moskau, The State Historical Museum

→ 146

**„Hast Du Deinen Arbeitsanteil am Wiederaufbau von Leningrad geleistet?“**

Moskau/Leningrad, 1944

Grafiker: Peter A. Gorbunov

Plakat

St. Petersburg, Staatliches Museum für Politische Geschichte Russlands

**Persönliches Arbeitsbuch von Gnesja Dozorceva**

Minsk, 1944

Minsk, Nationales Historisches Museum der Republik Belarus

**„Unserem Kameraden Lothar Lösche“**

Krasnogorsk, 7. Mai 1946

Glückwunschkarte

Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Vase mit dem Portrait von Andrej A. Ždanov aus seinem persönlichen Besitz**

Leningrad, 1946

Künstler: Aleksej A. Skvorcov

Leningrader Porzellanfabrik „M. Lomonosov“

Moskau, State Central Museum of Contemporary History of Russia

**Hammer und Meißel von Ivan S. Aleksandrov**

Sowjetunion, vermutlich 1940er Jahre  
St. Petersburg, Staatliches Museum für Politische  
Geschichte Russlands

**Erinnerungsmedaille an den Sieg über Japan**

Sowjetunion, nach dem 30. September 1945  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Ausweis der Vereinten Nationen für Kuz'ma  
V. Kisiljov, den Leiter der weißrussischen  
Delegation**

San Francisco, 1945  
Minsk, Nationales Historisches Museum der  
Republik Belarus

**Vladimir Gel'fand**

Berlin, 1946  
Fotografie  
Berlin, Privatbesitz Vitalij Gel'fand

**Fotoapparat von Vladimir Gel'fand**

Deutsches Reich, 1. Hälfte 20. Jahrhundert  
Berlin, Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karls-  
horst

**„Bei ihnen herrscht Unrecht, Arbeitslosig-  
keit und Armut. Bei uns herrscht Gleichbe-  
rechtigung, Freiheit und Wohlstand.“**

Kišinjov, 1949  
Grafiker: Evgenij N. Merega  
Plakat  
Moskau, Russian State Library

→ 149

**Tischschmuck „Das Lager des Friedens, der  
Demokratie und des Sozialismus“**

Ungarn, 1949  
Moskau, State Central Museum of Contemporary  
History of Russia

**„Kommunismus – das ist die sowjetische Macht  
plus Elektrifizierung des ganzen Landes“**

Odessa, 1947  
Grafiker: Vasilij F. Malakov  
Plakat  
Moskau, Russian State Library

**Steckdosen aus Keramik**

Gebiet Krasnodar, 1942–1944  
Moskau, State Central Museum of Contemporary  
History of Russia

**Musterschuhe**

Sowjetunion, 1942/43  
Moskau, State Central Museum of Contemporary  
History of Russia

**Büste von Iosif Stalin**

Leningrad, 1949  
Bildhauer: Veniamin J. Bogoljubov, Vladimir I. Ingal  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

→ 145

**„Unausweichliches Datum“, Tass Fenster Nr. 1198**

Sowjetunion, vermutlich Februar 1945  
Grafiker: S. Kostin, Jefim A. Pridworow  
Plakat  
Berlin, Deutsches Historisches Museum

**Fahndungsakte mit den Unterlagen zu  
Eva Rubavičienė**

Telšiai, September 1945 – Januar 1946  
Vilnius, Lietuvos Ypatingasis Archyvas

**„Der Feind ist listig – sei auf der Hut!“**

Moskau/Leningrad, 1945  
Grafiker: Viktor S. Ivanov, Olga K. Burova  
Plakat  
Moskau, Russian State Library

**Fedor I. Čumakov mit seinem Kameraden  
K. Gorškovyj**

Frankfurt a. d. Oder, Juli 1945  
Fotografie  
Moskau, State Central Museum of Contemporary  
History of Russia

**Ausgangserlaubnis für Fedor I. Čumakov aus  
dem Sammellager**

Frankfurt a. d. Oder, 4. Dezember 1945  
Moskau, State Central Museum of Contemporary  
History of Russia

**Arztbesteck von Fedor I. Čumakov**

Deutsches Reich, 1930er/1940er Jahre  
Moskau, State Central Museum of Contemporary  
History of Russia

**Lev Miščenko bei der Arbeit im Trockenlabor  
eines Holzkombinats**

Nord-Ural (Lagerkomplex „PečorLag“), 6. Februar 1948  
Moskau, International Historical, Educational,  
Charitable and Human Rights Society „Memorial“

**Korrespondenz von Lev Miščenko und seiner  
Frau Svetlana Ivanova**

Sowjetunion, Juni/Juli 1947  
Moskau, International Historical, Educational,  
Charitable and Human Rights Society „Memorial“

**Selbstporträt von Alla T. Berjozkina**

bei Irkutsk (Arbeitslager „AngarLag“), 1949  
Bleistiftzeichnung  
Moskau, International Historical, Educational,  
Charitable and Human Rights Society „Memorial“

→ 147

**„Wir schaffen eine Kultur national in ihrer  
Form und sozialistisch in ihrem Inhalt“**

Vilnius, 1949  
Grafiker: Ivan V. Medvedev  
Plakat  
Vilnius, National Museum of Lithuania

**Spaten**

Litauen, frühes 20. Jahrhundert  
Kėdainiai, Kėdainių krašto muziejus

**Liste von Verbindungsleuten aus der Abteilung  
Klaipeda des sowjetischen Geheimdienstes MGB**

Litauen, 1. Januar – 30. Dezember 1947  
Vilnius, Lietuvos Ypatingasis Archyvas

**Regina Agata Budvytytė im Kindergarten**

Kujbyšev, 1946  
Fotografie  
Vilnius, LGGRTC the Museum of Genocide Victims

→ 148

**Puppe von Regina Agata Budvytytė**

1940er Jahre  
Vilnius, LGGRTC the Museum of Genocide Victims

## **Leihgeber**

Das Deutsche Historische Museum dankt allen leihgebenden Institutionen und Personen für ihre Unterstützung und Kooperation:

### **Belgien**

Antwerpen, ADVN  
Antwerpen, MAS | Museum aan de Stroom  
Brüssel, Centre for Historical Research and Documentation on War and Contemporary Society (CEGESOMA)  
Brüssel, Collections of the Royal Military Museum  
Brüssel, Marie-Louise Cooreman  
Brüssel, Fondation Spaak  
Brüssel, Musée des Instruments de Musique, 4e Département des Musées royaux d'Art et d'Histoire  
Brüssel, Privatbesitz Étienne Deschamps  
Gent, Amsab-Institute of Social History  
Löwen, KADOC-KU Leuven  
Mechelen, Kazerne Dossin

### **Dänemark**

Aars, Vesthimmerlands Museum  
Kopenhagen, Dänisches Nationalmuseum  
Kopenhagen, Designmuseum Danmark  
Kopenhagen, Det Kongelige Bibliotek  
Kopenhagen, Frihedsmuseet  
Kopenhagen, Rigsarkivet/The Danish National Archives  
Kopenhagen, The Danish Defence Library  
Kopenhagen, The Danish Jewish Museum  
Rønne, Bornholms Museum  
Sønderborg, Deutsches Museum Nordschleswig – Museum der Deutschen Minderheit in Dänemark  
Sønderborg, Museum Sønderjylland  
Trige, Hellmut Seifert Toftdahl  
Varde, Varde Museum  
Morten Thing

### **Deutschland**

Bad Arolsen, International Tracing Service  
Berlin, Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst  
Berlin, Evangelisches Zentralarchiv Berlin  
Berlin, Freie Universität Berlin, Bibliothek für Sozialwissenschaften und Osteuropastudien  
Berlin, Wolfgang Haney  
Berlin, Privatbesitz  
Berlin, Privatbesitz Vitalij Gel'fand  
Berlin, Privatbesitz Hentges  
Berlin, Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung  
Bonn, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland  
Bremen, Staatsarchiv Bremen  
Bremerhaven, Museum der 50er Jahre Bremerhaven – Sammlung Kerstin v. Freytag Löringhoff  
Bubenreuth, Bubenreuth e. V.  
Dresden, Polizeidirektion Dresden – Polizeihistorische Sammlung  
Gummersbach, Archiv des Liberalismus  
Hamburg, KZ-Gedenkstätte Neuengamme  
Kelkheim, Dr. John Provan  
Köln, Lern- und Gedenkort Jawne  
Lohheide, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten/ Gedenkstätte Bergen-Belsen  
München, Archiv des Erzbistums München und Freising  
München, Sudetendeutsche Stiftung München  
München, Sudetendeutsches Institut München  
Neuendettelsau, Zentralarchiv Diakonie Neuendettelsau  
Oranienburg, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen  
**Frankreich**  
Besançon, Musée de la Résistance et de la Déportation  
Caen, Mémorial de Caen  
Champigny-sur-Marne, Musée de la Résistance Nationale  
Montreuil, Musée de l'Histoire vivante  
Nanterre, Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine (BDIC)  
Paris, Mémorial de la Shoah  
Pierrefitte-sur-Seine, Archives nationales  
Straßburg, Archives de la Ville et de l'Eurométropole de Strasbourg  
Straßburg, Ville et Communauté Urbaine de Strasbourg

### **Großbritannien**

Cardiff, Amgueddfa Cymru – National Museum Wales  
London, Imperial War Museum  
London, Museum of London  
Manchester, People's History Museum  
Mr. Ernest G. Kolman

### **Litauen**

Kėdainiai, Kėdainu krašto muziejus  
Vilnius, LGGRTC the Museum of Genocide Victims  
Vilnius, Lietuvos Ypatingasis Archyvas  
Vilnius, National Museum of Lithuania

### **Luxemburg**

Diekirch, Musée National d'Histoire Militaire  
Düdelingen, Regionales Museum der Zwangsrekrutierten  
Esch a. d. Alzette, Communauté Israélite  
Luxemburg, Centre de Documentation et de Recherche sur l'Enrôlement forcé – Museum Hollerich  
Luxemburg, Centre de Documentation et de Recherche sur la Résistance (CDRR) – Villa Pauly  
Luxemburg, Consistoire Israélite de Luxembourg  
Luxemburg, Gérard Margue  
Luxemburg, Musée d'Histoire de la Ville de Luxembourg  
Luxemburg, Privatsammlung Maurice Bastian  
Luxemburg, Sammlung der Nationalbibliothek Luxemburg – Luxemburgensia  
Weilerbach, Emile Hansen-Jungers  
Michel Pauly  
Jean Thiltges, alias Leclercq

### **Niederlande**

Aalten, Markt 12/Aaltense Musea  
Amsterdam, Collection of the Jewish Historical Museum  
Amsterdam, Dutch Resistance Museum/Verzetmuseum  
Amsterdam, International Institute of Social History  
Amsterdam, NIOD, Instituut voor Oorlogs-, Holocaust- en Genocidestudies  
Amsterdam, Helly Oestreicher  
Den Haag, National Library of the Netherlands/  
Koninklijke Bibliotheek  
Groesbeek, Nationaal Bevrijdingsmuseum 1944 – 1945  
Rotterdam, Atlas Van Stolk  
Soest, Nationaal Militair Museum  
Vught, Nationaal Monument Kamp Vught  
Children of Mr. D. A. Nederlof (L. D. Nederlof, K. P. Nederlof, E. C. Nederlof)

### **Norwegen**

Elverum, Anno museum AS  
Kristiansand, Stiftelsen Arkivet – Zentrum für Geschichtsvermittlung  
Oslo, Nasjonalbibliotek  
Oslo, Norges Hjemmefront Museum  
Oslo, The Norwegian Armed Forces Museum  
Oslo, The Norwegian Labour Movement Archives and Library  
Oslo, The Norwegian Museum of Cultural History  
Tromsø, Privatbesitz Ingebjørg Hage  
Trondheim, The Norwegian National Museum of Justice – Norway

### **Österreich**

Ebensee, Zeitgeschichte Museum und KZ-Gedenkstätte Ebensee  
Kaprun, Kraftwerksgruppe Kaprun-Salzach  
Linz, Oö. Landesarchiv/Land Oberösterreich  
Linz, Oö. Landesmuseum  
Salzburg, Salzburger Fußballverband  
Wien, Österreichische Nationalbibliothek  
Wien, Privatbesitz Schweitzer  
Wien, Privatsammlung Gunther Dörfler  
Wien, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)  
Wien, Kreisky-Archiv  
Wien, Wienbibliothek im Rathaus, Plakatsammlung  
Wien, Wiener Stadt- und Landesarchiv

### **Polen**

Gdańsk, Muzeum Narodowe w Gdańsku  
Gliwice, Muzeum w Gliwicach  
Opole, Privatbesitz  
Szczecin, Muzeum Narodowe w Szczecinie  
Sztutowo, Muzeum Stutthof  
Warschau, Biblioteka Narodowa  
Warschau, Emanuel Ringelblum Jewish Historical  
Institute in Warsaw  
Warschau, Gabinet Numizmatyczny Zamku  
Królewskiego w Warszawie  
Warschau, Instytut Pamięci Narodowej  
Warschau, Muzeum Niepodległości w Warszawie  
Warschau, Muzeum Wojska Polskiego  
Warschau, The Museum of Warsaw  
Warschau, The National Museum in Warsaw  
Warschau, Poster Museum at Wilanów Dept. of  
The National Museum in Warsaw  
Wrocław, Muzeum Miejskie Wrocławia  
Wrocław, Zakład Narodowy im. Ossolińskich

### **Russische Föderation**

Moskau, International Historical, Educational,  
Charitable and Human Rights Society „Memorial“  
Moskau, Russian State Library  
Moskau, State Central Museum of Contemporary  
History of Russia  
Moskau, The State Historical Museum  
St. Petersburg, Militärmedizinisches Museum  
St. Petersburg, Staatliches Museum für Politische  
Geschichte Russlands

### **Slowakei**

Banská Bystrica, Múzeum Slovenského národného  
povstania

### **Tschechien**

Prag, Národní muzeum – Historické muzeum  
Prag, Národní pedagogické muzeum a knihovna  
J. A. Komenského  
Prag, Lenka Sindelárová  
Prag, The Jewish Museum in Prague  
Ústí nad Labem, Muzeum města Ústí nad Labem

### **Weißrussland**

Minsk, Nationales Historisches Museum der  
Republik Belarus  
Minsk, Weißrussisches Staatliches Museum für die  
Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges  
  
sowie weiteren Leihgebern, die ungenannt bleiben  
wollen.

## Dank

Für Rat und Unterstützung danken wir:

Susanne Ackermann, Gummersbach, Archiv des Liberalismus

Svetlana Andreeva, Berlin, Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst

Sabine Arend, Fürstenberg, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück

Svetlana Artamonova, Moskau, Russian State Library

Madeleine van den Berg, Den Haag, National Library of the Netherlands/Koninklijke Bibliotheek

Alyn Bessmann, Hamburg, KZ-Gedenkstätte Neuen-  
gamme

Margot Blank, Berlin, Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst

Bent Blüdnikow, Kopenhagen

Sarah Bornhorst, Berlin, Deutsches Historisches Museum

Natalja Cevtajkina, Moskau, The State Historical Museum

Anne-Laure Charles, Besançon

Tom Cobbaert, Antwerpen, ADVN

Marie Louise Cooreman, Brüssel

Bruno Deblander, Brüssel, Radio Télévision Belge Francophone

Wannes Devos, Brüssel, Collections of the Royal Military Museum

Christoph Dieckmann, Frankfurt am Main, Fritz Bauer Institut

Paul Dostert, Luxemburg, Centre de Documentation et de Recherche sur la Résistance (CDRR) – Villa Pauly

Thomas Dupke, Essen, Stiftung Ruhr Museum

Richard Fagot, Tel Aviv

Julia Franke, Berlin, Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst

Michael Gander, Osnabrück, Gedenkstätte Augu-  
schacht

Roland Gaul, Diekirch, Musée National d'Histoire Militaire

Tim Geelhaar, Frankfurt am Main, Goethe Universi-  
tät Frankfurt am Main

Sandra Gibouin, Oradour-sur-Glane, Centre de la mémoire d'Oradour

Roland Götz, München, Archiv des Erzbistums München und Freising

Magdalena Górniak, Opole, Muzeum Wsi Opolskiej w Opolu, Fototeka Śląska

Hauke Grella, Sønderborg, Deutsches Museum Nord-  
schleswig – Museum der Deutschen Minderheit  
in Dänemark

Lenka Grossmannová, Brno, Muzeum romské kultury

Sophie Gyselinck, Antwerpen, ADVN

Igor Hałagida, Gdańsk, Uniwerstytet Gdański, Ins-  
tytut Pamięci Narodowej Gdańsk

Wolfgang Haney, Berlin

Katja Happe, Berlin/Freiburg, Albert-Ludwigs-Uni-  
versität Freiburg

Enrico Heitzer, Oranienburg, Gedenkstätte und  
Museum Sachsenhausen

Suzanne Hendriks, Hilversum, NTR TV

Gudrun Hentges, Berlin/Fulda, Hochschule Fulda

Iris Holling, Berlin

Krzysztof Hoff, Poznan, Wielkopolskie Muzeum Walk  
Niepodległościowych

Christian Hoyer, Bubenreuth, Bubenreuth e.V.

Constanze Itzel, Brüssel, European Parliament,  
House of European History

Anetta Kahane, Berlin, Amadeu Antonio Stiftung

Dominique André Kahane, Berlin

Andrea Kamp, Berlin, Stiftung Flucht, Vertreibung,  
Versöhnung

Rolf Keller, Celle, Stiftung niedersächsische Gedenk-  
stätten

Hanna Kirchner, Warschau, Instytut Badan  
Literackich Polskiej Akademii Nauk

Esben Kjeldbæk, Helsingør

Christiane Kleemann, Wiesbaden, Hessisches Haupt-  
staatsarchiv Wiesbaden

Ulrike Kloß, Berlin, Deutsch-Russisches Museum  
Berlin-Karlshorst

Ernest G. Kolman

Bernd von Kostka, Berlin, AlliiertenMuseum

Ewa Kozmińska-Frejlik, Warschau, Emanuel Ringel-  
blum Jewish Historical Institute in Warsaw

Zoja Kurjanova, Minsk, Nationales Historisches  
Museum der Republik Belarus

Kuzma Kozak, Minsk, Geschichtswerkstatt

Ulf Skov Kyneb, Kopenhagen, Rigsarkivet/  
The Danish National Archives

Henrik Lundbak, Kopenhagen, Frihedsmuseet

Ivan Maly, Prag, Národní muzeum – Historické  
muzeum

Andreas Mix, Berlin, Stiftung Gedenkstätte Ber-  
lin-Hohenschönhausen

Klaus Mohr, München, Sudetendeutsches Archiv  
München

Danuta Mordal, Opole

Thomas Morlang, Essen, Stiftung Ruhr Museum

Jörg Morré, Berlin, Deutsch-Russisches Museum  
Berlin-Karlshorst

Yfke Nijland, Hilversum, NTR TV

Helly Oestreicher, Amsterdam

Galina Pavlovskaja, Minsk, Weißrussisches Staat-  
liches Museum für die Geschichte des Großen  
Vaterländischen Kriegen

Philippe Pierret, Brüssel, Musée Juif de Belgique

Andreas Plake, Berlin

Svetlana Potupčik, Minsk, Weißrussisches Staat-  
liches Museum für die Geschichte des Großen  
Vaterländischen Krieges

Lutz Prieß, Berlin, Deutsch-Russisches Museum  
Berlin-Karlshorst

Kees Ribbens, Amsterdam, NIOD Instituut voor  
Oorlogs-, Holocaust- en Genocidestudies

Peter Rogiest, Antwerpen, Erfgoedbibliotheek  
Hendrik Conscience

Nadežda Savčenko, Minsk, Nationales Historisches  
Museum der Republik Belarus

Bärbel Schindler-Saefkow, Berlin

Bettina Schleier, Bremen, Staatsarchiv Bremen

Wolfgang Schütze, Dresden, Polizeidirektion Dresden  
– Polizeihistorische Sammlung

Elisabeth Schwabauer, Bad Arolsen, International  
Tracing Service

Ursula Schwarz, Wien, Dokumentationsarchiv des  
Österreichischen Widerstandes (DÖW)

Sybille Steinbacher, Wien, Universität Wien – Institut  
für Zeitgeschichte

Dorien Styven, Mechelen, Kazerne Dossin

Ewa Szafrńska, Opole

Klaus Taetzler, Bergen-Belsen, Gedenkstätte  
Bergen-Belsen

Karen Taieb, Paris, Mémorial de la Shoah, Centre de  
Documentation Juive Contemporaine

Maria Tallen, Osnabrück

Ismee Tames, Amsterdam, NIOD Instituut voor  
Oorlogs-, Holocaust- en Genocidestudies

Jim G. Tobias, Nürnberg

Susanne Urban, Bad Arolsen, International Tracing  
Service

Anne Sofie Vemmelund Christensen, Varde, Varde  
Museum

Margit Vogt, Bad Arolsen, International Tracing  
Service

Ernst Volland, Berlin

Gerhard te Voortwis, Aalten, Markt 12/Aaltense  
Musea

Florian Weiss, Berlin, AlliiertenMuseum

Michael Wildt, Berlin, Humboldt Universität

Lech Zielonacki, Poznan

Den Mitarbeitern des Zentrums für Historische  
Forschung Berlin der Polnischen Akademie der  
Wissenschaften

... und vielen mehr.

## **Bildnachweis**

**Karte hinten:** Berlin, Peter Palm

**Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht,** Berlin-Karlshorst,

8./9. Mai 1945: Berlin, DHM, S. 8

**Badevergnügen am Reichstag,** Berlin, nach Mai 1945: Berlin, DHM, Foto: Boris Puschkin, S. 14/15

**Parade zum ersten Jahrestag des Sieges,** Wien, 8. Mai 1946: London, Imperial War Museum © IWM (VIE 1351), Foto: Loughlin, S. 32/33

**Prag bei Kriegsende,** 1945: Berlin, ullstein bild, © ullstein bild – TopFoto, S. 46/47

**Im zerstörten Warschau,** 16. Januar 1945: Berlin, DHM, Foto: Boris Puschkin, S. 60/61

**Amerikanische Soldaten und Zivilisten feiern auf dem Picadilly Circus die bedingungslose Kapitulation Deutschlands,** London, 7. Mai 1945: Berlin, ullstein bild, © ullstein bild – ullstein bild, S. 78/79

**Dänische Widerstandskämpfer vor einem Geschäft „Aus Gründen der Freude geschlossen“,** Kopenhagen, 5. Mai 1945: Kopenhagen, Frihedsmuseet, © Nationalmuseet, Danmark, Foto: Knud Rading, 35A6035022/FHM, 17338, S. 94/95

**Schüler der Kathedralschule demonstrieren bei ihrer Abschlussfeier für die Bestrafung von Kollaborateuren,** Trondheim, 17. Mai 1945: Trondheim, Trondheim byarkiv/Municipal Archives of Trondheim, Foto: Mulig Schröder eller Trygve Gjervan, S. 110/111

**Großherzogin Charlotte besucht das zerstörte Wasserbillig,** 1945: Luxemburg, Photothèque de la ville de Luxembourg, © Phototheque VDL, Foto: Tony Krier, S. 126/127

**Mitglieder des Widerstands bei einem festlichen Umzug,** Amsterdam, 28. Juni 1945: Amsterdam, Beeldbank WO2, Imagebank WW2 – DiaArchief Mr. A. Hustinx, S. 142/143

**Ankunft der alliierten Truppen in Brüssel,** September 1944: Brüssel, Centre for Historical Research and Documentation on War and Contemporary Society (CEGESOMA), collections CEGESOMA – Brussels „rights reserved“, S. 158/159

**Befreiungsfeier auf den Champs-Élysées zur deutschen Kapitulation,** Paris, 8. Mai 1945: Berlin, ullstein bild, © ullstein bild – Heritage Images/Keystone Archives, S. 174/175

**Witebsk, Tag der Befreiung,** 26. Juni 1944: Berlin, Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, S. 192/193

**Kinder in den Trümmern Berlins,** nach 1945: Berlin, DHM, Foto: Puck Pressedienst, S. 210/211

Amsterdam, Beeldbank WO2, Imagebank WW2 – NIOD, S. 146, 149; Imagebank WW2 – Verzetsmuseum Amsterdam, S. 148

Amsterdam, Dutch Resistance Museum/Verzetsmuseum, S. 154

Amsterdam, Helly Oestreicher, S. 26

Berlin, bpk – Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte, S. 98

Berlin, Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, S. 205 o.

Berlin, DHM, S. 21, 27, 28, 29, 30 o., 59, 71, 88, 171, 173, 191, 206; Foto: Boris Puschkin, S. 19

Berlin, Grafik: Tina Raccah, Berlin; Chris Dormer, envision design, Berlin, S. 131

Berlin, Wolfgang Haney, S. 30 u.

Berlin, Privatbesitz, Titelseite der Zeitschrift „j.“ Nr. 20, 19.–26. Mai 1945, S. 185

Berlin, Sammlung Ernst Volland und Heinz Krimmer, Foto: Jewgeni Chaldej, S. 20

Berlin, ullstein bild, © ullstein bild – Nowosti, Foto: O. Ignatowitsch, S. 63; © ullstein bild – dpa, S. 65; © ullstein bild – Roger-Viollet, S. 82; © ullstein bild – TopFoto, S. 83, 84; © ullstein bild – Roger-Viollet/Jacques Boyer, S. 161; © ullstein bild – ullstein bild, S. 162 re., 182; © ullstein bild – Heritage Images/Art Media, Foto: Anon, S. 180

Besançon, Musée de la Résistance et de la Déportation, S. 190

Bratislava, TASR, © originating agency/TASR, S. 51

Bremerhaven, Museum der 50er Jahre Bremerhaven –

Sammlung Kerstin v. Freytag Löringhoff, S. 31

Brüssel, Centre for Historical Research and Documentation on War and Contemporary Society (CEGESOMA), collections CEGESOMA – Brussels „rights reserved“, S. 164, 169 o.; collections CEGESOMA – Brussels, S. 166

Brüssel, Collections of the Royal Military Museum, © Royal Museum of the Army and of Military History, KLM-MRA: 200500175, KLM-MRA: 911414, Foto: Luc Vandeweghe/© VG Bild-Kunst Bonn 2015, S. 168 o., 169 u.

Brüssel, Musée des Instruments de Musique, 4e Département des Musées royaux d'Art et d'Histoire, © mim, S. 168 u.

Bundesarchiv, Bild 146-1970-008-25, Agentur: Herbert Hoffmann, S. 68

Caen, Mémorial de Caen, S. 183, 189

Champigny-sur-Marne, Musée de la Résistance Nationale, S. 186/187, 188

Den Haag, National Library of the Netherlands/Koninklijke Bibliotheek, S. 155

Diekirch, Musée National d'Histoire Militaire, S. 139 o. und u.

Differdingen, Camille Poupart, S. 130

Düdelingen, Regionales Museum der Zwangsrekrutierten, S. 129, 138 o.

Echternach, Cornélie Halle, S. 133

Echternach, Pfarrarchiv, S. 134

- Elverum, Anno museum AS, S. 125 o.
- Essen, Stiftung Ruhr Museum, © Willy van Heekern/Fotoarchiv Ruhr Museum, S. 25
- Frankfurt a. M., dpa picture alliance, © picture alliance, Foto: Johannes Stage, S. 113; © picture alliance, S. 120; © picture alliance/Belga, Foto: Belga, S. 162 li.; © picture alliance, Foto: dpa, Roland Witschel, S. 177
- Gent, Amsab-Institute of Social History, Amsab-ISG, S. 170
- Gdansk, © Muzeum Narodowe Gdansk, MNG-E-8440, S. 76
- Groesbeek, Nationaal Bevrijdingsmuseum 1944-1945, S. 152, 153
- Hamburg, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, L.3.1., L.3.2., S. 104 o. und u.
- Kopenhagen, Dänisches Nationalmuseum, © Nationalmuseet, Danmark 6046/1963-BBB17798, S. 107
- Kopenhagen, Det Kongelige Bibliotek, S. 100, 106
- Kopenhagen, Frihedsmuseet, © Nationalmuseet, Danmark, 35A6035083/FHM-17358, S. 97; © Nationalmuseet, Danmark, Foto: Holger Wraae-Jensen, HWJ-1945-05-C-33A/FHM-152325, S. 99; © Nationalmuseet, Danmark, 35G6802010/FHM-14692, S. 101; © Nationalmuseet, Danmark, 35C.43.00 Odense/FHM-153099, S. 102
- Kopenhagen, Rigsarkivet/The Danish National Archives, S. 109
- Kopenhagen, The Danish Jewish Museum, S. 107
- Krasnogorsk, Foto- und Filmarchiv, RGAKFD, 0-90294, S. 198
- Kristiansand, Stiftelsen Arkivet – Zentrum für Geschichtsvermittlung, S. 123
- Linz, OÖ. Landesmuseum, S. 42 u.
- London, Imperial War Museum, © IWM (BU 7352), Foto: J. Mapham, S. 22; © IWM (BU 7016), Foto: Stiggins, S. 23; © IWM (H 41849), S. 81; IWM GOV 1929, S. 87; © IWM (EPH 9957), S. 89 o.; © IWM (FEQ 317), S. 89 u.; © IWM (Art.IWM PST 16919), S. 90; © IWM (COM 558), S. 92; IWM (Art.IWM PST 15713), S. 93
- Luxemburg, Gérard Margue, S. 140, 141
- Luxemburg, Musée d'Histoire de la Ville de Luxembourg, S. 137
- Manchester, People's History Museum, S. 91
- Mechelen, Kazerne Dossin, S. 172
- Minsk, Nationales Historisches Museum der Republik Belarus, S. 205 u.; Foto: Vladimir Lupejko, S. 197
- Minsk, Weißrussisches Staatliches Museum für die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges, S. 204
- Moskau, RIA Novosti, © RIA Novosti, S. 199
- Moskau, State Central Museum of Contemporary History of Russia, S. 195, 201, 209
- München, Interfoto, © Interfoto/Classicstock/H. Armstrong Roberts, S. 17
- München, Sudetendeutsches Institut München, S. 56 u.
- München, Süddeutsche Zeitung Photo, S. 18
- Oslo, Norges Hjemmefront Museum, NHM 8801/036, S. 118
- Oslo, The Norwegian Armed Forces Museum, FMU.2456, S. 122
- Oslo, The Norwegian Labour Movement Archives and Library, © Arbark, S. 115; © Arbark, Foto: Alf Bergman Abrahamsen, S. 117
- Oslo, The Norwegian Museum of Cultural History, Foto: Haakon Harris/Norsk Folkemuseum, S. 124, 125 u.
- Paris, L'Agence France-Presse, © AFP, S. 179
- Prag, CTK Fotobanka, © CTK Photo, S. 49, 50, 53, 55
- Prag, Národní muzeum – Historické muzeum, S. 57, 58 o. und u.
- Rotterdam, Nederlands Fotomuseum, © Cees N. Jongkind/Nederlands Fotomuseum, S. 145; © Charles Breijer/Nederlands Fotomuseum, S. 147
- St. Petersburg, Staatliches Museum für Politische Geschichte Russlands, S. 207
- Strømmen, Akershusmuseet, EB.EDS 1173, S. 114
- Szczecin, Muzeum Narodowe w Szczecinie, MNS/E/6140, S. 77
- Morten Thing, S. 108
- Ústí nad Labem, Muzeum města Ústí nad Labem, Foto: J. Preclík, S. 56 o.
- Utrecht, Het Utrechts Archief, Foto: G. J. Lauwers, S. 150
- Vilnius, LGGRTC the Museum of Genocide Victims, © LGGRTC Genocido aukų muziejaus, S. 208 u.
- Vilnius, National Museum of Lithuania, Foto: Kęstutis Stoškus, Pl 6957, S. 208 o.
- Vught, Nationaal Monument Kamp Vught, S. 156, 157
- Warschau, Biblioteka Narodowa, Foto im Auftrag von Główna Komisja Badania Zbrodni Niemieckich w Polsce/Hauptkommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen in Polen im Jahr 1946, S. 64
- Warschau, Emanuel Ringelblum Jewish Historical Institute in Warsaw, S. 73
- Warschau, Museum of Warsaw, MF 3500/a-d, S. 70 o.; MHW 26629, S. 74
- Warschau, Muzeum Historii Polskiego Ruchu Ludowego, MHPRL/W-4588, S. 67
- Warschau, Muzeum Niepodległości w Warszawie, S. 70 u.
- Warschau, Poster Museum at Wilanow Dept. of The National Museum in Warsaw, Pl.618/1, S. 75
- Warschau, The National Museum in Warsaw, S. 72
- Washington, DC, The National Archives and Records Administration, © NARA, S. 35
- Washington, DC, United States Holocaust Memorial Museum, courtesy of Albert Barkin, S. 40; courtesy of Alex Rosin, S. 86; courtesy of Moshe Kaganovich, S. 202
- Weilerbach, Emile Hansen-Jungers, S. 138 u.
- Wien, Imagno brandstatter images, © IMAGNO/ÖNB, S. 37
- Wien, Kreisky-Archiv, Ö 2014/112, S. 42 o.
- Wien, Österreichische Nationalbibliothek, © ÖNB/Wien, 1 NB 521.617 B, S. 36; US 10948, S. 39; PLA16323681, S. 44; PLA16323392; 1949/12 (572 u. 735), S. 45
- Wien, Wienbibliothek im Rathaus, Plakatsammlung, P-1183, S. 43

# Impressum Ausstellung

## **Gesamtleitung**

Alexander Koch

## **Ausstellungsleitung**

Ulrike Kretzschmar

## **Idee und Projektleitung**

Maja Peers

## **Konzept, Kuratorinnen**

Maja Peers und Babette Quinkert

## **Fachbeirat**

Helmut Altrichter, Robert Bohn, Étienne François, Günther Heydemann, Gerhard Hirschfeld, Stefan Karner, Horst Möller, Martin Sabrow, Robert Traba

## **Wissenschaftliche Mitarbeit**

Verena Buser, Iris Hax, Michael Sulies, Katja Widmann

## **Recherchen Länderkapitel**

Nina Burkhardt (Niederlande), Ina Dinter (Belgien), Sylwia Geelhaar (Polen), Kristiane Janeke (Sowjetunion), Cordula Lissner (Großbritannien), Clemens Maier-Wolthausen (Dänemark), Thomas Oellermann (Tschechoslowakei), Verena Paetow (Frankreich), Babette Quinkert (Deutschland), Rüdiger Ritter (Litauen), Sabine Schweitzer (Österreich), Loretta Walz (Luxemburg), Robert Zimmermann (Norwegen)

## **Inhaltliche Mitarbeit**

Anne-Laure Charles, Kinga Oworuszko

## **Ausstellungsgestaltung**

BERGZWO GmbH, form-id

Projektleitung: Christian Dirks, BERGZWO GmbH

Gestaltung: Stefan Schöbinger, form-id

Ausstellungsgrafik: Tina Raccach, Berlin;

Chris Dormer, envision design, Berlin

Karten: Chris Dormer, envision design, Berlin;

Peter Palm, Berlin; Tina Raccach, Berlin

Modellbau: Patric Sperlich

Controlling: Klaus Fermor Artist Management

## **Realisierung Medieninstallation Prolog**

BERGZWO GmbH, form-id

## **Übersetzungen**

Schneiders-Sprach-Service, Berlin

## **Ausstellungsaufbau/Werkstätten**

Nicholas Kaloplastos (Leitung), Jens Albert, Barbara Bogdanski, Sven Brosig, Anette Forkert, Susanne Hennig, Torsten Ketteniß, Klaus-Michael Kurze, Holger Lehmann, Jörg Petzold, Katrin Reniers, Ralf Schulze, Thomas Strehl, Stefan Thimm, Gunnar Wilhelm

## **Tischlerarbeiten**

Restaurierungswerkstätten Berlin GmbH, Berlin

## **Malerarbeiten**

Malermeister Antosch, Berlin

## **Exponatausrichtung**

Abrell & van den Berg-Ausstellungsservice GbR, Berlin

## **Konservatorische Betreuung/Restaurierungswerkstätten**

Martina Homolka (Leitung), Michaela Brand, Sabine Josefine Brand, Kay Draber, Christine Göppinger, Ulrike Huegle, Elke Kiffe, Andrea Lang, Antje Liebers, Matthes Nützmann, Michael Otto, Jutta Peschke, Judith Zimmer mit Hannah Pesch

## **Rahmung**

Malte Spohr

## **Redaktion Ausstellungsmedien**

Iris Hax

## **Medientechnik, Schnitt Film und Ton**

Wolf-Dieter Pelikan

## **IT**

Wolfgang Röhrig (Leitung), Andreas Eisenhaber, Jan-Dirk Kluge, Uwe Naujack, Magnus Wagner

## **Fotoarbeiten**

Sebastian Ahlers, Indra Desnica

## **Leihverkehr**

Edith Michelsen

## **Controlling**

Manuela Itzigebl, Ramona Selchow

## **Presse**

Sonja Trautmann

ARTEFAKT Kulturkonzepte

## **Öffentlichkeitsarbeit**

Andrea Fußstetter, Ilka Linz, Nicola Schnell, Susan Vaupel

## **Wissenschaftliches Begleitprogramm**

Acelya Bakir, Stefanie Borgmann, Hanna Nogosseck

## **Bildung und Vermittlung**

Brigitte Vogel-Janotta und Stefan Bresky (Leitung); Katja Hauser, Stephan Horn, Johannes Junker, Uje Philipps, Friedrun Portele-Anyangbe, Sonja Rosenstiel, Florian Wieler, Daniel Ziemer (Referententeam); Mareike Teichmann, Susanne Zimmermann (Besucherservice)

## **Sonderformate Querschnittsthemen**

Daniel Ziemer (Konzept); Marion Bayer, Stephan Horn, Nora Scherer, Florian Wieler; Chris Dormer, envision design, Berlin; Sabine Hecher (Grafik)

## **Multimedia Guide**

Katja Hauser, Carasco & Petschko GbR Berlin; Tonstudio K 13, Kinomischung Berlin; Informationsgesellschaft mbH Bremen; Kulturaufnahme MV GmbH Erfurt

## **Ausstellungsplakat**

Thoma + Schekorr, Berlin

# Impressum Katalog

## **Herausgeber**

Stiftung Deutsches Historisches Museum

## **Präsident**

Alexander Koch

## **Konzept und Redaktion**

Maja Peers und Babette Quinkert

## **Autoren**

Jaromír Balcar, Christoph Brüll, Nina Burkhardt, Jörg Ganzenmüller, Cordula Lissner, Clemens Maier-Wolthausen, Verena Paetow, Maja Peers, Babette Quinkert, Oliver Rathkolb, Loretta Walz, Marcin Zaremba, Robert Zimmermann

## **Lektorat**

Wanda Löwe

## **Bildredaktion**

Elke Kupschinsky

## **Herstellung**

Ilka Linz

## **Layout und Umschlaggestaltung**

Thoma + Schekorr, Berlin

## **Satz und Reprografie**

Bettina Aigner, Berlin

## **Druck**

appl druck, Wemding

Diese Veröffentlichung ist nach den Regeln der neuen Rechtschreibung gesetzt. Ausnahmen bilden Texte, bei denen künstlerische, philologische oder lizenzrechtliche Gründe einer Änderung entgegenstehen. Die Stiftung Deutsches Historisches Museum bemüht sich um eine geschlechtergerechte Sprache. Wenn aus Quellen zitiert wurde, wurden die Originalvorlagen ohne sprachliche Veränderungen wiedergegeben.

Wir bedanken uns bei allen Institutionen und Personen für die Abdruckerlaubnis. Wir haben uns bemüht, alle Copyright-Inhaber/innen ausfindig zu machen und um Abdruckgenehmigung zu bitten. Sollten wir eine Quelle nicht oder nicht vollständig angegeben haben, so bitten wir um Hinweise an die Stiftung Deutsches Historisches Museum, Berlin.

Titelmotiv: Der Dichter Jewgeni Dolmatowski in Berlin, 2. Mai 1945, Jewgeni Chaldej © Sammlung Ernst Volland und Heinz Krimmer, Deutsches Historisches Museum

© 2015 by Stiftung Deutsches Historisches Museum  
[www.dhm.de](http://www.dhm.de)

und by WBG (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) Darmstadt  
Der Theiss Verlag ist ein Imprint der WBG

Besuchen Sie uns im Internet:  
[www.wbg-wissenverbindet.de](http://www.wbg-wissenverbindet.de)

Museumsausgabe  
ISBN 9783861021889

Buchhandelsausgabe  
ISBN 9783806230611



DEUTSCHES  
HISTORISCHES  
MUSEUM

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien